

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Martina Heßler,
Gerd Kuhn, Friedrich Lenger, Gisela Mettele, Susanne Rau, Jürgen Reulecke,
Ralf Roth, Axel Schildt, Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert

Verantwortliche Herausgeber:
Olga Fejtová, Milan Hlavacka

LEITARTIKEL

<i>Olga Fejtová / Milan Hlavacka</i> Stadt und Armut.....	5
--	---

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

<i>Andreas Weigl</i> Armut – Armenhilfe – Fürsorge. „Sozialpolitik“ und ihre Träger in Wien vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs.....	13
<i>Olga Fejtová</i> Von der staatlichen zur kommunalen Sozialpolitik in Prag im langen 19. Jahrhundert.....	23

<i>Gabriela Dudeková</i>	
Reformen versus Stereotypen. Modernisierung der kommunalen Armenpolitik in Ungarn um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert – Provinzstadt Pressburg (Bratislava) und Hauptstadt Budapest.....	32
<i>Katharina Brandes</i>	
Die Armenfürsorge in Hamburg von 1788 bis 1914.....	42
<i>Ulrike Harmat</i>	
Die Wohnungsfrage als Teil der „sozialen Frage“ am Beispiel Wiens 1848-1914.....	52
<i>Martina Niedhammer</i>	
„Weil erfahrungsgemäß <i>unsere</i> Armen in erster Reihe <i>auf uns</i> angewiesen sind“. Das Armenwesen der Prager jüdischen Gemeinde im langen 19. Jahrhundert.....	62
<i>Jens Gründler</i>	
Die Versorgung ‚armer Irrer‘ im städtischen Raum – Glasgows Armenfürsorge zwischen 1850 und 1925.....	72

LEITREZENSION

<i>Olga Fejtová</i>	
Herbert Uerlings, Nina Trauth, Lukas Clemens (Hrsg.), Armut. Perspektiven in Kunst und Gesellschaft. Begleitband zur Ausstellung, Frankfurt am Main 2011.....	81

FORUM

<i>Michał Pszczołkowski</i>	
Kleines Berlin. Grundzüge der Stadtentwicklung von Bromberg 1850-1914.....	84
<i>Adelheid von Saldern</i>	
Wolkenkratzer, Medien-Öffentlichkeiten und Amerikanismus im frühen 20. Jahrhundert.....	109

<i>Peter Payer</i> Stadt und Zeit. Zur Chronometrisierung des öffentlichen Raumes, Wien 1850–1914.....	126
--	-----

A L L G E M E I N E B E R I C H T E

<i>Elisabeth Gruber</i> Stadt und Gewalt (Tagungsbericht).....	144
---	-----

<i>Eszter Gantner / Heidi Hein-Kircher</i> Wissenstransfer und urbaner Raum. Formate, Modi und Akteure des Wissenstransfers in den Städten Ostmittel- und Osteuropas (Tagungsbericht).....	147
---	-----

<i>Florian Riedler</i> Visible and Invisible Urban Boundaries in the Ottoman and Post- Ottoman World from a Comparative Perspective (Tagungsbericht).....	151
---	-----

<i>Christoph Strupp</i> Seaports in Transition. Global Change and the Role of Seaports since the 1950s (Tagungsbericht).....	155
--	-----

<i>Alois Woldan</i> Cities as Cultural Spaces. Ukraine: History, Legacy, Literature (Tagungsbericht).....	158
---	-----

<i>Kathrin Zöllner</i> Authentifizierung von StadtLandschaften (Tagungsbericht).....	161
---	-----

<i>Dieter Schott</i> Bericht vom International Committee der European Association for Urban History.....	164
--	-----

<i>Christoph Bernhardt</i> Bericht von der Mitgliederversammlung der GSU.....	171
--	-----

<i>Gisela Mettele / Dieter Schott</i> Laudatio GSU-Nachwuchspreis 2014.....	173
--	-----

MITTEILUNGEN	180
---------------------------	-----

Stadt und Armut¹

Armut ist wieder zu einem der großen Themen des aktuellen gesellschaftlichen Diskurses im euroamerikanischen Raum geworden.² Zwar war dieses Problem auch in der Nachkriegszeit nicht ohne Bedeutung, sein Charakter hatte jedoch durch die beiderseits des Eisernen Vorhangs stattfindenden Bemühungen um die Schaffung eines Sozialstaates einiges an Schärfe eingebüßt. Die Hauptursachen der Armut waren in erster Linie Krankheit, Alter und in der modernen Geschichte Arbeitslosigkeit, ein bereits seit dem 19. Jahrhundert gesellschaftliches Massenphänomen.³

Auch wenn Armut also ein gesamtgesellschaftliches Problem war, ist und bleibt, so spielen doch die Stadt und ihr Raum in dieser Frage eine wesentliche Rolle.⁴ Der städtische Organismus musste zeit seiner Existenz auf die Probleme reagieren, die das Leben der untersten Schichten bzw. der Schichten am Rande oder außerhalb der städtischen Gesellschaft mit sich brachte. Die Armenhilfe war dabei in verschiedenen Hinsichten mit der Lösung von Problemen beschäftigt, die aus dem ländlichen Milieu in die Stadt übertragen worden waren. In diesem Bereich der Armenhilfe spielte die Kirche zwar seit dem Mittelalter eine dominante Rolle; in der Stadt müssen jedoch auch die Initiativen der städtischen Gemeinschaft selbst erwähnt werden, ob es sich nun um Aktivitäten Einzelner oder solche der städtischen Verwaltung bzw. der städtischen Gesellschaften, etwa der Zünfte, handelte. Im christlichen Europa oszillierte die Reaktion der Städte und ihrer Bewohner auf das Problem der Armut und das damit eng verbundene Betteln zwischen Fürsorge, Kontrolle und Repression. Die allgemein verbreitete Ansicht, dass die Armut in der mittelalterlichen europäisch-christlichen Gesellschaft als „gottgefälliger Zustand“ angesehen

¹ Übersetzerin dieses Beitrages: Dr. Nina Lohmann.

² Dieses Interesse wird auch von der sozialhistorischen Forschung reflektiert. Vgl. vor allem den Sonderforschungsbereich 600 „Fremdheit und Armut: Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart“ an der Universität Trier; für eine Übersicht über die Publikationsergebnisse siehe die Webseite des Projekts: <http://www.sfb600.uni-trier.de/index.php?site_id=121> (letzter Zugriff: 16.6.2014).

³ Wolfram Fischer, *Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage“ in Europa seit dem Mittelalter*, Göttingen 1982, S. 82-83.

⁴ Andrea Iseli, *Gute Policey. Öffentliche Ordnung in der Frühen Neuzeit*, Stuttgart 2009, S. 45.

hen und daher noch nicht zwischen würdigen und unwürdigen Armen unterschieden worden sei, ist nicht ganz zutreffend. Vielmehr unterschied der damalige christliche Armutsbegriff bereits die „selbst verschuldete“ und die „ehrenvolle“ Armut. Es gab daher im christlich-intellektuellen Milieu des Mittelalters bereits Diskussionen darüber, wer Anspruch auf Armenunterstützung haben sollte: alle „Bedürftigen“ oder nur diejenigen, die sich ohne eigenes Verschulden in dieser Situation befanden?⁵ Im Zuge der Durchsetzung der Ideen des Humanismus und der Reformation wurde zwischen Armut als Folge der Arbeitsunfähigkeit, ungenügender Einkünfte aus der Erwerbsarbeit, mangelnder Arbeitsgelegenheiten oder eines unzureichenden Arbeitswillens unterschieden.⁶ Damit ging eine verstärkte Reglementierung und Kontrolle im gesamten Bereich des Armenwesens wie auch eine Veränderung der Mittel zur Bewältigung des Armenproblems einher. Dies betraf sowohl die offene (d. h. vor allem das Almosen) als auch die geschlossene (institutionelle) Armenpflege.

Im Bereich der offenen Armenpflege kam es zu einer deutlichen Regulierung des Bettelns. Die Tendenz, die Armen zu registrieren oder gar zu kennzeichnen, die Erhebung von Finanzmitteln zu ihrer Unterstützung, die Distribution dieser Finanzen mittels eines Netzwerks weltlicher wie kirchlicher Personen und nicht zuletzt das Bestreben, das oft überbordende Netz verschiedener Armenstiftungen sowie das Almosensystem unter Kontrolle zu bekommen⁷, konvenierte mit dem frühneuzeitlichen Prozess der sozialen Disziplinierung.⁸

Noch gewichtigere Veränderungen gab es im Bereich der geschlossenen Armenpflege. Hier kam es zu der Gründung neuartiger Armeninstitutionen, die die Funktion der ursprünglich großzügig und relativ universal angelegten Spitäler erweiterten. Seit dem 16. Jahrhundert entstanden so in den europäischen Städten Einrichtungen, deren Ziel es war, die arbeitsfähigen Armen, die Anspruch auf verschiedene Formen der Unterstützung erhoben, aus der Gesellschaft auszugliedern und sie zur Arbeit zu „nötigen“.⁹

⁵ Fischer, S. 41; Bronisław Geremek, *Geschichte der Armut: Elend und Barmherzigkeit in Europa*, München 1988; Lukas Clemens, *Armenfürsorge in den mittelalterlichen Städten Westeuropas*, in: Herbert Uerlings/Nina Trauth/Lukas Clemens (Hrsg.), *Armut. Perspektiven in Kunst und Gesellschaft*, Darmstadt 2011, S. 116.

⁶ Wolfgang von Hippel, *Armut, Unterschichten, Randgruppen in der Frühen Neuzeit*, München 1995, S. 4.

⁷ Geremek, S. 150-180; von Hippel, S. 46.

⁸ Iseli, S. 8-31, 45-49.

⁹ Die erste Einrichtung dieses Typs entstand 1555 in England, auf dem europäischen Festland erst vier Jahrzehnte später in Amsterdam, vgl. Franz Dorn/Jens Gründler/Sebastian Schmidt, *Zucht- und Arbeitshaus*, in: Uerlings/Trauth/Clemens, S. 68.

Somit ist die Feststellung, dass zwischen „Arbeit und Müßiggang“ erst „in der Welt der französischen Klassik [d. h. im späten 17. Jahrhundert] eine Trennungslinie gezogen“ wurde, nicht ganz zutreffend.¹⁰ Forderungen, arbeitsfähige Bettler und von Almosen lebende Landstreicher von denjenigen Armen zu trennen, die sich aus Alters- oder anderen schwergewichtigen Gründen ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen konnten, gab es während der gesamten Frühen Neuzeit. Der Trend zur Zentralisierung und Rationalisierung der Wohltätigkeit kann vielmehr bereits mit dem Beginn der frühneuzeitlichen Epoche der europäischen Geschichte in Verbindung gebracht werden.¹¹ Hinter dem neuen Zugang zur Armut standen auf der Ebene der staatlichen Politik auch die neuen Gedanken des Merkantilismus, die die Armut arbeitsfähiger Personen nicht zuletzt als Versagen des Herrschers bzw. Staates betrachteten.¹² Auch die Aufklärung brachte keine wesentliche Veränderung in der Frage der Instrumente zur Lösung des Armutsproblems – bei der Bekämpfung der Armut sollten vielmehr weiterhin Erziehung und Disziplinierung dominieren.¹³ Allerdings wurden nun im Bereich der Organisation der Armenpflege neue Forderungen nach einer Bürokratisierung, Etatisierung und Kommunalisierung erhoben.¹⁴

Zwar bemühten sich die Städte durch die Registrierung der Armen, die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für diese und ihre Erziehung zur Arbeit um eine Verbesserung der Organisation des Armenwesens.¹⁵ Dennoch blieben an der Schwelle der Moderne das erlaubte und regulierte Betteln, die Sicherstellung der Versorgung in den existierenden Armeninstitutionen (am häufigsten im Spital) und gegebenenfalls die Unterstützung aus speziellen, städtischen Armenkassen die grundlegenden Instrumente zur Lösung des Armutsproblems auf städtischer Ebene.¹⁶ In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts tauchten jedoch Elemente in der städtischen Armenpolitik auf, die in einigen Fällen bereits die Gestalt der modernen Armenpflege

¹⁰ Michel Foucault, *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*, Frankfurt a. M. 1969, S. 91.

¹¹ Loewenstein, S. 25.

¹² Sebastian Schmidt, *Armut und Arme in Stadt und Territorium der Frühen Neuzeit*, in: Uerlings/Trauth/Clemens, S. 127-128.

¹³ Milan Hlavacka/Pavel Cibulka, *Chudinství a chudoba jako sociálne historický fenomén. Ambivalence dobových perspektív, individuální a kolektivní strategie chudých a dobová instrumentária řešení* [Armenwesen und Armut als sozialhistorisches Phänomen. Die Ambivalenz der zeitgenössischen Perspektiven, die Individual- und Kollektivstrategien der Armen und das Lösungsinstrumentarium der Zeit], in: Milan Hlavacka/Pavel Cibulka u. a. (Hrsg.), *Chudinství a chudoba jako sociálne historický fenomén* [Armenwesen und Armut als sozialhistorisches Phänomen], Praha 2013, S. 9.

¹⁴ Ebd.; von Hippel, S. 47.

¹⁵ Von Hippel, S. 47; Fischer, S. 41. Die Notwendigkeit, die Armen zur Arbeit zu aktivieren, wurde am Ausgang des 17. Jahrhunderts bereits von der merkantilistischen Theorie hervorgehoben.

¹⁶ Johann Georg Krünitz, *Oeconomische Encyclopaedie*, Bd. 2, Brünn 1787, S. 404-409.

des 19. Jahrhunderts vorwegnahmen, wie etwa die Prinzipien der Spezialisierung (Ausgliederung der Armenpflege für Veteranen und Kinder bzw. Trennung von Gesundheits- und Armenpflege), der Subsidiarität, der Individualisierung, des Indignats und nicht zuletzt der traditionellen Disziplinierung.¹⁷ Auf diese Weise griff auch die staatliche Politik in das städtische Armenwesen ein, indem sie die genannten Prinzipien wenigstens teilweise in die Praxis umzusetzen versuchte.¹⁸ Zugleich entstand eine Reihe privater Projekte zur Beseitigung der Armut, die oft einen philanthropischen Hintergrund hatten.¹⁹

Die Zahl derjenigen Personen, die auf Almosen angewiesen waren, unterschied sich lokal nicht nur nach Größe und Charakter der Stadt, sondern war auch abhängig von verschiedenen Krisenmomenten, von denen die Städte heimgesucht wurden (Kriege, Epidemien, Feuer etc.). Aktuelle Forschungen deuten an, dass in der frühneuzeitlichen Stadt bis zu einem Drittel der Haushalte auf Almosen angewiesen sein konnte, und dass bis zu der Hälfte der Bürger dauerhaft an der Grenze zur Armut balancierte, da sie nicht in der Lage waren, aus ihren Einnahmen Finanzreserven zu bilden.²⁰ Auch an der Schwelle zum 19. Jahrhundert änderte sich diese Situation nicht. Weiterhin bewegten sich ca. 20–30 Prozent der städtischen Einwohnerschaft dauerhaft an der Grenze des Existenzminimums, durchschnittlich 10–20 Prozent waren auf verschiedene Formen der Armenunterstützung angewiesen.²¹ Armut war somit stets ein massenhaft auftretendes, strukturelles Problem.²²

Im 19. Jahrhundert veränderten sich vor allem die sozioökonomischen Voraussetzungen zur Lösung des Armutsproblems. Der Prozess der Industrialisierung erweiterte die traditionelle Armenproblematik um die Arbeiter- bzw. die soziale Frage. So wurden dauerhaft Debatten darüber geführt, wer eigentlich als arm zu bezeichnen sei und daher Anspruch auf die Unterstützung öffentlicher Institutionen habe und bis wohin die Verantwortung der Gesellschaft bzw. des Staates für die untersten Schichten der Gesellschaft reiche. Die Antworten auf diese Frage bewegten sich in den politischen Debatten vor allem der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwischen liberalen, aber auch christlichen und sozialistischen Ansichten.²³ In den libe-

¹⁷ Fischer, S. 41.

¹⁸ In Berlin zum Beispiel stand die Armenpflege bereits seit dem 17. Jahrhundert unter staatlicher bzw. herrschaftlicher Aufsicht. Vgl. Wolfgang Radtke, *Armut in Berlin. Die sozialpolitischen Ansätze Christian von Rothers und der Königlichen Seehandlung im vormärzlichen Preußen*, Berlin 1993, S. 55.

¹⁹ Krünitz, Bd. 2, S. 414-415.

²⁰ Schmidt, S. 121.

²¹ Ebd.

²² Hlavacka/Cibulka, S. 11.

²³ Werner Drobesch, *Die „soziale Frage“ in der Habsburgermonarchie im zeitgenössischen gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs*, in: *Moderní dějiny* 20:1, 2012, S. 1-12.

ralen Theorien, die auch die politischen Systeme der europäischen Staaten beeinflussten, setzte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine „absolute Definition der Armut“ durch, die diesen Zustand nur auf den Mangel an notwendigen materiellen Mitteln zum physischen Überleben reduzierte, also Nahrung, Kleidung und Wohnen.²⁴ Von dieser Definition wurde dann in der Regel die Kategorie derjenigen Armen abgeleitet, die ausnahmslos aus Alters- oder Krankheitsgründen bzw. weil sie noch Kinder waren (im Falle der Waisen) diese Mittel nicht durch Arbeit aufbringen konnten.²⁵

Im öffentlichen Diskurs des 19. Jahrhunderts dominierte die Angst vor der fatalen Armut, deren Teufelskreis nicht durchbrochen werden könne. Der Begriff der Armut erhielt so eine eindeutig negative Konnotation.²⁶ Die veränderte Betrachtung der Armut, die nun nicht mehr als ehrenvoller Zustand wahrgenommen wurde, hängt nicht zuletzt eng mit dem Prozess der Säkularisierung der europäischen Gesellschaften zusammen, der auch in der Neubewertung der Rolle der Kirche im Bereich des Armenwesens seinen Niederschlag fand. Diese wurde wesentlich begrenzt: Entweder sollte die Kirche mit dem staatlich-kommunalen System der Armenpflege kooperieren oder sie wurde auf die Ebene der Privataktivitäten verschoben.²⁷

Im 19. Jahrhundert bildeten die staatlich-kommunalen Systeme die Basis der europäischen Modelle der Armenpflege. Ein neues Element, auf das diese Systeme reagieren mussten, war die „neue“ Armut des Proletariats, die darüber hinaus Massencharakter besaß.²⁸ Im Habsburger Vielvölkerstaat gestaltete sich die organisierte Armenpflege an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert als ein staatlich beaufsichtigtes System. Die ursprünglich spezialisierte, institutionelle Armenpflege unterstand staatlicher Lenkung und sollte aus verstaatlichten privaten wie kirchlichen Quellen der traditionellen Armenpflege finanziert werden. Die offene Armenpflege stützte

²⁴ Andreas Gestrich, *Armut im Liberalen Staat*, in: Uerlings/Trauth/Clemens, S. 130-131.

²⁵ In Großbritannien gestand das Armengesetz seit den 1830er Jahren nur denjenigen Personen eine finanzielle Unterstützung zu, die bereit waren, in Werkhäuser zu gehen und dort unter sehr schwierigen Bedingungen zu arbeiten. In anderen Ländern gab es keine derart radikale und extreme Kategorisierung derjenigen Personen, die vom Staat oder der Gemeinde unterstützt werden sollten, vgl. ebd., S. 132.

²⁶ Josef Jungmann, *Slovník cesko-nemecký* [Tschechisch-Deutsches Wörterbuch], Bd. 1, Praha 1835, S. 630-631.

²⁷ Das schloss lokale Abweichungen nicht aus. In dem System der Armenpflege im Brunn des 19. Jahrhunderts hatte das bürgerliche Modell der Wohltätigkeit zum Beispiel einen deutlich religiösen Subtext und stützte sich auf ein Netz karitativer Stiftungen und Institutionen, die von Wohltätigkeitsvereinen gegründet worden waren. Vgl. Lukáš Fasora, *Svobodný občan ve svobodné obci* [Freier Bürger in einer freien Gemeinde], Brno 2007, S. 203.

²⁸ Milan Hlavacka, *Chudinství a sociální politika: terminologické vyjasnění, historický přehled a koncepce řešení* [Armenwesen und Sozialpolitik: terminologische Klärung, historischer Überblick und Lösungskonzepte], in: Hlavacka/Cibulka, S. 53-54.

sich auf lokaler Ebene auf sogenannte Armeninstitute, die freiwillige Aktivitäten von Bürgern mit dem professionellen Engagement von kirchlichen Würdenträgern und der Kommunalverwaltung verknüpften. Die Finanzprobleme des gesamten Systems nötigten den Staat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch zu grundlegenden organisatorischen Veränderungen. In der Folge erklärten die meisten Länder der Monarchie die Heimatzuständigkeit der bedürftigen Personen zum Basisprinzip sowohl der institutionellen als auch und vor allem der offenen Armenpflege. Der Staat sollte in diesem Bereich nur dann aktiv werden, wenn es nicht in den Kräften der Gemeinde oder der übergeordneten Selbstverwaltungsorgane lag, den Anforderungen des Systems der Armenpflege nachzukommen.²⁹

In den Gebieten des deutschen Bundes entwickelten sich schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dagegen zwei Systeme. Beide knüpften an die Tradition der Reichspolizeiordnung des 16. Jahrhunderts an und gingen von der grundlegenden Verpflichtung der Städte und Gemeinden aus, die Armenpflege sicherzustellen. Sie unterschieden sich allerdings in der Frage, welche Bedürftigen Anspruch auf Fürsorge und Unterstützung hatten. Im Norden Deutschlands richtete sich die Gewährung der Armenunterstützung nach dem Aufenthaltsprinzip, während der Süden ähnlich wie das System im Habsburgerreich von dem Prinzip der Heimatzuständigkeit ausging. Eines der Modelle der Armenpflege im protestantischen Norden, das seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts in Elberfeld schrittweise in die Praxis umgesetzt wurde, entwickelte sich zum Vorbild für die Organisation des Armenwesens im mitteleuropäischen Raum. Es handelte sich dabei um ein System der rational organisierten offenen Armenpflege³⁰, dessen Kern in erster Linie die Überführung der Letzteren von der Kirche auf die bürgerliche Gesellschaft war. Das System unterschied zwei grundlegende Kategorien von Bedürftigen: die Arbeitsfähigen und die Arbeitsunfähigen. Ersteren sollte eine Arbeit verschafft, Letzteren eine angemessene finanzielle Unterstützung gewährt werden.³¹ Um die Arbeitsbeschaffung sollte sich die Gemeinde kümmern, die Distribution der finanziellen Unterstützung ebenso wie die Kontrolle lag bei einzelnen Bürgern, die diese Tätigkeit ehrenamtlich ausübten. Das Hauptziel der Elberfelder Reform war die Umgestaltung der öffentlichen

²⁹ Für eine kurze Übersicht vgl. die Statistik der öffentlichen Armenpflege im Königreiche Böhmen, Praha 1894, S. II-VII. Zu den Ausnahmen gehörten z. B. die Steiermark oder Niederösterreich, vgl. Jan Janák, *Prčiny vzniku predlitavské sociální správy* [Die Ursachen für die Entstehung der zisleithanischen Sozialverwaltung], Brno 1970, S. 127.

³⁰ Unter dem Schlagwort „Hilfe von Mensch zu Mensch“ deklarierte die älteste Elberfelder Armenordnung von 1852 die Basisprinzipien des lokalen Armensystems, die in einer gründlichen Dezentralisierung der Armenverwaltung und der Förderung der individuellen Armenpflege bestanden. Siehe Christoph Sachße/Florian Tennstedt, *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 214-222.

³¹ Ebd., S. 215.

Armenpflege in ein System der freiwilligen Pflege. Sie sollte so zu deren Individualisierung und Dezentralisierung sowie zur Begrenzung der langfristigen finanziellen Unterstützung beitragen.³² Der Erfolg dieses Systems beruhte unter anderem auf der obligatorischen Einbeziehung der vermögenden Bürger der Stadt in Form eines Ehrenamtes.³³

Ähnlich wurden zum Beispiel in Dänemark die Gemeinden in die Pflicht genommen. Im dänischen System wurde jedoch vor allem die Rolle der privaten Pflege gestärkt. Hier sollten sich private Vereine um arbeitsfähige und nur vorübergehend auf Unterstützung angewiesene Personen kümmern.³⁴ Eine völlig andere Form des Armenwesens finden wir in Frankreich. Das dortige System der institutionellen Pflege basierte weiterhin auf der traditionellen Spitalpflege. Die Spitäler verwandelten sich jedoch im 19. Jahrhundert in vom Staat gestiftete, spezialisierte Einrichtungen. Diese Institute wurden somit dem kirchlichen Einfluss entzogen und vereinigten in sich fortan Armen- und Gesundheitspflege. Während des 19. Jahrhunderts gingen der ursprünglich sehr großzügig angelegten institutionellen Pflege aber die Finanzen aus, sodass sie allmählich begrenzt wurde. In der Folge wurden feste Insassenquoten definiert und ein Teil der Armen wurde in die private Pflege abgegeben. Die Grenze zwischen offener und geschlossener Armenpflege war in Frankreich somit nicht eindeutig. Die entscheidende Rolle in dem gesamten System spielte hier der Staat – die Gemeinden leisteten je nach ihren finanziellen Möglichkeiten lediglich einen Beitrag zur Pflege.³⁵

Den Gegenpol zu den Modellen des europäischen Festlandes bildete das System der Armenverwaltung in England. Dessen Grundlage war die institutionelle Pflege, die durch drei verschiedene Einrichtungen garantiert wurde – das Werkhaus, das Krankenhaus und die Schule. Die zentrale Rolle spielte dabei das Werkhaus, das ein Mittel zur „Prüfung der Hilfsbedürftigkeit“ darstellte. Die offene Pflege, die sich auf das Prinzip der Heimatzuständigkeit stützte, wurde aus speziellen Steuern finanziert, etwaige Defizite wurden durch den Staat ausgeglichen. Es handelte sich also um ein im Wesentlichen staatliches Pflegesystem, das durch private Aktivitäten ergänzt wurde.³⁶

Alle genannten Beispiele für die Organisation der Armenpflege in verschiedenen europäischen Ländern belegen, wie die einzelnen Reformen auf unterschiedliche Art und Weise zur Modernisierung der ursprünglich patriarchalisch-kirchlichen und kommunalen Systeme der Armenpflege beitrugen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts

³² Ebd., S. 215–216.

³³ Ebd., S. 218.

³⁴ Statistik der öffentlichen Armenpflege, S. XIV–XV.

³⁵ Ebd., S. XV–XVII.

³⁶ Ebd., S. XVII–XVIII.

sind in der Armenpolitik vor allem unterschiedlich erfolgreiche Bemühungen um eine individualisierte und dezentralisierte Armenpflege zu beobachten. Alle erwähnten Systeme stießen jedoch vor allem an die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten. Daher kam es auf theoretischer wie praktisch-politischer Ebene zu wiederholten Versuchen einer Reorganisation der Armenpflege und des Sozialbereichs. Seit den 1880er Jahren setzte sich so in einigen europäischen Ländern, etwa im Habsburgerreich, ein neuer Zugang zur Armen- und sozialen Frage durch, der einen einheitlichen Lösungsansatz anstrebte. Nunmehr wurde der gesamte Bereich des Armen- und Sozialwesens in dem größeren Kontext der sogenannten humanitären Pflege betrachtet. Die Armut sollte weiterhin durch einen Maßnahmenkomplex gelindert werden, der in erster Linie eine Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren gesellschaftlichen Schichten zum Ziel hatte. Der Lebensstandard sollte durch Gesetzenormen, eine Pflichtversicherung, die Arbeitsvermittlung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhöht werden.³⁷ Allerdings wurden auch traditionelle Methoden in das neue System integriert, die einen präventiven, kontrollierenden und korrigierenden Charakter besaßen. Das genannte Reformvorhaben endete jedoch größtenteils auf der Ebene administrativ-organisatorischer Maßnahmen.

In diesem Heft möchten wir einige der Modelle zur Lösung der Armenproblematik und der sozialen Frage sowie ihre Realisierung im städtischen Raum vorstellen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Mitteleuropa und das Habsburgerreich, wo sich trotz einer zentralistischen Politik territorial spezifische Lösungen für die einzelnen Länder und Städte durchsetzten. Die Städte des 19. Jahrhunderts werden hier als „Laboratorium“ präsentiert, in dem Ansätze zur Bewältigung der traditionellen Armut wie auch des neuen „Arbeiterelends“ entwickelt wurden. Zwei Themenkreise der zeitgenössischen Armen- und Sozialpolitik wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet: erstens dem Komplex des Wohnens, also der Wohnungsnot, dem Wohnungselend und der Wohnungsfrage als Bestandteile der sozialen Frage und zweitens dem Problem der Armut wie auch der Armenfürsorge im Rahmen der jüdischen Gemeinschaft, die dauerhaft außerhalb des neuen Systems der staatlichen und kommunalen Fürsorge stand.

**Dr. Olga Fejtová, Archiv hl. mesta Prahy (Archiv der Hauptstadt Prag),
Olga.Fejtova@praha.eu**

**Prof. Dr. Milan Hlavacka, Historický ústav Akademie věd ČR, v.v.i. (Hist. Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik),
hlavacka@hiu.cas.cz**

³⁷ Ebd.

Armut – Armenhilfe – Fürsorge. „Sozialpolitik“ und ihre Träger in Wien vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs

Armut in der Großstadt

Im Jahr 1807 unternahm es der ungarische Schriftsteller Johann (János) von Fejes (1764–1826)¹, 200 Wiener Bettlerinnen und Bettler über ihre Lebensverhältnisse zu befragen. Zu diesem Zeitpunkt schien das „Bettlerproblem“ in der „Haupt- und Residenzstadt“ der Habsburgermonarchie einem neuen Höhepunkt zuzustreben. Der Monarch reagierte mit der ihn kennzeichnenden Ignorierung sozialer Probleme. Angesichts des großen Andrangs hatte Kaiser Franz I. im Jahr davor die Amtsstunden des „Bittschriftenprotokolls“ auf vier Stunden beschränkt.² Ungeachtet der schwer zu beantwortenden Frage nach der Repräsentativität der von Fejes erhobenen Bettler-Soziographie eröffnet die Untersuchung interessante Einblicke in das urbane Armutsproblem vor dem Einsetzen der Frühindustrialisierung. Bei den befragten Bettlern handelte es sich vielfach um ehemalige „Knechte“, hingegen zählten zu den Bettlerinnen viele Witwen aus Ehen mit unterschiedlichen Angehörigen der städtischen Unterschicht, die jedoch zum größeren Teil bereits noch während der bestehenden Ehe zu betteln begonnen hatten. Nach der elterlichen Herkunft stammte ein beträchtlicher Teil der Bettler beiderlei Geschlechts aus bäuerlichen Schichten.³ Bettlerinnen und Bettler waren jedoch nur ein Teil einer rasch wachsenden Zahl städtischer Armer. Zum Zeitpunkt der Durchführung der erwähnten Bett-

¹ Zu Fejes: Wienbibliothek im Rathaus, Portheim-Katalog.

² Josef Karl Mayr, Wien im Zeitalter Napoleons. Staatsfinanzen, Lebensverhältnisse, Beamte und Militär, Wien 1940, S. 94.

³ Johann von Fejes, Ueber die Bettler, gesammelt aus Beyspielen, in: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat. Bd. 1, Wien 1808, S. 293–295, S. 302–304, hier S. 294f.

lererhebung zählten rund 18 Prozent der Wiener Bevölkerung zu den Almosenempfängern.⁴

Spätestens seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte sich das Armutproblem in der demographisch rasch wachsenden kaiserlichen Residenzstadt für die Obrigkeit nicht nur als quantitatives Problem gestellt, sondern auch als eines der Differenzierung zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen. Während sich die „Stadtarmut“ außerhalb des zünftigen Gewerbes, welches durch eine größere Anzahl von „Bruderschaften“ über sein eigenes System der Armenversorgung verfügte, aus den unzähligen Tagelöhnern, Dienstboten und anderen Teilen der „einheimischen“ städtischen Unterschicht rekrutierte⁵, lebte das Heer der „fremden“ Bettlerinnen und Bettler von der Angst um das Seelenheil vieler Angehöriger der Mittel- und Oberschicht, die in der weit verbreiteten Praxis des Almosengebens ihren Ausdruck fand.⁶ Der Anspruch, durch „polizeyliche“ Maßnahmen das Problem in den Griff zu bekommen, führte im Zeitalter aufgeklärt-absolutistischer Reformen zu einer Institutionalisierung des „Abschaffens“ fremder Armer in Form des Schubwesens. Die Bettlerschub- und Verpflegsordnung von 1754 lieferte dafür neben einer Reihe von Schubpatenten bis zum Erlass des Heimatgesetzes aus dem Jahr 1863 den gesetzlichen Rahmen.⁷

Schon während der Regierungszeit Maria Theresias wurde versucht, die Zahl der Bettler statistisch zu erfassen. Im Jahr 1772 veranlasste Maria Theresia eine „Armenbeschreibung“. Dabei wurden 1.310 Arme angetroffen, die keine Unterstützung aus einem Armenfonds erhielten.⁸ Diese Zahl erschien vor allem darum alarmierend, weil sie als Anzeichen gewertet wurde, dass die traditionelle Armenversorgung durch den vergrößerten Kreis der Armen auch für die einheimischen Bedürftigen nicht mehr ausreichte. Starke Schwankungen der Nachfrage sorgten für konjunkturelle Arbeitslosigkeit.⁹ Damit verschwammen die ohnehin fließenden Grenzen zwi-

⁴ Hannes Stekl, Soziale Sicherung und Soziale Kontrolle. Zur österreichischen Armengesetzgebung des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Bericht über den vierzehnten österreichischen Historikertag in Wien, Wien 1979, S. 136–151, hier S. 144.

⁵ Sarah Pichlkastner, Das Wiener Stadtzeichnerbuch 1678–1685. Ein Bettlerverzeichnis aus einer frühneuzeitlichen Stadt, Wien 2014.

⁶ Helmut Bräuer, „... und hat seithero gebetlet“. Bettler und Bettelwesen in Wien und Niederösterreich zur Zeit Kaiser Leopolds I., Wien/Köln/Weimar 1996, S. 122–124.

⁷ Andrea Komlosy, „Zur Belassung am hiesigen Platze nicht geeignet ...“ Selektion und Kontrolle der Zuwanderung im Kernland der Habsburgermonarchie, in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich 1996, S. 555–584, hier S. 565f.

⁸ Karl Weiß, Geschichte der öffentlichen Anstalten, Fonde und Stiftungen für die Armenversorgung in Wien, Wien 1867, S.193.

⁹ Peter Feldbauer/Hannes Stekl, Wiens Armenwesen im Vormärz, in: R. Banik-Schweitzer [u. a.], Wien im Vormärz, Wien 1980, S. 175–201, hier S. 175 f.

schen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen, wiewohl sie für die städtische Obrigkeit bei der Entscheidung über die Gewährung von Hilfen das Entscheidungskriterium blieben. In der Folge nahm im Zeitalter der Frühindustrialisierung die städtische Armut weiter zu. In den 1840er Jahren ist von zumindest 40.000 einer Unterstützung Bedürftigen¹⁰ und einer Untergrenze von 9.000 Erwerbs- und Unterstandlosen und etwa ebenso vielen Bettlern auszugehen¹¹, bei einer Gesamtbevölkerung in Stadt und Vorstädten von etwa 400.000.¹² Aus zeitgenössischer Sicht rekrutierten sich die städtischen Armen aus dem „Pöbel“ im engeren Sinn. Dazu zählten nach dem bekannten Journalisten und Verfasser von Wiener Sittenschilderungen Anton Gross-Hoffinger (1808-1873)¹³ u.a. Sesselträger, Hausierer, Tagelöhner, Pflasterer, Fabrikarbeiter und Bettler.¹⁴

Im Lauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Wien zu einem multifunktionalen Verwaltungszentrum und zu einer Industriestadt. Der heterogene Charakter der Unterschicht blieb jedoch erhalten.¹⁵ Die Armutsgefährdung in dieser Schicht war hoch, besonders wenn Fachqualifikationen fehlten. So stellten „Tagelöhner ohne nähere Bezeichnung“ im Jahr 1869 immerhin etwa 5 Prozent der gesamten Arbeiterschaft¹⁶, waren 1890 noch 15,5 Prozent der über 10-Jährigen Analphabeten.¹⁷ Dem entsprach die Schätzung eines Experten, der um das Jahr 1880 davon ausging, dass 10 Prozent der Wiener Bevölkerung, temporär sogar 20 Prozent, der Armenpflege bedürftig seien.¹⁸ Tatsächlich erhielten zu Beginn der 1890er Jahre lediglich 6 Prozent der in Wien heimatberechtigten Bevölkerung eine Armenunterstützung¹⁹, insgesamt also kaum 3 Prozent.

¹⁰ Feldbauer/Stekl, S. 176.

¹¹ Julius Marx, Die soziale Lage der Arbeiterschaft Wiens im Vormärz, in: Institut für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Die Großstadt Wien als Lebensstätte der Wiener, Wien 1957, S. 55–74, hier S. 68.

¹² Weigl, Demographischer Wandel, S. 55.

¹³ Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 6 Bänden. Bd. 2, Wien 2004, S. 612.

¹⁴ Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien/München 1979, S. 90.

¹⁵ Josef Ehmer, Zur sozialen Schichtung der Wiener Bevölkerung 1857 bis 1910, in: Gerhard Melinz/Susan Zimmermann (Hrsg.), Wien – Prag – Budapest. Blütezeit der Habsburgermetropolen. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918), Wien 1996, S. 73–83, hier S. 76.

¹⁶ Gustav Adolf Schimmer, Die Bevölkerung von Wien und seiner Umgebung nach dem Beruf und der Beschäftigung, Wien 1874, S. 48.

¹⁷ Eigene Berechnungen nach Stephan Sedlacek (Hrsg.), Die definitiven Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1890 in der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Wien 1891, Tabelle X.

¹⁸ Maximilian Steiner, Zur Reform der Armenpflege in Oesterreich, Wien 1880, S. 38.

¹⁹ Rudolf Kobatsch, Die Armenpflege in Wien und ihre Reform, Wien 1893, S. 33.

Institutionen der „Armenpflege“

Im Rahmen der „josephinischen Reformen“ in der Armenpflege war es zu einer richtungsweisenden Trennung zwischen Gesundheitswesen und Armenfürsorge gekommen. Das seit dem späten 17. Jahrhundert existierende Großarmenhaus wurde aufgelöst und auf dessen Areal das Allgemeine Krankenhaus als modernes Spital errichtet. Die im Großarmenhaus versorgten Armen wurden in verschiedene Versorgungshäuser verlegt.²⁰ Gleichzeitig fand eine Zentralisierung und „Verstaatlichung“ der offenen Armenpflege statt. Im Jahr 1783 wurden die bestehenden Bruderschaften aufgelöst und deren Vermögen zur Hälfte dem neugegründeten „Wiener Armeninstitut“ als „allgemeiner Armenfonds“ überschrieben. Das Institut diente als Sammel- und Verteilungsstelle der Armengelder, die über die Pfarreien organisiert wurde. Soweit sie als „würdig“ anerkannt wurden, erhielten Arme sogenannte „Pfründen“; alters- oder krankheitsbedingt Bedürftige die Zuweisung in ein Armenhaus.²¹ Bis zu Beginn der 1840er Jahre tat sich in der Folge in der öffentlichen Armenpflege wenig. Der Anteil staatlicher Armenhilfe nahm angesichts des Vordringens einer wirtschaftsliberalen Ideologie tendenziell ab.²²

Im Zeitraum von 1810 bis 1848 entstand nun eine größere Anzahl privater Wohltätigkeitsvereine, die eine wohlwollende Duldung erfuhren. Da sich die Vereine statutengemäß unterschiedlichen Gruppen von Armen – wie Frauen, Männern, Klein- und Schulkindern, Studierenden, Invaliden, geistig Kranken, Erwerbslosen, ehemaligen Häftlingen – widmeten, trat dadurch eine gewisse Spezialisierung ein.²³ Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es vor allem die privaten Fonds, die auf den steigenden Bedarf in der Armenhilfe organisatorisch und finanziell reagierten.²⁴ Allein bis zum Jahr 1888 stieg die Zahl privater Humanitätsvereine auf beinahe 250 rasant an. Zu den prominentesten zählten der bereits 1847 gegründete „Wiener Kreuzer-Verein zur Unterstützung der Gewerbsleute“ und der „Allgemeine Wiener Hilfs- und Sparverein“.²⁵ Die wichtigsten katholischen in der Armenhilfe tätigen Vereine waren der seit 1854 in Wien aktive Vincenzverein, der seit 1848 bestehende „Frauenwohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung“ und

²⁰ Altes Allgemeines Krankenhaus, in: Felix Czeike, *Historisches Lexikon Wien*, Bd. 3, Wien 2004, S. 591–593.

²¹ Weiß, S. 213f.

²² Feldbauer/Stekl, S. 178, S. 183.

²³ Ebd., S. 191 f., S. 195f.

²⁴ Kobatsch, S. 83f.

²⁵ Friedrich von Radler, *Gesellschaftliche Wohlthätigkeitspflege*, in: Gemeinderath der Stadt Wien (Hrsg.), *Wien 1848–1888. Denkschrift zum 2. December 1888*, Bd. 1, Wien 1888, S. 321–396, hier S. 335–362.

der 1854 gegründete „Elisabethenverein für katholische Frauen“.²⁶ Eine Rolle in der Armenbetreuung spielten auch die katholischen Orden. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag jedoch in der geschlossenen Krankenpflege.²⁷

Seit den 1840er Jahren wuchs die staatliche Zurückhaltung in der Armenpflege allmählich einer steigenden Aufmerksamkeit. Im Jahr 1842 ging neben anderen Aufgaben des Armenwesens die Verwaltung des „allgemeinen Versorgungsfonds“ in die Hände des Magistrats über – zunächst im staatlichen Auftrag. Nach der 1850 in Kraft getretenen provisorischen Gemeindeordnung oblag dann das gesamte Armenwesen der kommunalen Selbstverwaltung.²⁸ Damit übertrug der Staat dem Magistrat auch die Pflicht, Ausgaben der Armenhilfe, die aus dem Versorgungsfonds nicht gedeckt waren, aus eigenen Mitteln abzudecken.²⁹ Mit der allerdings de facto erst nach Ende des Neoabsolutismus verwirklichten Gemeindeautonomie übernahm der Magistrat im Jahr 1848 auch die Kontrolle der Pfarrarmeninstitute. Durch das Gemeindegesetz von 1862 wurde die Armenpflege für Heimatberechtigte schließlich zum definitiven Aufgabengebiet der Gemeinden erklärt³⁰ und im Heimatgesetz von 1863³¹ genau geregelt. Die finanziellen Verpflichtungen wurden durch die restriktive Handhabung des Heimatrechts³² limitiert.

1863 wurden auch die Armeninstitute dezentralisiert. In 360 Armendistrikten verwalteten Armenbezirksdirektoren, Rechnungsführer und Armenväter die zur Verfügung stehenden Mittel.³³ Im Jahr 1873 wurden schließlich die Pfarrarmeninstitute im Stadtgebiet aufgelöst; in den Vororten geschah dies erst nach deren Eingemeindung 1890. Die Gemeinde übernahm nun völlig die Organisation des Armenwesens durch Bezirksarmeninstitute und bestellte Funktionäre.³⁴

Eine wichtige Rolle für die Finanzierung des Armenwesens spielten nach wie vor die unzähligen Stiftungen.³⁵ Ihre Vermögensverwaltung ging 1842 zunächst nicht

²⁶ Ferdinand Anhell, *Caritas und Sozialhilfen im Wiener Erzbistum (1802-1918)*, Wien 1971, S. 40–45.

²⁷ Vgl. dazu Hermann Weigold, ... und den Nächsten lieben wie dich selbst. Maßnahmen zur Linderung und Behebung der leiblichen und seelischen Armut in Wien im 19. Jahrhundert bis 1918, Frankfurt a. M. u. a. 2006.

²⁸ Weiß, S. 212.

²⁹ Elisabeth Rachholz, *Zur Armenfürsorge der Stadt Wien von 1740 bis 1904. Von der privaten zur städtischen Fürsorge*, Diss.phil. Wien 1970, S. 94.

³⁰ Reichsgesetzblatt 18/1862.

³¹ Reichsgesetzblatt 105/1863.

³² Sylvia Hahn, *Migration – Arbeit – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2008, S. 137 f.

³³ Rachholz, S. 98.

³⁴ Rudolf Till, *Geschichte der Wiener Stadtverwaltung*, Wien 1957, S. 82.

³⁵ Carl Ferd. Mautner Ritter von Markhof (Hrsg.), *Die Wiener Stiftungen. Ein Handbuch*, Wien 1895.

in die Hände des Magistrats über;³⁶ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts suchte die Gemeinde jedoch immer mehr Stiftungen unter ihre Kontrolle zu bringen. 1895 befanden sich bereits 1.040 von 1.509 in der Verwaltung der Kommune. Was das Stiftungskapital anlangt, verwaltete die Gemeinde im Jahr 1895 rund 50 Prozent des Gesamtkapitals.³⁷

Angesichts mangelnder Aufnahmekapazitäten für Alte und Waisen legte die Gemeinde seit Ende der 1850er Jahre im Rahmen der geschlossenen Armenversorgung ein größeres Engagement an den Tag. In diese Phase fällt der Neubau eines Bürger-versorgungshauses und zunächst zweier kommunaler Waisenhäuser, denen weitere folgten, sodass bis Ende der 1880er Jahre deren Aufnahmekapazität auf etwa 700 Plätze angestiegen war.³⁸ Die Kapazität der primär der Altenbetreuung dienenden Armenhäuser, einschließlich jener der Vororte, wurde bis 1895 um rund ein Drittel auf über 5.000 gesteigert.³⁹ Dennoch blieb ein permanenter Engpass besonders bei den Versorgungsplätzen für Alte bestehen.

Bewegung in die Armenpolitik kam erst in der Ära Lueger infolge der überfälligen Lockerung des Heimatrechts. Wie sehr dessen restriktive Bestimmungen die Armenfrage bereits prägten, belegt eine zeitgenössische Untersuchung unter rund 10.000 Armen, die durch den „Verein gegen Verarmung und Bettelei“ unterstützt wurden. Dieser Verein leistete seine Hilfen an in Wien nicht heimatzuständige Personen. Von den Personen, die Mittel durch den Verein erhielten, waren 35 Prozent seit 11 bis 20 Jahren und 40 Prozent seit über 20 Jahren in Wien wohnhaft.⁴⁰ Eine im Jahr 1901 in Kraft getretene Novelle des Heimatrechts sah nun einen Rechtsanspruch auf Heimatzuständigkeit nach zehnjährigem, freiwilligem und ununterbrochenem Aufenthalt vor.⁴¹ Infolge der geänderten Rechtslage nahm die Zahl der in Wien Heimatberechtigten sprunghaft zu, wobei es sich bei den Antragstellern im erheblichen Maß gerade um ältere Personen handelte, die als besondere „Risiko-gruppe“ im Sinn der Armenfürsorge zu betrachten waren.⁴²

Das sich ausweitende Aufgabengebiet der Gemeinde im Armenwesen sorgte für eine allmähliche organisatorische Differenzierung. Noch zu Beginn der 1860er Jah-

³⁶ Vom Magistrat verwaltete Stiftungen, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Stiftungen allgemein, B51–B57; lokal verwaltete Stiftungen, B102–B103.

³⁷ Gemeinde-Verwaltung 1867–1870, S. 153; Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 13, 1895, S. 716.

³⁸ Weiß, S. 350, S. 355 f.; Peter Feldbauer, Kinderelend in Wien. Von der Armenpflege zur Jugendfürsorge (17. –19. Jahrhundert), Wien 1980, S. 134 f.

³⁹ Hannes Stekl, Armenversorgung im liberalen Wien, in: Herbert Knittler (Hrsg.), Wirtschafts- und sozial-historische Beiträge, Wien 1979, S. 431–450, hier S. 436.

⁴⁰ Karl-Theodor Inama-Sternegg, Die persönlichen Verhältnisse der Wiener Armen, Wien 1892.

⁴¹ Reichsgesetzblatt 222/1896.

⁴² Hahn, S. 152f.

re befasste sich lediglich ein Departement des Magistrats mit „Armen- und Versorgungs-Angelegenheiten“.⁴³ Mit dem Gemeindestatut von 1890 wurde ein Departement XII für Armenkinderpflege geschaffen, während das Departement XI die allgemeine Armenpflege von Personen über 14 Jahren betreute.⁴⁴ Im Jahr 1904 wurde die geschlossene Armenpflege von Personen über 14 Jahren als eigenständige Magistratsabteilung XIb aus der allgemeinen Armenpflege herausgelöst.⁴⁵

Ideologie und Praxis der Armenpflege

Mit den „josephinischen Reformen“ war eine Bürokratisierung der Armenpflege einhergegangen. Über ehrenamtlich tätige „Armenväter“ wurden die gespendeten Almosen unter Kontrolle der Pfarrer an die Bedürftigen verteilt. Diese Reorganisation der offenen Armenpflege blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück, weil die Pfarrer mit der organisatorischen Aufgabe heillos überfordert waren und die spendenwillige Bevölkerung an den traditionellen Formen des Almosengebens festhielt.⁴⁶

Auch private Vereine wie etwa der „Verein zur Unterstützung der Armen und Hilfsbedürftigen“ bedienten sich eines Netzes von über das Stadtgebiet verstreuten Bezirksstellen. Vor Ort wurde mit einem Untersuchungsbogen die Bedürftigkeit ermittelt.⁴⁷ Getragen von großteils bürgerlichen Honoratioren, banden diese Vereine auch Fachleute in ihre Tätigkeit ein, was zu einer bescheidenen Professionalisierung beitrug.⁴⁸ Die ab 1848 gegründeten katholischen Vereine operierten fast ausschließlich mit Sachspenden.⁴⁹

Nach den organisatorischen Veränderungen der 1860er Jahre folgte die kommunale Armenhilfe folgendem Procedere: Mit Ausnahme einmaliger Zahlungen erfolgte die Zuerkennung von Armenhilfe auf Antrag des zuständigen Armenrates an die Armenkonferenz. Im Fall eines positiven Bescheids ging der Antrag an das Armendepartement des Magistrats, welches die „Pfründe“ rechtskräftig zubilligte oder in anderen Fällen die Aufnahme in ein Versorgungshaus bewilligte. Diese aufwendige

⁴³ Wiener Kommunal-Kalender und Städtisches Jahrbuch 1, Wien 1863, S. 182 f.

⁴⁴ Felix Czeike/Peter Csendes, Die Geschichte der Magistratsabteilungen der Stadt Wien 1902–1970, Wien/München 1971, S. 21–23.

⁴⁵ Die Gemeinde-Verwaltung der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im Jahre 1904, Wien 1906, S. 277.

⁴⁶ Feldbauer/Stekl, S. 178.

⁴⁷ Mayr, S. 100 f.

⁴⁸ Feldbauer/Stekl, S. 196.

⁴⁹ Anhell, S. 39 f.

Prozedur dauerte in der Regel zumindest zwei bis drei Monate.⁵⁰ Nicht anders sah es bei den meisten Wohltätigkeitsvereinen aus.⁵¹ In den karitativen katholischen Vereinen bildeten „Pfarrkonferenzen“ jene Filialen, die sich mit der Überprüfung von Ansuchen und um den ständigen Kontakt mit den unterstützten Armen kümmerten.⁵²

Abgesehen von dem weitgehenden Ignorieren des Armenproblems durch Kaiserhaus und staatliche Behörden im reaktionär-restaurativen Klima des franziszeischen Wien folgten öffentliche und private Fürsorge im 19. Jahrhundert zunehmend einer liberalen Ideologie, indem sie zwar anlassbezogene, temporäre Hilfen zu leisten bereit waren, in der Regel Armut jedoch als selbstverschuldet betrachteten. Andererseits verstand sich die dauerhafte Unterstützung für Kinder, Alte und Kranke als patriarchalisch-bürgerliche Fürsorge und war damit einem älteren Verständnis von Armenpflege verpflichtet. Exemplarisch lässt sich das etwa an einem Bericht der Waisenkommission des Gemeinderates zur Organisation des mit 1. Oktober 1862 in Betrieb genommenen Waisenhauses auf dem Schottenfeld sehen, in der die Verköstigung der Kinder durch einen „Traiteur“ von der Kommission mit folgender Begründung abgelehnt wurde:

„Der Leiter des Kommunal-Waisenhauses [...] den sich die Kommission als Waisenvater denkt, soll mit seiner Gattin Vater- und Mutterstelle vertreten, diese sollen mit den Kindern an einem Tische speisen, ihnen die Speisen selbst verabreichen, sie an ein geregeltes Familienleben und die älteren Mädchen daran gewöhnen, sich auch in der Küche zu leichteren Verrichtungen verwenden zu lassen.“⁵³

Dem Ausbau der geschlossenen Kinder- und Altenfürsorge in der liberalen Ära (1861–1895) lagen vor allem pragmatische Motive und Zwänge – also Kostensenkung, Gemeindeautonomie, schlechte Qualität der Privatpflege – zugrunde.⁵⁴ Seit den 1860er Jahren mehrten sich allerdings Stimmen, die auf eine tiefgreifende Reform der Armenpflege drängten.⁵⁵ Kritisiert wurden das Gießkannensystem und der Ausschluss Nichttheimatberechtigter.⁵⁶ Tatsächlich bestätigt ein Blick in die Rechnungsbücher der Stiftungen die Fokussierung auf verarmte Angehörige des Klein-

⁵⁰ Kobatsch, S. 28 f.

⁵¹ Hanns Maria Truxa, *Bilder und Studien aus den Armenleben der Großstadt Wien*, Wien/Leipzig 1905, S. 98–100.

⁵² Walter Sauer, *Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914*, Salzburg 1980, S. 68 f.

⁵³ Protokoll der 113. Sitzung des Gemeinderathes der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, 22. August 1862, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Gemeinderat, B6: 18, S. 1112.

⁵⁴ Feldbauer, S. 135–138; Stekl, S. 436.

⁵⁵ Gerhard Melinz/Susan Zimmermann, *Über die Grenzen der Armenhilfe. Kommunale und staatliche Sozialpolitik in Wien und Budapest in der Doppelmonarchie*, Wien/Zürich 1991, S.124 f.

⁵⁶ Steiner, S. 39.

bürgertums und die Vergabe von „Einheitspfünden“ ohne Differenzierung.⁵⁷ So erhielten etwa aus der „Josef und Anna Richterschen Mariahilfer-Armenstiftung“ im Jahr 1882 der bürgerliche Schneidermeister Franz Bittlinger, der bürgerliche Schuhmacher Johann Dzobil und die Bürgerwitwe Josefa Höbel neben vielen anderen einheitliche Unterstützungsbeiträge in der Höhe von 25 fl 13 x.⁵⁸ Die Stiftungen förderten also ihre bürgerliche Klientel nach dem Gießkannenprinzip.

Insgesamt beschränkten sich die Reformen der liberalen Ära in der Wiener Kommunalpolitik auf organisatorische Verbesserungen innerhalb bestehender Strukturen. Am Grundsatz, dass die Armen die Ursachen ihres Elends primär bei sich selbst zu suchen hätten, wurde nicht gerüttelt.⁵⁹

Auch die seit 1897 unter Karl Lueger an der Macht befindlichen Christlichsozialen hatten eine grundlegende Neuorientierung der Armenpflege keineswegs im Sinn. Jedoch: „Auf programmatischer Ebene fand nichts destoweniger in Abgrenzung von liberalen Dogmen ein gewisser ‚Anspruch auf Hilfe‘ Anerkennung.“⁶⁰ Die wichtigsten sozialpolitischen Leistungen der Luegerschen Ära auf dem Gebiet der Armenpflege bestanden im Ausbau der geschlossenen Fürsorge. Zu den bestehenden sechs Versorgungshäusern⁶¹ gesellten sich mit dem Versorgungsheim Lainz im Jahr 1904 und dem 1908 fertig gestellten Jubiläumsspitals Zentren der Altenfürsorge von beachtlicher Dimension. Die Kapazität des Versorgungsheimes wurde innerhalb weniger Jahre auf nahezu 5.000 Insassen erweitert.⁶² Von staatlicher Seite erfuhr die Obdachlosenasytle einen erheblichen Ausbau. Die 1905 bis 1912 aus der Kaiser-Franz-Josef-Jubiläumstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen finanzierten „Männerheime“ boten circa 1.400 Schlafplätze. Dazu standen auch noch einige private und städtische Asyle zur Verfügung.⁶³ Im Findelkinderwesen wurde die Niederösterreichische Findelanstalt im Jahr 1910 in das Niederösterreichische Landes-Zentralkinderheim umgewandelt.⁶⁴

⁵⁷ Zum Beispiel: Gestions Buch des Ausschusses des Hertherfonds für active, disponible und pensionirte Kanzlei-Beamte des Wiener Magistrates und deren Witwen und Waisen 1872–1921, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Stiftungen allgemein, B53/1.

⁵⁸ Verrechnung über die Josef und Anna Richtersche Mariahilfer-Armenstiftung 1879–1891, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Stiftungen allgemein, B103/3.

⁵⁹ Feldbauer, S. 141.

⁶⁰ Melinz/Zimmermann, S. 130 f.

⁶¹ Kathrine E. Kogler, Die geschlossene Armenpflege in Wien vor Bau des Lainzer Versorgungsheimes, in: Ingrid Arias/Sonia Horn/Michael Hubenstorf (Hrsg.), „In der Versorgung“. Vom Versorgungsheim Lainz zum Geriatriezentrum „Am Wienerwald“, Wien 2005, S. 11–26, hier S. 15.

⁶² Christiane Feuerstein, Vom Armenhaus zur sozialen Infrastruktur. Altersversorgung in Wien, Weitra o. J., S. 76.

⁶³ Melinz/Zimmermann, S. 137, S. 140.

⁶⁴ Verena Pawlowsky, Mutter ledig – Vater Staat. Das Gebär- und Findelhaus in Wien 1784–1910, Inns-

Ansatzweise präventiven Charakter hatten Neuerungen in der Säuglings- und Kinderfürsorge. Die Auszahlung von „Erziehungsbeiträgen“ und Waisenpfründen wurde flexibler gehandhabt.⁶⁵ Die Einführung der Berufsvormundschaft 1910 für alle unehelich geborenen Kinder war ein Schritt zur Sozialpolitisierung.⁶⁶ Im Jahr 1912 wurde die Schaffung kommunaler Säuglingsfürsorgestellen beschlossen und zu diesem Zweck Säuglingspflegerinnen – die ersten „Sozialarbeiterinnen“ im kommunalen Dienst – eingestellt.⁶⁷

Die wichtigsten Professionalisierungsbemühungen vor dem Ersten Weltkrieg verdankten sich jedoch privaten Initiativen, allen voran denen des Kinderarztes Leopold Moll und der Sozialreformerin Ilse Arlt. Arlt gründete 1912 die „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ als Ausbildungsstätte für Berufsfürsorgerinnen. Sie und Moll propagierten eine anspruchsvolle interdisziplinäre Ausbildung, welche unter anderem medizinische und psychologische Grundkenntnisse vermitteln sollte.⁶⁸

Was das finanzielle Engagement im Armenwesen anbelangt, hatten sich die Gewichte am Vorabend des Ersten Weltkriegs eindeutig zur öffentlichen Seite hin verschoben. Im Jahr 1913 flossen insgesamt 43,3 Millionen Kronen in das Wiener Armenwesen. Davon kamen 21,2 Millionen aus dem kommunalen Budget, 13,6 Millionen aus anderen öffentlichen, staatlichen und 8,5 Millionen aus privaten Quellen. Laufende Aushilfen an Arme, die Krankenpflege und die Kinderfürsorge bildeten die größten Budgetposten. Aus kommunalen Mitteln wurde ein Großteil der laufenden Aushilfen und der geschlossenen Armenfürsorge, dazu fast die Hälfte der Armenkinderpflege bestritten.⁶⁹ Langfristig betrachtet hatten im Vergleich zu den 1860er Jahren vor allem die Ausgaben für die Krankenpflege an Bedeutung gewonnen, ein Trend, der sich allerdings schon ab den 1880er Jahren abzeichnete.⁷⁰

Andreas Weigl, Wiener Stadt- und Landesarchiv, andreas.weigl@wien.gv.at

bruck u. a. 2001, S. 268.

⁶⁵ Susan Zimmermann, Kommunale Armen- und Wohlfahrtspolitik in Budapest und Wien 1870–1914, in: *L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* 5/2, 1994, S. 19–40, hier S. 35.

⁶⁶ Gudrun Wolfruber, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit. Wiener Jugendwohlfahrt im 20. Jahrhundert, Wien 2013, S. 21 f.

⁶⁷ Susanne Birgit Mittermeier, Die Jugendfürsorgerin. Zur Professionalisierung der sozialen Kinder- und Jugendarbeit in der Wiener städtischen Fürsorge von den Anfängen bis zur Konstituierung des Berufsbildes Ende der 1920er Jahre, in: *L'Homme* 5/2, 1994, S. 102–120, hier S. 108–110.

⁶⁸ Andreas Weigl, The rise and fall of the Fürsorgerin (female welfare worker) in Austrian public health policies. Theory and practice of a professional link within a changing social and epidemiological framework, in: Martin Dinges/Robert Jütte (Hrsg.), *The transmission of health practices (c. 1500 to 2000)*, Stuttgart 2011, S. 117–133, hier S. 118–120; Cornelia Frey, „Respekt vor der Kreativität der Menschen“. Ilse Arlt: Werk und Wirkung, Opladen 2005.

⁶⁹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 31, 1913, S. 874–876.

⁷⁰ Stekl, S. 449.

Von der staatlichen zur kommunalen Sozialpolitik Prags im langen 19. Jahrhundert¹

Als im Jahr 1784 die bisher selbstständigen Prager Städte vereinigt wurden und es im Zuge dessen zu einer grundlegenden Reorganisation ihrer Verwaltung kam, hatte das Prager Armenwesen seinen Meilenstein der Modernisierung bereits hinter sich. Auch für die neu konstituierte königliche Hauptstadt Prag² waren die Direktiven Josephs II. von 1781, die eine Lösung des Problems des Armenwesens in der Monarchie durch die Zentralisierung der Armen- und Gesundheitspflege anstrebten, zu bestimmenden Norm geworden. Im Zuge der Reform wurden spezialisierte Institute geschaffen und die staatliche Pflege von wohltätigen privaten Initiativen, einschließlich der kirchlichen, getrennt.³ Während die institutionelle Pflege (Armen-Gesundheits-Repressions-Anstalten) in der Kompetenz des Staates verblieb, basierte die offene Armenpflege auf der Kooperation von Wohltätigkeitsvereinen und Kirchen.⁴

Modernisierungsversuche bzw. Reformen im Bereich des Armenwesens erlebten die Prager Städte jedoch während des gesamten 18. Jahrhunderts. Bereits seit dem 17. Jahrhundert hatte sich die landesherrliche Macht in Böhmen systematisch um eine Kontrolle der Armut bzw. ihres sichtbaren Ausdrucks, des Bettelns, bemüht.⁵ Die Restriktion und Regulation betraf allerdings de facto nur die „professionellen Bettler“.

¹ Übersetzerin dieses Beitrages: Dr. Nina Lohmann.

² Bis zur Verwaltungsreform des Jahres 1784 existierten selbstständige Prager Städte mit eigener Verwaltung: Altstadt, Neustadt, Kleinseite und Hradschin. Alle Versuche einer Vereinigung der Prager Städte vor dem genannten Datum scheiterten. Vgl. dazu Ondrej Bastl, *Spojení měst pražských v roce 1784 [Die Vereinigung der Prager Städte 1784]*, Praha 2003.

³ Vgl. Olga Fejtová, *Organizace chudinské péče v letech 1781-1922 [Die Organisation der Armenpflege in den Jahren 1781–1922]*, in: Václav Ledvinka u.a. (Hrsg.), *Osm století pražské samosprávy [Acht Jahrhunderte Prager Selbstverwaltung]*, Praha 2000, S. 133-134.

⁴ Antonín Pokorný, *1000 let chudinství v Praze [1000 Jahre Armenwesen in Prag]*, Praha 1940, S. 33-34.

⁵ Siehe Olga Fejtová, „Já pevne verím a vyznávám...“ *Rekatolizace na Novém Meste pražském v dobe pobelohorské [„Ich glaube fest und bekenne...“ Die Rekatholisierung in der Prager Neustadt nach 1620]*, Praha 2012, S. 81-82, 151-152, 171; Tomáš Jelínek, *Žebráci v pražských mestech r. 1712 [Die Bettler in den Prager Städten des Jahres 1712]*, in: *Documenta Pragensia* 7:2/1987, S. 389-391.

Bereits in den 1730er Jahren versuchten die Prager Städte, das wachsende Armutproblem durch eine Zentralisierung der institutionellen Pflege und die Gründung eines gemeinsamen Armenhauses für arbeitsunfähige Personen zu lösen.⁶ Die Bestimmungen für das vereinigte Prager Armenhaus entsprachen den zeitgenössischen aufklärerischen Forderungen nach einer Pädagogisierung und Aktivierung des Prekariats.⁷ Im 18. Jahrhundert fand in der städtischen Agglomeration zudem eine Forderung Gehör, die sich seit dem 17. Jahrhundert wie ein roter Faden durch die landesherrlichen wie städtischen Vorschriften zog, nämlich die arbeitsfähigen armen Personen auf institutioneller Ebene von den anderen Bedürftigen zu trennen und sie zur Arbeit zu zwingen.⁸ Das erste Prager Zwangsarbeitshaus wurde 1739 in Anbindung an ein bereits bestehendes Zuchthaus gegründet.⁹ Die Zwangsarbeitshäuser in Prag hatten jedoch nicht zuletzt infolge der niedrigen Arbeitsproduktivität der Insassen mit schwerwiegenden ökonomischen Problemen zu kämpfen. An dem Scheitern der genannten Institutionen hatte allerdings auch die erwähnte Reform des Armenwesens in den 1780er Jahren ihren Anteil.¹⁰

Zu den ersten Schritten der Josephinischen Reformen gehörte auch in Prag die Auflösung der traditionellen städtischen Spitäler. Deren in staatliche Kontrolle überführtes Eigentum sollte die finanzielle Grundlage für die neu geschaffenen Institutionen der geschlossenen Armenpflege bilden. Finanzielle Ansprüche stellte allerdings auch der Bereich der offenen bzw. Almosenpflege im Rahmen des neu etablierten Systems des sogenannten Armeninstituts, das ebenfalls der Aufsicht der Staatsverwaltung unterstand.¹¹ Dieses stützte sich auf ein Netz von 20 neu geschaffenen Armenbezirken, die den bisherigen Pfarrbezirken entsprachen und an deren Spitze die örtlichen Geistlichen standen. Letztere blieben zwar das zentrale Organi-

⁶ Vgl. Fejtová, *Rekatolizace*, S. 151-152.

⁷ Pokorný, S. 29.

⁸ Fejtová, *Rekatolizace*, S. 151-152, 174; Jelínek, S. 388-392. Vorbild hierfür war die fortgeschrittene Praxis in England und den Niederlanden, wo Einrichtungen gegründet worden waren, die den Armen nicht nur Arbeit verschaffen, sondern sie gleichzeitig auch zur Arbeit erziehen sollten, also Zwangsarbeitshäuser. Siehe Schmidt, S. 128.

⁹ Den ersten Versuch der Gründung eines Zwangsarbeitshauses gab es bereits 1674, die Einrichtung nahm allerdings in der Folge immer mehr den Charakter einer normalen Strafanstalt an. Vgl. Alena Petránová, *K využití práce žebráku a tuláku v textilní výrobě v Praze kolem r. 1781* [Zur Nutzung der Arbeitskraft der Bettler und Landstreicher in der Prager Textilproduktion um das Jahr 1781], in: *Ceský časopis historický* 60/1962, S. 98.

¹⁰ Lucie Pokorná, *Spolek na podporu bydlící chudiny. Reflexe chudých na počátku 19. století* [Der Verein zur Unterstützung des ansässigen Prekariats. Die Reflexion der Armen zu Beginn des 19. Jahrhunderts], Diplomarbeit, *Ceské Budejovice* 2012, S. 33-34; Pokorný, *1000 let*, S. 33.

¹¹ Josef Vlček, *Chudinství královského hlavního města Prahy* [Das Armenwesen der königlichen Hauptstadt Prag], *Praha* 1901, S. 20-21.

sationselement der offenen Armenpflege; neben ihnen waren jedoch in jedem Armenbezirk zwei weitere sogenannte Armenväter tätig, d. h. Bewohner der Stadt, die diese Funktion ehrenamtlich ausübten. Auf freiwilliger Basis organisiert war auch das gesamte System der Finanzbeschaffung sowie die anschließende Distribution der Mittel an die Armen. Die neue, staatlich kontrollierte offene Armenpflege in Prag hatte von Anfang an mit finanziellen Problemen und dem Mangel an Freiwilligen zu kämpfen.¹² Geld sollte das System vornehmlich durch freiwillige Spenden erhalten. Der Haushalt des Armeninstituts wurde ferner durch die obligatorischen Abgaben aus Geldmitteln erhöht, die für die Staatskasse bestimmt waren (z. B. aus freiwilligen Auktionen, Gerichts- und Polizeibußen, öffentlichen Gebühren etc.). Das System sollte sich darüber hinaus eigene Stiftungsquellen erschließen.¹³ Eine Stütze der offenen Armenpflege in Prag waren dann seit Beginn des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt die Aktivitäten verschiedener Vereine.¹⁴

Trotz dieser relativ breiten und differenzierten Verteilung der Finanzeinkünfte bewegte sich das Prager Armeninstitut in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dauerhaft an der Grenze seiner finanziellen Möglichkeiten. Noch schwerer zu schaffen machten ihm allerdings zunächst die Probleme bei der Gewinnung von Freiwilligen. Die Wohltätigkeit wurde jedoch in den neuen Kontexten der Zivilgesellschaft allmählich zu einer Angelegenheit des gesellschaftlichen Prestiges und der Identifikation mit der städtischen Gesellschaft. Aktivitäten der Bürger im karitativen Bereich waren nicht selten auch die Voraussetzung für ihre zukünftige politische Karriere auf kommunaler Ebene. Das Ehrenamt des „Armenvaters“ beanspruchte allerdings viel Zeit und verlangte gewisse administrative Kompetenzen. Insgesamt wurden nämlich mittels der Armenbezirke in den ersten beiden Dekaden des 19. Jahr-

¹² Pokorný, 1000 let, S. 23-24; Archiv hl. mesta Prahy (Archiv der Hauptstadt Prag, weiter AMP), Magistrát hlavního mesta Prahy (Magistrat der Hauptstadt Prag, weiter MHMP) I, Rankeum, Praha. Úřady. Instrukce, Ch. Chudinský ústav [Ämter. Instruktionen, Armeninstitut].

¹³ Pokorný, 1000 let, S. 36-37; AMP, MHMP I, Rankeum, Praha. Úřady. Instrukce, Ch. Chudinský ústav. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die Ausrichtung eines Balls zur Unterstützung des Prager Armenhauses zur Tradition, vgl. AMP, MHMP I, Presidium rady a magistrátu [Rats- und Magistratspräsidium], 1831-1835, Sign. F 10/4, Sch. 48, Ausrichtung von Bällen zugunsten des Armenhauses zu St. Bartholomäus, Kartenverkauf; 1836-1840, Sign. F 10/1, Sch. 66, Ausrichtung von Bällen mit den Lotterien und der Musikakademie zugunsten des Armenhauses zu St. Bartholomäus; 1841-1845, Sign. F 10/2, Sch. 78, Ausrichtung von Bällen mit den Lotterien zugunsten des Armenhauses zu St. Bartholomäus, etc.

¹⁴ So hatte etwa als einer von vielen der „Privatverein zur Unterstützung der Hausarmen“ die Position eines offiziellen Partners der offenen Armenpflege. Seine Mitgliederbasis rekrutierte sich zunehmend vor allem aus vermögenden Prager Unternehmern, Amtsträgern und Geistlichen. Hilfe gewährte er durch angelegte Stiftungen oder durch die Teilnahme an Geldsammlungen. Vgl. Statuten des Privatvereines zur Unterstützung der Hausarmen Prag, Praha 1876; Zpráva účetní soukromého spolku pro podporování domácích chudých v Praze [Rechnungsbericht des Privatvereines zur Unterstützung der Hausarmen Prag], Praha 1899; Pokorný, 1000 let, S. 38-46.

hunderts in Prag durchschnittlich über 1200 Personen unterstützt. Diese Zahl überstieg bei weitem die realen Möglichkeiten des Armeninstituts und seiner Funktionäre. Bereits seit den 1820er Jahren bemühte sich die Staatsverwaltung daher mittels einer Reorganisation der Verwaltung um die schrittweise Lösung der Probleme des neuen Systems der offenen Armenpflege. So wurde nach und nach die Rolle der Geistlichen geschwächt, die Anzahl der Freiwilligen erhöht und zugleich das Gebiet verkleinert, auf dem die offene Armenpflege gewährt werden sollte. Zudem wurde die Kontrolle der Almosenabgabe und der Einhaltung des Bettelverbots verschärft.¹⁵ Die genannten Veränderungen liefen im Grunde auf die Realisierung derjenigen Prinzipien hinaus, die nicht ganz zwei Jahrzehnte später im Rahmen des sogenannten Elberfelder Modells appliziert wurden.¹⁶

Auch die Prager geschlossene, d. h. institutionelle Armenpflege wurde durch die Reformen der Josephinischen Zeit umgestaltet. In ihrem Rahmen wurde eine Reihe von spezialisierten Pflegeeinrichtungen im Armen- und Gesundheitsbereich geplant, die im südlichen Teil der Prager Neustadt¹⁷ konzentriert und durch das Eigentum der aufgelösten Spitäler bzw. das für die Armen bestimmte Stiftungsvermögen finanziell gesichert wurden. Eine zentrale Rolle spielte unter den neuen Einrichtungen seit 1789 das Siechenhaus für unheilbar kranke und körperlich behinderte Personen im sogenannten Karlshof.¹⁸ Einen ähnlichen Zweck erfüllte das 1809 gegründete Armenhaus in den Räumlichkeiten des ehemaligen Spitals zu St. Bartholomäus: Hierbei handelte es sich um eine Einrichtung für Personen, die aufgrund des Alters oder einer körperlichen Behinderung nicht mehr in der Lage waren, zu arbeiten.

Alle Institute waren von Anfang an als Landeseinrichtungen konzipiert. Ihre Verwaltung wurde daher nicht mehr der Hauptstadt Prag übertragen, sondern blieb beim Staat. Die Nachteile dieses einseitigen Konzepts sollten sich schon bald zeigen.¹⁹ Wenngleich die Stadt ihre Tätigkeit nur mittels der Stiftungen beeinflussen

¹⁵ VlK, S. 27-31.

¹⁶ Die älteste Elberfelder Armenordnung stammte aus dem Jahr 1852 und forderte unter dem Schlagwort „Hilfe von Mensch zu Mensch“ die konsequente Dezentralisierung der Verwaltung des Armenwesens sowie die Individualisierung der Armenpflege. Vgl. Christoph Sachße / Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 214-222.

¹⁷ Petr Svobodný / Ludmila Hlaváčková, Pražské špitály a nemocnice [Die Prager Spitäler und Krankenhäuser], Praha 1999, S. 48-50.

¹⁸ Vojtech Kraus (Hrsg.), Dejiny obecní správy Král. hlav. mesta Prahy za léta 1860-1870 [Die Geschichte der allgemeinen Verwaltung der Königl. Hauptstadt Prag in den Jahren 1860-1870], Bd. 1, Praha 1903, S. 208. De facto wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausschließlich unheilbar Kranke in das Siechenhaus eingewiesen. Siehe Wilh. Rud. Weitenweber, Die medicinischen Anstalten Prag's nach ihrem gegenwärtigen Zustande geschildert, Prag 1845, S. 104.

¹⁹ Fejtová, Organizace chudinské péče, S. 136.

konnte, profilierten sich die Einrichtungen allmählich als Prager Institutionen²⁰. Trotz seines nur minimalen Einflusses auf beide Institute war der Prager Magistrat von Anfang an dazu verpflichtet, die finanziellen Fehlbeträge in ihrem Haushalt auszugleichen. Die Kosten für die Pflege der Insassen sollten von der jeweiligen Heimatgemeinde getragen werden, was jedoch mit Ausnahme Prags praktisch nie geschah. Das wachsende Manko im Haushalt der Armeneinrichtungen machte bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Suche nach neuen Finanzquellen nötig.²¹ Da die Ausgleichung des Fehlbetrags aus der Staatskasse letztlich abgelehnt wurde, blieb also nur die Begleichung der Schulden aus den Prager Kommunalfinanzen. Diese 1818 eingeführte Praxis setzte sich in der gesamten ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fort.²² Dank der Mitfinanzierung der Institute gewann die Prager Stadtverwaltung auf der anderen Seite jedoch einen direkten Einfluss auf deren Leitung.²³

Aufgrund der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung, begleitet vor allem von einem baulichen und industriellen Aufschwung der Stadt²⁴, hatte der Prager Magistrat in dieser Zeit überdies mit einer in diesem Umfang bis dahin nicht gekannten Arbeitslosigkeit der Prager Bürger zu kämpfen. Die Gefahr sozialer Unruhen infolge von Versorgungsengpässen, wie etwa nach der Missernte des Jahres 1846, erhöhte den Druck auf eine zweckmäßige Reform des Prager Armenwesens. Auch aus diesem Grund neigte der Prager Magistrat bereits seit den 1840er Jahren zu einer breiteren Betrachtung der Armenfrage, die auch die Arbeiterfrage einschloss.²⁵

Die Finanzprobleme des Systems des Prager Armenwesens führten schließlich zu einer allmählichen Übertragung von Kompetenzen im Bereich der Armenpflege von der Landes- auf die Kommunalverwaltung, eine weitere Rolle spielte die Sta-

²⁰ Ebd., S. 134-135; Kraus, S. 182.

²¹ Antonín Pokorný, Nekolik poznámek o vzniku a právním poměru všeobecné nemocnice v Praze [Einige Anmerkungen über die Entstehung und die rechtliche Stellung des Allgemeinen Krankenhauses in Prag], in: Vestník hlavního města Prahy 35:7, 1928, S. 170. Auf der anderen Seite wuchsen die Finanzfonds des Prager Siechenhauses und Armenhauses zum Jahr 1843 sogar und ihre Jahreseinnahmen übertrafen, wenn auch nur unbedeutend, die Ausgaben für den Betrieb der Institute. Vgl. Weitenweber, S. 104, 158.

²² Ebenda. Svobodný / Hlaváčková, S. 38-39; Fejtová, Organizace chudinské péče, S. 135-136.

²³ Kraus, Dejiny obecní správy, S. 182; Fejtová, Organizace chudinské péče, S. 134-135.

²⁴ Václav Ledvinka/Jiří Pešek, Prag, Praha 2000, S. 433-435.

²⁵ AMP, MHMP I, Presidium rady a magistrátu, 1848-1851, Sign. F 10, 10a, 10b, 10/6, Sch. 100-101, 1848-1849, spisy k péči o nezamestnané, správa fondu pro péč o nezamestnané, nouzové práce na strahovských lomech, rozdávání polévky a chleba chudým [Akten zur Arbeitslosenpflege, Verwaltung des Fonds für die Arbeitslosenpflege, Notarbeit in den Strahover Steinbrüchen, Verteilung von Suppe und Brot an die Armen].

dion'sche Gemeindereform von 1849.²⁶ So hieß es in der neuen Prager Gemeindeordnung von 1850: „Die Armenpflege ist eine Angelegenheit der Gemeinde.“²⁷ In den Jahren 1850 bis 1864 kam es zu einer vollständigen Reorganisation und dadurch Kommunalisierung des Prager Armenwesens.²⁸ Die Verzögerung bei der Umsetzung dieser Reform war nicht zuletzt einer Reihe von grundsätzlichen Gesetznormen geschuldet, denen sich die durchgeführten Verwaltungsänderungen anpassen mussten. Das Reichsgemeindengesetz von 1862 zählte so auch „das Armenwesen und die Sorge für die Gemeinde-Wohlthätigkeitsanstalten“ zum „selbstständigen Wirkungskreis“ der Gemeinden, in dem diese „nach freier Selbstbestimmung anordnen und verfügen kann“.²⁹ Ein Jahr später bestätigte das Gesetz über das Heimatrecht die Verpflichtungen der Gemeinden gegenüber ihren Bürgern.³⁰ In der Übergangszeit wurden die zwei wichtigsten Prager Armeneinrichtungen, das Armenhaus zu St. Bartholomäus und das Siechenhaus im Karlshof, schrittweise der Prager Gemeindeverwaltung übertragen. Im gleichen Zeitraum definierte der Magistrat normativ auch das System der offenen Armenpflege, das auf der Ebene der Armenbezirke weiterhin auf der privaten Wohltätigkeit beruhte. Eine endgültige Unterstützung für die Organisation des kommunalen Armenwesens erhielt Prag erst im Jahr 1868 mit dem Erlass des Landesarmengesetzes³¹, das die Organisation der öffentlichen Armenpflege im Sinne ihrer bestehenden Form regelte, d. h. als vorrangige Pflicht der (politischen) Gemeinde, und erst nachfolgend und nur in Notfällen auch dem Staat gewisse Kompetenzen zugestand.³² Dies betraf vor allem die finanzielle Absicherung der Armenpflege.³³ Die Gemeinde sollte aktiv auf dem Feld

²⁶ Gunther Hildebrandt, Franz von Stadion und die Reform der österreichischen Gemeinden, in: Helmut Bleiber/Wolfgang Küttler (Hrsg.), *Revolution und Reform in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*: Ereignisse und Prozesse, Berlin 2005, S. 67-76.

²⁷ Gemeindeordnung für die Stadt Prag vom 27. April 1850 (LGVB. Nr. 85/1850), § 85.

²⁸ Die Verwaltungsreformen wurden 1864 von der Instruktion für die Armen-Bezirksdirektionen der königl. Hauptstadt Prag abgeschlossen.

²⁹ RGBL. 18/1862. Gesetz, womit die grundsätzlichen Bestimmungen zur Regelung des Gemeindegewesens vorgezeichnet werden (Reichsgemeindengesetz 1862) vom 5. März 1862, Art. V.

³⁰ RGBL 105/1863. Gesetz vom 3. Dezember 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, IV. Abschnitt, Von der der Gemeinde obliegenden Armenversorgung - § 22-31. Zur Novellierung dieser Norm kam es erst im Jahr 1896 durch die Novelle Nr. 222.

³¹ Gesetz vom 3. Dezember 1868 Nr. 59, wirksam für das Königreich Böhmen, über Armenpflege.

³² Ebd., § 2 a 3, 25, 26. War die Gemeinde nicht in der Lage, die Pflege zu gewähren, sollte sie sich an die Bezirksvertretung bzw. an die Landesvertretung wenden. Diese Institutionen sollten sich dann direkt um die Wohltätigkeitsinstitute des Bezirks und des Landes kümmern. Ebd. § 27 und 28.

³³ Ebd., § 16, § 20-22. Der Armenfonds wurde zu einem gewissen Teil aus Hinterlassenschaften Geistlicher, dem Prozent aus Auktionserlösen und auch aus Finanzen und Immobilien, die ohne Ersatz in Strafverfahren entzogen wurden, vermehrt. Die Gemeinde konnte diese Einnahmen dann auf Basis speziell eingeführter Leistungen und Gebühren erweitern.

der Armenpolitik auftreten und sich initiativ an der Einrichtung und dem Betrieb von Institutionen beteiligen, die der Arbeitsvermittlung für Arme dienten, ihnen bei der Beschaffung von billigen Lebensmitteln halfen und sich um Personen kümmerten, die sich aufgrund ihres Alters oder einer körperlichen bzw. geistigen Behinderung nicht selbst versorgen konnten. Die zentrale Aufgabe bei der Ausübung der Gemeinde-Armenpflege kam weiterhin dem bewährten Institut der „Armenväter“ zu, das heißt Bewohnern der Gemeinde, die nunmehr gewählt wurden und sich „direkt und persönlich um die Armen kümmern“ sollten.³⁴ Das Gesetz bestätigte der Gemeinde ebenfalls die Ausübung der Armenpolizei, die die Verhütung des Bettelns und die Kontrolle der ordentlichen Verwaltung des Besitzes der Armen zur Aufgabe hatte.³⁵

Dieses System hatte im Wesentlichen bis zum Jahr 1918 Bestand. Das bedeutet jedoch nicht, dass es nicht zu weiteren Reformversuchen gekommen wäre, denn auch unter der Verwaltung der Gemeinde dauerten die finanziellen Probleme der Armenpflege fort. Inspirationen boten in dieser Hinsicht sowohl das Elberfelder System als auch Beispiele aus anderen österreichischen und deutschen Städten.³⁶ Die Reformversuche in Prag in den 1880er und 1890er Jahren zielten vor allem auf eine größere Effektivität der offenen Armenpflege.³⁷ Das konkrete Ergebnis dieser Bemühungen war allerdings lediglich die Festigung der Kontrolle des Almosens-Systems.³⁸

Was die Entwicklung des Prager Armenwesens in den 1880er bzw. 1890er Jahren kennzeichnete, war der Trend zu einer vollständigen Veränderung des Blicks auf die Armenproblematik. Dieser richtete sich vor allem auf eine gemeinsame Lösung der Armen- und Arbeiterproblematik wie auch der sozialen Frage, die nun im größeren Rahmen der Wohlfahrtspflege betrachtet wurden. Der Lebensstandard des Prekariats sollte mithilfe von Gesetzesnormen, einer Pflichtversicherung, der Arbeitsvermittlung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze erhöht werden.³⁹ Darüber hinaus wurden in das neue System auch die traditionellen Methoden von Prävention und

³⁴ Ebd., § 32.

³⁵ Ebd., § 33.

³⁶ Ottův slovník naučný (Ottos Konversationslexikon, weiter OSN), Bd. 12, Praha 1897, S. 430-436. Die Systeme lavierten größtenteils zwischen dem preußischen Modell, das von der Unterstützung der Bedürftigen nach dem aktuellen Wohnort ausging und letztlich die Verantwortung des Staates akzentuierte, und dem bayerischen System, das sich auf das Institut des Heimatrechts stützte. Siehe Sachße/Tennstedt, S. 214-222.

³⁷ AMP, MHMP I, Rankeum, Praha. Chudinství [Armenwesen], konvolut 1897-1898, Karel Vendulák, zpráva pro mestskou radu z [Bericht für den Stadtrat vom] 5. 9. 1897, S. 14-18.

³⁸ Rád ústavu chudinského královského hlavního města Prahy [Statut des Armeninstituts der königlichen Hauptstadt Prag], Praha 1900, S. 7.

³⁹ Ebd.

Kontrolle eingefügt und private wie kommunale (bzw. staatliche) Aktivitäten in diesem Bereich verknüpft.⁴⁰ Die veränderte Betrachtung des Armenwesens hatte ein aktiveres Auftreten der Prager Stadtverwaltung auf konzeptioneller Ebene wie auch in der städtischen Sozialpolitik zur Folge.⁴¹

Die Überführung des traditionellen Armensystems in die Zuständigkeit der Prager Gemeinde im 19. Jahrhundert brachte eine effektivere Verwaltung und Zentralisierung der institutionellen Armenpflege mit sich. Ein weiteres Charakteristikum der Entwicklung des Prager kommunalen Armenwesens war die Bürokratisierung und Professionalisierung eines bedeutenden Teils der Armenpflege. Definitiv beseitigt wurde die Bindung der Ausübung der Armenpflege an die kirchlichen Institutionen; vielmehr entwickelten sich die privaten Wohltätigkeitsaktivitäten nun auf Vereinsbasis. Nach der Überführung des Armenwesens auf die kommunale Verwaltung in den 1870er Jahren machten die Ausgaben im Bereich der Armen- und Sozialpolitik 5–6 % des Haushaltes aus. Dieser Anteil verdoppelte sich nach allen Reformen und Reorganisationen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, zweifelsohne vor allem aufgrund der Zentralisierung verschiedener Sozialagenden unter dem Dach der Wohlfahrtspflege.⁴²

Die Maßnahmen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zuge der Umsetzung des neuen Konzepts von der Prager Stadtverwaltung verabschiedet wurden⁴³, vermochten die krassensten Armutsprobleme zwar etwas zu lindern. Letztlich überschritten sie aber nicht den Rahmen des für Prag im 19. Jahrhundert charakteristischen konservativ-paternalistischen Modells der Armenpolitik. Die Versorgung in den genannten Institutionen und die finanzielle Unterstützung der Armen in Form des Almosens wurden zwar durch eine Reihe weiterer Aktivitäten ergänzt, so durch Regulierung der Lebensmittelpreise, Verkauf billigen Brennstoffes, Steuererleichterungen für Häuser mit Kleinwohnungen, Errichtung billiger Arbeiterwohnungen

⁴⁰ OSN, Bd. 11, Praha 1897, S. 870.

⁴¹ Referát popisní a humanitní [Das Konskriptions- und Wohlfahrtsreferat], in: Vestník obecní král. Hlav. mesta Prahy [Gemeindeanzeiger der königl. Hauptstadt Prag] 8/1901, S. 173. Über die Einrichtung eines Wohlfahrtsreferats wurde bereits 1899 entschieden.

⁴² Siehe zum Beispiel Haupt-Präliminar über die Einnahmen und Ausgaben der Prager Stadtgemeinde für das Verwaltungsjahr 1879, Praha 1878, S. 62-63; Haupt-Präliminar über die Einnahmen und Ausgaben der Prager Stadtgemeinde für das Verwaltungsjahr 1896, Praha 1895, S. 178-180; Haupt-Präliminar über die Einnahmen und Ausgaben der Prager Stadtgemeinde für das Verwaltungsjahr 1905, Praha 1904, S. 278-279.

⁴³ Josef Šiška (Hrsg.), Administracní zpráva král. Hlav. mesta Prahy za léta [Verwaltungsbericht der königl. Hauptstadt Prag für die Jahre] 1908, 1909, 1910, Bd. 1, Praha 1915, S. 888; Vojtech Kraus (Hrsg.), Almanach král. hlav. mesta Prahy na rok 1914 [Almanach der königl. Hauptstadt Prag für das Jahr 1914], Praha 1914, S. 127.

und Notarbeit.⁴⁴ Die neu eingeführten Prinzipien der Wohlfahrtsagenda stießen in der Vorkriegszeit aber noch auf die Begrenzungen der staatlichen Politik. Diese lockerten sich erst nach 1918 im Kontext der neuen Sozialgesetzgebung bzw. der Übertragung eines Großteils der sozialen Lasten zurück an den Staat.⁴⁵

**Dr. Olga Fejtová, Archiv hl. mesta Prahy (Archiv der Hauptstadt Prag),
Olga.Fejtova@praha.eu**

⁴⁴ Josef Husák (Hrsg.), Administracní zpráva královského hlavního mesta Prahy za léta [Verwaltungsbericht der königlichen Hauptstadt Prag für die Jahre] 1905, 1906, 1907, Bd. 2, Praha 1911, S. 889; Zprávy. Proti nezamestnanosti [Berichte. Gegen die Arbeitslosigkeit], in: Vestník obecní královského hlavního mesta Prahy 8/1901, S. 218.

⁴⁵ Siehe Verejné chudinství v republice ceskoslovenské v roce 1921 [Das öffentliche Armenwesen in der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1921], Praha 1924. Zu der Sozialgesetzgebung der Ersten Tschechoslowakischen Republik vgl. Jakub Rákosník, Gentský systém v období I. Ceskoslovenské republiky [Das Genter System in der Zeit der I. Tschechoslowakischen Republik], in: Casopis národního muzea – rada historická 170:3-4, 2001, S. 84-105; Für eine Zusammenfassung der Gesetzesnormen zur Arbeitslosenunterstützung vgl. Jan Cerman, Podporování nezamestnaných podle predpisu o státním příplatku k podpoře nezamestnaných [Die Unterstützung der Arbeitslosen nach den Vorschriften über die Staatszulage zur Arbeitslosenunterstützung], Praha 1938.

Reformen versus Stereotypen. Modernisierung der kommunalen Armenpolitik in Ungarn um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert – Provinzstadt Pressburg (Bratislava) und Hauptstadt Budapest.¹

Die Armenpolitik in Ungarn war, was den Organisations- und Wirkungsgrad angeht, im Laufe des langen 19. Jahrhunderts von großen Gegensätzen zwischen Städten und ländlichen Regionen geprägt. Während auf dem Land einfache und leicht kontrollierbare Formen der Sozialhilfe überdauerten, entwickelte sich in den großen Städten Ungarns im 19. Jahrhundert eine relativ komplexe und im Rahmen der damaligen Möglichkeiten auch systematische kommunale Sozialpolitik. Zu den wichtigsten Modernisierungsmerkmalen im Bereich der Sozialfürsorge bzw. Armenpolitik gehörten die Säkularisierung, Spezialisierung, Rationalisierung, Bürokratisierung, Professionalisierung und Humanisierung sowie Bestrebungen, ursprünglich kirchliche oder städtische Einrichtungen zu verstaatlichen.

Gemeinden als wichtigster Akteur der Armenpolitik

Im Vergleich zu Cisleithanien hatte der Staat in Ungarn nur einen geringen organisatorischen und finanziellen Anteil an der Sozialfürsorge. Der Staat spielte hier in Organisation und Finanzierung der Armenpflege bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein eine untergeordnete Rolle. Für die Armenpolitik galten in der Habsburgermonarchie zwei grundlegende Regeln: Erstens waren die Gemeinden verpflichtet, anhand des Heimatrechtes bzw. der Gemeindezuständigkeit ihren Einwohnern Sozialhilfe zu leisten; zweitens galt der Grundsatz der Subsidiarität, das heißt, die Gemeinde musste erst dann tätig werden, wenn alle anderen Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden sozialen Rettungsnetzwerke – also der engeren und brei-

¹ Die Forschung wurde gefördert von Projekt APVV-0119-11 und Zentrum der Exzellenz „Geschichte Slowakei in der Geschichte Europas“ im Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.

teren Familie, der Nachbargemeinschaft, der kirchlichen Caritas und der privaten bürgerlichen Wohltätigkeit – ausgeschöpft waren.

Ein weiteres Kriterium für die Gewährung oder Ablehnung von Sozialhilfe war die Beurteilung des sogenannten Anrechtes bzw. der Bedürftigkeit. Dabei waren jedoch moralische Erwägungen und die damaligen Vorstellungen von den Armutursachen wichtiger als die tatsächliche soziale Lage der Armen. Durch die Anwendung solcher Kriterien in Verbindung mit der massenhaften Verarmung im Zuge der Industrialisierung blieben ganze Bevölkerungsgruppen vom System der öffentlichen Sozialfürsorge ausgeschlossen.²

Die in Cisleithanien unter Joseph II. im späten 18. Jahrhundert erfolgreich umgesetzte Reform der Armenpflege ist an Ungarn de facto vorbeigegangen. Von dem Versuch des aufgeklärten Herrschers, ein staatlich kontrolliertes, zentralisiertes System der Sozialfürsorge einzuführen, wurde in Ungarn lediglich eine staatliche Kontrolle der Finanzierung von Einrichtungen und die Reform konkreter Sozialfürsorgeanstalten umgesetzt. Dagegen war es nicht gelungen, ein Netzwerk von Armeninstituten und spezialisierten Einrichtungen unter staatlicher Aufsicht zu errichten.³ Nach den neuesten Forschungen hat sich in der Zeit des Neoabsolutismus die Armenpolitik in Ungarn kaum geändert.⁴ Die Bemühungen, das österreichische Prinzip des Heimatrechtes nach Ungarn zu verpflanzen (also die kaiserliche Verordnung von 1851 sowie Maßnahmen von 1859), sind ohne Erfolg geblieben.⁵ So wurden die Pflichten der Gemeinden im Bereich der Sozialfürsorge lediglich im Rahmen verschiedener, meist polizeilicher Vorschriften geregelt, während in Cisleithanien diese in Form eines Heimatrechtes im provisorischen Gemeindegesetz von 1849 eingeführt und im Gemeindegesetz von April 1859 gefestigt wurden.⁶ In Ungarn geschah dies erst im Zuge der Gemeindegesetze von 1871 und 1886.⁷

² Gabriela Dudeková, Právo alebo milosrdenstvo? Domovská príslušnosť ako základný princíp sociálnej starostlivosti v Uhorsku [Anrecht oder Gnadenakt? Gemeindezuständigkeit als Grundprinzip der Sozialfürsorge in Ungarn], in: Dušan Kováč u. a., Sondy do slovenských dejín v dlhom 19. storočí [Sonden in die slowakische Geschichte im langen 19. Jahrhundert], Bratislava 2013, S. 196-213.

³ Ebd., S. 201-202; Ingrid Kušniráková, Piae fundationes. Zbožné fundácie a ich význam pre rozvoj uhorskej spoločnosti v ranom novoveku [Piae fundationes. Fromme Stiftungen und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft in der Frühen Neuzeit], Bratislava 2009, S. 156.

⁴ Susan Zimmermann, Divide, Provide and Rule. An integrative history of poverty policy, social policy, and social reform in Hungary under the Habsburg Monarchy, Budapest 2011, S. 8-9.

⁵ László Pomogyi, Szegényügy és községi illetőség a polgári Magyarországon [Armenwesen und die Gemeindezuständigkeit im bürgerlichen Ungarn], Budapest 2001, S. 19-20.

⁶ Zdenka Stoklásková, Domovské právo a obecní samospráva [Heimatrecht und Gemeinde selbstverwaltung], in: Lukáš Fasora/Jiří Hanuš/Jiří Malír (Hrsg.), Občanské elity a obecní samospráva 1848 – 1948 [Bürgerliche Eliten und Gemeinde selbstverwaltung 1848 – 1948], Brno 2006, S. 138 und 144.

⁷ Gemeindegesetz Nr. XVIII/1871 und XXII/1886.

Die Gemeindezuständigkeit aber diente in den ungarischen Städten als stärkstes Mittel zur Abgrenzung des Zuganges zur Sozialhilfe: Menschen mit einem fremden Heimatrecht wurde Sozialhilfe an ihrem Aufenthaltsort vorenthalten. Laut den geltenden Vorschriften sollten Bettler und Arbeitslose polizeilich vom Stadtgebiet in die Heimatgemeinde abgeschoben werden. Für große Städte, Ziel innerer Migration der Landbewohner auf Arbeitssuche, diente das oft als Vorwand, diesen Menschen kein neues Heimatrecht in der Stadt zu gewähren. Nichtqualifizierte Tagelöhner, Dienstmädchen und Hilfskräfte, die die meisten Zuwanderer in Industriezentren darstellten, galten in den Augen der Stadtverwaltung als potenzielle Bedrohung. Die Städte erteilten ihnen präventiv kein neues Heimatrecht in der Befürchtung, dass sie im Armutsfall den Stadthaushalt über jedes Maß belasten würden. Da Tagelöhner und Diener seit 1883 von der Gemeindesteuer befreit waren, konnten sie automatisch kein neues Heimatrecht erlangen.⁸ So wurde diese scheinbar positive sozialpolitische Maßnahme in Form einer Steuerermäßigung zum Werkzeug der Ablehnung der Sozialhilfe.⁹

„Provinzzentrum“ Pressburg kontra Budapest als „Laboratorium“ der Sozialpolitik

Budapest genoss im Rahmen des ungarischen Sozialfürsorgesystems einen Sonderstatus, nicht nur als Hauptstadt, sondern auch aufgrund des hohen Industrialisierungs- und Urbanisierungsgrads. Im Zuge der Entstehung von Groß-Budapest im Jahr 1872 durch den Zusammenschluss von Óbuda, Buda und Pest wurde eine moderne Metropole aufgebaut, die zugleich das größte und wichtigste Industrie- und Handelszentrum Ungarns darstellte. Gleichzeitig war dieser Prozess mit wachsenden Sozialproblemen, die für die moderne Industriegesellschaft typisch waren (vor allem Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Zahl von Gruppen, deren Existenz in Folge zyklischer Wirtschaftskrisen als bedroht galt), sowie mit dem Bedarf nach Reformideen und neuen Institutionsformen zur Lösung dieser Probleme verbunden. Im Fall von Budapest, dem Sitz mehrerer zentraler Sozial- und Gesundheitsfürsorgeinstitutionen mit landesweiter Zuständigkeit, war die Zusammenfügung traditioneller Strukturen mit modernen Formen der Armenpolitik zu einem zeitgemäßen System der Kommunalpolitik die größte Herausforderung.

Pressburg, um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine Industriestadt und das Zentrum eines landwirtschaftlichen Einzugsgebietes, verdankte seine Bedeu-

⁸ Susan Zimmermann, *Prächtige Armut. Fürsorge, Kinderschutz und Sozialreform in Budapest. Das „Soziallaboratorium“ der Monarchie im Vergleich zu Wien 1873 – 1914*, Sigmaringen 1997, S. 32-33.

⁹ Zum Prinzip der Gemeindezuständigkeit in Ungarn siehe: Dudeková, *Právo alebo milosrdenstvo?*; Zimmermann, *Prächtige Armut*.

tung insbesondere der strategischen Lage an der Grenze zwischen Österreich und Ungarn. Was die urbane und industrielle Entwicklung anbelangt, war die Situation in Pressburg mit Budapest jedoch nicht vergleichbar, denn in der rund 800.000 Einwohner zählenden Metropole Budapest war die Staatsverwaltung zusammen mit den wichtigsten Industrieunternehmen und Finanzinstituten in Zentralungarn konzentriert. Durch seine Einwohnerzahl, knapp 80.000 im Jahr 1910, reihte sich Pressburg an die vierte Stelle ungarischer Städte. Den Höhepunkt der Migrationswellen erreichte Pressburg erst in den 1890er Jahren; gleiches gilt auch für den Modernisierungsschub in den Bereichen Urbanisierung, Industrialisierung und Kommunalpolitik. Was die Bevölkerungszahl und den Industrialisierungsgrad betrifft, konnte Pressburg in keinem Fall mit den Metropolen Mitteleuropas, wie Prag oder Wien, mithalten.¹⁰ Das relativ stark industrialisierte Pressburg mit einem traditionell bedeutenden Bürgertum war aber gleichzeitig anderen Munizipien Ungarns überlegen, wie beispielsweise Szeged, einer Stadt mit fast 100.000 Einwohnern, die aber hauptsächlich von der Landwirtschaft geprägt war.

Die beliebten Anspielungen der Pressburger Eliten auf die frühere Position als „zeitweilige Hauptstadt Ungarns“¹¹ sowie das aktuelle Prädikat „zweite Stadt Ungarns“ waren im Fall der Armenpolitik durchaus berechtigt. Heutige Untersuchungen bestätigen die Aussagen damaliger Autoren darüber, dass das hiesige Armenpflegesystem dank des Stellenwertes Pressburgs als „Ersatzhauptstadt“ besser ausgebaut war und über mehr und differenziertere Institutionen verfügte als andere ungarische Städte, was in manchen Bereichen sogar für Budapest (bzw. Buda und Pest) galt¹², und dass bestimmte, damals in Pressburg angesiedelte Sozialfürsorgeanstalten zentral für ganz Ungarn waren.¹³ Auch nachdem Pressburg im Verlauf des 19.

¹⁰ Gerhard Melinz/Susan Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung in der Habsburgermonarchie, in: Dies. (Hrsg.), Wien – Prag – Budapest. Blütezeit der Habsburgermetropolen. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918), Wien 1996, S. 22. Jirí Pešek gibt für das Jahr 1900 die Einwohnerzahl von Zentral-Prag ohne die angeschlossenen Gemeinden mit 215.000 an, siehe Jirí Pešek, *Od aglomerace k velkomestu. Praha a stredoevropské metropole 1850 – 1920* [Von der Agglomeration zur Großstadt. Prag und die mitteleuropäischen Metropolen 1850 – 1920], Praha 1999, S. 40.

¹¹ Während der Osmanischen Okkupation Ungarns wurde Pressburg bis Ende des 18. Jahrhunderts zum Sitz der zentralen Staatsinstitutionen, Ort von Krönungen (bis 1830) und Sitz des ungarischen Parlaments (bis 1848).

¹² Mehr in: Anna Falisová/Gabriela Dudeková, Úroveň zdravotníctva ako znak veľkomesta. Plusy a mínusy zdravotníckej starostlivosti v Prešporku/Bratislave [Der Entwicklungsgrad des Gesundheitswesens als Großstadtmerkmal. Höhen und Tiefen der gesundheitlichen Fürsorge in Pressburg/Bratislava], in: Gabriela Dudeková u.a., *Medzi provinciou a metropolou. Obraz Bratislavy v 19. a 20. storočí* [Zwischen Provinz und Metropole. Das Bild Bratislavas im 19. und 20. Jahrhundert], Bratislava 2012, S. 143-160.

¹³ Ingrid Kušniráková, Vplyv konfesijného rozdelenia spoločnosti na systém sociálnej starostlivosti v Bratislave v období 17. – 18. storočia [Einfluss der konfessionellen Teilung der Gesellschaft auf das System der Sozialfürsorge im Bratislava des 17. und 18. Jahrhunderts], in: *Történeti Tanulmányok* 15, Acta

Jahrhunderts seine große politische Bedeutung verlor, blieb das gut entwickelte Netz karitativer und sozialer Einrichtungen de facto erhalten.

Bezüglich der Reformen kommunaler Armenpolitik in Pressburg im langen 19. Jahrhundert sind drei Phasen auszumachen: Erstens die 90er Jahre des 18. Jahrhunderts, in denen Kaiser Joseph II. um eine Zentralisierung der Armenpflege bemüht war, die in Pressburg eine beschränkte Umsetzung in Form des Armeninstituts erfuhr; zweitens die 1830er Jahre, in denen eine erfolgreiche Zentralisierung der Armenpolitik unter der Leitung des Magistrats erfolgte; und schließlich vor allem ab den 1880er Jahren und um die Jahrhundertwende die Bemühungen, die Armenpflege in das entstehende komplexe System der kommunalen Sozialpolitik einzuordnen. In dieser Phase beteiligten sich am Netzwerk kirchlicher, bürgerlicher und städtischer Institutionen erstmals in höherer Zahl Selbsthilfeorganisationen und Gewerkschaftsvereine. Eine weitere große Änderung war die Beteiligung des Staates an der Finanzierung und Organisation der Sozialfürsorge im Fall bestimmter Personengruppen.¹⁴

Die erste deutliche Zentralisierungsmaßnahme der Armenpflege in Pressburg erfolgte 1834/35 durch die Gründung des Armenversorgungsvereines, der aus zentraler Position die Tätigkeit praktisch aller Sozialanstalten und Vereine, teilweise auch der kirchlichen, auf städtischem Gebiet leitete.¹⁵ Die Finanzierung der kommunalen Armenpolitik in Pressburg erfolgte zentral durch einen von der Stadt erhobenen Zuschlag auf die Grundsteuer.¹⁶ Um die Wende zum 20. Jahrhundert erlangte die kommunale Armenpolitik in Pressburg eine neue Qualität durch den Fokus auf Bevölkerungsgruppen, die bis dahin von der Sozialhilfe ausgeschlossen gewesen waren – wie Arbeitslose, ledige Mütter, durch „moralischen Verfall bedrohte“ Kinder, Tuberkulosekranke usw. Als Zeichen einer neuen kommunalen Sozialpolitik ist auch die Gründung der ersten städtischen Arbeitsvermittlungsstätte sowie einer neuen sogenannten „Wohlfahrtskommission“ des Magistrats im Jahr 1906, die ausdrücklich sozialpolitischen Zwecken diente, zu werten. Für ungarische Verhältnisse einzigartig war die kommunale Unterstützung des Musterprojekts der Arbeiter-Kolonie

Universitatis Debreceniensis Series Historica 59/2007, S. 141-151; Dies., Mecenáši, dobrodinci a patróni. Komemoratívna kultúra uhorských spoločenských elit v Prešporke raného novoveku [Mäzene, Wohltäter und Patrone. Erinnerungskultur der ungarischen Gesellschaftseliten in Pressburg der Frühen Neuzeit], in: G. Dudeková u.a., Medzi provinciou a metropolou, S. 78-82.

¹⁴ Dudeková, Systém sociálnej starostlivosti v Bratislave.

¹⁵ Achter Jahresbericht über die in Pressburg erzielte Abstellung der Gassenbettelei, Pressburg [1843], S. III. – VI.

¹⁶ Vierter Jahresbericht die in der königlichen Frei- und Krönungsstadt Preßburg zu stande gebrachte Abschaffung der Gassen- und Strassenbettelei..., [Pressburg 1839]; Károly Kanka, Adatok Pozsony városának orvosi helyrajzásához [Daten zur medizinischen Topographie Pressburgs], in: Pozsony és környéke [Pressburg und Umgebung], Pozsony 1865, S. 224.

von Georg Schulpe sowie die Errichtung von 120 städtischen Wohnungen in der sogenannten Zehnhaus-Kolonie und der weitere kommunale Wohnungsbau, etwa von Ersatzwohnungen nach dem Großbrand auf dem Pressburger Schlossberg im Jahr 1913.¹⁷

Die Sozialpolitik Budapests

Mehrere Autoren haben vor allem auf das ambivalente Ergebnis der sozialpolitischen Reformen in Ungarn einschließlich der kommunalen Sozialpolitik Budapests im Vergleich zu Wien hingewiesen.¹⁸ Die Hauptstadt Budapest diente im Rahmen von Reformversuchen als „sozialpolitisches Laboratorium“¹⁹ und „Knotenpunkt modernistischer Sozialreformen“ Ungarns. Dank der Reformpolitik von Bürgermeister István Bárczy befand sich Budapest im Vergleich zu den restlichen ungarischen Städten in der „Position der Vorreiterin und Triebfeder“.²⁰ Im Unterschied zu den vom Staat unterstützten sozialpolitischen Maßnahmen Wiens bestand die kommunale Sozialpolitik Budapests aus einer Kombination von eingeschränkter Sozialhilfe, Repressionsmaßnahmen und einer Abgrenzungspolitik gegenüber Arbeitslosen und anderen „Problemkategorien“ (z.B. die Lage lediger Mütter, unzureichende Maßnahmen im Bereich Prostitution, die intensive Schubtätigkeit mit Rückführung von Bedürftigen in ihre Heimatgemeinden usw.). Da es zudem weder eine ausreichenden Schutz gewährende soziale Gesetzgebung noch ein flächendeckendes System einer Sozial- und Krankenversicherung gab, waren ganze Armengruppen in den Städten wie auch auf dem Land von der Armenpflege ausgeschlossen.

Die Modernisierung der Armenpflege in Budapest entspricht den erwähnten Entwicklungsetappen in Pressburg. Die Tradition bürgerlicher Aktivitäten war etwas

¹⁷ Viera Obuchová/Marta Janovicková, *Každodenný život a bývanie v Bratislave v 19. a 20. storocí* [Das Alltagsleben und das Wohnen in Bratislava im 19. und 20. Jahrhundert], Bratislava 2011; Gabriela Dudeková, *Das soziale Wohnmodell für Arbeiter in Pressburg am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: Viliam Cicaj/Othmar Pickl (Hrsg.), *Städtisches Alltagsleben in Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts*, Bratislava 1998, S. 339-346; Gábor Gyáni, *Lakáshelyzet és otthonkultúra a munkásság körében* [Wohnungssituation und Lebenskultur der Arbeiter], in: *Századok* 124:3-4, 1990, S. 375; Ders., *Bérkaszárnya és nyomortelep. A budapesti munkáslakás múltja* [Mietkaserne und Elendsviertel. Geschichte der Arbeiterwohnungen in Budapest], Budapest 1992, S. 96-99.

¹⁸ Gottas; Gerhard Melinz/Susan Zimmermann, *Armenfürsorge, Kinderschutz und Sozialreform in Budapest und Wien*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21:3, 1995, S. 338-367; Zimmermann, *Prächtige Armut*.

¹⁹ Als „sozialpolitisches Laboratorium“ bezeichnete S. Zimmermann Budapest im Untertitel ihres Buches: Zimmermann, *Prächtige Armut*.

²⁰ Susan Zimmermann, *Armen- und Sozialpolitik in Ungarn im Vergleich zu Österreich*, in: Ulrike Harmat (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918*, Bd. 9: *Soziale Strukturen*. Teilband 1/2: *Von der Ständezur Klassengesellschaft*, Wien 2010, S. 1465.

älter als in Pressburg – zwei Frauenvereine (in Pest und Buda), die jeweils ein Armenhaus, ein Waisenhaus, Kinderstätten sowie ein Arbeitshaus betrieben, waren schon im Jahre 1817 entstanden²¹, der Pressburger Frauenwohltätigkeitsverein hingegen erst 1830. Im Jahr 1833 erfolgte eine Zentralisierung der Armenpflege unter Aufsicht der Kommunalverwaltung. Nach der Entstehung von Groß-Budapest im Mai 1875 wurde die gesamte Agenda der Wohltätigkeits-Sektion dem Magistrat übertragen. Laut dem Armenstatut von 1875 war die Sektion ebenfalls für die „Armenpolizei“ zuständig, die Aufgaben im Bereich der Repression und Abgrenzungspolitik wahrnahm.²² Doch die Verwaltung der einzelnen Anstalten blieb weiterhin sehr zersplittert. Voraussetzungen für eine wirksame Zentralisierung der Armenpolitik in Budapest wurden erst mit der Reform der Bezirksverwaltungen 1893/1894 geschaffen.²³ Bis 1918 erfolgten in Budapest keine weiteren wesentlichen Umstrukturierungen, es wurde lediglich das bestehende System präzisiert. Das Armenstatut von 1875 galt weiterhin, ergänzt um eine Verordnung aus den Jahren 1903/4.

In Budapest gab es praktisch die gleichen Sozialfürsorgeinstitutionen wie in Pressburg, mit dem Unterschied, dass in der Hauptstadt mehrere zentrale Landesanstalten für geschlossene Sozialfürsorge (Kinderasyl, Anstalten für psychisch Kranke, Taubstumme usw.) wirkten. Budapest hatte als einzige ungarische Stadt ein eigenes Armenstatut und bekam den höchsten Anteil des staatlichen Beitrags für die kommunale Sozialfürsorge. In Anbetracht der hohen Bevölkerungsdichte und der konzentrierten Armut wurden in der Hauptstadt besondere Formen der Sozialunterstützung und -hilfe eingeführt, die in anderen Städten Ungarns nur selten vorhanden waren, wie Massenunterkünfte für Obdachlose, Tagesheime für Schulkinder, Arbeiterkasinos (Speisesäle) und Arbeiterbüchereien, Hilfe in Form von Gutscheinen für Volksküchen und Heizstoff usw.²⁴

Kommunale Sozialpolitik in Pressburg

Das System der kommunalen Sozialpolitik in Pressburg war gegenüber Budapest nicht nur hinsichtlich der Kapazität, sondern auch der Einrichtungstypen weniger ausgebaut. Was die Qualität der kommunalen Armenpolitik angeht, lag Pressburg

²¹ József Körösy, Budapest székesfőváros szegényügye az 1900 – 1902. években [Die Armenpflege der Haupt- und Residenzstadt Budapest 1900 – 1902], Budapest 1905, S. 13-15; Árpád Tóth, Önszervező polgárok, A pesti egyesületek társadalomtörténete a reformkorban [Selbstorganisierte Bürger. Die Sozialgeschichte der Vereine in Pest im Vormärz], Budapest 2005, S. 59-61.

²² Josef von Körösy, Die Armenpflege der Haupt- und Residenzstadt Budapest in den Jahren 1900 – 1902, Berlin 1905, S. 17.

²³ Zimmermann, Prächtige Armut, S. 392-395.

²⁴ Körösy, Budapest, S. 13-21.

im Spitzenfeld auf dem Territorium Ungarns – zusammen mit Oradea (Großwardein) nahm Pressburg den zweiten Platz hinter Budapest mit 25 Einrichtungen ein. Diese hatten aber eine je nach Stadtgröße deutlich unterschiedliche Kapazität. Während Sozialeinrichtungen in Kleinstädten im Durchschnitt 10 bis 20 Personen betreuten, befanden sich in den zwei Budapester „allgemeinen Armenhäusern“ fast dreieinhalbtausend Zöglinge, was etwa ein Drittel aller Personen in institutioneller Sozialfürsorge in Ungarn darstellte. In Pressburg befanden sich zu der gleichen Zeit etwa 500 Personen in der geschlossenen Fürsorge.²⁵ Trotz des betont hohen Niveaus der kommunalen Sozialfürsorge in Pressburg stellten die Ausgaben der Stadtverwaltung für die Sozialfürsorge (ohne Schulwesen und Bildung) nur rund 2,5 Prozent des Jahreshaushaltes dar. Dennoch lag Pressburg, ähnlich wie Timisoara (Temeswar), an zweiter Stelle in Sachen Sozialausgaben in Ungarn, gleich hinter der Hauptstadt.²⁶

Im Unterschied zu Budapest, wo ein Teil der Einrichtungen verstaatlicht bzw. mit Unterstützung des Staates finanziert wurde, spielten von den religiösen Gemeinden verwaltete Anstalten und bürgerliche wohltätige Vereine eine unersetzliche Rolle in der städtischen Armenpolitik. Bei der Beurteilung des Umfangs der Armenpflege in Ungarn ist zu beachten, dass die offiziellen Statistiken, die anscheinend alle Vereine und Anstalten für Armenpflege erfasst haben, doch tatsächlich nicht alle Einrichtungen registrierten. Zahlreiche wohltätige Vereine und Instituten fungierten nur innerhalb der internen kirchlichen Hierarchie bestimmter Kirchengemeinden bzw. Kirchen, sodass diese religiösen karitativen Einrichtungen nicht in Statistiken der weltlichen behördlichen und bürgerlichen Vereine und Einrichtungen mitgezählt wurden.²⁷

Pressburg ist zudem ein wichtiges Beispiel für die Bedeutung und Unentbehrlichkeit der religiösen Einrichtungen in der Armenpflege, was besonders für die lokalen jüdischen Gemeinden gilt. Die konfessionelle Differenzierung hatte eine besondere Bedeutung im System der Pressburger Armenpflege. Die Stadtbevölkerung war im Verlauf des langen 19. Jahrhunderts zu ca. 75% römisch-katholisch, etwa 12% evangelisch A.B. und rund 11-12% waren jüdisch. Die einzelnen Religionsge-

²⁵ Gusztáv Thirring, *A magyar városok statisztikai évkönyve* [Statistisches Jahrbuch der ungarischen Städte], Budapest 1913, S. 548-549, 554.

²⁶ Magyarország városaink háztartása az 1910 évben. Magyar statisztikai közlemények. Új sorozat, 58. Kötet [Budget der ungarischen Städten im Jahre 1910. Ungarische statistische Berichte. Neue Reihe, 58. Bd.], Budapest 1916, S. 266-267; Péter Ágoston, *A szegényügy* [Das Armenwesen], in: *Városi szemle* [Städtische Revue], 11, 1910, S. 806-807.

²⁷ Vgl. Zimmermann, *Armen- und Sozialpolitik in Ungarn im Vergleich zu Österreich*, S. 1468; Elena Mannová, *Charitable Societies and the Construction of Collective Identities*, in: Moritz Csáky/Elena Mannová (Hrsg.), *Collective Identities in Central Europe in Modern Times*, Bratislava 1999, S. 204.

meinschaften der Stadt richteten jeweils eigene Kommissionen und Anstalten für Armenpflege ein, die für bedürftige Mitglieder ihrer Gemeinde verantwortlich waren.

Im Rahmen der römisch-katholischen Gemeinde von Pressburg wurden die zentralen Aufgaben der Armenpflege zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der Kommission für Arme und zum Teil auch von der Schulkommission wahrgenommen.²⁸ Katholische Ordensgemeinschaften arbeiteten im Rahmen des Pflegedienstes in städtischen Einrichtungen tatkräftig mit der Stadtverwaltung zusammen. In der örtlichen evangelischen Gemeinde A.B. waren sogar vier von zehn Kommissionen für die einzelnen evangelischen Armenpflegeanstalten verantwortlich: für das Diakonissen-Haus, das Waisenhaus, das Armenhaus und für die finanzielle Unterstützung bedürftiger Gemeindemitglieder. Außerdem verwaltete die Gemeinde ein Krankenhaus, eine Kleinkinderbewahranstalt und eine Verpflegungseinrichtung für Arme. Sie beaufsichtigte ebenfalls Vereine für Armenpflege, die im Rahmen der internen Organisation der evangelischen Kirche tätig waren – etwa einen Waisenhaus-Unterstützungsverein, einen Frauenverein, einen Bestattungsverein usw. Nach dem Vorbild deutscher protestantischer Städte wurde auch die Pflege sogenannter verschämter Armer organisiert. Das Stadtgebiet war in fünf Bezirke aufgeteilt, jeder mit einem Armenvater an der Spitze. Das 1890 gegründete Diakonissen-Mutterhaus wurde zu einem Schulungszentrum des Frauenpflegedienstes. Neben der Erziehung und Kinderbetreuung im evangelischen Waisenhaus arbeiteten die Diakonissen als Krankenpflegerinnen im evangelischen Krankenhaus.²⁹

Im Unterschied zu anderen unterstützten die jüdischen Gemeinden auch Menschen, die nicht der hiesigen Gemeinde zugehörig waren. Neben der rituellen Beerdigungsgesellschaft Chewra Kadischa, die gleichzeitig das jüdische Krankenhaus verwaltete, waren auch Kommissionen für die Unterstützung Armer im und außerhalb des jüdischen Armenhauses, sowie für die Bekleidung, Heiratsausstattung, Unterstützung von Kranken oder für koschere Verpflegung jüdischer Patienten im staatlichen Hospital ein Bestandteil der Organisation der jüdischen Gemeinde. Daneben existierten in der Stadt auch weitere jüdische wohltätige Vereine und Organisationen zur Selbsthilfe.³⁰ Die Pressburger Juden hatten auch einen eigenen Ar-

²⁸ Pozsonyi útmutató/ Pressburger Wegweiser für das Jahr 1910, Pozsony [1910], S. 104.

²⁹ Gusztáv Ebner, Armenwesen, in: Carl Eugen Schmidt/Samuel Markusovszky/Gustav Ebner u. a., Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde A. B. zu Pozsony/Pressburg, Bd. 2., Pozsony 1906, S. 345-370; A pozsonyi ág. hitv. evanj. egyházközség évi értesítője az 1912 évről [Jahres-Bericht der evangelischen Kirchengemeinde A. B. zu Pozsony über das Jahr 1912], Pozsony 1913.

³⁰ Statuten der orth. israelitischen Cultusgemeinde in Pressburg, Pozsony 1894, S. 32; Pressburger Wegweiser auf das Gemeinjahr 1883, S. 43 und 60-61; Pozsonyi útmutató [Pressburger Wegweiser] 1910, S. 105-106.

menarzt, ein Spital, ein Mädchen- und Knaben-Waisenhaus, ein Altersversorgungshaus, eine jüdische Volksküche usw.³¹ Im Vergleich mit der Sozialfürsorge anderer Kirchengemeinden sowie des Magistrats war die jüdische Armenpolitik viel spezialisierter und mehr auf konkrete Gruppen fokussiert.

Trotz der Reformen der kommunalen Sozialpolitik in einigen größeren Städten hatte die Armenpolitik in Ungarn weiterhin eine zu geringe Reichweite und Wirkung. Ihre Grenzen lagen in der unzureichenden Organisation und Finanzierung sowie dem Überleben von Stereotypen über Armut, die nicht nur auf die private Wohltätigkeit, sondern auch auf den Gesetzgeber eine starke Wirkung ausübten. Die Erkennungsmerkmale sozialer Bedürftigkeit wurden nicht anhand der sozialen Lage des Bedürftigen, sondern entsprechend dem aktuellen politischen Bedarf, den herrschenden moralischen Vorurteilen und den geltenden Stereotypen über die Ursachen der Armut definiert.³²

**Mgr. Gabriela Dudeková, PhD. Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften/ Historický ústav Slovenskej akadémie vied,
gabriela.dudekova@savba.sk**

³¹ K. Kanka, Adatok Pozsony, S. 225; Hugo Gold (Hrsg.), Die Juden und die Judengemeinde Bratislava in Vergangenheit und Gegenwart, Brünn 1932, S. 7-8.

³² Gabriela Dudeková, Der „barmherzige Wohltäter“ und der „bedürftige Arme“. Stereotypen der Armut und Wohltätigkeit im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Hans Henning Hahn/Elena Mannová (Hrsg.), Nationale Wahrnehmungen und ihre Stereotypisierung, Frankfurt a. M. u.a. 2007, S. 81-108.

Die Armenfürsorge in Hamburg von 1788 bis 1914

In diesem Beitrag möchte ich einen kurzen Überblick über die Organisation der Armenfürsorge in Hamburg während des langen 19. Jahrhunderts liefern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Arbeit der 1788 geschaffenen Allgemeinen Armenanstalt und deren Entwicklung bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Allgemeine Armenanstalt in Hamburg: Entstehungsgeschichte und Tätigkeit bis 1814

Bis zur Gründung der Allgemeinen Armenanstalt 1788 hatte die Armenfürsorge in Hamburg in den Händen kirchlicher Institutionen gelegen.¹ Ergänzt wurde diese sogenannte offene Armenfürsorge durch verschiedene Fürsorgeanstalten, die im 17. Jahrhundert entstanden waren. Sie waren ursprünglich als Stiftungen gegründet worden, nahmen aber bald „als Gemeinschaftsprojekt der Stadt und ihrer Bürger“ eine Zwitterstellung zwischen privater Stiftung und öffentlicher Anstalt unter staatlicher Aufsicht ein.² Die älteste dieser Fürsorgeanstalten war das 1604 gegründete Waisenhaus. 1606 wurde außerdem der Pesthof gegründet, aus dem 1797 das erste allgemeine Krankenhaus in Hamburg hervorging.³ Das bereits seit dem Mittelalter bestehende Heilig-Geist-Hospital diente ebenfalls als Krankenhaus und Pflegeheim, in dem alte Männer und Frauen ihren Lebensabend verbringen konnten.⁴ 1622

¹ Vgl. Bernhard Mehnke, *Armut und Elend in Hamburg. Eine Untersuchung über das öffentliche Armenwesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Hamburg 1982, S. 29. Siehe auch Mary Lindemann, *Patriots and Paupers. Hamburg, 1712 – 1830*, New York u.a. 1990, S. 17.

² Frank Hatje, *Stiftung, Stadt und Bürgertum. „Konjunkturen“ karitativer Stiftungen vom 16. bis 19. Jahrhundert*, in: *Die alte Stadt* 33:3, 2006, S. 219–248, hier S. 247. Vgl. außerdem Uwe Uhlendorff, *Geschichte des Jugendamtes. Entwicklungslinien der öffentlichen Jugendhilfe 1871 – 1929*, Weinheim 2003, S. 171–172.

³ Zur Geschichte des Pesthofes siehe Heinz Rodegra, *Vom Pesthof zum Allgemeinen Krankenhaus. Die Entwicklung des Krankenhauswesens in Hamburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts*, Münster 1977, S. 20–26.

⁴ Zur Geschichte des Heilig-Geist-Hospitals siehe ausführlich Frank Hatje, *„Gott zu Ehren, der Armut zum Besten.“ Hospital zum Heiligen Geist und Marien-Magdalenen-Kloster in der Geschichte Hamburgs vom Mittelalter bis in die Gegenwart*, Hamburg 2002.

wurde das Werk- und Zuchthaus gegründet⁵, das als Besserungsanstalt, gleichzeitig aber auch als Arbeitsanstalt für Arme und Bettler diente.

Erst in den 1780er Jahren begann die Diskussion darum, wie die Armenfürsorge in Hamburg grundlegend neu organisiert werden sollte. Sie wurde von der 1765 gegründeten Patriotischen Gesellschaft angestoßen.⁶ Auch die Frage nach den Ursachen der Armut spielte dabei eine Rolle.⁷ Während viele Reformer die Armen zumindest teilweise für ihre unglückliche Lage verantwortlich machten, sahen sie andererseits auch, dass Armut ebenso strukturell bedingte Ursachen haben konnte. Insgesamt wurden Arbeitslosigkeit, Krankheit und Unwissenheit als Hauptursachen der Armut gesehen.⁸

Zur Bekämpfung dieser drei Armutsursachen wurde mit der Allgemeinen Armen-Anstalt (AAA) eine neue, von den bisherigen geschlossenen Fürsorgeeinrichtungen unabhängige, Institution geschaffen, die nun für die Armenfürsorge innerhalb des Hamburger Stadtgebiets zuständig war.⁹ Um die Verwaltung zu erleichtern, wurde das Stadtgebiet in fünf Haupt-Armen-Bezirke eingeteilt, die wiederum jeweils aus zwölf Armen-Quartieren bestanden.¹⁰ Jedem der Haupt-Armen-Bezirke wurden zwei Armenvorsteher zugeordnet, pro Armen-Quartier gab es zudem drei Armenpfleger.¹¹ Zu ihren Aufgaben gehörte die genaue Untersuchung der Lebensverhältnisse der Armen. Die Armenpfleger zahlten zudem wöchentlich die Unterstützungsgelder aus und nahmen damit eine Vermittlerfunktion zwischen „ihren“ Armen und der AAA ein, die auf dem persönlichen Kontakt zwischen ihnen und ihren Klienten beruhte.¹² All diese Posten in der AAA waren Ehrenämter.

Den Kern der Arbeit der AAA bildete – zumindest der Intention nach – die Beschaffung von Arbeit für die arbeitsfähigen Armen durch deren Fabrik-Deputation.

⁵ Vgl. Lindemann, *Patriots and Paupers*, S. 22–26. Zu den sozialpolitischen Überlegungen bei der Gründung des Waisenhauses und des Zuchthauses siehe auch Joachim Döbler, *Gezähmte Jugend. Regulierungsprozesse in der Strafkasse des Hamburger Werk- und Armenhauses (1828-1842)*, Münster/Hamburg 1992, S. 38–43.

⁶ Zur Rolle der Patriotischen Gesellschaft bei der Armenreform von 1788 siehe Lindemann, *Patriots and Paupers*, S. 89–99.

⁷ Vgl. Mehnke, S. 32–35.

⁸ Vgl. Lindemann, *Patriots and Paupers*, S. 100–101.

⁹ Der Zuständigkeitsbereich der AAA erstreckte sich allerdings nur auf die christlichen Einwohner Hamburgs. Die jüdische Gemeinde in Hamburg sowie die Vorstädte St. Georg und St. Pauli und die hamburgischen Landgebiete unterhielten eigene Armenfürsorgeeinrichtungen, wobei St. Georg 1801 in das Zuständigkeitsgebiet der Hamburger AAA eingegliedert wurde. Siehe Mehnke, S. 36.

¹⁰ Vgl. Detlev Duda, *Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert. Eine soziologisch-historische Untersuchung*, Weinheim 1982, S. 51–53.

¹¹ Vgl. ebd., S. 56–61.

¹² Vgl. Frank Hatje, *Zwischen Republik und Karitas: karitative Ehrenamtlichkeit im Hamburg des 18. und 19. Jahrhunderts*, in: *Westfälische Forschungen* 55/2005, S. 239–266, hier: S. 252.

Einige Arme konnten bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden.¹³ Die übrigen Armen sollten mit Spinnen ihren Lebensunterhalt verdienen. 1788 wurde eine Spinnschule für weibliche Arme eingerichtet, in der Frauen und auch Kinder eine sechswöchige Ausbildung im Spinnen von Flachs erhielten.¹⁴ Danach wurde ihnen von der AAA ein Spinnrad zur Verfügung gestellt. Die Rohmaterialien wurden von der AAA verkauft, die auch das fertiggestellte Garn wieder ankauft. Eine zusätzliche Unterstützung zur Aufstockung des so erarbeiteten Verdienstes wurde vor allem denjenigen Armen ausgezahlt, die als nur eingeschränkt arbeitsfähig eingestuft worden waren.¹⁵ Zur Unterstützung verarmter Handwerker oder Kleingewerbetreibender, die nur einer einmaligen Unterstützung bedurften, diente die Vorschussanstalt der AAA.¹⁶ Sie gewährte Kredite, mit denen die Kreditnehmer zum Beispiel Werkzeug oder Rohstoffe kaufen konnten.

Für die Kinder der Armen wurde zusätzlich zum Spinnunterricht auch Lehrunterricht in den Elementarfächern eingeführt.¹⁷ 1791 wurde der Besuch der Armenschulen für die Kinder der Armen verpflichtend, gleichzeitig wurden die Armenschulen aber auch für Kinder geöffnet, deren Eltern nicht in den Listen der sogenannten „eingezeichneten Armen“ aufgeführt waren. Auch die durch die AAA geleistete Krankenfürsorge stand eingezeichneten und nicht-eingezeichneten Armen offen.¹⁸ Für beide Personengruppen übernahm die Medizinalanstalt der AAA die Behandlung von Kranken, Geburtshilfe, sowie die Kosten für Arzneien und ähnliches.¹⁹ Eingezeichneten Armen wurde zudem ein Krankengeld gezahlt. In aller Regel fand dabei die Behandlung der Kranken zuhause statt.

In die Listen der eingezeichneten Armen wurden alle Armen aufgenommen, die eine regelmäßige wöchentliche Unterstützung erhielten. Um diese Armenunterstützung zu erhalten, mussten sich die Betroffenen bei einem der Armenpfleger ihres Quartiers melden.²⁰ Sie wurden dann anhand eines Fragebogens über ihre Lebenssi-

¹³ Vgl. Duda, S. 78.

¹⁴ Zur Spinnschule und anderen Arbeitsanstalten der AAA siehe Mehnke, S. 64–68 sowie Martin Brandt, Die Bestrebungen der Hamburgischen Armenanstalt von 1788 zur Erziehung der Armenbevölkerung. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrieschule, Hamburg 1937, S. 30–33.

¹⁵ Vgl. Duda, S. 78–79.

¹⁶ Siehe zur Vorschussanstalt ebd., S. 81–87.

¹⁷ Zum Schulwesen der AAA siehe Rüdiger Fechner, Die Bildungspolitik der Armenanstalt zwischen Finanzkrise und politischer Ideologie, in: Erich Braun/Franklin Kopitzsch (Hrsg.), Zwangsläufig oder abwendbar? 200 Jahre Hamburgische Allgemeine Armenanstalt: Symposium der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Hamburg 1990, S. 97–107 sowie Mehnke, S. 74–78.

¹⁸ Siehe zur Gesundheitsfürsorge für nicht-eingezeichnete Arme Mary Lindemann, The Allgemeine Armenanstalt and the Non-Registered Poor, in: Braun/Kopitzsch, S. 37–45, hier: S. 42–43.

¹⁹ Dies und Folgendes nach: Mehnke, S. 69–72.

²⁰ Dies und Folgendes nach: Duda, S. 67–71. Die Formulare der Abhörbogen von 1788 und 1867 sind ab-

tuation vernommen. Anschließend wurde die Wohnung des Antragstellers besichtigt. Dabei wurden oft auch Nachbarn, Vermieter oder Arbeitgeber befragt, um die Angaben der Antragsteller zu überprüfen und Erkundungen über deren Ruf einzuholen. Wenn eine Armenunterstützung bewilligt wurde, legten die Armenpfleger Höhe und Art der individuellen Unterstützungsleistung fest.²¹ Bei der Berechnung der Unterstützung orientierten sie sich an Tabellen, die 1788 im Vorfeld der Reform des Armenwesens erstellt worden waren, um das Existenzminimum einzelner Personen bzw. Familien zu ermitteln.²² Obwohl die hierbei errechneten Beträge selbst nach Aussage des Armenkollegiums schon „kärglich“ waren, wurden sie für die Berechnung des Unterstützungshöchstsatzes noch einmal um etwa ein Viertel verringert. Ein Teil der Unterstützung wurde häufig als Beitrag zur Wohnungsmiete direkt an den Vermieter gezahlt, der Rest in bar ausgezahlt.²³ 1802 wurde erstmals ein Teil der bar ausgezahlten Unterstützung durch Suppenzeichen für Rumfordsche Suppe ersetzt, bis 1817 etwa ein Viertel der ausgezahlten Unterstützung in Suppenzeichen ausgegeben wurde.²⁴

Mit der Aufnahme in die Liste der eingezeichneten Armen unterwarfen sich die Unterstützungsempfänger auch bestimmten Regeln, die ihre persönliche Freiheit einschränkten. So durften sie zum Beispiel nur noch mit Zustimmung des zuständigen Armenpflegers ihre Wohnung wechseln.²⁵ Zusätzlich wurden besondere Disziplinarmaßnahmen gegenüber Unterstützungsempfängern verhängt, die sich eines Fehlverhaltens schuldig gemacht hatten.²⁶

Obwohl nach den ersten zehn Jahren des Bestehens der AAA von deren Seite aus eine überwiegend positive Bilanz gezogen wurde²⁷, stand sie in der wirtschaftlich schwierigen Situation Hamburgs Anfang des 19. Jahrhunderts zunehmend vor finanziellen Problemen. Obwohl die Arbeit der AAA zum Großteil aus Spendensammlungen unter den Bürgern Hamburgs finanziert und durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln lediglich ergänzt werden sollte, nahm der Anteil der aus Spenden gewonnenen Mittel an den Einnahmen immer mehr ab, bis der Zuschuss aus öffentlichen Mitteln schließlich über die Hälfte der Einnahmen der AAA ausmachte.²⁸ Um Geld zu sparen, wurden in den folgenden Jahren – bei gleichzeitiger Zu-

gedruckt in ebd., S. 195–208.

²¹ Vgl. Mehnke, S. 49–50.

²² Dies und Folgendes nach: ebd., S. 46–48. Siehe außerdem Duda, S. 116–118.

²³ Vgl. Mehnke, S. 50.

²⁴ Vgl. Duda, S. 140–144.

²⁵ Vgl. ebd., S. 146.

²⁶ Vgl. ebd., S. 150–152.

²⁷ Siehe zur veröffentlichten Bilanz der Allgemeinen Armenanstalt nach zehn Jahren Mehnke, S. 91–95.

²⁸ Vgl. zu den Einnahmen der AAA Mehnke, S. 55–57.

nahme der Armut in weiten Teilen der Bevölkerung – zum Teil drastische Kürzungen vorgenommen.²⁹ Darüber hinaus wurde auch die Sprache der AAA gegenüber den von ihr unterstützten Armen immer schärfer. Die Schuld für deren Verarmung wurde zunehmend bei den Unterstützungsempfängern selber gesehen.³⁰ Nachdem Hamburg 1810 Teil des französischen Kaiserreichs unter Napoleon geworden war, wurde die Tätigkeit der AAA noch weiter eingeschränkt.³¹ 1812 wurden deren Schulen sowie die Arbeitsanstalt geschlossen. Auch die Anstalten der geschlossenen Armenfürsorge, wie das Werk- und Zuchthaus, das Waisenhaus und der Krankenhaus, litten erheblich unter der französischen Besatzung.³²

Die Armenfürsorge in Hamburg im 19. Jahrhundert

Nach dem Ende der französischen Besatzung 1814 wurde bei der Reorganisation der Allgemeinen Armenanstalt nicht wieder der Stand von 1788 erreicht.³³ Die Fürsorge der AAA erstreckte sich jetzt nur noch auf folgende Aufgabenbereiche: die Versorgung der eingezeichneten Armen durch wöchentlich ausgezahlte Unterstützungen, freien Schulunterricht, die Empfehlung von Hilfsbedürftigen zur Aufnahme in eine der mildtätigen Stiftungen, die Unterstützung durch einmalige Geldzahlungen oder mit Bekleidungsstücken, die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien sowie die Krankenfürsorge. Die Arbeitsvermittlung wurde hingegen nun nicht mehr als Aufgabe der AAA angesehen.

Bei der praktischen Durchführung der Armenfürsorge änderte sich wenig. Allerdings wurde der Kreis der Unterstützungsberechtigten noch weiter eingeschränkt. Dies geschah unter anderem durch die 1837 erlassene Hamburger Verordnung über das Heimatrecht: Um ein Recht auf Unterstützung durch die AAA zu haben, mussten Antragsteller das Heimatrecht erworben haben.³⁴ Dies war unter anderem dann möglich, wenn bereits die eigene Mutter das Heimatrecht besessen hatte oder wenn jemand mindestens 15 Jahre lang ununterbrochen im Hamburger Staatsgebiet gelebt hatte. Frauen konnten außerdem durch Heirat mit einem heimatberechtigten

²⁹ Siehe zu den Sparmaßnahmen im Einzelnen ebd., S. 102–106.

³⁰ Vgl. Lindemann, *Patriots and Paupers*, S. 181.

³¹ Dies und Folgendes nach Mehnke, S. 112–113.

³² Vgl. Mary Lindemann, *Unterschichten und Sozialpolitik in Hamburg, 1799 – 1814*, in: Arno Herzig/Dieter Langewiesche/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert*, Hamburg 1983, S. 61–70, hier S. 67–68.

³³ Dies und Folgendes nach: Mehnke, S. 117–120. Zur Abkehr vom Prinzip der Arbeitsvermittlung siehe außerdem Duda, S. 110–115.

³⁴ Dies und Folgendes nach: Duda, S. 95–98.

Mann das Heimatrecht erwerben. Zuvor hatte seit 1797 bereits ein Aufenthalt von drei Jahren gereicht, um das Recht auf Armenunterstützung zu erwerben.³⁵

Bei der Wiederbegründung der AAA nach dem Ende der französischen Besatzung wurden auch einige Arbeitsfelder, die bisher zu deren Aufgaben gehört hatten, an andere Behörden ausgegliedert. So wurden die Bekämpfung der Bettelei und die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegenüber unkooperativen Unterstützungsempfängern von nun an zu Aufgaben der Polizei, die zu diesem Zweck 25 Armenpolizeidiener beschäftigte.³⁶ Diese Entwicklung hin zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Armenfürsorge in verschiedene Fachgebiete, die letztendlich auch in der Entstehung verschiedener Ämter und Behörden mündete, war entscheidend für die Entwicklung während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die Entwicklung im Bereich des Gesundheitswesens. Hier ist neben der Einführung einer neuen Medizinalordnung 1818 die Eröffnung des Allgemeinen Krankenhauses im Vorort St. Georg 1823 zu nennen.³⁷ Ein großer Teil der Patienten, die zur Behandlung einer akuten Krankheit in das Allgemeine Krankenhaus aufgenommen wurden, war von den Armenärzten der AAA dorthin überwiesen worden, womit das Krankenhaus ein wichtiger Bestandteil der von der AAA geleisteten Krankenfürsorge wurde.³⁸ 1889 wurde in Eppendorf ein zweites Krankenhaus fertiggestellt, daneben gab es verschiedene private Krankenhäuser.³⁹

Private Fürsorgeinitiativen waren allerdings nicht nur auf dem Gebiet der Krankenfürsorge tätig. Ab den 1830er Jahren nahm unter dem Einfluss der Erweckungsbewegung die Zahl religiös geprägter wohltätiger Stiftungen zu.⁴⁰ Das *Handbuch der Wohltätigkeit in Hamburg* verzeichnete in seiner zweiten Auflage von 1909 über 800 verschiedene private Einrichtungen, Vereine und Stiftungen, die in den verschiedensten Gebieten der Fürsorge wirkten.⁴¹ Allerdings führte das Engagement

³⁵ Vgl. Mehnke, S. 42–43.

³⁶ Siehe Duda, S. 152 und 158–159 sowie Frank Hatje, Repräsentationen der Staatsgewalt. Herrschaftsstrukturen und Selbstdarstellung in Hamburg 1700 – 1900, Basel u.a. 1997, S. 301–302.

³⁷ Zur Medizinalordnung von 1818 siehe Heinrich Rodegra, Das Gesundheitswesen der Stadt Hamburg im 19. Jahrhundert unter Berücksichtigung der Medizinalgesetzgebung (1586–1818–1900), Wiesbaden 1979, S. 44–72. Zur Geschichte des Krankenhauses in St. Georg siehe Willi Langefeld/Reinhard Spree, The General Hospital St. Georg in Hamburg during the 19th Century. Organization, Patients, Financing, München 1998.

³⁸ Siehe hierzu ebd., S. 16 und 21–24.

³⁹ Vgl. Rodegra, Gesundheitswesen, S. 126–128. Für eine Übersicht über die freien gemeinnützigen Krankenanstalten siehe ebd., S. 133–134.

⁴⁰ Siehe die Liste in Hatje, Stiftung, S. 227.

⁴¹ Siehe das Inhaltsverzeichnis des Handbuchs der Wohltätigkeit in Hamburg, hrsg. vom Armenkollegium

vieler wohlhabenderer Hamburger in den privaten Stiftungen auch dazu, dass die AAA noch weniger Spendengelder erhielt.⁴²

Neuerungen auf dem Gebiet der Armenfürsorge gab es in Hamburg erst in den 1860er Jahren. Im Rahmen der Neuordnung der Verwaltung 1863 ergaben sich auch für die Organisationsstruktur der AAA Änderungen.⁴³ Armenkollegium, Waisenhauskollegium und Krankenhauskollegium bildeten nun zusammen die Verwaltungsabteilung für öffentliche Wohltätigkeit. Die Finanzierung dieser drei Anstalten sollte nun – abgesehen von bereits vorhandenem Vermögen und Einkünften – ganz in staatlicher Hand liegen. Damit wurde die Armenpflege endgültig zu einer staatlichen Aufgabe. 1870 wurde außerdem eine Aufsichtsbehörde für die milden Stiftungen gegründet, die der AAA unterstand.⁴⁴ Alle wohltätigen Stiftungen sollten nun an die AAA melden, welche Personen von ihnen eine Unterstützung erhalten hatten und welcher Art diese war.

Nach der Gründung des Deutschen Reichs waren einige Anpassungen an reichsweit geltende Regelungen nötig, wie sie zum Beispiel im Gesetz über den Unterstützungswohnsitz von 1871 festgelegt waren.⁴⁵ In diesem Jahr wurde in Hamburg – als letztem Staat im Deutschen Reich – außerdem die Schulpflicht eingeführt.⁴⁶ Die Schulen der AAA wurden in das neu aufgebaute Volksschulwesen der Stadt übernommen. Kindern von Bedürftigen konnte das für die Volksschulen zu zahlende Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden.

Die Armenfürsorge der AAA wurde in den folgenden Jahren zunehmend bürokratischer. Ab 1877 mussten Arme zur Antragstellung im neuen zentralen Hauptarmenbureau vorsprechen.⁴⁷ Dort wurde festgestellt, ob der Antragsteller überhaupt einen Unterstützungswohnsitz in Hamburg besaß und ob er früher schon einmal Unterstützung erhalten hatte. Über die Annahme des Antrags auf Armenfürsorge und über Art und Höhe der Unterstützung wurde in den zuständigen Bezirkskommissionen entschieden. Zur Überwachung der einzelnen Bezirkskommissionen und

Hamburg und in dessen Auftrage bearbeitet von Dr. Hermann Joachim. 2. Aufl. Hamburg 1909.

⁴² Vgl. Mehnke, S. 60–61.

⁴³ Dies und Folgendes nach: Werner Melle, Die Entwicklung des öffentlichen Armenwesens in Hamburg. Mit einem Anhang, enthaltend die wichtigeren jetzt geltenden Bestimmungen über die öffentliche Armenpflege in Hamburg, Hamburg 1883, S. 177–180.

⁴⁴ Vgl. Stephen Pielhoff, Paternalismus und Stadtarmut. Armutswahrnehmung und Privatwohltätigkeit im Hamburger Bürgertum 1830–1914, Hamburg 1999, S. 335–336.

⁴⁵ Siehe Melle, S. 197–198.

⁴⁶ Zur Einführung der Schulpflicht in Hamburg siehe Reiner Lehberger, Schule in Hamburg während des Kaiserreichs. Zwischen „Pädagogischer Reform“ und „Vaterländischer Gesinnung“, in: Inge Stephan/Hans-Gerd Winter (Hrsg.), „Heil über dir, Hammonia“. Hamburg im 19. Jahrhundert: Kultur, Geschichte, Politik, Hamburg 1992, S. 417–446, hier S. 417–418.

⁴⁷ Dies und Folgendes nach: Melle, S. 205–209.

zur Sicherstellung einer im ganzen Gebiet der AAA ähnlichen Unterstützungspraxis wurde zudem eine Kontrollkommission eingerichtet.

Eine bedeutende Änderung in der Armenfürsorge stellte die Einführung der Sozialversicherung in den 1880er Jahren dar. 1883 wurde die Krankenversicherung eingeführt, 1884 folgte die Unfallversicherung und 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung.⁴⁸ Durch die Versicherungsleistungen waren viele Arbeiter, die bisher die Leistungen der AAA in Anspruch genommen hatten, nicht mehr auf diese angewiesen – dies galt vor allem für die Krankenfürsorge. Allerdings blieben viele Bevölkerungsgruppen – unter ihnen vor allem Frauen – von den Leistungen der Sozialversicherungen ausgeschlossen.⁴⁹

Das System der Armenfürsorge in Hamburg wurde 1892/1893 einer weiteren Reform unterzogen, die maßgeblich von dem Armenreformer Emil Münsterberg geprägt wurde.⁵⁰ Nun wurde auch in Hamburg das „Elberfelder System“ eingeführt, das seit seiner Entwicklung im Jahre 1853 als Vorbild in der Armenfürsorge galt.⁵¹ Viele Grundsätze des Elberfelder Systems, wie zum Beispiel die Betreuung der Armen durch ehrenamtliche Armenpfleger, waren in der Hamburger Armenordnung von 1788 schon angelegt gewesen.⁵² Praktisch gesehen bedeutete daher die Einführung des Elberfelder Systems in Hamburg vor allem eine deutliche Erhöhung der Zahl der Armenpfleger, um eine noch individuellere Betreuung und Kontrolle der Armen leisten zu können. Um den Armenpflegern Verwaltungsarbeit abzunehmen, wurde ein zentrales Büro mit festangestellten Beamten eingerichtet, das von einem Direktor geleitet wurde.⁵³ 1907 wurde ein neues Gesetz über das Armenwesen erlassen, welches auch Frauen als Armenpflegerinnen zuließ. Allerdings wurden in den folgenden Jahren nur sehr wenige Frauen tatsächlich zu Armenpflegerinnen gewählt.⁵⁴

⁴⁸ Für einen knappen Überblick über die genannten Versicherungen siehe Rüdiger Baron/Rolf Landwehr (Hrsg.), *Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Weinheim/Basel 1991, S. 36–40. Für eine ausführlichere Darstellung der Entstehung der deutschen Sozialversicherung siehe Gerhard A. Ritter, *Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts*, Opladen 1998, S. 27–52.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 47–48.

⁵⁰ Siehe zum Wirken von Emil Münsterberg in Hamburg Pielhoff, S. 347–349.

⁵¹ Zum Elberfelder System siehe Christoph Sachße/Florian Tennsted, *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*, Bd. 1: *Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg*, Stuttgart u.a. 1980, S. 215–220.

⁵² Dies und Folgendes nach: Armenkollegium Hamburg (Hrsg.), *Das öffentliche Armenwesen in Hamburg während der Jahre 1893-1903. Darstellung seiner Reorganisation und weiteren Entwicklung*, Hamburg 1903, S. 8–9.

⁵³ Zur Verwaltungsorganisation siehe ebd., S. 21–26.

⁵⁴ Vgl. Pielhoff, S. 496–498.

Ebenfalls 1892 wurde auch die Kinder- und Jugendfürsorge in Hamburg reformiert. Das bisher bei der AAA angesiedelte Kostkinderinstitut, welches seit 1830 für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien auf dem Land zuständig war, wurde nun in den Zuständigkeitsbereich des Waisenhauskollegiums übernommen.⁵⁵ 1907 wurde auch die Behörde für Zwangerziehung dem Waisenhauskollegium angegliedert.⁵⁶ Damit waren alle Fürsorgeleistungen für Kinder und Jugendliche in einer Behörde vereint, die 1910 in „Behörde für öffentliche Jugendfürsorge“ umbenannt wurde. Die Kinder- und Jugendfürsorge blieb allerdings insofern weiter mit der Armenfürsorge verbunden, als dass nach wie vor die AAA feststellen musste, ob Minderjährige im armenrechtlichen Sinne hilfsbedürftig waren, bevor diese an die öffentliche Waisenpflege überwiesen werden konnten.⁵⁷

Fazit

Betrachtet man die Entwicklung der Armenfürsorge in Hamburg während des langen 19. Jahrhunderts, so fällt auf, dass sich Senat und Bürgerschaft lange Zeit auf den Reformen von 1788 ausruhten. Diese wurden zwar Ende des 18. Jahrhunderts positiv rezipiert⁵⁸, allerdings geriet im Verlauf des 19. Jahrhunderts gerade das, was die Reformen von 1788 auszeichnete, in Vergessenheit. Gerade die Maßnahmen zur Armutsprävention wie die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder die Vorschussanstalt waren ambitioniert – offenbar zu ambitioniert, um langfristig auch bei knapperen Finanzen tragbar zu sein.

Auch in Bezug auf die sonstigen Reformmaßnahmen im Lauf des 19. Jahrhunderts hinkte Hamburg zum Teil deutlich den Entwicklungen in anderen Städten hinterher. So wurde das Elberfelder System erst beinahe 40 Jahre nach dessen Erfindung eingeführt. Grundlegende Reformen gab es erst 1892 – in dem Jahr, in dem die Cholera-Epidemie deutlich zeigte, wieviel Reformbedarf in Hamburg herrschte.⁵⁹ Auf der anderen Seite hatte Hamburg auf dem Gebiet der Kinder- und Jugend-

⁵⁵ Vgl. Rudolf Sieverts, 350 Jahre Hamburgische Jugendfürsorge, in: Jugendbehörde Hamburg (Hrsg.), 350 Jahre Jugendwohlfahrt in Hamburg. Vom Waisenhauskollegium zur Jugendbehörde, Hamburg 1955, S. 17–47, hier S. 39.

⁵⁶ Zur Zwangs- und Fürsorgeerziehung in Hamburg siehe Uhlendorff, S. 181–196.

⁵⁷ Vgl. Geschäftsordnung für die Armenpflege der Allgemeinen Armenanstalt. Hamburg 1893, § 54.

⁵⁸ So versuchten viele Städte, die Prinzipien der Hamburger Allgemeinen Armenanstalt zu übernehmen. Vgl. Peter Albrecht, Armenanstalten. Warum war es nicht möglich, Grundsätze und Verfahrensweisen der erfolgreichen Hamburger Armenanstalt anderswo zu übernehmen?, in: Hans Erich Böderker/Martin Gierl (Hrsg.), Jenseits der Diskurse. Aufklärungspraxis und Institutionenwelt in europäisch komparativer Perspektive. Göttingen 2007, S. 265–321, hier: S. 270.

⁵⁹ Dabei ist jedoch zu beachten, dass sowohl die Reform des Armenwesens (Mai 1892) als auch die Reform der öffentlichen Kinder- und Jugendfürsorge (Juli 1892) bereits vor dem Ausbruch der Cholera-Epidemie

fürsorge insofern eine Vorreiterrolle, als mit der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge dort früher als in anderen Städten eine zentrale Behörde geschaffen wurde. Eine umfassende Bewertung der Armenfürsorge und der aus ihr hervorgegangenen sonstigen Fürsorgezweige ist daher schwierig und muss weiteren Fallstudien zu einzelnen Zweigen der Fürsorge vorbehalten bleiben.⁶⁰

**Katharina Brandes, M.A., Universität Trier, Forschungszentrum Europa,
brandesk@uni-trier.de**

im Spätsommer beschlossen worden waren. Zur Cholera-Epidemie von 1892 siehe ausführlich Richard J. Evans, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910*, Reinbek bei Hamburg 1991.

⁶⁰ Im Rahmen meiner Dissertation untersuche ich anhand von ausgewählten Einzelfallakten die Tätigkeit der öffentlichen Waisenpflege in Hamburg während des Deutschen Kaiserreichs. Erste Ergebnisse sind publiziert in Katharina Brandes, *Inklusion und Exklusion am Beispiel der Fremdplatzierung in der Kinder- und Jugendfürsorge zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: Iulia-Karin Patrut/Herbert Uerlings (Hrsg.), *Inklusion/Exklusion und Kultur. Theoretische Perspektiven und Fallstudien von der Antike bis zur Gegenwart*, Köln 2013, S. 277–296.

Die Wohnungsfrage als Teil der „sozialen Frage“ am Beispiel Wiens 1848-1914

Die Wohnungsfrage wurde im Verlauf des 19. Jahrhunderts im Zuge von Industrialisierung, Stadtwachstum und Bevölkerungskonzentration in allen europäischen Staaten zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Urbanisierung und Industrialisierung führten zu einer „verstärkten sozialräumlichen Gliederung“ der Städte, „die zum einen die sozialen Ungleichheiten der Gesellschaft ausdrückte und visualisierte und zum anderen diese selbst reproduzierte.“¹ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden im Zuge der Urbanisierung und Stadterweiterung europaweit „Arbeiterviertel mit eng zusammenstehenden, zum Teil verfallenden Gebäuden, überbesetzten Wohnungen“ sowie „schlecht belüftbaren Arbeitermietshäusern“, andererseits aber auch „neue Viertel für höhere und mittlere Schichten“.² Anders als im wirtschaftlich rückständigen Österreich wurden etwa in England und Frankreich schon am Beginn der 1850er Jahre erste Versuche der Errichtung billiger Arbeiterquartiere oder eigener Arbeiterkolonien unternommen, die später teilweise auch in Österreich aufgegriffen wurden und hier zur Entstehung einer Wohnreformbewegung beitrugen.³

In den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts erreichte der Wohnungsmangel in Wien in quantitativer und qualitativer Hinsicht einen ersten Höhepunkt.⁴ Der Mangel an Wohnungen führte zu Mieterhöhungen, den die Hausbesitzer durch ihre Monopolstellung relativ leicht durchsetzen konnten. Nachdem bereits in den 1840er Jahren die chronische Wohnungsnot deutlich sichtbar geworden war, nahm sie nach der Jahrhundertmitte vor allem für die einkommensschwachen Schichten unerträgliche Ausmaße an. Die Wohnungsmieten wurden von 1830 bis 1850 um durchschnittlich 12 Prozent erhöht, zwischen 1850 und 1860 um mehr als 33 ,

¹ Adelheid von Saldern, Wohnen in der europäischen Großstadt 1900-1939. Eine Einführung, in: Alena Janatková/Hanna Kozinska-Witt (Hrsg.), Wohnen in der Großstadt 1900-1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich, Stuttgart 2006, S. 1-38, hier S. 16.

² Ebd. S. 16 f.

³ Vgl. dazu Peter Feldbauer/Gottfried Pirhofer, Wohnungsreform und Wohnungspolitik im liberalen Wien?, in: Renate Banik-Schweitzer u.a. (Hrsg.), Wien in der liberalen Ära, Wien 1978, S. 148-190, hier S. 157 f.

⁴ Vgl. ebd. 152.

manchmal sogar um 50 Prozent. Bei gleicher oder gesunkener Kaufkraft mussten daher immer mehr Menschen gemeinsam eine Wohnung belegen.⁵ Auch die Stadterweiterung nach 1857 führte zu keiner Verbesserung, da auf den Glacisgründen nur kostspielige Luxuswohnungen entstanden, für die es angesichts einer gewissen Marktsättigung tatsächlich Mietreduktionen gab; die kleinen, enorm überfüllten Unterschichtsquartiere wurden hingegen immer teurer.

Der bürgerliche Wohnreformdiskurs

Erst durch die Revolution 1848 wurde eine breitere Öffentlichkeit auf die katastrophalen Wohnungsverhältnisse der Wiener Unterschichten aufmerksam, da sie bei Bürgertum und Adel die Angst vor neuerlichen revolutionären Unruhen anwachsen ließ. Im Jahre 1857 veröffentlichte der Journalist Bernhard Otto Friedmann⁶ eine Schrift zur Wohnungsnot in Wien, in der er eindringlich vor den Folgen derselben warnte.⁷ Friedmann setzte sich weniger mit den proletarischen Verhältnissen als mit dem kleinbürgerlichen Abstieg auseinander. Es ging ihm vor allem um die Sicherung des Wohlstandes des „arbeitsamen Mittelstandes“ und um die gesamtstaatliche wirtschaftliche Stabilität.⁸ Er sah besonders die „standesgemäße Lebensweise“ der „gesamten Staatsdienerschaft“ in Gefahr und warnte vor der Lockerung „der häuslichen Zucht und Sitte“.⁹

Die Wohnungsnot war keineswegs ein spezifisches Problem der sich erst seit dem Vormärz in größerer Zahl ausbildenden Arbeiterfamilien, sondern betraf alle Bewohner der kleinen und kleinsten Unterkünfte, deren Anteil am Wiener Wohnungsbestand vor 1914 noch immer 75 Prozent betrug.¹⁰ Wolfgang Hösl und Gottfried Pirhofer haben in einer Studie der Wiener Wohnungsverhältnisse aufgezeigt, dass es in der Früh- und Hochgründerzeit „tatsächlich nur für das (Klein-)Bürgertum eine Wohnungsfrage“ gegeben habe. Infolge der Wohnungsknappheit und Ver-

⁵ Vgl. Bertrand Michael Buchmann, Dynamik des Städtebaus, in: Peter Csendes/Ferdinand Opll (Hrsg.), Wien. Geschichte einer Stadt, 3 Bde., Wien/Köln/Weimar 2006, Bd. 3, S.47-84, hier S. 63.

⁶ Friedmann gab während der Revolution 1848 das radikale Blatt „Gerad' aus“ heraus und floh im Oktober 1848 nach Deutschland. Nach seiner Rückkehr nach Österreich gründete er das „Wiener Wochenblatt“ und die „Neuesten Nachrichten“. Ende der 70er Jahre war er als Generaldirektor der „Allgemeinen Österreichischen Baugesellschaft“ tätig. Vgl. Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, herausgegeben von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1, Graz/Köln 1957, 365.

⁷ Bernhard Friedmann, Die Wohnungsnoth in Wien, Wien 1857.

⁸ Ebd. S. 5-8.

⁹ Ebd. S. 10.

¹⁰ Peter Feldbauer/Michael John/Albert Lichtblau, Arbeiterwohnungsfrage, Wohnungspolitik und Mietrechtsreform in Österreich am Beispiel Wiens (1890-1916), in: Harald Steindl (Hrsg.), Wege zur Arbeitsrechtsgeschichte, Frankfurt a. M. 1984, S. 369-414, hier S. 372.

teuerung sei ein „etabliertes Lebensgelände“ des Kleinbürgertums (Familie, Innerlichkeit) ins Wanken geraten.¹¹ Demgegenüber sei das Wohnungselend der Arbeiterschichten in der Früh- und Hochgründerzeit in gewisser Weise „zeitlos und nur ein Moment einer durchgängig katastrophalen Situation“ gewesen.¹²

Die Tatsache, dass auch Kleinbürgertum und Bourgeoisie von der Wohnungsnot betroffen waren, führte dazu, dass die Lösungsvorschläge zunächst aus diesen Kreisen kamen. Es waren insbesondere konservative Sozialreformer, die sich mit der Wohnungsfrage befassten und denen es hinsichtlich der Lohnarbeiterschaft sowie der von kapitalistischer Modernisierung bedrohten Kleingewerbegruppen vorrangig um „Hilfe zur Selbsthilfe“ ging: „Die eigentlichen Exponenten von Kapital (Liberalismus) und Arbeit (Sozialismus) blieben zumeist im Hintergrund, da sie die Wohnungsnot als vorübergehenden, durch kapitalistische Expansion und Marktmechanismen lösbaren Mißstand interpretierten bzw. die Lösung überhaupt bis zur revolutionären Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft vertagten.“¹³ Das spiegelte sich auch in einer auffälligen „wohnungspolitischen Abstinenz“ von Staat und Gemeinde in der Phase der liberalen Vorherrschaft wider. Sowohl was die Wohnbaupraxis des „liberalen Wien“ in den Jahren 1861–1895 betrifft, als auch die Gemeindeführung der Christlich-Sozialen, „kann man tatsächlich kaum von Reformen, geschweige einer gezielten kommunalen Reformpolitik sprechen.“¹⁴

Das traditionelle städtische (Klein-)Bürgertum reagierte in den späten 1850er Jahren, als sich mit der Schleifung der Bastei und der Verbauung der Glacisgründe die Konstitution eines neuen – großbürgerlichen – Wiens abzeichnete, mit „einer massiven ideologischen Rückwendung“.¹⁵ Ein Beispiel dafür ist die 1860 erschienene Schrift des Kunsthistorikers Rudolf von Eitelberger und des Architekten Heinrich von Ferstel.¹⁶ Sie zogen vor allem gegen die „monströse Zinshaus-Architektur“ zu Felde und hoben die Bedeutsamkeit des Besitzes eines eigenen Hauses für die Familie hervor.¹⁷ Ihr Reformvorschlag zielte vor allem auf die Reform des Wohnhauses des Mittelstandes ab, während die Wohnverhältnisse der Arbeiter keinerlei Beachtung fanden. Kritisiert wurde vor allem die Politik der Gemeinde bei der Vergabe der Baugründe, die nicht das öffentliche Wohl im Auge habe, sondern ausnahmslos

¹¹ Wolfgang Hösl/Gottfried Pirhofer, *Wohnen in Wien 1848-1918. Studien zur Konstitution des Massenwohnens*, Wien 1988, S. 14.

¹² Ebd. S. 14.

¹³ Feldbauer/John/Lichtblau, S. 377.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Hösl/Pirhofer, S. 20.

¹⁶ Rudolf von Eitelberger/Heinrich von Ferstel, *Das bürgerliche Wohnhaus und das Zinshaus. Ein Vorschlag aus Anlaß der Erweiterung der innern Stadt Wien's*, Wien 1860.

¹⁷ Ebd. S. 11.

kapitalistische Profitgesichtspunkte. Die von ihnen vorgeschlagene Förderung des „bürgerlichen Familienhauses“ sollte einen gesunden Mittelstand fördern, „der sich in Zeiten politischer Krisen gegenüber den besitzlosen Massen als systemstabilisierender Faktor erweisen würde“.¹⁸ Eitelberger und Ferstel hingen der „Illusion von der möglichen Umkehrung der kapitalistischen Entwicklung“¹⁹ an und wollten großbetriebliche Produktionsweisen mit Hilfe des Wohnhausbaues zugunsten von Handwerk und Gewerbe wieder zurückdrängen. Ihre Schrift reflektierte „den zeitgenössischen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Diskurs“.²⁰ Wie schon bei Friedmann ging es auch darin um die Sicherung des Wohlstandes eines „arbeitenden Mittelstandes“, um wirtschaftliche Stabilität, „Entproletarisierung“ und Unterdrückung revolutionärer Neigungen durch Haus- oder Wohnungseigentum. Dadurch sollte die Familie als Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung gesichert und gegenüber revolutionären Bestrebungen immunisiert werden.

Ungefähr ein Jahrzehnt später, 1869, veröffentlichte der Volkswirtschaftler Emil Sax ein Buch zur Wohnungsfrage.²¹ Auch Sax ging es in erster Linie um die Stabilisierung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse; auch er propagierte den Erwerb von Eigentum. Der Arbeiter, so Sax, würde durch das Eigentum an seiner Wohnung „Capitalist“ werden und könne so aus der Klasse der Besitzlosen in die Klasse der Besitzenden aufsteigen.²² Die Ursache der Wohnungsnot verortete Sax in der Steigerung der Bodenpreise, die durch die „massenhafte“ Agglomeration der Menschen auf einem Platz hervorgerufen würde. Sein Vorbild war das englische Cottage-System; in Form der Gartenstadt solle durch die Errichtung von Einfamilienhäusern für Kleinbürger und Arbeiter Abhilfe geschaffen werden. „Der Auszug aus der Stadt in scheinbar freie Gegenden erschien als einziger Weg der Heilung des von Zinskasernen zerstörten Wien.“²³

Trotz aller Einsicht in die ökonomischen Bedingungen blieb das Kleinhaus „wohnungspolitischer Favorit“ der konservativ geprägten Wohnreformer.²⁴ Die mit Blick auf den Sozialismus erhobene Warnung vor dem politischen Radikalismus blieb eine Konstante im bürgerlichen Wohnreformdiskurs.

¹⁸ Feldbauer/Pirhofer, S. 162.

¹⁹ Vgl. Feldbauer/John/Lichtblau, S. 380.

²⁰ Hannes Stekl, „Bürgerliches Wohnhaus“ und Cottagesiedlungen. Alternativen zur Architektur der Wiener Ringstraße, in: Österreich in Geschichte und Literatur 53:1, 2009, S. 2-20, hier S. 9.

²¹ Emil Sax, Die Wohnungszustände der arbeitenden Classen und ihre Reform, Wien 1869.

²² Ebd., S. 63.

²³ Feldbauer/John/Lichtblau, S. 381.

²⁴ Renate Kastorff-Viehmänn, Kleinhaus und Mietskasernen, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 271-291, hier S. 277.

Wohnungsnot in Zahlen

Den bürgerlichen Wohnreformern war vor allem das sogenannte Bettgeherwesen ein Dorn im Auge, da sie es als vermeintliche Ursache des sittlichen Verfalls betrachteten. Die meisten Arbeiter und kleinen Angestellten, die mit ihren Familien eine aus einem Zimmer und Küche bestehende Wohnung bewohnten, mussten sogenannte „Schlafgänger“ aufnehmen, da ihr Arbeitsverdienst nicht ausreichte, um den ‚Zins‘, die Miete, zu bezahlen.²⁵ Die Volkszählung des Jahres 1900 ergab für Wien, dass mehr als ein Drittel aller Wohnungen, von der Küche abgesehen, nur einen einzigen Raum aufwies. In diesen aller kleinsten Wohnungen lebten 43 Prozent der damaligen Bevölkerung Wiens.²⁶ Von diesen Wohnungen waren 17 Prozent überbevölkert, also von sechs und mehr Personen besetzt. Ein Viertel aller Haushaltungen wies Aftermieter oder Bettgeher auf und 12,5 Prozent der Wiener Bevölkerung lebten in fremden Haushalten. Hinzu kam ein ständiger Wohnungswechsel. Fast ein Viertel aller Wohnungen Wiens wurde jährlich gerichtlich gekündigt.

Bereits die Ergebnisse der Volkszählung von 1890 hatten den Nationalökonom und Finanzwissenschaftler Eugen von Philippovich im Jahre 1894 zu einer privaten Wohnungserhebung in 101 Wohnungen veranlasst.²⁷ Von den untersuchten Wohnungen hatten nur drei den Minimalluftraum²⁸ und eine ausreichende Bodenfläche. Das Luft- und Raumdefizit betrug im Durchschnitt aller Wohnungen 28,8 Prozent des Minimalraumes und 36 Prozent der Minimalbodenfläche, war aber in vielen Fällen noch größer. In 19 der untersuchten 48 einräumigen Wohnungen stand den Bewohnern nicht einmal die Hälfte des als Existenzminimum angesehenen notwendigen Lufttraumes zur Verfügung, in einigen nicht einmal ein Drittel.²⁹ Hinsichtlich der vom Gesetz geforderten Bodenfläche blieben 33 der 48 erhobenen einräumigen Wohnungen unter den Anforderungen, bei den zweiräumigen Wohnungen wurden die Minimalforderungen in 47 von 49 Fällen nicht erfüllt.³⁰

²⁵ Vgl. dazu die Erinnerungen des späteren Vorsitzenden des Österreichischen Gewerkschaftsbundes: Johann Böhm, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Wien 1953, S. 66.

²⁶ Diese und folgende Angaben zitiert nach Heinrich Rauchberg, *Ziele und Wege der Wohnungsreform in Österreich*, Wien 1907, S. 5.

²⁷ Eugen von Philippovich, *Wiener Wohnungsverhältnisse*, Berlin 1894.

²⁸ Bei der Bemessung der Größe der Wohnräume musste für jede über ein Jahr alte Person ein Luftraum von mindestens 10 Kubikmetern und eine Grundfläche von mindestens 4 Quadratmetern veranschlagt werden. Die Mindesthöhe der Räume musste 2,5 Meter, bei ungünstigen Lichtverhältnissen 3 Meter betragen.

²⁹ Ebd. S. 16-18. Als Grundlage der Bemessung dienten Philippovich die vom Obersten Sanitätsrat und der Gesellschaft der Ärzte erarbeiteten Mindestanforderungen.

³⁰ Das österreichische Arbeiterwohnungsgesetz von 1892 stellte bestimmte Minimalanforderungen an jene Arbeiterwohnungen, für deren Bau die vorgesehene Steuerbefreiung in Anspruch genommen wer-

Liberale „Wohnungspolitik“

Ungeachtet der zunehmenden Verschlechterung der Wiener Wohnverhältnisse in den 1870er Jahren nahm das Wohnungsproblem bis zur Jahrhundertwende keinen besonderen Stellenwert im Rahmen von Kommunalpolitik und staatlicher Sozialpolitik ein.³¹

In den Jahren 1861 bis 1895 war der von den Liberalen dominierte Wiener Gemeinderat weit davon entfernt, wohnungspolitisch aktiv zu werden und betrachtete die Sorge um ein angemessenes Quartier als eine „private Angelegenheit“.³² Es fehlte vor allem an kleinen Wohnungen und infolge des geringen Angebots stiegen die Mietzinse. Viele Familien waren genötigt, in die Vororte überzusiedeln, die sich dadurch rasch und unverhältnismäßig vergrößerten.³³ Obwohl der amtliche Verwaltungsbericht der Gemeinde die Wohnsituation realistisch darstellte und auch die sie bedingenden Faktoren nannte, blieb man bei der Ansicht, dass sich die Wohnungsnot von selbst lösen würde. Man hielt im Gemeinderat trotz Kenntnis des herrschenden Elends daran fest, dass die Gemeinde nicht unmittelbar durch eine Beteiligung am Bau billiger Wohnhäuser eingreifen könne, „sondern nur auf die Beseitigung aller Hemmnisse der Entwicklung einer größeren Konkurrenz an kleineren und billigen Wohnungen im legislativen oder administrativen Wege hinwirken“ könne.³⁴ Die Wortmeldungen im Gemeinderat liefen darauf hinaus, dass jede Großstadt solche Wohnverhältnisse durchmachen müsse und es weit gefährlicher sei, in die soziale Frage einzugreifen und so die Gemeinde zu belasten, ohne ein Resultat zu erzielen. „Die Unlösbarkeit der Wohnungsnot wurde vorgeschützt, um das von der gesamten Bevölkerung aufgebrachte Steueraufkommen nicht auch dafür verwenden zu müssen.“³⁵

Die Gegenmaßnahmen der Gemeinde beschränkten sich in erster Linie auf die vorübergehende Unterbringung von Unterstandslosen in Notquartieren und auf eine genaue Buchführung der behördlich eingeleiteten Delogierungen.³⁶ Letztere brachten den Betroffenen jedoch keine Hilfe, da die aus feuchten und überfüllten

den konnte.

³¹ Vgl. Feldbauer/Pirhofer, S. 171 f.

³² Felix Czeike, *Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861-1934)*. Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, Wien 1962, S. 59.

³³ Die Gemeinde-Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in den Jahren 1871 bis 1873. Bericht des Bürgermeisters Dr. Cajetan Felder, Wien 1874, S. 457.

³⁴ Ebd., S. 461.

³⁵ Maren Seliger, *Liberale Fraktionen im Wiener Gemeinderat 1861 bis 1895*, in: Banik-Schweitzer u.a., *Wien in der liberalen Ära*, S. 62-90, hier S. 87.

³⁶ Vgl. dazu Feldbauer/Pirhofer, *Wohnungsreform*, S. 177.

Quartieren vertriebenen Familien nur schwer eine bessere Unterkunft finden und bezahlen konnten. Da man sich von der Erleichterung der Wohnungsproduktion eine Vermehrung billiger Quartiere erhoffte, richtete man auf Fragen der Wohnungsqualität kein besonderes Augenmerk. Der Gemeinderat erwirkte vom niederösterreichischen Landtag ein Gesetz, das die Bedingungen für den Bau von Wohnhäusern erleichterte, wobei man „bis zu jener äußersten Grenze der Erleichterungen [ging], welche ohne Gefährdung der körperlichen Sicherheit der Bewohner (...) nicht füglich überschritten werden konnte“.³⁷

Beachtung auf staatlicher Ebene gewann die Wohnungsfrage im Rahmen der 1868 „erstmalig verstärkter sozialpolitischer Diskussion“.³⁸ Während Innenminister Karl Giskra noch 1868 gegenüber einer Arbeiterdeputation erklärte: „In Österreich gibt es keine soziale Frage, für uns hört diese soziale Frage bei Bodenbach auf!“, änderte sich diese Anschauung der Regierung innerhalb kürzester Zeit grundlegend.³⁹ Das Handelsministerium wies im November 1868 darauf hin, dass die Arbeiterbewegung in Österreich eine Intensität erreicht habe, der gegenüber sich die Regierung unmöglich passiv verhalten könne. Es sei Aufgabe der Regierung, die geeigneten Schritte zu unternehmen, um der niedrigen Klasse in ihrer sozialen Abhängigkeit zu Hilfe zu kommen. Da jedoch bei Regierung wie Gemeindevertretung nach wie vor die liberalen Selbsthilfeprozesse vorherrschten, wurden Vorschläge, wie etwa jene zur Errichtung von Arbeiterwohnungen, als für das Wirtschaftssystem schädliche „Staatshilfe“ angesehen und abgelehnt.⁴⁰

Die bis 1895 von der liberalen Fraktion beherrschte Kommunalverwaltung beschränkte sich auch nach der Ablösung der Liberalen auf staatlicher Ebene durch die konservative Regierung Taaffe (1879-1893) auf die sanitätspolizeiliche Überwachung von Massen- und Arbeiterquartieren und blieb hinsichtlich positiver Maßnahmen inaktiv. Wie Pirhofer/Feldbauer feststellen, ist der Begriff der „Wohnungspolitik“ in Bezug auf die Handlungen der liberalen Kommunalverwaltung fehl am Platz: „In der Idee vom Ausgleich der ökonomischen Interessen und sozialen Bedürfnisse durch das freie Spiel der Kräfte am Wohnungsmarkt befangen, verschloss man lange Zeit die Augen vor dem Phänomen der Wohnungsnot und nützte jede Möglichkeit, das Problem mit Hilfe unzureichender Statistiken als vorübergehende Störung oder überhaupt als nichtexistent zu erklären.“⁴¹

³⁷ Vgl. Gemeinde-Verwaltung 1871-1873, S. 461.

³⁸ Feldbauer/Pirhofer, S. 177.

³⁹ Vgl. Kurt Ebert, Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich. Die Taaffesche Sozialgesetzgebung für die Arbeiter im Rahmen der Gewerbeordnungsreform (1879-1885), Wien 1975, S. 21 f.; Tetschen-Bodenbach an der Elbe war der Grenzort zum Deutschen Reich.

⁴⁰ Vgl. Feldbauer/Pirhofer, S. 178.

⁴¹ Ebd. S. 182.

Anfänge staatlicher und kommunaler Wohnungspolitik

Auch unter den ab 1896 in Wien regierenden Christlich-Sozialen stießen Reformvorschläge unter anderem wegen der starken Position der Hausbesitzer im Gemeinderat auf große Widerstände. „Generell ignorierten die christlich-sozialen Gemeinderäte bis etwa 1910 die Wohnungsnot und waren schon gar nicht zu irgendwelchen Maßnahmen dagegen bereit.“⁴²

Die staatliche Wohnungspolitik Cisleithaniens kann ähnlich wie die der Wiener Gemeindeverwaltung charakterisiert werden. Im Vergleich zur staatlichen Sozialpolitik mit Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung gab es auf dem Gebiet der Wohnungsreform und -politik bis wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg nur geringe Fortschritte. Staat und Gemeinden beschränkten sich lange Zeit auf Steuererleichterungen und befristete Steuerbefreiungen. Zwei Steuerbefreiungsgesetze, die den Kleinwohnungsbau stimulieren sollten, brachten nicht den gewünschten Erfolg.⁴³ Folgenreicher als die beiden Arbeiterwohnungsgesetze war die Gründung der „Kaiser Franz Josef-Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen“ im Jahre 1896, die den Bau von „Musterhäusern“ vorsah.⁴⁴ Die Stiftung stellte „das erste, auch von höchsten Gesellschaftskreisen zur Kenntnis genommene und finanziell geförderte Projekt zur Linderung der Wohnungsnot in Wien“ dar.⁴⁵ Der Kreis der Personen, für welche die Stiftungshäuser bestimmt sein sollten, umfasste Lohnarbeiter, gewerbliche oder Handlungsgehilfen und sonstige Personen mit kärglichem Einkommen.⁴⁶ Für diese waren auch Wohlfahrtseinrichtungen geplant, die zu einer Hebung der gesamten Lebenshaltung beitragen sollten. In ihrer Grundrissgestaltung unterschieden sich die Jubiläumshäuser erheblich vom spekulativen Massenwohnbau; vor allem die Gangküchenwohnung war aufgegeben worden⁴⁷, die Küchen waren direkt zu belüften und zu belichten und jede Wohnung verfügte über ein eigenes WC. Nach der Realisierung zeigte sich jedoch, dass entgegen der ursprünglichen Intention die „eigentliche Arbeiterschaft“, die Indus-

⁴² Feldbauer/John/Lichtblau, S. 391. Die Bezeichnung der Christlich-Sozialen als „Hausherrenpartei“ weist auf diese starke Position des Hausbesitzes im Gemeinderat hin; ebd. 389.

⁴³ Vgl. Gesetz vom 9. Februar 1892, RGBl. 37/1892 und Gesetz vom 8. Juli 1902, RGBl. 144/1902.

⁴⁴ Vgl. Heinrich Rauchberg, Die Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrts-Einrichtungen, Wien 1897.

⁴⁵ Feldbauer/John/Lichtblau, S. 395.

⁴⁶ Rauchberg, S. 38, Anhang § 2 des Stiftbriefes.

⁴⁷ Vgl. Renate Banik-Schweitzer, Die Kleinwohnungsfrage in Wien um die Jahrhundertwende, in: Juan Rodriguez-Lores/Gerhard Fehl (Hrsg.), Die Kleinwohnungsfrage. Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa, Hamburg 1987, S. 431-450, hier S. 436.

triarbeiter und „Lohnarbeiter“, sich die Wohnungen nicht leisten konnten, was sich auch in der sozialen Schichtung der Mieter widerspiegelte.⁴⁸

Die Stiftung sollte, wie betont wurde, keine „Wohltätigkeits-Anstalt“ sein, denn „Wohltätigkeit, so tröstlich für den Empfänger (...) bedeutet doch nur den Verzicht auf die principielle Lösung sozialer Fragen.“⁴⁹ Und gerade um diese, eine bürgerliche, Lösung ging es. Die von den Gründern (Ökonomen, Architekten, Mittelstandspolitiker) im Stiftungsbrief dargelegten sozialpolitischen Absichten lassen sich mit dem Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe“ zusammenfassen. Die Stoßrichtung zielte vor allem gegen „anarchistische“ Selbsthilfebewegungen und gegen den sozialdemokratischen Kampf um die Macht im Staat als radikale Variante der Selbsthilfe. Es ging „um die exemplarische Verbesserung der Wohnverhältnisse des ‚nichtproletarischen‘ Teils der ‚unteren Mittelschichten‘ (...). Nicht gemeint war der Beginn einer grundsätzlichen Behebung des Wohnungselends, die bei Obdachlosigkeit, Baracken- und Kellerquartieren bei den sozial am schärfsten Deklassierten oder gar Desintegrierten hätte ansetzen müssen.“⁵⁰ Keineswegs strebte man den Ersatz der privatkapitalistischen Wohnungswirtschaft durch einen sozialstaatlichen oder kommunalen Wohnbau an. Erst die Mieterbewegung der Jahre 1910 und 1911, die auch den Wählerstamm der Christlich-Sozialen zu erfassen drohte, brachte diese dazu, ihre Haltung zur Wohnungspolitik zu modifizieren.⁵¹

Auch auf Seiten der Sozialdemokratie wurde die Wohnungsfrage lange Zeit sehr oberflächlich abgehandelt und spielte auf den Parteitag bis 1907 keine nennenswerte Rolle.⁵² Erste programmatische Forderungen zur Wohnungsfrage finden sich zwar im Kommunalprogramm aus dem Jahre 1896, als die Sozialdemokraten erstmals bei den Gemeinderatswahlen antraten. Das Kommunalprogramm blieb aber im Wesentlichen bis zum Parteitag 1907 unverändert. Auf diesem legte der Wiener Gemeinderat Leopold Winarsky eine Analyse des Problems vor, wonach sich für die Sozialdemokratie die Wohnungsfrage nur als ein Teil der sozialen Frage darstelle. Eine endgültige Lösung sei nur nach Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft möglich.⁵³ Eine der Hauptforderungen Winarskys war die Beseitigung der

⁴⁸ Vgl. dazu Wolfgang Hösl, Die Anfänge der gemeinnützigen und genossenschaftlichen Bautätigkeit in Wien. Eine Studie über die Motive, die soziale Relevanz und die Entwicklung der gemeinnützigen und genossenschaftlichen Baubewegung in Wien bis 1918, Diss. phil. Wien 1979, S. 84-90.

⁴⁹ So Heinrich Rauchberg, Generalsekretär der Stiftung in Rauchberg, S. 17.

⁵⁰ Feldbauer/John/Lichtblau, S. 397.

⁵¹ Vgl. Albert Lichtblau, Wiener Wohnungspolitik 1892-1919, Wien 1984, S. 22-24.

⁵² Ebd. S. 24-27.

⁵³ Vgl. Leopold Winarsky, Wohnungsteuerung und Wohnungselend, Wien 1911.

„Hausherrenherrschaft“ in den Gemeindevertretungen durch Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für alle Gemeindewahlen.⁵⁴

Eine eigentliche Wohnungsfürsorge setzte erst im Jahre 1907 mit der Gründung der „Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich“ (ZWÖ) ein. „Bahnbrechend“ wirkte die ZWÖ bei der Vorbereitung des staatlichen Kleinwohnungsfürsorgefonds, der zur Basis des staatlichen Wohnbauförderungssystems der Ersten und auch noch der Zweiten Republik werden sollte.⁵⁵ Im Dezember 1910 erhielt das „Gesetz betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds“ die kaiserliche Sanktion. Der Wohnungsfürsorgefonds wurde vom Ministerium für öffentliche Arbeiten verwaltet. Die durch ihn angebotene staatliche Finanzierungshilfe förderte die Entstehung zahlreicher gemeinnütziger Baugenossenschaften. Im April 1912 erlangte schließlich das Erbbaurecht Gesetzeskraft, bei dem es darum ging, ein Baurecht auf fremden Grund durchzusetzen.

Die Förderungsmaßnahmen, die darauf abzielten, die Kapitalbeschaffung für den gemeinnützigen Wohnbau zu erleichtern, brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Der Kreis derer, die in den Genuss einer geförderten Wohnung kommen konnten, beschränkte sich auf diejenigen, die das Privileg eines regelmäßigen und gesicherten Einkommens genossen. Dies waren vor allem Staatsbedienstete und Angestellte. Für die meisten Arbeiterfamilien war aufgrund der instabilen Einkommenssituation der Beitritt zu einer Wohnbaugenossenschaft unmöglich.⁵⁶ Die meisten Baugenossenschaften, die vor dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden, waren Beamten- bzw. Angestelltengenossenschaften, was zur Folge hatte, dass gerade jene Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von unzulänglichen Wohnungsverhältnissen betroffen waren, durch die Wohnbauförderungsgesetze vor dem Ersten Weltkrieg kaum eine Verbesserung der Situation erfuhren.

Dr. Ulrike Harmat, Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Ulrike.Harmat@oeaw.ac.at

⁵⁴ Ebd. S. 24.

⁵⁵ Banik-Schweitzer, Kleinwohnungsfrage, S. 438.

⁵⁶ Hermann Kepplinger, Zur Finanzierungsgeschichte des Arbeiterwohnbaus in Österreich bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Wohnbaus in Linz, in: Brigitte Kepplinger (Hrsg.), Wohnen in Linz. Zur Geschichte des Linzer Arbeiterwohnbaues von den Anfängen bis 1945, Wien/Köln/Graz 1989, S. 103-143, hier S. 112.

„Weil erfahrungsgemäß *unsere* Armen in erster Reihe *auf uns* angewiesen sind.“¹

Das Armenwesen der Prager jüdischen Gemeinde im langen 19. Jahrhundert

Einleitung

Wie schon in früheren Jahren veröffentlichte die Repräsentanz der Prager israelitischen Kultusgemeinde auch im Sommer 1887 einen Rechenschaftsbericht, der Auskunft über die von ihr geleistete Unterstützung bedürftiger Glaubensgenossen gab. Interessierte Leser konnten diesem nicht nur Details entnehmen, wie etwa, dass die Gemeinde zu Pessach an mehr als 2.100 Personen insgesamt über 6.000 Kilo *Matsot*² geliefert hatte;³ vielmehr konnten sie auch die Namen all derjenigen nachlesen, die im vergangenen Jahr zugunsten armer Gemeindemitglieder gespendet hatten.⁴

Diese Auflistung liefert in ihrer Ausführlichkeit wichtige Hinweise auf das innergemeindliche Verständnis von Charakter und Organisation des von ihren Mitgliedern unterhaltenen Armenwesens. Tatsächlich war die Veröffentlichung der Namen einzelner Spender das Ergebnis eines langjährigen Disziplinierungsprozesses, im Verlaufe dessen die Gemeindeverwaltung, das heißt die Repräsentanz und die aus ihren Reihen besetzte Armenkommission⁵, versucht hatte, auf das Spendenverhalten der Gemeindemitglieder im Sinne einer Vereinheitlichung und Zentralisierung einzuwirken.

¹ Das Armenwesen der Prager israelitischen Kultusgemeinde im Jahre 1886, Prag 1887, S. [I]. Archiv Židovského muzea v Praze (weiter AŽMP), Židovská náboženská obec v Praze (weiter ŽnoP), Reorganizace chudinství, vandrovní žebrota – úcty, komise (weiter RCh), Sign. 128385, Hervorhebungen im Original.

² *Matsa*, Pl. *Matsot* (hebr.) = ungesäuertes Brot, das während der acht Tage des Pessachfestes gegessen wird.

³ Das Armenwesen, S. 4.

⁴ Ebd., S. 5-13.

⁵ Geschäfts-Ordnung für die Repräsentanz der Prager israelitischen Cultus-Gemeinde. Aufgenommen mit Sitzungsbeschluß vom 10. September 1865, Prag 1865, S. 15, § 62. Laut § 63 konnten zudem auch Gemeindemitglieder, die nicht der Repräsentanz angehörten, in die Kommission berufen werden. S. ebd.

Die Ursachen für dieses Bestreben seitens der Kultusgemeindeverwaltung waren dabei aus zeitgenössischer Sicht recht offensichtlich und lagen vor allem in zwei Faktoren begründet: Dies war erstens der Umstand, dass das 1868 vom böhmischen Landtag verabschiedete Armengesetz die öffentliche Armenpflege als minimalistisch und subsidiär definierte. Das bedeutete, dass sie nur das zum Leben unbedingt Erforderliche zur Verfügung stellte und zudem erst dann in Anspruch genommen werden konnte, wenn keinerlei Verpflichtungen von dritter Seite, etwa von Verwandten, Vereinen oder Stiftungen, bestanden.⁶ Zweitens verfügte die Prager Kultusgemeinde über eine Vielzahl mildtätiger Einrichtungen in Vereins- oder Stiftungsform, die, wie die Repräsentanz im Jahresausweis 1887 selbst schrieb, zwar den „altbewährte[n] jüdische[n] Wohlthätigkeitssinn“ belegten, zugleich aber ein in ihrer Heterogenität nur schwer zu überblickendes Konglomerat darstellten.⁷

Die große Bedürftigkeit der eigenen Glaubensbrüder, die aufgrund der herrschenden Gesetzeslage häufig auf Unterstützung aus den eigenen Reihen angewiesen waren, sowie die Tatsache, dass aus rituellen Gründen nicht selten auch dann um Unterstützung bei der jüdischen Gemeinde angesucht wurde, wenn eigentlich andere, öffentliche Stellen Hilfe hätten leisten müssen⁸, führte zu einer regelmäßigen Überforderung derjenigen Institution, die für die Armenpflege zuständig war, die Armenkommission.

Im Folgenden sollen daher die innergemeindliche Organisation des Prager jüdischen Armenwesens sowie die Lösungswege, die angesichts seiner zeitweise offensichtlichen systemischen Überlastung beschränkt wurden, näher untersucht werden. Dabei spielt das Verhältnis der jüdischen Gemeinde zur Prager Stadtverwaltung eine besondere Rolle, da es in vielerlei Hinsicht symptomatisch für die Geschichte der jüdischen Einwohner der böhmischen Hauptstadt im langen 19. Jahrhundert scheint.

Chevrot und Stiftungsinteressen. Instrumente der Armenpflege

Tatsächlich konnte die Prager jüdische Gemeinde im Bereich der Armenpflege auf eine lange Tradition zurückblicken, bestanden doch einige ihrer mildtätigen Institutionen, wie die berühmte Beerdigungsbruderschaft (*Chevra Kadischa*), die sich der Betreuung Sterbender, der Bestattung Toter und der Unterstützung von Hinterbliebenen widmete, bereits seit der Frühen Neuzeit. Aufgrund ihrer Größe und ihres

⁶ Landes-Gesetzblatt für das Königreich Böhmen 1868, Prag 1868, XXIV. Stück, Nr. 59, §§ 1 und 2.

⁷ Das Armenwesen, S. [I].

⁸ Vgl. Martina Niedhammer, „Wenn ein Armer in deiner Mitte ist, so verhärtete nicht dein Herz und verschließe nicht deine Hand“ – das Armenwesen der Prager jüdischen Gemeinde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Documenta Pragensia 34/2015 [im Druck].

Prestiges – die Prager Juden stellten um 1800 rund 10,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ihrer Heimatstadt, was etwa 8.500 Personen entsprach⁹, und bildeten zugleich eines der großen jüdischen Zentren Europas – erhielt die Gemeinde zahlreiche Schenkungen und Legate zugunsten Bedürftiger. Nicht selten war sie deshalb in der Lage, Zustiftungen für bereits bestehende Einrichtungen einzuwerben und auf diese Weise deren Erhalt zu sichern.¹⁰

Die im Rahmen der Kultusgemeinde bestehenden Instrumente der Armenpflege lassen sich sowohl hinsichtlich ihres institutionellen Zuschnitts als auch mit Blick auf ihre Trägerschaft charakterisieren. Dabei zerfallen die wohltätigen Einrichtungen in zwei Gruppen: zum einen in Vereine, die sich generell um die Belange bedürftiger Gemeindemitglieder kümmerten oder aber nach dem Prinzip der Wechselseitigkeit nur ihre eigenen Mitglieder in Notsituationen unterstützten¹¹, zum anderen in Stiftungen, die auf Legate von Einzelpersonen und Familien zurückgingen und von Geld- und Sachspenden bis hin zum Aufbau eigener Wohlfahrtseinrichtungen (z. B. Stiftungshäuser) reichten.¹² Die Vereine, teilweise auch mit ihrem hebräischen Äquivalent als *chevrot* bezeichnet, gingen meist auf Privatinitiativen zu-

⁹ Stefi Jersch-Wenzel, Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur, in: Michael Meyer/Michael Brenner (Hrsg.), Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit, Bd. 2. Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996, S. 57-95, hier S. 61 und S. 64. Im Laufe des Jahrhunderts fiel der prozentuale Anteil der Prager Juden an der Gesamtbevölkerung zwar, lag aber auch noch 1900 bei immerhin 5,9 %. Vgl. Karl Baum, Das jüdische Prag der Gegenwart in Zahlen, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 73:6, 1929, S. 349-365, hier S. 351.

¹⁰ Ein Beispiel für eine solche Zustiftung ist die Schenkung von drei Teilhäusern in der Prager Judenstadt 1858 durch Aaron und Rebekka Edeles an die im selben Jahr eröffnete Babette von Lämelsche Versorgungsanstalt für arme alte Prager Juden und Jüdinnen. Vgl. Zustiftung der Eheleute Edeles, in: Wiener Mittheilungen. Zeitschrift für israelitische Cultur-Zustände 26:21, 31. 5. 1858, S. 84.

¹¹ Z. B. der seit 1786 bestehende Verein „Bikur cholim“, der arme Kranke unentgeltlich mit Arzneien versorgte, oder der ebenfalls 1786 gegründete Verein „Zorche Mezim“, der allgemein Bedürftige unterstützte. Vgl. František Roubík, Zur Geschichte der Juden in Böhmen im neunzehnten Jahrhundert, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Cechoslovakischen Republik, 1935, S. 303-385, hier S. 380. Ein Beispiel eines auf dem Prinzip der gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder basierenden Vereins ist der Israelitische Kreuzerverein für arme Kranke. Vgl. Prag, 24. April, in: Allgemeine Zeitung des Judenthums 14:19, 6. 5. 1850, S. 255.

¹² Zu jüdischen Stiftungen zu mildtätigen Zwecken existiert eine umfangreiche Literatur, s. z. B. Sabine Hering (Hrsg.), Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien, Frankfurt a. M. 2006; Ludwig Schilde/Kurt Schubert (Hrsg.), Jüdische Wohlfahrtsstiftungen. Initiativen jüdischer Stifterinnen und Stifter zwischen Wohltätigkeit und sozialer Reform, Frankfurt a. M. 2010. Speziell zu Prag s. Martina Niedhammer, „Das dieses Haus halb von Juden, halb von Christen bewohnt werde“. Interreligiöse Stiftungen im jüdischen Bürgertum am Beispiel Prags in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Český časopis historický 111:3, 2013, S. 563-578, bes. S. 566-574. Allgemein zum Umgang mit Armut in den jüdischen Gemeinden Ostmittel- und Osteuropas vgl. Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln/Wien 2000.

rück und wurden von ihren Mitgliedern getragen. Gelegentlich steuerte auch die Kultusgemeinde zu ihrem Erhalt bei, was dem Umstand Rechnung trug, dass die Vereine als mildtätige Institutionen nicht wirtschaftlich agieren konnten und daher häufig mit einem defizitären Haushalt zu kämpfen hatten.¹³ Im engeren Sinne war die Kultusgemeinde jedoch vor allem für die Verwaltung der Stiftungsangelegenheiten zuständig. Obwohl oder gerade weil die meisten Legate von ihren Stiftern an genau festgelegte Vergaberegeln geknüpft waren, eröffnete sich der Repräsentanz hier ein arbeitsintensives Betätigungsfeld. Es erforderte nicht nur eine genaue Kenntnis aller Bedürftigen innerhalb der Gemeinde, sondern bedeutete häufig auch die Durchführung eines mehr oder minder aufwendigen Bewerbungsverfahrens für die Vergabe von Sach- und Geldspenden. Nicht zuletzt musste die Repräsentanz das ihr anvertraute Kapital verwalten, um mit den daraus resultierenden „Stiftungsinteressen“, den Zinsen, den Stifterwillen in regelmäßigen, meist jährlichen Abständen zu realisieren.

Wohltätigkeitsfonds und Armenpfleger. Reorganisationsversuche der Armenfürsorge seit den 1850er Jahren

Gerade aufgrund der Tatsache, dass die Kultusgemeinderepräsentanz zwar in vielen, aber eben nicht allen Fällen die primäre finanzielle Verantwortung für das Armenwesen besaß, ist leicht vorstellbar, weshalb es immer wieder zu der oben erwähnten Unsicherheit über das genaue Ausmaß der eigenen Förderinstrumente kam. Zugleich bedeuteten die wiederholt erforderlichen unvorhersehbaren Mehrausgaben eine nicht unerhebliche Belastung für den Gemeindehaushalt. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts lassen sich daher vermehrt Bestrebungen innerhalb der Gemeinde nachweisen, diesen Zustand zugunsten einer zentralen Bündelung aller Aktivitäten in der Armenfürsorge zu ändern. Anfangs spielten dabei offenbar Initiativen von Privatpersonen eine größere Rolle, bevor sich in den 1860er Jahren die Kultusgemeindeverwaltung selbst aktiv dem Problem zu widmen begann.¹⁴ So legte im Juli 1856 ein gewisser Moritz Raudnitz¹⁵ einen ausführlichen Vorschlag zur Errichtung

¹³ Vgl. Das Armenwesen, S. 3, Rechnungs-Abschluß der Bikur-Cholim-Anstalt pro 1886.

¹⁴ Vgl. das Schreiben des Repräsentanzvorsitzenden Ernst Wehli (1787-1866) an die Armenkommission, Prag, 2.11.1864, in dem er mitteilte, dass die Repräsentanz in der Sitzung vom 1.11.1864 eine Reorganisation der Verwaltung des Armenwesens beschlossen habe und zugleich die Kommission aufforderte, entsprechende Beratungen durchzuführen, in: AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385.

¹⁵ Bei ihm handelt es sich möglicherweise um den lange Jahre in der Prager jüdischen Gemeinde aktiven Moritz Raudnitz (1829-1881), der nach einem Jurastudium in Wien in seiner Heimatstadt Prag als Anwalt praktizierte und von 1869 bis zu seinem Tod Mitglied des böhmischen Landtags war. Vgl. Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft 18. bis 20. Jahrhundert, hrsg. von

eines Wohltätigkeitsfonds vor¹⁶, der sich aus freiwilligen zinslosen Darlehen von Gemeindemitgliedern speisen sollte. Wie Raudnitz, der das Exposé angeblich von einem Ungenannten erhalten hatte, betonte, würde die Gemeinde als Ganze dabei nicht belastet; ganz im Gegenteil, „jede gehässige Zwangsmaßregel [würde] durch die freie Zeichnung der Kontribuenten [...] überflüssig [werden]“.¹⁷ Die Repräsentanz, der das Ansinnen im September desselben Jahres von ihrem Präsidenten Ernst Wehli weitergeleitet wurde¹⁸, äußerte sich jedoch durchweg ablehnend. In ihren Augen war der Vorschlag aus finanztechnischen Gründen nicht nur „unausführbar“, sondern auch „unpraktisch“ – nicht zuletzt, weil sie befürchtete, dass viele Gemeindemitglieder eine solche Darlehensgewährung aus kaufmännischer Sicht als unattraktiv empfänden.¹⁹

Anstatt ein in geldpolitischer Hinsicht aufwendiges Vorhaben wie den von Moritz Raudnitz vorgestellten Fonds zu projektieren, war die Kultusgemeinderepräsentanz seit Mitte der 1860er Jahre vielmehr bestrebt, innergemeindliche Ressourcen mittels diverser Disziplinierungsmaßnahmen an sich zu binden und solchermaßen die Gemeindemitglieder zu einer „zeitgemäßen“, das heißt effizient zu verwaltenden Wohltätigkeit zu erziehen. Dazu gehörte einerseits die Erschließung bislang „ungenutzter“ Einkommensquellen für das Armenwesen und andererseits die Zentralisierung bereits existierender Spendengelder, auf die die Armenkommission bis dahin keinen Zugriff gehabt hatte.

Im Januar 1867 erhielt beispielsweise das Prager Rabbinat ein Schreiben der Repräsentanz, in dem diese darüber klagte, dass auswärtige Brautpaare, die in Prag getraut würden, kaum Almosen gäben, „wodurch das Einkommen der verschiedenen Institute, insbesondere aber des Armenwesens im Vergleich zu den frühern [sic!] Jahren eine bedeutende Schmälerung erfahren hat.“²⁰ Die Repräsentanz ersuchte daher die Rabbiner darum, fortan nur noch Trauungen vorzunehmen, gegen die „hieramts“ keine Einwände bestünden.²¹ Ganz offensichtlich wollte sie Druck auf die Brautpaare ausüben, damit diese, wie es dem örtlichen *Minhag*²² entsprach, zugunsten der Gemeindearmen spendeten.

der Österreichischen Nationalbibliothek, Bd. 2., München 2002, S. 1096.

¹⁶ Moritz Raudnitz an die Kultusgemeinderepräsentanz, Prag, 6.7.1856, AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385.

¹⁷ Vorschlag zur Gründung eines Fonds für das Armenwesen und die Wohltätigkeitszwecke der israelitischen Cultusgemeinde zu Prag, vorgelegt von Moritz Raudnitz für einen Ungenannten, [o. O.], [o. J.], ebd.

¹⁸ Currenda Ernst Wehli an die Mitglieder der Kultusgemeinderepräsentanz, Prag, 15.9.1856, ebd.

¹⁹ Referat uiber den von Herrn Dr. Raudnitz vorgelegten Plan zur Gründung eines Fonds für die Wohltätigkeitsanstalten der h[iesigen] Cultusgemeinde, [Prag], [o. J.], ebd.

²⁰ Kultusgemeinderepräsentanz an das Prager Rabbinat, Prag, 20.1.1867, AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385.

²¹ Ebd.

²² *Minhag* (hebr.) = religiöser Brauch, Gewohnheitsrecht.

In gänzlich anderer Weise, wenn auch mit ähnlicher Stoßrichtung, versuchte die Armenkommission, die Almosengeschenke zahlreicher Gemeindemitglieder an allgemeinen und familienspezifischen Fest- und Feiertagen in neue Bahnen zu lenken. Dies belegt der Entwurf eines Rundschreibens aus der Feder des Kommissionsvorsitzenden Moritz Ungar vom Dezember 1869.²³ Darin wurden die Gemeindemitglieder ersucht, fortan anstelle individueller Gaben an Bedürftige direkt zu Händen der Kommission zu spenden, „welche ein Verzeichnis aller Bettler aus Prag und dessen Umgebung besitzt, und sie nach ihren Verhältnissen, ihrer Familienzahl u. s. w. beurtheilen kann, und diesem gemäß am entsprechendsten und dabei gewissenhaft die nothwendige Gabe bestimmten wird“.²⁴ Ziel der Armenkommission war es also, Kontrolle über die Almosenverteilung mittels einer Bündelung der Spenden zu gewinnen und auf diese Weise eine höhere Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Dafür nahm sie eine Trennung von Schenkendem und Empfänger, die vordem in unmittelbarem Kontakt gestanden hatten, in Kauf – ein Ansinnen, das angesichts der vielfältigen sozialen, habituellen und emotionalen Implikationen des Spendens gerade für den Gebenden²⁵ nur schwer durchsetzbar war. Auch in späteren Jahrzehnten stand das Ansinnen daher wiederholt auf der Agenda der Armenkommission, ungeachtet der Tatsache, dass die Jahresausweise nunmehr nicht nur die Namen der Spender, sondern auch die Höhe ihrer Beiträge anlässlich der einzelnen Feiertage nannten²⁶ und somit das Bestreben nach Zentralisierung des Spendenflusses für jedermann sichtbar illustrierten.

Eine tiefgreifende, systematische Reform des Armenwesens unternahm die Prager jüdische Gemeinde erst im ausgehenden 19. Jahrhundert und somit innerhalb eines städtischen Kontextes vergleichsweise spät. Im Zuge dieser Reorganisation gestaltete sie die Armenpflege nach dem Elberfelder System um. Dies hatte nicht nur eine Dezentralisierung des Armenwesens zur Folge, sondern bedeutete zugleich auch eine Abkehr von dem bislang praktizierten Wohlfahrtsmodell: An die Stelle einer situativ (re-)agierenden Wohltätigkeit trat nun die philanthropische Vorstellung, dass die Armen vor allem einer Anleitung zur Selbsthilfe bedurften, mittels derer sie sich selbst aus der eigenen sozialen Misere befreien konnten. Dabei sollten

²³ Euer Wohlgeboren! Moritz Ungar an Gemeindemitglieder, Prag, Dezember 1869 [Entwurf], AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385. Das Rundschreiben wurde Ende Januar 1870 innerhalb der Gemeinde verschickt; ein Jahr später wurde der Aufruf wiederholt, vgl. Niedhammer, „Wenn ein Armer“, [im Druck].

²⁴ Euer Wohlgeboren! Prag 1869.

²⁵ Vgl. dazu etwa die Überlegungen zum mäzenatischen Handeln Baseler Großbürger bei Philipp Sarasin, Stiften und Schenken in Basel im 19. und 20. Jahrhundert. Überlegungen zur Erforschung des bürgerlichen Mäzenatentums, in: Jürgen Kocka/Manuel Frey (Hrsg.), Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert, Berlin 1998, S. 192-211, hier S. 202-209.

²⁶ S. Anm. 3 und 4.

sie von ehrenamtlichen Armenpflegern unterstützt werden, die die Kultusgemeinde nach Abschluss der langwierigen internen Reformverhandlungen im Jahre 1903 auch mithilfe von Annoncen in diversen Prager Zeitungen zu suchen begann.²⁷ Wie das 1905 verabschiedete Statut der Armenkommission festhielt, waren für die Tätigkeit als Armenpfleger „lediglich sich freiwillig meldende Männer und Frauen, im Alter von mindestens 24 Jahren zu bestellen, die sich im Vollgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte befinden“.²⁸ Sie sollten den Armen wohlwollend begegnen und ein gewisses Maß an Idealismus mitbringen, um ihr Amt, das dasjenige „ein[es] wahre[n] Seelenarzt[es] der Armen“ sei, ausfüllen zu können.²⁹ Zur Vermeidung einer Überlastung sei zudem darauf zu achten, dass ein Armenpfleger nicht mehr als drei Personen zugleich betreue.³⁰

Parallele Welten? Jüdische und städtische Armenpflege

Bei der Lektüre dieses Tätigkeitsprofils der Armenpfleger drängen sich zahlreiche Parallelen zu ähnlichen Reformprojekten auf kommunaler Ebene auf. Tatsächlich war das Elberfelder Modell bereits einige Jahre zuvor erfolgreich in einigen böhmischen Städten eingeführt worden³¹, während es die Hauptstadt Prag vermutlich aus strukturellen Gründen, ähnlich wie andere Großstädte, nicht anwandte. Dennoch lassen sich bei der Reformierung des Prager jüdischen Armenwesens keine direkten Austauschprozesse zwischen der Kultusgemeinde und kommunalen Einrichtungen nachweisen, im Gegenteil, die Kultusgemeinde bezog sich bei der Umgestaltung explizit auf jüdische und nicht auf lokale Vorbilder.³² Wie lässt sich dieses fehlende

²⁷ Vgl. den in den Akten der Armenkommission erhaltenen Aufruf ihres Vorsitzenden Gottlieb Schmelkes in einer deutschsprachigen Prager Zeitung, sich bis zum 12.11.1903 als ehrenamtlicher Armenpfleger bei der Repräsentanz der Kultusgemeinde zu bewerben: Verlautbarung, [Prag], [o. D.], AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385.

²⁸ Statut der Armenkommission, § 18, [Prag], [o. D.], ebd. Das Statut wurde mit Sitzungsbeschluss vom 16.7.1905 genehmigt und 1907 leicht modifiziert, vgl. Armenkommission an Kultusgemeinderepräsentanz, Prag, 28.1.1907, ebd.

²⁹ Statut der Armenkommission, § 18.

³⁰ Ebd., § 19.

³¹ Vgl. Ernst Mischler, Einleitung. Übersicht über die Armenpflege und die private Wohlthätigkeit in Österreich, in: Österreichs Wohlfahrts-Einrichtungen 1848-1898. Festschrift zu Ehren des 50jährigen Regierungsjubiläum Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Joseph I, hrsg. von der unter dem höchsten Protectorate Sr. k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Otto stehenden Commission der Österreichischen Wohlfahrts-Ausstellung Wien 1898, Wien 1899, S. VII-XLII, hier S. XXVIII.

³² In den Akten der Kultusgemeinde wird explizit das Armenwesen der jüdischen Gemeinden Köln, Frankfurt am Main und Berlin als Vorbild genannt. Vgl. Niedhammer, „Wenn ein Armer“, [im Druck].

Zusammenspiel zwischen der Stadt Prag und seiner jüdischen Gemeinde in dieser Angelegenheit erklären?

Wie so häufig gab es hierfür wohl ein ganzes Bündel an Ursachen. Nicht unwichtig ist der Umstand, dass viele jüdische Fürsorgeeinrichtungen für Bedürftige spezifische rituelle Bedürfnisse befriedigen sollten, wie dies in der eingangs erwähnten Verteilung von *Matsot* vor Pessach zum Ausdruck kommt. Ein anderes, für das Judentum charakteristisches Instrument der Wohlfahrtspflege waren die in allen jüdischen Gemeinden – so auch in Prag – teilweise mehrfach bestehenden Brautausstattungsstiftungen, deren Zweck in der Bereitstellung einer Mitgift für arme, unverheiratete junge Mädchen bestand. Hierfür gab es keine unmittelbaren Äquivalente auf nichtjüdischer Seite, was dem jüdischen Armenwesen sowohl aus interner wie auch aus externer Perspektive eine eigene Prägung verlieh und seine Losgelöstheit von der allgemeinen Armenfürsorge unterstrich.

Ein weiterer, vermutlich gewichtiger Grund für die Separierung des Prager jüdischen Armenwesens könnte in der jahrhundertelangen zwangsweisen Trennung des Wohnviertels der Prager Juden, der sogenannten Juden-, später Josefstadt, von der Christenstadt liegen. Bis 1848 durfte die jüdische Bevölkerung lediglich innerhalb weniger Straßenzüge nahe der Moldau wohnen und nur dort Haus und Grund erwerben.³³ In den übrigen Stadtvierteln herrschte ein strenges Niederlassungsverbot, was nicht nur zu einer drangvollen Enge in der Judenstadt, sondern auch zur Ausformung eines städtischen Gemeinwesens *en miniature* führte. Obgleich es auf der Alltagsebene zahlreiche Kontakte mit christlichen Pragern gab, blieben einige Bereiche davon nahezu unberührt, sei es aus rechtlichen, administrativen oder konfessionellen Gründen. Hierzu zählte auch die Armenfürsorge, in deren Strukturen die Stadt Prag kaum Einblick hatte, wie etwa die fehlenden Einträge jüdischer Wohltätigkeitsvereine in den seit dem späten 18. Jahrhundert erscheinenden Schematismen auf das Königreich Böhmen belegen.³⁴

Als 1848 für die jüdische Bevölkerung die Freizügigkeit eingeführt und die vormalige Judenstadt formal in die Stadt Prag eingegliedert werden sollte, war das Interesse der Kultusgemeinde nur gering, im Bereich der Armenfürsorge mit dem Prager Magistrat zu kooperieren, zumal die schrittweise rechtliche Besserstellung der Juden von der Mehrheitsbevölkerung durchaus argwöhnisch beäugt wurde. So war man offenbar nicht gewillt, Auskunft darüber zu geben, wen man aus Mitteln der Kultusgemeinde bzw. jüdischer Fürsorgeeinrichtungen versorgte. Dies legt zumin-

³³ S. Vera Leininger, Auszug aus dem Ghetto. Rechtsstellung und Emanzipationsbemühungen der Juden in Prag in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Singapur 2006, S. 107-110 und S. 171-175.

³⁴ Städtische und katholische Armenpflegeinstitutionen wurden hingegen seit Beginn des 19. Jahrhunderts verzeichnet.

dest ein anscheinend unbeantwortetes Gesuch des Prager Stadtrats aus dem Jahre 1868 nahe, das von Bürgermeister Karel Leopold Klauďy (1822-1894) unterzeichnet war. Darin wurde die Repräsentanz der Kultusgemeinde aufgefordert, „israelitische, in der Josefstadt lebende Arme“ mittels eines beigeschlossenen zweisprachigen Konskriptionsbogens „durch die dortigen Organe“ zu erfassen und besonderes Augenmerk auf „die Unterstützungen, in deren Genuße der Arme bereits steht“ zu richten.³⁵ Wie die Formulierung „dortig[e] Organe“ andeutet, besaß der Stadtrat nur marginale Kenntnisse über die innere Organisation des jüdischen Armenwesens, was bedeutete, dass er im Zuge einer Rationalisierung der städtischen Armenpflege auf die – offenbar nicht erfolgte – Unterstützung durch die Repräsentanz um so dringender angewiesen gewesen wäre.

Die „Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge in Österreich“. Kooperationsbestrebungen auf innerjüdischer Ebene

Die allenfalls rudimentäre Zusammenarbeit der Prager jüdischen Gemeinde mit dem Magistrat im Bereich der Armenpflege bedeutete jedoch nicht, dass die Repräsentanz jedwede Kooperation in dieser Sache vermied. Auf innerjüdischer Ebene war man durchaus zu einem Austausch und einer Arbeitsteilung im Sinne einer Effektivierung der eigenen Fürsorgearbeit bereit. Dies belegen die Verhandlungen um die Einrichtung einer Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Der Impuls dazu ging von Wien aus: Nach dem Vorbild der im Deutschen Reich 1910 gegründeten „Deutschen Centralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge“ wollte die „Österreichische Israelitische Union“ eine ähnliche Institution für Zisleithanien schaffen.³⁶ Auslöser dafür waren unter anderem die Klagen kleiner Gemeinden, die, wie Tetschen-Bodenbach (Decín) im deutsch-böhmischen Grenzgebiet, von vielen durchreisenden verarmten Juden aufgesucht wurden, mit deren Versorgung sie überfordert waren.³⁷ Wenn auch nicht offen ausgesprochen, verfolgte die „Union“ jedoch noch ein anderes Ziel: Indirekt wollte sie mit einer Eindämmung des sogenannten jüdischen Wanderbettelns auch zum Abbau antisemitischer Stereotypen beitragen.³⁸

³⁵ Prager Stadtrat an die Kultusgemeinderepräsentanz, Prag, 18. 2. 1868 sowie popisní arch pro chudé – Armenkonkriptionsbogen [Vordruck], AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385.

³⁶ Österreichisch Israelitische Union an Kultusgemeinderepräsentanz, Wien, Februar 1911, ebd.

³⁷ Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Bodenbach an Kultusgemeinderepräsentanz, [Bodenbach], [o. J.], ebd.

³⁸ Zum Kampf der Union gegen den Antisemitismus s. Gerald Lamprecht, „Allein der Antisemitismus ist heute nicht mehr eine bloße Idee...“. Strategien gegen den Antisemitismus in Österreich, in: Fritz-Bau-

Vielleicht auch deshalb schloss sich die Prager Kultusgemeinderepräsentanz dem Vorhaben rasch an und stellte wiederholt das Jüdische Rathaus für Vorträge und Konferenzen im Zusammenhang mit der Gründung der Zentralstelle im Januar 1913 zur Verfügung. Die unter anderem aufgrund von noch ausstehenden Statutenbestätigungen für Prag und Reichenberg (Liberec) auf Herbst 1914 verschobene „Betriebsöffnung der Wanderarmenfürsorge“ ging jedoch im allgemeinen Tumult des beginnenden Ersten Weltkriegs unter.³⁹

**Dr. Martina Niedhammer, Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die
Geschichte Tschechiens und der Slowakei, München,
martina.niedhammer@collegium-carolinum.de**

er-Institut (Hrsg.), *Einspruch und Abwehr. Die Reaktionen des europäischen Judentums auf die Entstehung des Antisemitismus (1879-1914)*. Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 153-179.

³⁹ Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge in Österreich an Kultusgemeinderepräsentanz, Wien, 29. 5. 1914, AŽMP, ŽnoP, RCh, Sign. 128385.

Die Versorgung ‚armer Irrer‘ im städtischen Raum – Glasgows Armenfürsorge zwischen 1850 und 1925

„James M. applies from 10 Wilton Drive 1up Right for the Removal of his wife to the Asylum. Wife Margaret M. 41 years. Family Margaret, 13.5 years, Mary 12 years, Jane 10.6 years, James 9,25 years and Daniel 5.5 years. He is commercial Traveller for Buchanan Brothers Confectioners Salary £170 yearly, pays £20 16 [Schilling: JG]/- [Pence; JG] for a housekeeper.“

Dieses Zitat aus einem Antrag auf Aufnahme der Ehefrau in eine psychiatrische Anstalt der Armenverwaltung der Armengemeinde Barony in Glasgow, gestellt von James M. im Jahre 1895, zeigt eindringlich, dass sich die Armenfürsorge der schottischen Metropole um 1900 nicht mehr nur um ihre klassische Klientel – die Armen, Ausgestoßenen und Deprivierten – kümmern musste, sondern ihr Leistungsangebot bzw. ihre Unterstützungspflicht auf größere Teile der Bevölkerung ausgedehnt hatte. Die Fürsorge für ‚Wahnsinnige‘ war um 1800 in Großbritannien als Thema von Politik, Wissenschaft und Presse kontinuierlich in Debatten und Medien präsent. Immer wieder wurden die Zustände in den wenigen existierenden Anstalten skandalisiert, regelmäßig wurde über ungerechtfertigte Einweisungen in kleine Privatanstalten und Entmündigungen von Gesunden durch ihre Angehörigen und Erben berichtet.²

¹ Armenakte von Margaret M.M., 12.1.1891, Glasgow City Archive [Im Folgenden: GCA], Barony Parish Poor Relief Records, D-Hew-15-5-7, 2003. Ihre Krankenakte findet sich in: National Health Service Greater Glasgow and Clyde Archives [Im Folgenden: NHSGGCA], Woodilee Asylum Patient Records, HB-30-5-2, 515-r. Die Währungsangaben hier wie im folgenden Text orientieren sich an den britischen Vorgaben in den Originalen. In Großbritannien wurde bis 1971 nicht das Dezimalsystem genutzt. Daher entspricht hier ein Pfund (£) 20 Schillingen und 240 Pence. Die Zahl vor dem Schrägstrich ist die Angabe für Schillinge, die dahinter für Pence.

² Vgl. für England besonders Akihito Suzuki, *Madness at Home. The Psychiatrist, the Patient, and the Family in England, 1820–1860*, Berkeley 2006. Eine Erklärung für diese Entwicklung um 1800 bietet Michael Brown, *Rethinking Early Nineteenth-Century Asylum Reform*, in: *Historical Journal* 49:2, 2006, S. 425-452.

In Glasgow existierte zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch keine psychiatrische Einrichtung. Robert McNair, der Leiter des Glasgow Town's Hospital, war so geschockt von den dortigen Zuständen³, dass er die Errichtung einer speziellen Anstalt initiierte.⁴ Die meisten Erkrankten wurden allerdings auch nach Eröffnung dieses Asylums in Glasgow in Abteilungen der Armenhäuser oder zu Hause betreut. Noch um 1850 gab es in Schottland nur wenige von Armenverwaltungen errichtete Lunatic Asylums. Erst mit der Verabschiedung des Lunacy (Scotland) Act im Jahr 1858⁵ kam es zu einer verstärkten Bautätigkeit der Verwaltungen, die in den folgenden Jahren und Jahrzehnten dazu führte, dass flächendeckend Anstalten für psychisch kranke Arme zur Verfügung standen.⁶

Die Insassen dieser Anstalten rekrutierten sich aber keineswegs nur aus den Unterschichten; sie entstammten sehr häufig nicht einmal dem üblichen Klientel der Armenfürsorge. Das Projekt der 'Irrenfürsorge' band gerade auch weite Teile der Mittelschichten in staatliche Ordnungspolitiken und Praktiken der Fürsorge ein und entwickelte sich für die Armenverwaltungen in urbanen Zentren Schottlands zu einem besonders kostenintensiven Unterfangen.⁷ Durch das Gesetz von 1858 wurde eine für die Verwaltungen zweischneidige Verpflichtung festgeschrieben: Einerseits war es nun erlaubt, angemessen für die Betroffenen zu sorgen, die zur „eigenen“ sozialen Schicht der gewählten Armeninspektoren gehörten. Andererseits waren die Verwaltungen gezwungen, die Mittel für die Versorgung aller Erkrankten bereitzustellen, deren Angemessenheit an den Ansprüchen genau jener ‚middling classes‘ auszurichten und damit mehr Geld auszugeben.

Wer die Patientinnen und Patienten dieser psychiatrischen Anstalten waren, welchen sozialen Schichten sie angehörten, wieso sich die Armenverwaltungen gerade um die Gruppe der psychisch Kranken besonders kümmerten und welche

³ Olive Checkland, *Philanthropy in Victorian Scotland. Social Welfare and the Voluntary Principle*, Edinburgh 1980, S. 169.

⁴ Ebd., S. 169-170.

⁵ Act for the Regulation of the Care and Treatment of Lunatics, and for the Provision, Maintenance, and Regulation of Lunatic Asylums, in Scotland, London 1857. [Im Folgenden Lunacy (Scotland) Act].

⁶ Checkland, S. 174-175.

⁷ Bei einer genauen Analyse dieser Ausweitung wird deren ambivalenter Charakter ersichtlich. Auf der einen Seite kann man von einem Fortschritt und einer positiven Entwicklung der Fürsorge sprechen, weitete sich doch der Kreis der Leistungsempfänger nachhaltig aus. Gleichzeitig ging diese Ausweitung aber mit einer Verschärfung der Normierungs- und Disziplinierungsversuche durch die Verwaltungen einher und führte zu verschärften Aus- und Abgrenzungsdiskursen und -praktiken gegenüber jenen, die als nicht „leistungswürdig“ empfunden wurden. Für den Fall Glasgow vgl. Jens Gründler, 'Degeneracy' and 'Moral Imbecility': Local Implementations of Medical Discourses on Deviancy in Scottish Poor Relief Administration, in: Beate Althammer/Andreas Gestrich/Jens Gründler (Hrsg.), *The Welfare State and the 'Deviant Poor' in Europe 1870-1933*, Basingstoke 2014, S. 175-190.

Konsequenzen diese Kompetenz- und Zuständigkeitserweiterung für die Fürsorge nach sich zog, wird im Folgenden dargestellt. Die Grundlage für die Analyse bilden die Kranken- und Armenakten von 500 Patienten einer psychiatrischen Anstalt – dem Barony Pauper Lunatic Asylum Woodilee⁸ – einer Glasgower Armenverwaltung – der Armengemeinde Barony – aus dem Zeitraum zwischen 1875 und 1921.⁹ Diese Akten erlauben eine Binnendifferenzierung der Kategorie „arme Irre“ (Pauper Lunatics) die die Vorstellung, die Armenfürsorge habe für „die Armen“ der Gesellschaft gesorgt, grundsätzlich infrage stellt.

Fürsorge in Glasgow

Glasgow selbst wuchs im 19. Jahrhundert zur ‚Second City of the Empire‘, mit gravierenden Auswirkungen für die ärmeren Schichten und Zuwanderer in der Stadt. Schon in den 1830er Jahren waren die Zustände in den Gassen und Hinterhöfen zum Synonym für Elend und Armut geworden. Ein Zeitgenosse berichtete: „I have seen degradation in some of its worst phases [...] but I can advisedly say that I did not believe until I visited the wynds’ of Glasgow that so large an amount of filth, crime, misery and disease existed in one spot in any civilised country.“¹⁰ Im Verlauf der 1820er und 1830er Jahre kam die traditionelle Armenfürsorge, basierend auf freiwilligen Spenden von Mitgliedern religiöser Gemeinden und deren Verteilung durch ebendiese, aufgrund des rasanten Wachstums durch Migration und der stark fluktuierenden ökonomischen Entwicklung insbesondere in den großen Städten des schottischen Westens, an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit und versagte bei der Unterstützung der Armen. Wie einige Jahre zuvor in England entschieden sich die Gesetzgeber daher, die Armenfürsorge zu formalisieren und aus den Händen der religiösen Gemeinden zu lösen. „An Act for the Amendment and Better Administration of the Law Relating to the Relief of the Poor in Scotland“ von 1845 veränderte die Armenfürsorge grundlegend. Zwar ließ man den neu gegründeten, gewählten Armenverwaltungen die Entscheidung, ob die Einnahmen auf ei-

⁸ Im Folgenden: Woodilee. Eröffnet wurde die Anstalt 1875, geschlossen wurde diese in den 1980er Jahren. Für eine detaillierte Analyse der Einweisungen und Entlassungen sowie des Anstaltsalltags siehe Jens Gründler, *Armut und Wahnsinn. „Arme Irre“ und ihre Familien im Spannungsfeld von Psychiatrie und Armenfürsorge in Glasgow, 1875-1921*, München 2013.

⁹ Für eine ausführliche Analyse der sozialen Schichtung der Insassen bzw. ihrer Familien vgl. ebd., insbesondere S. 104-111 und 323-350. Die Krankenakten wurden in Stichproben zu je 50 Männern und 50 Frauen in den Jahren 1883, 1891, 1901, 1911 und 1921 aus dem Bestand des NHSGCA für das Barony Pauper Lunatic Asylum erhoben. Die Armenakten von ca. 50 % der 500 Patientinnen und Patienten konnten im Bestand des GCA ausgewertet werden.

¹⁰ Zitiert nach Ian H. Adams, *The Making of Urban Scotland*, London 1978, S. 155.

nem steuerbasierten oder freiwilligen Beitrag beruhen sollten.¹¹ Viele städtische Gemeinden entschieden sich jedoch schnell für das System der Steuereinnahmen, da die freiwilligen Spenden die Ausgaben bei weitem nicht deckten. Darüber hinaus „professionalisierte“ sich die Armenfürsorge durch die Einrichtung verschiedener Strukturen und Vorschriften, für die Personal eingestellt und formalisierte Handlungsabläufe und Aufschreibesysteme installiert wurden.

In Glasgow existierten vier Armengemeinden mit eigenen Verwaltungen, deren Zahl sich in den 1870er Jahren auf drei reduzierte.¹² Durch die Verbindung der Verwaltungen von City und Barony verringerte sich die Zahl Ende der 1890er Jahre schließlich auf zwei; diese existierten bis nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Verwaltungen hatten die Aufgabe, alle arbeitsunfähigen und kranken Armen zu unterstützen, die nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen konnten. Alle gesunden Personen waren von der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen.¹³ Diese Auffassung, die die Armenverwaltungen gerade in Zeiten wirtschaftlicher Beschäftigungskrisen wiederholt vor Probleme stellte, war spätestens 1859 per Gerichtsurteil endgültig festgeschrieben. Die Richter entschieden, dass ein arbeitsfähiger Mann nie Anspruch auf Unterstützung für sich und seine Familie besäße.¹⁴ Für die Antragsteller bedeutete das, dass sie bei jedem Antrag auf Unterstützung einen Armenarzt

¹¹ Grundlegend für das Verständnis der schottischen Armenfürsorge im 19. und frühen 20. Jahrhundert sind Ian Levitt, *Government and Social Conditions in Scotland 1845-1919*, Edinburgh 1988; ders., *Poverty and Welfare in Scotland 1890-1948*, Edinburgh 1988. Wichtige Arbeiten zu Armut und Fürsorge auch von Robert A. Cage, *The Standard of Living Debate: Glasgow, 1800-1850*, in: *Journal of Economic History* 43/1983, S. 175-182; ders. (Hrsg.), *The Working Class in Glasgow 1750-1914*, London 1987. Mikrohistorische Untersuchungen über die Armenfürsorge in Glasgow finden sich in neueren Arbeiten. Vgl. u.a. Andreas Gestrich/Jens Gründler, *Iren in Glasgow in den Versorgungskrisen von 1846-48 und 1878/79 – Aspekte von Inklusion und Exklusion*, in: Andreas Gestrich/Lutz Raphael (Hrsg.), *Inklusion – Exklusion: Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. u.a. 2004, S. 339-363; Michèle Gordon/Jens Gründler, *Migration, Survival Strategies and Networks of Irish Paupers in Glasgow, 1850-1900*, in: Andreas Gestrich/Steven King/Lutz Raphael (Hrsg.), *Being Poor in Modern Europe. Historical Perspective 1800-1940*, Oxford u.a. 2006, S. 113-134; James Smyth, „Seems decent“: *Respectability and Poor Relief in Glasgow, c. 1861-1911*, in: ebd., S. 251-272.

¹² Die Verwaltungen der Stadt hatten zur ständigen Konsultation und für Problemlösungen einen gemeinsamen Ausschuss gebildet. Durch das Law of Settlement hatte man die finanzielle Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung ihrer Armen festgelegt. Ähnlich dem Heimatprinzip im deutschsprachigen Raum war grundsätzlich die Gemeinde der Geburt für die Unterstützung zuständig, allerdings konnten Binnenmigranten innerhalb eines bestimmten Zeitraums ein Unterstützungsrecht konstituieren, sodass die Zuständigkeiten wechselten.

¹³ Zur Problematik dieser Regelungen für erwerbslose Personen vgl. Ian Levitt, *The Scottish Poor Law and Unemployment, 1890–1929*, in: Thomas Christopher Smout (Hrsg.), *The Search for Wealth and Stability. Essays in Economic and Social History presented to M.W. Flinn*, London u. a. 1979, S. 263–282.

¹⁴ Vgl. Ian Levitt, *Poverty and Welfare in Scotland 1890-1948*, Edinburgh 1988, S. 11.

aufsuchen mussten, der ihren Zustand begutachtete und gegebenenfalls eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellte.¹⁵

Die Verwaltungen unterstützten die Bedürftigen auf verschiedene Arten. Grundsätzlich gab es die Möglichkeit, „out-door relief“ zu leisten, also die Betroffenen im eigenen Heim zu versorgen. Die Höhe der finanziellen Unterstützung lag in der Regel unter dem Existenzminimum und unterhalb der Löhne der unteren Einkommensgruppen, sodass die Antragsteller einerseits auf andere Ressourcen der Fürsorge zurückgreifen mussten – Armenspeisung, Kleiderausgabe etc. – und andererseits einen Anreiz hatten, schnell wieder zu arbeiten.

Zusätzlich stand den Verwaltungen frei, die Unterbringung im Poorhouse anzuordnen. Das schottische Armenhaus war als „offene“ Einrichtung konzipiert und ist daher nicht mit den Arbeitshäusern in deutschsprachigen Ländern zu vergleichen. Der Aufenthalt war immer freiwillig und die Insassen durften das Haus jederzeit verlassen.¹⁶ Darüber hinaus gab es Armenärzte für Untersuchungen und die medizinische Versorgung. Für die Betreuung, Therapie und Unterbringung der „armen Irren“ gab es eine gesonderte Struktur, die sich aus den Vorschriften in den Armen- und Irrengesetzen ergab.

Flexibilität in Definition und Umgang – der „Pauper Lunatic“

„Pauper Lunatics“ sind im umgangssprachlichen Verständnis leicht zu erfassen. Hierbei handelte es sich um Personen, die mittellos und geisteskrank waren. Die schottischen Politiker, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts den Lunacy (Scotland) Act formulierten, hatten wohl die Vorstellung, jeder wisse, was unter Armut und Mittellosigkeit zu verstehen sei. Denn im Gesetzestext wurde zwar ausführlich definiert, welche Merkmale und Verhaltensweisen als geisteskrank einzustufen waren, den Inhalt des Begriffes „Pauper“ ließen sie aber undefiniert.¹⁷ Als geisteskrank im Sinne des Gesetzes galt „[...] any mad or furious or fatuous Person, or Person so diseased or affected in Mind as to render him unfit in the Opinion of competent Medical Persons to be at large, either as regards his own personal Safety and Conduct, or the Safety of the Persons and Property of others or of the Public.“¹⁸ An der Formulierung ist der Wille der Autoren zu erkennen, den Medizinern weitreichende

¹⁵ Allerdings waren einige Unterstützungsgruppen von den Besuchen beim Arzt befreit. So mussten z. B. alleinerziehende Mütter selten zum Arzt, da kleine Kinder als Einschränkung der Arbeitsfähigkeit anerkannt wurden.

¹⁶ Allerdings verloren sie dann den Anspruch auf Unterstützung bis zum nächsten Antrag bzw. bis zum nächsten Vorstellig-werden in der Armenverwaltung.

¹⁷ Allerdings war auch die Definition von Geisteskrankheit eher formal als medizinisch.

¹⁸ Lunacy (Scotland) Act, S. 611.

Definitions- und Begutachtungskompetenzen einzuräumen. Das Fehlen eindeutiger Termini bzw. der inhaltlichen Bestimmung dieser war der Idee geschuldet, dass sich die Medizin weiterentwickelte und eventuelle inhaltliche Neubestimmungen nicht zwangsläufig Gesetzgebungsänderungen erfordern sollten.

Die fehlende Definition des „Pauper“ führte bei den zuständigen Verwaltungen zu Unsicherheiten, wer in diese Gruppe fiel und durch die Armengemeinde unterstützt werden durfte. Das Versäumnis wurde bereits kurze Zeit später behoben, indem man 1862 in einem Gesetz den „armen Irren“ als „any Lunatic towards the Expense of whose Maintenance any Allowance is given or made by any Parochial Board“ definierte.¹⁹ Diese Regelung erlaubte den Armenverwaltungen einen im höchsten Maße flexiblen Umgang bei der Unterstützung und Unterbringung der „Irren“ in ihren Einrichtungen. Die Definition führte dazu, dass eine größtmögliche Zahl von Personen in die Zuständigkeit und unter die Kontrolle der Armenverwaltungen und der Commissioners in Lunacy fiel.²⁰ Die Größenbezeichnung „jedwede“ wurde wörtlich aufgefasst, sodass schon die Unterbringung in den Institutionen der Armenfürsorge den Status als „Pauper Lunatic“ konstituierte, auch wenn die Angehörigen alle Kosten für die Behandlung erstatteten. Damit trug man dem Umstand Rechnung, dass die psychische Erkrankung eines Angehörigen ein besonders hohes Armutrisiko für dessen Verwandte barg. Selbst für besser gestellte Familien war die Unterbringung in privaten Anstalten kaum zu leisten, sodass immer wieder Insassen aus diesen nach Woodilee überstellt wurden, weil deren Familien das Geld ausgegangen war. Letztendlich hatten die Gesetzgeber und die Verwaltungspraktiker erkannt, dass das Armutrisiko durch eine psychische Erkrankung, die eine stationäre Behandlung erforderlich machte, unwägbare und gruppenunspezifisch erhöht war. Niemand war davor geschützt, einer solchen Erkrankung zum Opfer zu fallen – einer Erkrankung, die vielfach den finanziellen Ruin der Familien und damit eine zusätzliche Belastung für die Armenkassen bedeutete.

Fürsorgeempfänger durch „Irrsinn“

Betrachtet man von in der Armenverwaltung angelegten Akten der Insassen Woodilees, dann wird die Häufigkeit des kausalen Zusammenhangs zwischen psychischer Erkrankung und Fürsorgeantrag ersichtlich. Für ca. 80 Prozent der Fälle in der Stich-

¹⁹ An Act to make further Provision respecting Lunacy, in Scotland, London 1862, S. 510.

²⁰ Durch diese gesetzliche Regelung erhielten die Commissioners in Lunacy den Zugriff auf und die Kontrolle über nahezu alle psychisch Erkrankten in Schottland und wurden damit zum zentralen Akteur in der Irrenfürsorge. Vgl. dazu Jonathan Andrews, „They’re in the Trade...of Lunacy, They ,Cannot Interfere‘- They say“: The Scottish Lunacy Commissioners and Lunacy Reform in Nineteenth-Century Scotland, London 1998.

probe war die Erkrankung der ausschlaggebende Grund für den ersten Kontakt mit der Armenverwaltung.²¹ Zuvor hatten diese Personen nie Unterstützung beantragt. Ganz ähnliche Ergebnisse liefert die Analyse der vorliegenden Krankenakten. In den Fallakten wurde zwar für ca. 20 Prozent der Patientinnen und Patienten angegeben, sie seien einfache Arbeiter in mehr oder weniger instabilen Arbeitsverhältnissen, nur äußerst wenige Personen waren zum Zeitpunkt ihrer Einweisungen jedoch arbeitslos, Hausierer oder dergleichen. Alle anderen waren als Handwerker, ausgebildete Arbeiter oder Angestellte beschäftigt, sogar Personen mit Universitätsabschlüssen bzw. Studierende waren darunter.²² Besonders in den letzten zwei Jahrzehnten des Untersuchungszeitraums fragten die Ärzte den sozialen Status und die Lebensverhältnisse der Kranken bei deren Verwandten ab und vermerkten die Ergebnisse. Nur in einem Stichprobenjahr, 1911, wurden mehr als 20 Prozent der Patientinnen und Patienten in die Kategorie „poor“²³ eingeordnet, in allen anderen Jahren lag die Quote bei 6 Prozent. In jedem untersuchten Jahr lag die Quote der Personen, die in die Kategorie „good/comfortable“ eingeordnet worden waren, bei mindestens 46 Prozent, 1891 und 1921 sogar bei 65 respektive 60 Prozent. Auch wenn nicht für alle Insassen die Armenakten gefunden wurden, sind die Ergebnisse eindeutig: Mehr als 80 Prozent der Familien beschrieben den Lebensstandard ihrer erkrankten Angehörigen vor der Einweisung als mindestens ausreichend.

Die Armenakten erlauben vielfach eine tiefenschärfere Betrachtung der sozialen Lage der Patienten als die Krankenakten, warten sie doch mit wesentlich mehr Details auf. Dort wurden die Wochenlöhne aller Angehörigen notiert, vielfach die Miete verzeichnet, die Bankguthaben sowie der Besitz von Wertpapieren, Immobilien und anderen Wertgegenständen vermerkt.

Ein besonders detailreiches Beispiel ist der Lebenslauf von John S. aus dem Jahr 1886, welcher in der Armenakte in umfangreich nachvollzogen werden kann.²⁴ Die Miete für die Wohnung der Familie betrug 8 Schillinge/3 Pence pro Monat. Das Ein-

²¹ Für die Stichproben aus den Jahren 1891, 1901 und 1911 lag der Wert jeweils deutlich über 80 %, im Jahr 1883 waren 77 % aller Eingewiesenen zum ersten Mal mit der Fürsorge in Kontakt gekommen. Für die Stichprobe des Jahre 1921 lag der Wert bei 58 % der aufgefundenen Akten. Allerdings war ein Großteil der Armenakten aus diesem Jahrgang noch nicht in der Datenbank des GCA verzeichnet, sodass von einem überproportionalen Gewicht der Akten ausgegangen werden muss, die bereits vor diesem Jahr begonnen worden waren.

²² Allerdings waren ca. 33 % der eingewiesenen Personen Frauen mit den unspezifischen Bezeichnungen „domestic“ oder „housewife“, für die eine genaue Zuordnung nicht immer getroffen werden konnte.

²³ Jedoch ist unklar, welche Kriterien der Zuweisung in diese Kategorie zugrunde lagen. Anscheinend basierte die Einordnung einerseits auf den Angaben der Angehörigen, gleichzeitig unterlagen sie aber auch der Bewertung der Ärzte oder anderen Angestellten, die den Vermerk notierten.

²⁴ Armenakte von John S., 25.5.1885, GCA, Barony Parish Poor Relief Records D-Hew-15-4-1, 12; Krankenakte von John S., 14.9.1883, NHSGGCA, Woodilee Asylum Patient Records HB-30-4-2, 29.

kommen der Familie erreichte 29/- Schillinge in der Woche, obwohl der Vater zum Zeitpunkt seiner Einweisung seit mehr als zwölf Monaten keiner Arbeit mehr nachging. Der Lohn des Sohnes trug 20/- Schillinge zum Unterhalt bei, die beiden Töchter erhielten zusammen 9/- Schilling Lohn. Die Ehefrau ging keiner Arbeit nach, da sie Ehemann und Haushalt betreute. Parallel zu diesen Einkünften hatte eine Kirchengemeinde während des Winters 1886 circa 30/- Schillinge gezahlt. Nach Johns Einweisung wurden die Angehörigen gezwungen, 3/- Schillinge pro Woche für seine Unterbringung zu erstatten. Offensichtlich galt diese Familie in den Augen der Armeninspektoren nicht als arm.²⁵ In den Dunstkreis der Armenfürsorge war sie nur geraten, weil sie die Behandlung in einer privaten Anstalt nicht finanzieren konnte.

Es gibt noch einen weiteren Hinweis darauf, dass die Patienten und ihre Familien keineswegs ausschließlich der klassischen Klientel der Armenfürsorge angehörten. So wurden eine Reihe weiterer Angehöriger zur Erstattung der Unterbringungskosten verpflichtet – teilweise lagen die Beiträge dabei deutlich über den genannten 3/- Schillingen pro Woche. Von den Angehörigen der Patienten aus der Stichprobe von 1891 waren ca. 20 Prozent zu Erstattungen verpflichtet, 1901 waren es ca. 35 Prozent, 1911 mehr als 36 Prozent. In der Regel zogen die Verwaltungen die engsten männlichen Angehörigen für Erstattungsleistungen heran. Väter und Söhne waren daher die häufigsten Zahlungspflichtigen. Aber auch Schwäger oder Schwieger söhne sowie entferntere Verwandte wurden in einigen Fällen herangezogen. Während häufig nur ein Teil der Kosten von den Angehörigen an die Verwaltung gezahlt werden musste, gab es in manchen Fällen aber auch die Aufforderung zur Übernahme der gesamten Kosten.²⁶ Die Familie von Jean D.G. zum Beispiel zahlte pro Woche 10 Schillinge, was beinahe den gesamten Unterbringungskosten entsprach.²⁷ Die Familie von Andrew C., der zuvor für 40 £ im Jahr in einer privaten Anstalt untergebracht gewesen war, zahlte den gleichen Betrag.²⁸

²⁵ Für jeden Antrag wurden die genauen familiären Verhältnisse, insbesondere die Einnahmen und Ausgaben, durch Besuche und Befragungen von Angestellten der Armenverwaltung erhoben. Daraus wurden die Erstattungskosten festgelegt.

²⁶ Vgl. z. B. den Fall von Christina G.McA.. Armenakte von Christina G.McA., 13.3.1899, GCA, Barony Parish Poor Relief Records D-Hew-16-4-1, 97.

²⁷ Vgl. Armenakte von Jean D.G., 5.7.1901, GCA, Barony Parish Poor Relief Records, D-Hew-16-5-4, 937; Krankenakte von Jean D.G., 5.7.1901, NHSGDGCA, Woodilee Asylum Patient Records HB-30-5-7, 38.

²⁸ Beide Personen waren kurz nach der Jahrhundertwende eingewiesen worden und noch im Jahr 1906 betrug der wöchentliche Berechnungssatz 12 Schillinge pro Woche. Vgl. Aussage von James Russell Motion vom 2.3.1906, in: Royal Commission on the Care and Control of the Feeble-Minded: Report of the Royal Commissioners on the Care and Control of the Feeble-Minded, Bd. 3. Evidence (Scotland and Ireland), Appendices, and Indices of Witnesses and Subjects, London 1908, S. 58.

Fazit

Die Gesetze über die Versorgung „armer Irre“ in Schottland im 19. Jahrhundert waren keineswegs nur für diejenigen gemacht, die permanent von Armut bedroht waren oder schon in ihr lebten. Bei den Insassen Woodilee bzw. deren Angehörigen handelte es sich keineswegs ausschließlich um „die Armen“ oder Randexistenzen. Die Verordnungen waren im Gegenteil so ausgerichtet, dass sie dem besonderen Armutsrisiko, welches von einer psychischen Erkrankung ausging, Rechnung trugen. Darüber hinaus hatten die Gesetzgeber erkannt, dass sich gerade Beeinträchtigungen im psychischen Bereich, mehr noch als viele andere Krankheiten, ohne Ansehen von sozialem Stand und eigener Vorsorge und trotz eines moralisch einwandfreien Lebenswandels einstellten und häufig in eine Armutsspirale führten. Die Analyse der Fallakten hat gezeigt, dass tatsächlich gerade auch Angehörige der „middling classes“ in Woodilee aufgenommen wurden, die zwar ebenso lebenszyklischen Armutsrisiken – z. B. Geburt der Kinder und damit Wegfall der Frau als zusätzliche Arbeitskraft oder zunehmendes Alter – ausgesetzt waren, die aber ohne die psychische Erkrankung nicht in das System der Armenfürsorge geraten wären. In urbanen Räumen, in denen im viktorianischen Zeitalter die soziale Mobilität in gewissen Grenzen erhöht erschien, wurde die „Irrengesetzgebung“ also zu einem Scharnier, die die Armenverwaltungen als Ansprechpartner für die Mittelklasse attraktiv machte, um familiäre Krisen zu überwinden. Wie diese betroffenen Familien mit potenziellen Stigmatisierungen als Fürsorgeempfänger umgingen bzw. welche Strategien und Praktiken des Umgangs sie wählten, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Die Mittelschichtsfamilien der Stichproben waren jedenfalls pragmatisch genug, die Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen.

**Jens Gründler, Institut für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung,
Stuttgart, jens.gruendler@igm-bosch.de**

**Herbert Uerlings / Nina Trauth /
Lukas Clemens (Hrsg.),
Armut. Perspektiven in Kunst und Gesellschaft.
Begleitband zur Ausstellung, Frankfurt am
Main 2011, 448 S.¹**

Bei dem hier zu besprechenden Band handelt es sich nicht um einen traditionellen Ausstellungskatalog, sondern vielmehr um eine Plattform, auf der die Ergebnisse des Trierer SFB 600 „Fremdheit und Armut“ vorgestellt werden. Aufgrund des gesamteuropäischen Horizonts des Letzteren wie auch der Ausstellung, aber auch dank des interdisziplinären Ansatzes der Autoren stellt die Publikation eine außergewöhnliche Leistung zum Thema Armenwesen dar.

In den Beiträgen aus den Bereichen allgemeine, Kunst-, Kirchen-, Medien- und Rechtsgeschichte, Politologie und Germanistik werden, mit Betonung der Situation auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands, die Entwicklung des Armenwesens wie auch ihre jeweils zeitgenössische Betrachtung vorgestellt. Methodologischer Ausgangspunkt war das ursprünglich soziologische Konzept von Inklusion und Exklusion: Armut wird hier als Ursache, aber auch Folge der gesellschaftlichen Exklusion untersucht. Das lässt allerdings die christliche Auffassung von Armut als „gottgefälligem Zustand“, bei dem nicht zwischen „würdigen und unwürdigen“ Armen unterschieden wird, außer Acht. Gerade diese Perspektive nimmt jedoch bis zu den Reformbewegungen des 15. und 16. Jahrhunderts einen bedeutenden Platz im gesellschaftlichen Bewusstsein bzw. Unterbewusstsein ein.

Die Forschungsergebnisse des Projekts „Fremdheit und Armut“ werden insbesondere im Einführungsteil des Katalogs präsentiert, in dem anhand von Schlüsselbegriffen die Armenproblematik in ihrer historischen Entwicklung dargestellt wird. Im Anschluss daran stellen mehrere Studien die Armut in Hinblick auf ihre zeitge-

¹ Übersetzerin dieses Beitrages: Dr. Nina Lohmann.

nössische Betrachtung, die Konzepte ihrer Bewältigung sowie ihre Präsentation in verschiedenen Medien dar. Der Einleitungsteil wird abgeschlossen durch Fallstudien zu Teilfragen der Armutsthematik, die arme Angehörige unterschiedlicher sozialer Gruppen in verschiedenen historischen Zusammenhängen hinsichtlich des Ziehens von Grenzlínen zwischen jenen und der Mehrheitsgesellschaft untersuchen.

Die Schlüsselbegriffe im Einleitungsteil des Katalogs bieten nicht nur eine Basisorientierung in der mit der Armutsthematik verbundenen Terminologie. Vielmehr ist es einigen Autoren gelungen, auf relativ kleinem Raum übersichtlich die wichtigsten Erkenntnisse zu einem bestimmten Thema zu vermitteln, etwa zu „Zucht- und Arbeitshaus“ (S. 68-69). Allerdings konnte eine gewisse Unausgewogenheit bei der Bearbeitung der Themen nicht vermieden werden. So bleibt etwa in dem Aufsatz „Wohlfahrt und Wohlfahrtsstaat“ das Konzept der Wohlfahrtspflege, das auf Ebene der Kommunalpolitik seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt wurde, völlig ausgeklammert.

In den weiteren Studien nimmt auch die Stadt als Raum, der mit dem Problem der Armut stets eng verbunden war, einen prominenten Platz ein. Anhand von Beispielen aus West- und Südeuropa wird hier die Entwicklung der Organisation des Armenwesens vom Mittelalter, in dem es zur Herausbildung der christlich geprägten offenen und institutionellen Armenfürsorge kam, über die Reformen in der Frühen Neuzeit in Richtung einer Disziplinierung und beginnenden Kommunalisierung der Armenpflege, die Konzepte der kommunalen und staatlichen Sozialpolitik im 19. Jahrhundert bis hin zu den Sozialstaaten des 20. Jahrhunderts vorgestellt. Ausgeklammert wird in diesem Überblick allerdings die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, und nur sehr marginal wird auch die gesamteuropäische Entwicklung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg thematisiert. So bleiben etwa wichtige Spezifika der Projekte derjenigen europäischen Sozialstaaten des 20. Jahrhunderts unerwähnt, die auf undemokratischer Basis entstanden und trotzdem wesentlich die Entwicklung des gesamten Sozialbereichs und seiner Wahrnehmung beeinflussten.

Dieses Defizit lässt sich wohl darauf zurückführen, dass sich das Forschungsprojekt ausschließlich in den durch den Kalten Krieg bestimmten Grenzen Westeuropas bewegt. Die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa bleibt somit außerhalb des Interesses der Autoren, wodurch die Ergebnisse des Projektes um eine komparative Perspektive ärmer sind. Die Berücksichtigung nur eines Teils des europäischen Kontinents konstruiert jedoch unsinnige „historiographische“ Grenzen, durch die das unmittelbar angrenzende Gebiet hinter dem Eisernen Vorhang zu einem quasi „exklusiven“ Territorium wird. Nicht zuletzt bleibt dadurch auch der größte Teil der ehemaligen Habsburgermonarchie von der Untersuchung ausgeschlossen. Die Bei-

träge in dieser Ausgabe der IMS können so auch als eine gewisse Kompensation des Defizits dieser ansonsten wertvollen und im europäischen Kontext wichtigen Publikation verstanden werden.

**Dr. Olga Fejtová, Archiv hl. mesta Prahy (Archiv der Hauptstadt Prag),
Olga.Fejtova@praha.eu**

Kleines Berlin. **Grundzüge der Stadtentwicklung von Bromberg 1850-1914**

Bromberg (heute Bydgoszcz, Polen) ist eine Großstadt mit heute 360.000 Einwohnern, die in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts eine Blüte erlebte. Sowohl das Bevölkerungswachstum und die räumliche und städtebauliche Entwicklung als auch die architektonische Transformation waren beispiellos in der bisherigen Geschichte der Stadt. Aufgrund der administrativen Absonderung des Zentrums von den polnischen Vororten, der architektonischen Form, die derjenigen Berlins nachgebildet wurde, sowie des allgegenwärtigen Grüns galt Bromberg am Anfang des 20. Jahrhunderts als „*kleines Berlin*“. Die saubere und gepflegte Stadt konnte sich in Bezug auf die Infrastruktur durchaus mit anderen größeren Städten des Deutschen Reiches messen (Abb. 1). Das architektonische Erbe dieser Zeit ist sehr reichhaltig und stellt heute ein kulturelles und soziales Kapital dar, dessen man sich zunehmend bewusst wird.

Das hier erschlossene Forschungsgebiet ist weitgehend neu. Das Hauptziel dieses Beitrags ist die Analyse der Stadtplanungsprozesse von Bromberg in der beschriebenen Zeit des Booms. Es soll gezeigt werden, dass durch staatliche Akteure, aber auch mittels Aktivierung der Zivilgesellschaft, ganz ähnliche Ziele der Stadtentwicklung verfolgt wurden wie im Westen der preußischen Monarchie. Insofern ist von nachholender Modernisierung zu sprechen. Dabei hatte man den Vorteil, auf spezifische Erfahrungen zurückgreifen zu können, wie auch andernorts deutsche Städte aufgrund einer regen Kommunikation untereinander jeweils von anderen Beispielen lernten. Ein weiterer Vorteil war die Möglichkeit, bei der Entwicklung auf externes Expertenwissen zurückgreifen zu können; auch dies war durchaus ein übliches Vorgehen. Allerdings bedurfte es auch eigenständiger Anstrengungen und es galt, die besonderen Bedingungen der topographischen und geopolitischen Lage der Stadt zu berücksichtigen. Ferner wird sich zeigen, dass die Stadtentwicklung Brombergs

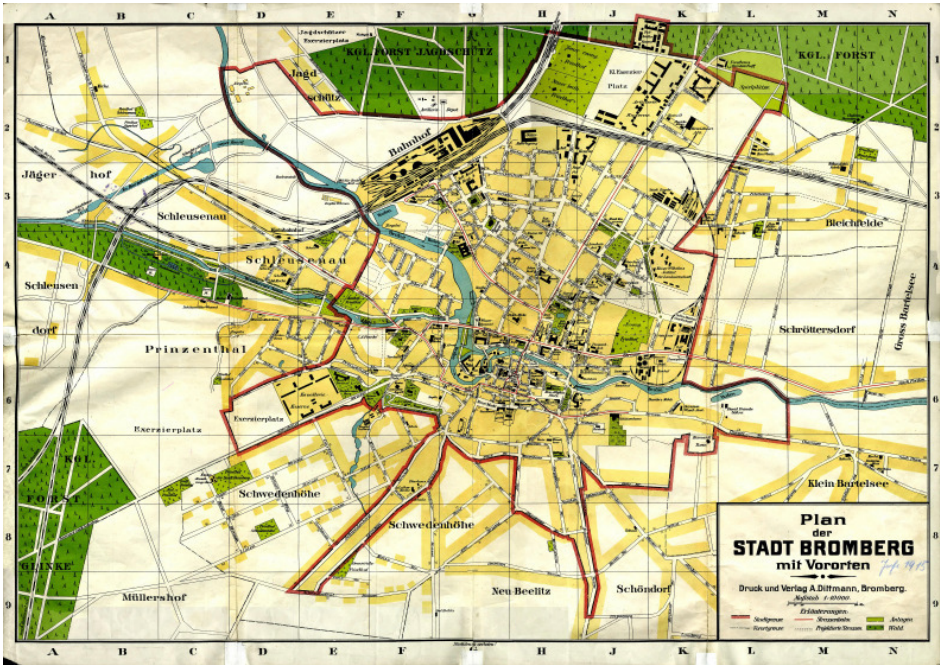


Abb. 1: Stadtplan von Bromberg im Jahre 1914.

eng verknüpft war mit einer Umschichtung der Bevölkerung zugunsten der zugewanderten Deutschen und dass besondere Ausprägungen der Stadtentwicklung auf dem hohen Bevölkerungsanteil von Verwaltungsbeamten beruhten. Ferner schlugen kulturelle ‚Germanisierungskonzepte‘ gerade auf die ästhetische Ebene durch. All dies führte zu einer für die Stadt spezifischen Entwicklung, die teilweise von den üblichen Normen und Konzepten abwich. Dieser besondere Weg in die Moderne ist bislang kaum behandelt worden, und dieser Artikel kann nur ein Anfang für eine umfassendere Aufarbeitung des Themas sein, aber der Autor hofft, dass er zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Historikern beitragen wird. Diese wäre künftig insbesondere in Anbetracht der auf deutsche und polnische Archive aufgeteilten Primärquellen wünschenswert.

Als Folge der Hochindustrialisierung, der Diskurse über Städtereformen und eines neuen Professionalisierungsschubs, insbesondere in den Bereichen Planung und Architektur, gingen viele Städte Westeuropas in der hier vornehmlich untersuchten Periode zur kommunalen *Leistungsverwaltung* und einem modernisierenden Akti-

vitätsprofil der Stadtverwaltung über.¹ Interessant in diesem Zusammenhang ist vor allem die Frage, welche Modernisierungskonzepte von wem und mit Hilfe welcher Medien und Kommunikationswege in Bromberg realisiert wurden. Auch diese Fragen lagen lange Zeit außerhalb des Interessenbereichs polnischer Historiker. Einerseits genoss der in der Epoche dominierende Baustil des Historismus in der Zeit der Nachkriegsmoderne kaum Ansehen, andererseits versuchte man die Spuren des preußischen Kapitels in der Stadtgeschichte Brombergs zu verwischen. Diese Einstellungen begannen sich erst in den 1990er Jahren zu ändern. Seit einiger Zeit sind Fragen der Architektur und Stadtplanung aus preußischer Zeit ein Thema der Forschung (vor allem in „Kronika Bydgoska“ / „Bromberger Chronik“ und „Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu“ / „Materialien zur Geschichte der Kunst und Kultur in Bromberg und Region“), dessen Bearbeitung jedoch noch große Lücken aufweist. Die bisher einzige Monographie zum Thema der Stadtplanung und Architektur in Bromberg in der Untersuchungsperiode² stellt wiederum die Problematik nur sehr überblicksartig dar. Es ist daher der Mühe wert, das Thema der Stadtplanung in einer der wichtigsten Städte im deutschen Osten in der Periode ihrer dynamischsten Entwicklung aufzunehmen.

Zur Vorgeschichte: Die Entwicklung Brombergs 1772-1850

Der Stadtraum Brombergs veränderte sich in größerem Ausmaß am Ende des 18. Jahrhunderts, als die Stadt im Rahmen der Ersten Teilung Polens 1772 von Preußen annektiert worden war. Der König von Preußen, Friedrich II., ernannte die Stadt zur Hauptstadt des neu geschaffenen Verwaltungsbezirks, des Netzedistriktes. Die günstige geographische Lage von Bromberg wurde erkannt und die preußischen Behörden strebten nach einem zügigen Ausbau der durch Kriegszerstörungen unbedeutend gewordenen Stadt mit ihren nur noch 700 Einwohnern zum wichtigen Zentrum im Osten Preußens. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu fördern, baute die Verwaltung den Bromberger Kanal (1773-1774), der die Brahe mit der Netze und somit letztlich die Weichsel mit der Oder verband.³ 1806 zählte die Stadt

¹ Vgl. Wolfgang R. Krabbe, Kommunalpolitik und Industrialisierung: die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 1985.

² Iwona Jastrzebska-Puzowska, Od miasteczka do metropolii. Rozwój architektoniczny i urbanistyczny Bydgoszczy w latach 1850-1920 [Von der Kleinstadt bis zur Metropole. Die Entwicklung der Architektur und Stadtplanung in Bromberg in den Jahren 1850-1920], Torun 2006.

³ Vgl. Franciszek Mincer, Przemiany administracyjne i społeczno-gospodarcze w pierwszym okresie rządów pruskich 1772-1806 [Die administrativen und sozial-wirtschaftlichen Wandlungen in der ersten Periode der preußischen Herrschaft 1772-1806], in: Marian Biskup u.a. (Hrsg.), Historia Bydgoszczy do roku 1920 [Die Geschichte von Bromberg bis zum Jahre 1920], Bd. 1, ND Warszawa 1991, S. 341-392,

ca. 4000 Einwohner, darunter viele deutsche Siedler, vor allem Beamte und Militärs, Industrielle und Kaufleute sowie Arbeiter. Letztere waren auch durch die protektionistische Politik der Behörden (Kredite, Ost- und Wohnzulagen) dazu ermutigt worden, sich hier niederzulassen. Dieser erste Schub der Stadtentwicklung setzte sich während der kurzen Zeit (begrenzter) polnischer Selbstverwaltung in den Jahren 1807-1815 fort. In dieser Zeit gehörte die Stadt als Hauptstadt eines Departements Bromberg zum napoleonisch kontrollierten Herzogtum Warschau.⁴

Die weitere Entwicklung Brombergs wurde durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses geprägt, auf dessen Grundlage die Stadt wieder nach Preußen gelangte – diesmal als Hauptstadt des Regierungsbezirks Bromberg innerhalb des Großherzogtums Posen, das wiederum seit 1848 als Provinz Posen noch stärker in den preußischen Staatsverband integriert wurde. Das mit einer Reihe von neuen Ämtern und in der Folge mit dem Zustrom von Beamten verbundene Wachstum der Stadt wurde zum Ausgangspunkt für deren weitere wirtschaftliche und räumliche Entwicklung. Bereits in den 1830er Jahren legten die Stadtbehörden künftige Zonen der Stadtentwicklung fest. Südlich vom Alten Markt entstand 1838 der Neue Markt, wo das Landgericht zusammen mit einem Gefängnis errichtet wurde, nördlich die Danzigerstraße und 1834-1836 entstand das neoklassizistische Regierungsgebäude, das in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchitekten Karl Friedrich Schinkel projektiert wurde. Mit diesem Projekt legte man den wichtigsten Grundstein für das künftige Verwaltungs- und Bildungszentrum Bromberg.⁵ Ferner beschloss der Stadtrat, eine Reihe von polnischen Gebäuden abzureißen, wie die St. Stanislauskirche (1818), die Karmeliterkirche (1822), die Trinitatiskirche (1829), die Münze (1831) und das Rathaus (1834). Im Zuge klassischer Entfestigungsmaßnahmen fielen die Stadtmauer und die Stadttore. Dazu wurden alle Bromberger Klöster – die der Jesuiten (1780), der Karmeliter (1816), Bernhardiner (1829) und Klarissen (1835) – aufgelöst. Diese Entscheidung kann man einerseits als die erste bewusste modernisierende Neugestaltung der Innenstadt betrachten (viele von den abgerissenen Objekten waren schon während der napoleonischen Kriege stark beschädigt worden⁶), gleichzeitig entsprachen sie der staatlichen antikatholischen Germanisierungspolitik. Solche Abbrüche setzte man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fort, indem man die Ägidiuskirche (1879), den Karmeliterklosterkomplex (1890) und die Relikte der gotischen Burg von Kasimir dem Großen (1895) beseitigte. Am Ort des

hier S. 373.

⁴ Franciszek Mincer, *Dzieje polityczne i kulturalne Bydgoszczy w latach 1772-1806* [Die Politik und Kultur in Bromberg 1772-1806], in: Biskup, *Historia*, S. 392-418, hier S. 414-418.

⁵ Jerzy Wojciak, *Polityczne i narodowe problemy Bydgoszczy w latach 1815-1950* [Die politischen und nationalen Probleme in Bromberg 1815-1850], in: Biskup, *Historia*, S. 475-494, hier S. 480.

⁶ Ebd., S. 479.

früheren Schlosses legte man einen neuen Platz an – mit öffentlichen Gebäuden und einer neuen evangelisch-unierten Gemeindegemeindekirche des prominenten Berliner Theaterarchitekten Heinrich Seeling (1852-1931) in historistischem Stil. Einige weitere Gebäude wurden in den für die preußische Architektur typischen Formen umgebaut. Während sich die Stadt allmählich zu einem der wichtigsten Zentren des Preußentums im Großherzogtum Posen entwickelte, verlor sie zugleich ihr Aussehen aus der Zeit vor den Teilungen Polens.

Die Zeit um und nach 1850

Um 1850 dominierte in Bromberg mit ihren ca. 10.000 Einwohnern das Handwerk.⁷ Nach 1850 nahm zunächst das Bevölkerungswachstum zu, erleichtert durch einen, wenngleich historisch vergleichsweise späten, Abbau rechtlicher Restriktionen.⁸ Vor allem entwickelte sich die Stadt in der zweiten Jahrhunderthälfte zu einem Zentrum des Handels, der Verwaltung und der Industrie. Die beträchtliche wirtschaftliche Entwicklung basierte entscheidend auf der Infrastrukturentwicklung, nämlich durch den Ausbau von Eisenbahnen und Wasserstraßen. Als ein deutlicher Wendepunkt gilt der Entschluss der Regierung in Berlin über den Bau der Bromberger Eisenbahn im Rahmen der Preußischen Ostbahn Berlin-Königsberg-Memel (1848). Ein Jahr später wurde die Stadt zum Sitz der Königlichen Direktion der Ostbahn.⁹ 1851 wurde auf dem Gebiet des nahe der Stadt gelegenen Gutshofs Brenkenhof ein Zentralbahnhof errichtet und ihm gegenüber ein 17 Hektar umfassender Reparaturbetrieb gebaut, der zum größten Unternehmen der Stadt avancierte. Westlich des Bahnhofs baute die Direktion eine gewaltige Eisenbahnbrücke an der Brahe, die römischen Aquädukten nachgebildet war – auch dies ein Zeichen für die Ambitionen, die man mit dem weiteren Ausbau der Verwaltungsstadt verband. So wurde die Stadt neben Posen und Danzig im Kaiserreich zu einer der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte östlich von Berlin und stellt sich seitdem auch als ein großes Zentrum des Warentransits dar.

⁷ Kazimierz Wajda, *Ludnosc, jej rozwój i struktura* [Die Bevölkerung, ihre Entwicklung und Struktur], in: Biskup, *Historia*, S. 464-474, hier 469-470, nach: Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, Bd. 5, Berlin 1854, Bd. 6, Berlin 1855.

⁸ Freizügigkeit wurde erst 1867 hergestellt, was dazu führte, dass gegenüber dem Vorjahr die Zahl zuziehender Familien von 209 auf 498 stieg, vgl. Kazimierz Wajda, *Przemiany terytorialne i ludnosciowe w latach 1850-1914* [Die territorialen und demographischen Wandlungen 1850-1914], in: Biskup, *Historia*, S. 505-529, hier S. 508.

⁹ Die 1848 gebildete Königliche Direktion der Ostbahn befand sich zunächst in Schönlanke; vgl. Jan Mierzynski, *125 rocznica powstania dyrekcji kolejowej w Bydgoszczy* [Der 125. Jahrestag der Entstehung der Ostbahn-Direktion in Bromberg], *Kronika Bydgoska* 5:1, 1971-1973, S. 158-166, hier S. 161. 1849 wurde sie nach Bromberg verlegt.

Die Anlage der Bahnlinie und des Bahnhofs lösten eine positive Wirtschaftskonjunktur aus, deren langfristiger Effekt wiederum die bedeutende Entwicklung zahlreicher Industriebetriebe, Instandsetzungswerkstätten und Baubetriebe war. Außer den zur Ostbahn gehörenden Werkstätten gingen diese neuen Betriebe auf die Initiative privater Unternehmer zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wurde durch kommunale Einrichtungen und Infrastrukturen ermöglicht. 1860 nahm man das Stadtgaswerk in Betrieb, 1890 wurde der städtische Schlacht- und Viehhof eröffnet, 1896 nahm ein privates Elektrizitätswerk seine Tätigkeit auf und bereits 1888 schloss eine private Firma einen Vertrag mit der Stadt ab und begann mit dem Betrieb einer pferdegezogenen Straßenbahn, die nach der Eröffnung des Kraftwerkes elektrifiziert wurde. 1898 begann der Magistrat mit dem Bau eines Wasserleitungs- und Kanalisationssystems. Eine Kommission für dessen Bau war zwar schon 1881 gebildet worden, aber es sollte zwanzig Jahre dauern, bis das Werk (in der Innenstadt zumindest) beendet war.¹⁰ Entscheidungen über die Richtungen der Entwicklung der kommunalen Wirtschaft traf die städtische Selbstverwaltung (Stadtrat), der wiederum vornehmlich aus Vertretern des deutschen und jüdischen Handels- und Industriebürgertums zusammengesetzt war.¹¹

Im Städtebau von Bromberg nach 1850 spiegelten sich deutlich die allgemeinen Tendenzen in der damaligen Raum- und Stadtplanung wider. Die treibende Kraft hinter der baulichen Entwicklung war letztlich die Entwicklung der Verwaltungsfunktionen der Stadt und das damit verbundene Bevölkerungswachstum¹² sowie die Entwicklung des Verkehrs und der Wirtschaft.¹³ Der erste Faktor mit dem größten Einfluss auf die Richtungen der künftigen räumlichen Stadtentwicklung war die Festlegung der Lage des Bahnhofes. Mit der Planung des Bahnhofkomplexes auf dem Gebiet von Brenkenhof zeichnete sich die nördliche Richtung der künftigen Stadterweiterung ab. In den kommenden Jahrzehnten wurde der Raum zwischen der Altstadt und dem Bahnhof vor allem mit bürgerlichen Mietshäusern bebaut, die dann das neue Zentrum bildeten. Dieses neue Stadtgebiet galt als ein ‚Bahnviertel‘,

¹⁰ Vgl. Beate Witzler, *Großstadt und Hygiene. Kommunale Gesundheitspolitik in der Epoche der Urbanisierung*, Stuttgart 1995; Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013, S. 162-202; Dieter Schott, *Europäische Urbanisierung (1000-2000). Eine umwelthistorische Einführung*, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 275-306.

¹¹ Wajda, *Przemiany*, S. 528-529. Beispielsweise gab es 1883 unter 35 Mitgliedern des Stadtrats ausschließlich Kaufmänner, Industrielle, höhere Beamten und Freiberufler; vgl. ebd., S. 527.

¹² 1852 – 14.400 Einwohner, 1861 – 22.400, 1871 – 22.700, 1880 – 34.000, 1900 – 52.200, 1910 – 57.700. Der Massenzustrom war u.a. mit der Auflösung der Gebühren für die Besiedlung in Städten ab 1. Juli 1867 verbunden. Am Anfang des 20. Jahrhunderts war ca. 75% Einwohner evangelisch und 25% katholisch, was annäherungsweise dem Anteil der deutschen und polnischen Nationalität entspricht.

¹³ Das Bromberger Industriebürgertum war fast ausschließlich deutsch; Wajda, *Przemiany*, S. 517. Beide Sprachgruppen – die polnische und die deutsche – hatten nur wenige Verbindungen.

denn es wurde in starkem Maße von Bahnbeamten und -angestellten, Arbeitern der Reparaturwerkstätten und dann wachsend von Arbeitern der Industriebetriebe bewohnt, die in der Nachbarschaft entstanden.¹⁴

Die Raumentwicklung der Stadt in den Jahren 1850-1914 (Abb. 2) verlief zwar ohne irgendeinen Generalplan (im Unterschied zu beispielsweise Posen, wo ein solcher ab 1889 existierte¹⁵), es bestanden jedoch ausgearbeitete Pläne der Stadtgemeinde für Teilgebiete. Der Stadtplanungsplan für das Bahnviertel wurde 1852 vom Regierungsfeldmesser Friedrich W. Sturmhoefel bearbeitet.¹⁶ Zu dieser Zeit befanden sich auch zwei neue Stadtviertel in Planung: die Friedrich-Wilhelm-Stadt (am Bahnhof) und die Elisabethstadt (bis zur Danzigerstraße reichend). Die Stadtplanungsprojekte beruhten auf dem zu dieser Zeit üblichen Konzept des senkrechten Straßennetzes mit geometrischer Linienführung und gleichmäßiger Verteilung der Grundstücke (Abb. 3). Die Hauptachsen bildeten die Karl- und die Elisabethstraße. Beide Viertel hatten einen gemeinsamen Marktplatz (Elisabethmarkt, poln. plac Piastowski) und einen Kirchplatz (poln. plac Zbawiciela).¹⁷ Die Bauarbeiten in diesen Gebieten dauerte von 1870 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Als architektonische Dominante diente ein gewaltiges Gebäude der Königlichen Direktion der Ostbahn, die 1889 an der Bahnhofstraße erbaut wurde.¹⁸

¹⁴ Ähnliche „Bahnviertel“ sind auch in anderen westpolnisch-preußischen Städten zu beobachten; vgl. u.a. Zbigniew Bujakiewicz, *Krajobraz materialny i społeczny Zielonej Góry od końca XVIII do połowy XX wieku. Przestrzen, ludność, gospodarka* [Die materielle und gesellschaftliche Landschaft von Grünberg vom Ende des 18. bis Mitte des 20. Jh. Raum – Bevölkerung – Wirtschaft], Zielona Góra 2003; Joanna Kucharzewska, *Architektura i urbanistyka Torunia w latach 1871-1920* [Die Architektur und Stadtplanung von Thorn in den Jahren 1871-1920], Warszawa 2004; Zofia Ostrowska-Kebłowska, *Architektura i budownictwo w Poznaniu w latach 1780-1880* [Die Architektur und Bauindustrie in Posen in den Jahren 1780-1880], Poznań 2009; Miron Urbaniak, *Modernizacja infrastruktury miejskiej Leszna w latach 1832-1914* [Die Modernisierung der Stadtinfrastruktur von Lissa in den Jahren 1832-1914], Poznań 2009; Magdalena Grala, *Rozwój przestrzenny Chojnic od średniowiecza do końca XX wieku w świetle źródeł* [Die Raumentwicklung von Konitz vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jh. im Lichte der Quellen], Chojnice 2010.

¹⁵ Hanna Grzeszczuk-Brendel, *Miasto do mieszkania. Zagadnienia reformy mieszkaniowej na przełomie XIX i XX wieku i jej wprowadzenie w Poznaniu w pierwszej połowie XX wieku* [Die Stadt für das Wohnen. Fragen der Wohnungsreform um die Jahrhundertwende 19./20. Jh. und ihre Einführung in Posen in der ersten Hälfte des 20. Jh.], Poznań 2012, S. 131.

¹⁶ Daria Brezczewska-Kulesza, *Zapomniane piękno bydgoskiego Śródmieścia* [Die vergessene Schönheit der Bromberger Stadtmitte], *Kronika Bydgoska* 30:1, 2008, S. 73-88, hier S. 75.

¹⁷ Ein ähnliches Schema wurde in dieser Zeit in Thorn angewandt, wo die Wilhelmstadt (ein Luxuswohnviertel am Rande der Altstadt) entstand. Ein regelmäßiges Straßennetz mit einem zentralen, rechteckigen Platz und einer repräsentativen Promenade sollte das neue Viertel mit der mittelalterlichen Struktur der Altstadt verbinden; Kucharzewska, *Architektura i urbanistyka*, S. 56, 96.

¹⁸ Vgl. Iwona Jastrzebska-Puzowska/Piotr Winter, *Budynek dawnej Dyrekcji Kolei Wschodniej w Bydgoszczy* [Das Gebäude der ehemaligen Direktion der Ostbahn in Bromberg], *Materiały do Dziejów Kultury i*

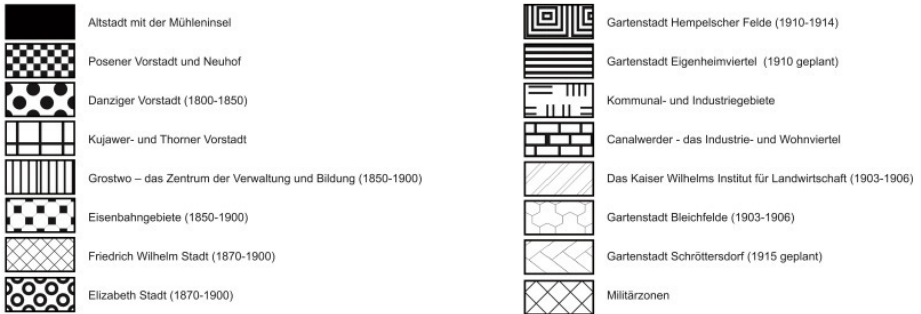
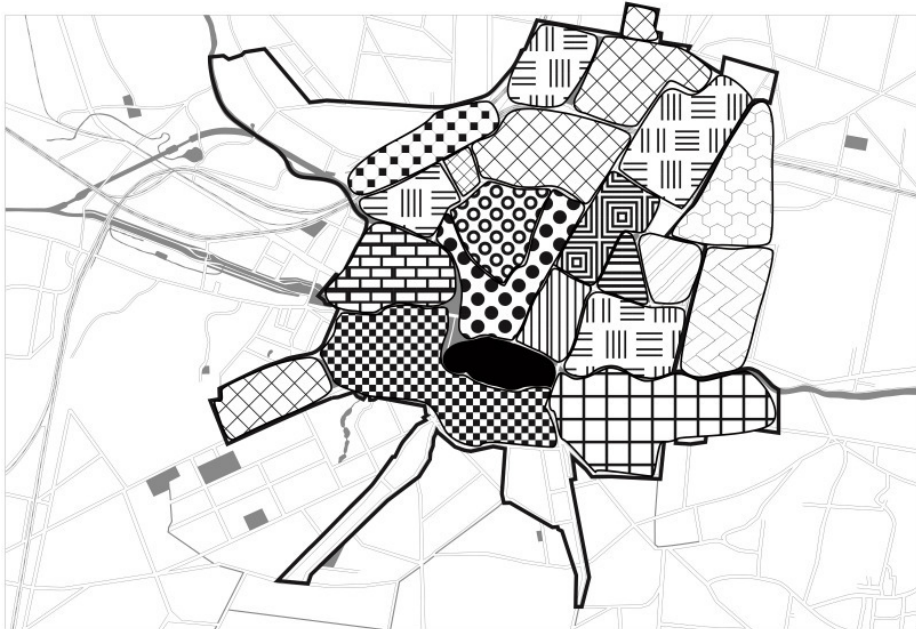


Abb. 2: Stadtentwicklungszonen in den Jahren 1850-1914.

Sztuki Bydgoszczy i Regionu 1:1, 1996, S. 29-36, hier S. 30.



Abb. 3: Das Bahnviertel – Fragment der Karte von Bromberg aus dem Jahre 1900.

Die große Nachfrage nach neuen Wohnungen hatte zur Folge, dass sich gerade die Wohnungsbaubranche dynamisch entwickelte. Dieser Entwicklung kam zugute, dass die Stadt nicht – im Unterschied zu beispielsweise Posen – von einem ‚Panzer‘ der Festungsbebauung umgeben war. Die Kasernen waren über den Ort verstreut und übten keinen hemmenden Einfluss auf die Entwicklung der Stadt aus. Als um 1900 der westliche Teil des Zentrums schon im Großen und Ganzen mit Mietshäusern bebaut worden war, begann der Magistrat mit der Erschließung von östlich der Danzigerstraße gelegenen Gebieten. Erste Stadtbaupläne dieses Geländes stellte die

städtische Tiefbauverwaltung um die Jahrhundertwende fertig.¹⁹ In den Jahren 1900-1914 bebaut man den ersten Teil, die nach einem früheren Eigentümer benannten Hempelschen Felder (zwischen der Danziger-, Fröhner-, Bleichfelder- und Hohenzollernstraße, (Abb. 4). Mietshäuserreihen wurden von Stadtvillen und öffentlichen Gebäuden umgeben. 1903 wurde der Bülowplatz und die von dort strahlenförmig ausgehenden Straßen abgesteckt. Sie wurden als breite, zweispurige Alleen mit mittigen Grünstreifen geplant (Abb. 5). In der Mitte des neuen Stadtviertels, entlang der Bülowstraße, wurde der Bismarckpark (poln.: Park Jana Kochanowskiego) angelegt.



Abb. 4: Die Bebauung der Hempelschen Felder – Danzigerstrasse an der Ecke der Bismarckstrasse (Foto: ca. 1900).

¹⁹ Bebauungsplan der Stadt Bromberg, 1896, Archiwum Muzeum Okregowego w Bydgoszczy, Archiwalia, MOB H/A-1289; Bebauungsplan für die nordöstliche Stadterweiterung Brombergs ohne die Straßenzüge östlich des Viehhofgleises, 1903, ebd.; Bebauungsplan von Bleichfelde und Schröttersdorf, 1909-1913, Archiwum Panstwowe w Bydgoszczy, Akta miasta Bydgoszczy, 817.



Abb. 5: Die Bülowstrasse (Foto: ca. 1930).

Die Architektur der Bebauung zeugt davon, wie die aktuellen Trends in der Stadtplanung aufgenommen wurden. Die Bromberger Projektentwickler – Architekten, Stadtplaner und Bauingenieure – waren mit den neuen Standards gut vertraut. Die Mehrheit von ihnen war Mitglied des seit 1858 bestehenden Technischen Vereins²⁰; dieser veranstaltete regelmäßige Treffen, bei denen Vorlesungen gehalten wurden und die einen Meinungsaustausch über technische und architektonische Innovationen ermöglichten. Der Verein besaß eine gut ausgestattete Bibliothek mit Musterkatalogen, Zeitschriften und Bauhandbüchern; dazu gab er in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Architekten Fritz Weidner (1863-1950) von 1899 bis 1903 eine eigene Monatszeitschrift heraus, die „Technische(n) Blätter für den Deutschen Osten“. Die Kenntnisse aktueller Konzepte erlaubten den Entwicklern die Projektierung der Mietshäuser an den Hempelschen Feldern gemäß den Prämissen der aktuellen Reformarchitektur (hygienische Mindeststandards, große Hinterhöfe ohne Hinterhäuser). Unter diesen Vorzeichen ist auch die fast durchgängig erfolgte Anlage von Vorgärten zu sehen, welche die Straßen erweiterten und eine durchgängige Begrünung aufwiesen und dadurch die Belüftung der Stadt und der Wohnungen verbesserten.

Der Städtebau der Hempelschen Felder, basierend auf breiten, boulevardähnlichen Straßen in strahlenförmiger Anordnung, war von Haussmanns Umbau von Paris inspiriert.²¹ Ebenso wie in Paris wurde eine architektonische Dominante durch

²⁰ Zur Organisation gehörten die Vertreter verschiedener technischer Berufe, u. a. fast alle Bromberger Architekten und Baumeister (wie Carl Bergner, Paul Böhm, Rudolf Kern, Erich Lindenburger, Carl Meyer, Fritz Weidner), sowie Beamte der Bauaufsichtsbehörden und einzelne Industrieunternehmer.

²¹ Vgl.: Jastrzebska-Puzowska, *Od miasteczka*, S. 54.

eine achsenförmige Allee und entsprechende Sichtbeziehungen eingeführt. An der Bülowstraße, wo diese Sichtachse endete, wurde das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft“ (1904-1906) errichtet.

Auf dem Baugelände, das von der Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, entstand ein Wissenschaftskomplex (Abb. 6), der auch insofern typisch für die Hochschularchitektur dieser Zeit war, als eine Trennung in ein repräsentatives Hauptgebäude und die separaten Institutsgebäude erfolgte.²² Als mittelbare Vorbilder hierfür können die Planungen an den Technischen Hochschulen in Danzig (1900-1904) und Breslau (nach 1905) gelten, was erneut die Notwendigkeit unterstreicht, solchen Transfers im östlichen Gebiet der preußischen Monarchie nachzugehen.

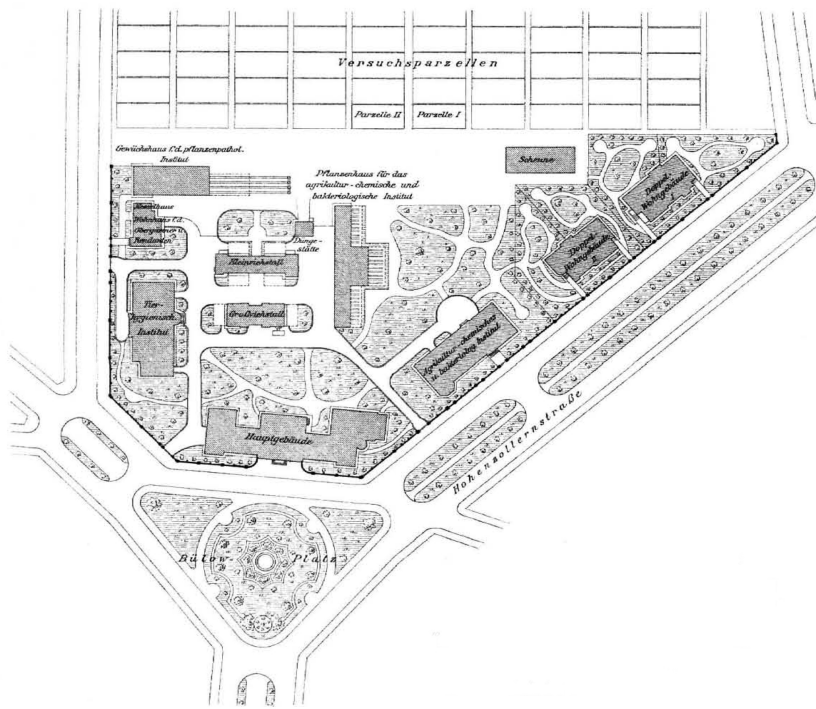


Abb. 6: Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft – Plan der Anlage.

²² Hans-Dieter Nägelke, Hochschulbau im Kaiserreich. Historistische Architektur im Prozess bürgerlicher Konsensbildung, Kiel 2000, S. 24.

Zur selben Zeit wurde in Bromberg das Konzept der Wohnungsbaugenossenschaften aufgenommen.²³ Im Jahre 1902 wurde der *Beamten Spar- und Bauverein* gegründet, der seinen Mitgliedern zu Eigenheimen verhelfen wollte. Das 1903 beschlossene Vereinsstatut war an Statute ähnlicher Bauvereine in Wald (Rheinwald) und in Köln-Ehrenfeld angelehnt.²⁴ Als Bauplatz der Siedlung wurde ein peripheres Gelände innerhalb der Vorstadtgemeinde Bleichfelde gewählt. Auf diesem Gebiet steckte man ein regelmäßiges Straßennetz mit 65 Baugrundstücken zu je 600 bis 1000 Quadratmetern ab. Die Bebauung erfolgte ab Frühling 1903; durch das hohe Arbeitstempo war bereits 1904 die Mehrheit der Landhäuser der „Villenkolonie Bleichfelde“ fertiggestellt und bewohnt (Abb. 7). Zu deren Planungsgeschichte ist bislang lediglich bekannt, dass daran der erwähnte Bromberger Architekt Fritz Weidner sowie sein Berufskollege Ernst Peters mitwirkten. Dabei handelte es sich um eine nur begrenzt originäre Leistung, da die Gestaltung der Villen vermutlich aus den in der Bibliothek des Bromberger Technischen Vereins vorhandenen Musterkatalogen stammt.²⁵



Abb. 7: Die Villenkolonie im Vorort Bleichfelde (Foto: ok. 1906).

²³ Vgl. Clemens Zimmermann, Wohnen als sozialpolitische Herausforderung. Reformersches Engagement und öffentliche Aufgaben, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Geschichte des Wohnens. Band 3, Stuttgart 1997, S. 503-636, hier S. 605-613, 627-629.

²⁴ In der Vereinsatzung wurden 90% der Baugrundstücke für minderbemittelte Beamte vorgesehen und 10% für andere Beamte, darunter Lehrer. Jedes der Mitglieder wurde verpflichtet, Beiträge in einer an seine Einkünfte angepassten Höhe sowie zumindest 300 Mark der Eigenleistung einzuzahlen; Stefan Hartmann, Der Beamten Spar- und Bauverein in Bromberg, Bromberg 30:88, 1988, S. 2., <http://www.worldcat.org/title/bromberg-zeitschr-d-bidegast-vereinigung/oclc/310968119>.

²⁵ Vgl. ebd., S. 2; Jastrzebska-Puzowska, Od miasteczka, S. 46.

Die Anlage der Siedlung und deren Architektur knüpfte an die Villenkolonien für die Mittelklassen an, wie sie im nördlichen Europa nach englischen Vorbildern realisiert wurden. Der genossenschaftliche Charakter und die Finanzierungsweise zielten auf die Sicherstellung eines eigenen Hauses mit Garten für jede Familie ab; auf diese Weise wollte man mögliche spätere Grundspekulation und das Hochschrauben der Mietkosten verhindern. Für die kommunalen Machtverhältnisse ist aufschlussreich, dass gerade aus diesem Grund der Stadtrat eine ablehnende Haltung zur Villenkolonie zeigte. Eine Schlüsselrolle spielten hier wohl Ratsmitglieder, die selbst Mietshausbesitzer waren und fürchteten, Mieter durch Wegzug in ein Eigenheim zu verlieren. Dies jedenfalls behauptete der freisinnige Architekt Fritz Weidner, der für die Planung der Villenkolonie zuständig war, in der Bromberger Zeitung.²⁶ Hier zeigt sich erneut die aus der Literatur bekannte Blockadehaltung von Grundbesitzerfraktionen gegenüber städtebaulicher Modernisierung.²⁷ Tatsächlich erwies sich nach der Fertigstellung der Siedlung, dass nicht weniger als 450 Wohnungen in der Stadt frei wurden. Der Stadtrat verweigerte deshalb die Erlaubnis, die Siedlung mit dem städtischen Wasserleitungs- und Stromnetz zu verbinden. Dadurch hatte Bleichfelde als einzige Vorstadtgemeinde einen eigenen Wasserturm und ein eigenes Kraftwerk.²⁸

Am Anfang der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts fand in Bromberg die Idee der Gartenstadt immer mehr Anklang, wenn sie auch zunehmend pragmatisch als „Gartenvorstadt“ gehandhabt wurde.²⁹ Auf den Sitzungen des erwähnten Technischen Vereins hielt man einschlägige Vorträge. So hielt im November 1913 Fritz Weidner ein Referat mit dem Titel „Die Gartenstadtbewegung in Bromberg“.³⁰ Darin übte der Architekt Kritik an den Grundsätzen der Bebauung mit „Mietskasernen“ und reihte sich damit in den allgemeinen Reformdiskurs ein. Weidner betonte neben den individuellen die kollektiven Ziele der Gartenstadt, also die eminenten Vorteile des Konzepts auf kommunaler und nationaler Ebene: Es sei „...dringend nötig, die physische Leistungsfähigkeit der städtischen Bevölkerung durch bessere Wohnbedingungen zu heben, um die Wehrkraft unseres Landes zu erhalten“.³¹ Das

²⁶ Die Gartenstadtbewegung in Bromberg, Bromberger Zeitung 69:264, 1913, S. 9-10.

²⁷ Dieses Phänomen war nicht außergewöhnlich. Die Spekulation mit den Grundstücken, an der auch die Stadtverwaltungsvertreter teilnahmen, war die Ursache der Schwierigkeiten u.a. bei der Regulierung Kölns nach dem Projekt von Joseph Stübben; vgl. Grzeszczuk-Brendel, *Miasto do mieszkania*, S. 33.

²⁸ Iwona Jastrzebska-Puzowska, *Urzednicze osiedle domów jednorodzinnych na Bielawkach* [Die Einfamilienhaussiedlung für Beamte in Bleichfelde], *Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu* 6:1, 2001, S. 51-56, hier S. 55-56.

²⁹ Vgl. Franziska Bollerey (Hrsg.), *Im Grünen wohnen – im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt mit Beiträgen und Zeitdokumenten*, Hamburg 1990.

³⁰ *Gartenstadtbewegung in Bromberg*, S. 9.

³¹ *Ebd.*, S. 10.

Konzept enthielt also nicht nur urbanistische³², sondern auch ideologisch-nationale Komponenten, die im Bromberger Kontext mit der Festigung des „deutschen Volkstums“ verbunden waren. Als Beispiel einer solchen Gartenstadt nannte Weidner seine eigene Villenkolonie Bleichfelde.³³ In derselben Zeit wurden auch Vorbereitungen zur Ausstellung „Gartenstadt“ unternommen, die vom Technischen Verein und inoffiziell auch von Angehörigen des Magistrats in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule organisiert wurde.³⁴

Die Gartenstadtidee in Bromberg schlug sich weniger in konkreten Einzelprojekten als in einem veränderten Städtebaukonzept nieder. Nach 1910 wurde das unbebaute Gelände zwischen Fröhner-, Zeppelin-, Braesicke-, Schiller- und Bülowstraße vom Magistrat als neues Wohngebiet ausgewiesen, wobei man annahm, dass das Viertel gemäß der modernen Tendenzen als eine ruhige Wohnsiedlung ohne Durchgangsverkehr geplant würde. Mit dem allgemeinen Konzept des sogenannten Eigenheimviertels beauftragte der Magistrat 1912 den herausragenden Berliner Stadtplaner Joseph Stübben.³⁵ Dieser Protagonist der Städtebaureform war 1903-1918 als Leiter der Königlichen Ausbaukommission bei einem Städtebauplan für Posen tätig. Nach dem vom Stadtbaurat Heinrich Metzger in Anlehnung an die Skizze Stübbens fertiggestellten Plan³⁶ wurde ein Villenviertel mit einem rechteckigen Platz in Form eines englischen *square* (heut. plac Mariana Turwida) vorgesehen. Bis zum Jahr 1920 waren lediglich fünf der geplanten 50 Gebäude realisiert worden; die Arbeiten wurden danach jedoch nach den Vorarbeiten Stübbens fortgesetzt.³⁷

Die Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit Stübben fortzusetzen, bedeutete für Bromberg nicht nur, moderne Wohnviertel im Grünen mit komfortablen Wohnverhältnissen zu erlangen, sondern auch, sich im Glanze des hervorragenden, für die größten Städte Deutschlands projektierenden Spezialisten sonnen zu können. Deshalb beauftragte die Stadtverwaltung gerade ihn mit der Bearbeitung des Generalplans der Stadtbebauung. Zunächst entstand das Städtebaukonzept für das neue

³² Vgl. Kristiana Hartmann, Deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976, S. 162.

³³ Vgl. Harald Bodenschatz, Städtebau – Von der Villenkolonie zur Gartenstadt, in: Harlander u.a., Villa und Eigenheim, S. 196-121.

³⁴ Iwona Jastrzebska-Puzowska, Entschlossen auf der Seite des Neuen. Der Architekt Fritz Weidner und sein Wirken in Bromberg, Bromberg 43:126, 2001, S. 10-14.

³⁵ In der Monographie des Stadtplaners (Oliver Karnau, Hermann Josef Stübben. Städtebau 1876-1930, Wiesbaden 1996) wurde seine Tätigkeit in Bromberg nicht berücksichtigt.

³⁶ Jastrzebska-Puzowska, Od miasteczka, S. 55.

³⁷ Bogna Derkowska-Kostkowska, O założeniu Sielanki – bydgoskiego miasta ogrodu [Über die Entstehung von Sielanka – die Bromberger Gartenstadt], Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu 4:1, 1999, S. 72-88.

Stadtviertel Schröttersdorf (1915).³⁸ Dieses Projekt war ebenfalls als Gartenstadt angelegt. Durch die Mitte der Anlage sollte ein breiter Grünstreifen (Promenade) verlaufen, innerhalb dessen die Parks und öffentliche Gebäude (Kirche, drei Schulen, Hochschule, Wohlfahrts- und Sportanlagen) situiert wurden. Beiderseits der Promenade ordnete Stübben die Blockbebauung an. Im Projekt ist das für Stübben typische Streben nach dem funktionalen Ganzen gut zu erkennen - mit einem effizienten Verkehrsnetz und einer klaren Funktionsteilung der einzelnen Bereiche sowie mit Straßen, die sich an den Rahmen von Architektur und Stadtgrün anpassten. Die Ausführung dieses avancierten Konzepts verhinderte der Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Unabhängig von der Bebauung der neuen Gebiete erfolgte 1895-1914 eine wesentliche Verdichtung und Erneuerung bzw. ein Austausch der alten Bebauung im Zentrum, das auf diese Weise einen großstädtischen Charakter annahm. Auch hier kann man sehen, dass allgemeine Tendenzen der Stadtentwicklung, in diesem Falle die Citybildung, in großem Tempo vollzogen wurden. Die Danzigerstraße, die das alte Zentrum mit den neuen Wohngebieten verband, wurde in dieser Zeit zur repräsentativen Hauptstraße der Stadt ausgebaut. Sie entwickelte sich nun zum ‚Salon‘ der Stadt, zur Schaustraße, zum Ort der gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten der Bromberger. Neue, zwei- und dreistöckige, gemäß der Voraussetzungen der Reformarchitektur geplante Bebauungen entstanden an der Wilhelm-, Brücken-, Bahnhof- und Elisabethstraße. Die 1895-1904 mit den prächtigen Mietshäusern bebaute Moltkestraße wurde zu einem Markenzeichen der herausragenden Bromberger Architekten.³⁹ Mit Blick auf den ständigen Einwohnerzuwachs (Tab. 1) entstanden ferner immer mehr repräsentative öffentliche Gebäude, Kirchen, Schulen und Kultureinrichtungen.

Die Art der neuen Wohnbebauung weist deutliche Beziehungen zu aktuellen Tendenzen in der Berliner Architektur auf, denen die Stadt ihren Beinamen „kleines Berlin“ verdankte. Aufmerksamkeit erregten u.a. Analogien mit den offenen Blöcken, die zuerst von Alfred Messel in den für den Spar- und Bauverein realisierten

³⁸ Bebauungsplan für das nordöstliche Stadtgebiet, 1912-1914, Archiwum Panstwowe w Bydgoszczy, Akta miasta Bydgoszczy, 813; Allgemeiner Bebauungsplan der Stadt Bromberg, Nachträglicher Erläuterungsbericht zu dem Bebauungspläne für den südlichen Teil des Stadtbezirks Bromberg und die Gemeindebezirke Bleichfelde und Schröttersdorf, ebd., 817; Jastrzebska-Puzowska, *Od miasteczka*, S. 60-61.

³⁹ Zu den Bromberger Architekten, die die Mietshäuser an der Moltkestrasse projektierten, gehörten u.a. Karl Bergner, Paul Böhm, Rudolf Kern, Carl Meyer und Fritz Weidner; Piotr Winter, *Ulica Augusta Cieszkowskiego w Bydgoszczy. Zespół architektoniczny z przełomu XIX i XX wieku* [Die August-Cieszkowski-Strasse in Bromberg. Der architektonische Komplex aus der Jahrhundertwende 19./20. Jh.], Bydgoszcz 1996.

Komplexen in Berlin in den Jahren 1897-1905 eingeführt wurden.⁴⁰ Charakteristisch waren hier die so genannten Wohnhöfe, d. h. große Höfe mit Grünanlagen, die gemeinsam für einen ganzen Block genutzt werden konnten. In Bromberg fanden sie Anwendung in der Bebauung an der Danzigerstrasse.

Jahr	1852	1871	1885	1895	1900	1905	1910
Bromberg	15 413	27 740	36 294	46 417	52 204	54 231	57 696
Vorstädte	7 102	13 490	17 917	22 431	26 762	30 844	35 361

Tab. 1.: Die Bevölkerung von Bromberg und Vorstädten in den Jahren 1852-1910 (Quelle: Kazimierz Wajda, *Przemiany terytorialne i ludnościowe w latach 1850-1914 [Die territorialen und demographischen Wandlungen 1850-1914]*, in: Marian Biskup u. a. (Hrsg.), *Historia Bydgoszczy do roku 1920 [Die Geschichte Brombergs bis zum Jahre 1920]*, Bd. 1, Warszawa 1991, S. 508)

Berliner Vorbilder, so das in der 1890er Jahren weit verbreitete Modell von Martin Gropius und Heino Schmieden⁴¹ und Projekte von Alfred Gessner⁴², finden sich in vielen Bromberger Mietshäusern wieder. Die Abhängigkeiten Brombergs von Berlin resultierten aus den engen Kontakten zwischen beiden Städten: Unter den Brombergern galt das Berlinerische schlechthin als „modern“, Berliner Firmen hatten hier ihre Filialen und Vertretungen und am Anfang des 20. Jahrhunderts fuhren täglich 18 Züge nach Berlin ab, darunter acht Schnellzüge. Einige Berliner Architekten, neben Fritz Weidner auch Franz Julius Knüpfer (1861-1915) und Ernst Peters (Lebensdaten unbekannt), ließen sich in Bromberg nieder. Zu den direkten Anknüpfungen an die Hauptstadt Preußens gehörte die entlang der Thorner Straße angelegte Lindenallee (1870), die nach dem Vorbild der Berliner Unter den Linden benannt wurde.

Es ist zu bemerken, dass die Stadtplanungsumwandlungen grundsätzlich die von den deutschen Sprachgruppen bewohnten Gebiete betrafen. Die Mietshäuser und Villen an den Danziger-, Bahnhof- und Moltkestraße gehörten vor allem reichen Kaufleuten und Fabrikanten. Ähnlich stellten sich die Eigentumsverhältnisse in den am Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen Vierteln auf dem Gebiet des südlichen Zentrums dar, wo viele Staatsbeamte wohnten. Das Bahnviertel war vor allem

⁴⁰ Julius Posener, Berlin auf dem Wege zu einer neuen Architektur. Das Zeitalter Wilhelms II, München 1979, S. 344 f.; Daria Brzeczewska-Kulesza, Wielkomijska kamienica czynszowa w Bydgoszczy na przełomie XIX i XX wieku [Das Großstadtmietshaus in Bromberg um die Jahrhundertwende 19./20. Jh.], *Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu* 12:1, 2007, S. 21-32, hier S. 23-24.

⁴¹ Ebd., S. 25.

⁴² Ebd., S. 27.

von Fabrikarbeitern und kleinen Beamten deutscher Nationalität bewohnt. In der Altstadt lebten kleine deutsche Kaufleute und Handwerker, Polen und Juden⁴³, letztere in der Regel an die deutsche Kultur assimiliert. Die Fabrikarbeiter polnischer Nationalität bewohnten hauptsächlich die Vororte Schwedenhöhe, Schleusenau und Prinzenthal sowie die Grenzgebiete zwischen den Vororten und der Stadt.

Städtebauliche und architektonische Formen um 1900

Der Höhepunkt des Baus öffentlicher Gebäude fiel auf die Jahrhundertwende, als der Magistrat zum Ausbau kultureller Einrichtungen schritt. In dieser Zeit entstanden 20 Schulen verschiedener Stufen, 13 Sakralbauten, zwölf Gebäude für Gesundheit und Wohlfahrt, sechs für Kultur, Unterhaltung und Sport, sechs für Handel und Dienstleistungen, fünf kommunale Einrichtungen, drei staatliche Verwaltungsgebäude und eine Bank (Abb. 8). Eine besonders intensive Bebauung mit öffentlichen Einrichtungen erfolgte auf dem Gebiet des früheren Gutshofs Grostwo (zwischen Danziger-, Hempel-, Fröhnerstraße und der Brahe). Der Bau des Regierungsgebäudes begründete die Verwandlung dieser Gegend in ein Verwaltungsviertel. Die Konzentration der großen öffentlichen Gebäude am Rande der Altstadt hatte wohl mit dem Vorbild der Wiener Ringbebauung zu tun, auch wenn man die Einflüsse nicht direkt nachweisen kann.⁴⁴

Die vermuteten Bezüge zum Wiener Ring beruhen nicht nur auf analogen Planungsprinzipien, sondern auch auf den architektonischen Lösungen und den Assoziationen, die geweckt werden sollten, z.B. griechisch-römische Formen für die demokratische Mitwirkung des Parlaments oder venezianische Formen für den Handel an der Börse.⁴⁵ Solche symbolischen Bezüge sind auch in der Bromberger Architektur ablesbar, und so gelten die öffentlichen Gebäude des Bromberger „Rings“ als Beispiele der breiten Möglichkeiten in der Anwendung der Formen, die von den deutschen Architekten als national empfunden wurden. Wenngleich die Anlage der Promenade von Wien stammte, so war die Formensprache „national“ konnotiert, eben weil sie historisierend war. Die populärste Formel der öffentlichen Gebäude in den Städten der preußischen Teilungsgebiete war die Neugotik. Obwohl die These über der deutschen Herkunft der Gotik seit einiger Zeit nicht mehr aktuell war, griffen die Architekten in diesen Gebieten auf den sogenannten „hanseatischen“ bzw. „ordensländischen“ Stil (in polnischer Sicht: „Kreuzritterarchitektur“, architektura krzyzacka) zurück. Auf diese Weise bemühte man sich, solchen Architekturstilen

⁴³ Vgl. Wajda, Przemiany, S. 513.

⁴⁴ Jastrzebska-Puzowska, Od miasteczka, S. 41.

⁴⁵ Vgl.: Peter Heiko, Wien 1850-1930. Architektur, Wien 1992, S. 13.



Abb. 8: Wichtigere Objekte aus den Jahren 1850-1914 . Quelle: Erhebung des Autors.



Kultur, Unterhaltung und Sport

1. Etablissement „Concordia“ (1858)
2. Schützenhaus (1866-1867)
3. Kasino-Gesellschaft „Erholung“ (1886-1887)
4. Stadttheater (1895-1896)
5. Kino (1913)
6. Klub des Rudervereins „Frithjof“ (1913-1914)



Handel und Dienstleistungen

1. Postamt (1883-1885)
2. Hotel „Adler“ (1894-1896)
3. Restaurant mit Theatersaal (1901)
4. Fleisch- und Fischmarkthalle (1904-1906)
5. Warenhaus Conitzer & Söhne (1910-1911)
6. Warenhaus Brandt (1910-1911)



Kommunale Einrichtungen

1. Schlacht- und Viehhof (1893-1910)
2. Wasserturm (1898-1899)
3. Pumpwerk (1900)
4. Stadtgaswerk (ca. 1900)
5. Hauptfeuerwache (1911-1912)



Industrie

1. Maschinenfabrik von Hermann Löhnert
2. Maschinenfabrik von Carl und Wilhelm Blumwe
3. Handelsunternehmen von Eisenerzeugnisse von Ludwig Kollwitz

4. Pumpenfabrik und das Werk für Brunnenbohrung von Heinrich Lund
5. Ziegelbrennerei von L. Bollmann
6. Gerberei von Ludwig Buchholz
7. Färberei von Wilhelm Kopp
8. Dampfmühle von Wilhelm Bärwald
9. Rother Mühle
10. Camphausen Mühle
11. Dampfmühle von Max Krüger
12. Druckerei von Friedrich Grünauer
13. Bierbrauerei von Julius Strelow
14. Spiritusaffinerie von Carl August Franke
15. Rum- und Likördestillationsanlage von Max Krüger



Militärgebäude

1. Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 148 (1873)
2. Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 14 (1874-1876)
3. Kaserne des Dragoner-Regiments Nr. 3 (1883-1884)
4. Kaserne des Feld-Artillerie-Regiments (1883-1885)
5. Kaserne des Fußartillerie-Regiments (1913)



Denkmäler

1. Statue von Friedrich II. (1862)
2. Kreis-Kriegerdenkmal für die Gefallenen der Einigungskriege (1880)
3. Statue von Wilhelm I. (1888)
4. Büste von Balthazar Schönberg von Brenckenhoff (1894)
5. Grabdenkmal von Theodor Gottfried von Hippel (1900)
6. Sinfultbrunnen (1904)
7. Bogenspannerin (1910)
8. Bismarckturm (1913)



Sakralbauten

1. Gotteshaus der katholisch-Apostolischen Gemeinde (1864)
2. Paulskirche (1872-1878)
3. Synagoge (1882-1884)
4. Sakral- und Wohnbauten der Baptisten (1883)
5. Christuskirche (1806-1897)
6. Kreuzkirche (1901-1903)
7. Evangelische Kirche (1904-06)
8. Evangelische Kirche (1904-1906)
9. Martin-Luther-Kirche (1906)
10. Evangelische Kirche (1906-1912)
11. Trinitatiskirche (1910-1912)
12. Kosciol Jana Apostola (1912-1913)
13. Herz-Jesu-Kirche (1910-1913)



Verwaltungsgebäude

1. Königliche Direktion der Ostbahn (1886-1889)
2. Land- und Amtsgericht (1903-1906)
3. Landratsamt (1904-1906)



Banken

1. Königliche Bank (1863-1864)



Bildung und Wissenschaft

1. Städtische Realschule (1858)
2. Evangelisches Lehrerseminar (1867-1872)
3. Bürgerschule (1872)

4. Blindenanstalt (1872-1879)
5. Städtische mittlere Töcherschule (1875-1878)
6. Königliches Gymnasium (1876-1877)
7. Volksschule (1879)
8. Volksschule (ca. 1880)
9. Höhere Mädchenschule (1882-1884)
10. Volksschule (1887-1888)
11. Volksschule (1890-1892)
12. Volksschule (1896-1898)
13. Volksschule (1900-1902)
14. Kaiser Wilhelms Institut für Landwirtschaft (1904-1906)
15. Ober-Real-Schule (1905-1906)
16. Bromberger Konservatorium der Musik (1905-1906)
17. Katholisches Lehrerseminar (1905-1907)
18. Bürgerschule (1908-1910)
19. Königliche Preussische Handwerker- und Kunstgewerbeschule (1910-1911)
20. Kriegsschule (1913-1914)



Gesundheit und Wohlfahrt

1. Militärkrankenhaus (1850-1852)
2. Stadtkrankenhaus (1878)
3. Luisen-Stift (1884)
4. Bürgerstift (1885)
5. Diakonissenanstalt (1884-1885)
6. St.-Florian-Kinderkrankenhaus (1886)
7. Krankenabsonderungshaus (1888-1889)
8. Blindenheim (1899-1901)
9. Dietz-Waisenhaus (1905-1907)
10. Diakonissenhaus (1906)
11. Auguste-Viktoria-Heim (1908-1909)
12. Waisenheim (1914)

den Schein historischer Kontinuität der deutschen Kultur im Osten zu geben. Ein „germanischer“ bzw. „deutscher“ Charakter der sichtbaren Stadtarchitektur sollte die gesellschaftlich-politische Entwicklung unterstreichen, ja zentral in der alltäglichen Wahrnehmung zum Ausdruck bringen. Zu den für diese Richtung repräsentativsten Beispielen gehört das Postamt, das etappenweise (1883-1885 und 1896-1899) realisiert wurde.⁴⁶ Neugotik war aber nicht die einzige Möglichkeit, die nationale Idee auszudrücken. Das frühere Klarissenkloster, das 1878 zu einem Krankenhaus umgebaut wurde, erhielt die Gestalt des niederländischen Manierismus, der in der deutschen Architektur dieser Zeit nicht nur populär war, sondern ebenfalls als ein nationaler Stil gedeutet wurde, nämlich als den der „deutschen Renaissance“.⁴⁷ In dem von Heinrich Seeling projektierten Stadttheatergebäude (1894-1896) wurden wiederum die Fassaden im Zuge eines synkretistischen Historismus völlig beliebig komponiert; der nationale Anspruch äußerte sich hier in der plastischen Dekoration.⁴⁸

⁴⁶ Piotr Winter, Dawne bydgoskie budynki pocztowe i z poczta związane [Die ehemaligen Bromberger Postbauten], Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu 2:1, 1997, S. 17-43, hier S. 22.

⁴⁷ In demselben Stil wurde auch das Gebäude der Königlichen Direktion der Ostbahn gestaltet. Solche Ausführungen waren dank der in dieser Zeit verbreiteten Veröffentlichungen bekannt, u.a. Karl Emil Otto Fritsch, Denkmäler Deutscher Renaissance, Berlin 1891. Vgl.: Paul Spies, Königliche Akademie in Posen. Festschrift zur Einweihung des Neubaus am 18. Januar 1910, Posen 1910, S. 37.

⁴⁸ Vgl. Daria Brezewska-Kulesza, Bydgoskie realizacje Heinricha Seelinga [Die Bromberger Ausführungen von Heinrich Seeling], Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu 4:1, 1999, S. 15-38, hier S. 22.

Misserfolge in der Stadtentwicklung

Das größte, von der Stadtverwaltung bis zum Ersten Weltkrieg unbewältigte Problem stellte die Inkorporation der Vorstädte dar. Diese Etappe des Gestaltungsprozesses des modernen Brombergs wurde erst durch die Eingliederung dieser Gebiete in die Zentralstadt nach 1920 beendet. Obwohl die Vorstädte, insbesondere Schleusenau, Printzenthal und Schwedenhöhe, schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen immer städtischeren Charakter annahmen und ihre Verbindungen mit Bromberg immer enger wurden, stießen die Bemühen der Gemeinden um ihre Eingemeindung auf die Ablehnung des Magistrats.⁴⁹ Die Konsequenzen dieser Haltung den ärmeren Vororten gegenüber, die zudem überwiegend von Polen bewohnt wurden, waren fatal: Es kam zu einer chaotischen Raumentwicklung im Bromberger Ballungsgebiet und das Straßennetz blieb in den Vorstädten völlig unreguliert, da dort keine organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten zur Entwicklung einer modernen Stadtinfrastruktur existierten. Die Bromberger Oberbürgermeister waren zudem den Polen gegenüber meist negativ eingestellt. Im Ergebnis zeigt sich eine klare politische und ethnisch-konfessionelle Segregation der Stadtentwicklung, denn die geordneten und finanziell gut ausgestatteten Transformationsprojekte betrafen grundsätzlich Gebiete, die von Deutschen bewohnt wurden. Erst 1907, dank den Bemühungen des letzten Oberbürgermeisters vor dem Weltkrieg, Paul Mitzlaff, änderte die Stadtverwaltung ihren Standpunkt und stellte selbst einen Antrag der Eingliederung der Vorstadtgemeinden⁵⁰, und einige Jahre später beauftragte man Stübben mit der Erarbeitung eines Generalplans der Stadtbebauung. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs gelang es indes weder, die Verhandlungen mit den Teilgemeinden abzuschließen, noch den Generalplan zu entwickeln. Die Vororte entwickelten sich also selbstständig, was bei ihrer Eingliederung 1920 der neuen polnischen Verwaltung eine Reihe Probleme bereitete.

Akteure: Stadtverwaltung und Einwohner im Gestaltungsprozess der Stadt

Die stadtplanerische und architektonische Entwicklung der Stadt war in erster Linie das Verdienst der Stadtbehörden. Eine besonders relevante Rolle spielten hier wie anderswo die Oberbürgermeister. In Anbetracht des Verwaltungsrangs der Stadt wurden mit dieser Funktion gründlich ausgebildete, im öffentlichen Dienst erfahre-

⁴⁹ Vgl. Wajda, Przemiany, S. 506.

⁵⁰ Daria Breczewska-Kulesza, Agnieszka Wysocka, Plany zagospodarowania Skrzetuska i Bielaw [Die Raumordnungspläne von Schrottersdorf und Bleichfelde], Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu 10:1, 2005, S. 48-58, hier S. 48.

ne und deswegen in den europäischen Problemen gut orientierte Personen betraut. Alle Bromberger Oberbürgermeister und Bürgermeister waren Deutsche, die in der Regel aus den Ostgebieten des Reiches stammten. Alle zeichneten sich durch eine Universitätsausbildung aus (meistens und typischerweise Jura).⁵¹ Sie gaben der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt den Vorrang, waren auch Initiatoren vorbildlicher Projekte. Die Entscheidung über die Eingliederung von Bromberg in das Netz der preußischen Ostbahn etwa zählt zu den Verdiensten von Friedrich Heyne (Oberbürgermeister 1845-1856). Er investierte viel Energie und Hartnäckigkeit, um die hiesigen Regierungsbehörden mit dem Regierungspräsidenten Hans von Schleinitz (Regierungspräsident 1842-1849) an der Spitze von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieser Investition zu überzeugen.⁵² Heynes Nachfolger, Karl von Foller (Oberbürgermeister 1857-1869), vorher Regierungsbeamter in Frankfurt an der Oder und Posen, spielte eine führende Rolle in der Entwicklung des Wohnungsbaus; auf seine Anregung führte man zudem die öffentliche Gasversorgung ein.⁵³ Hugo Braesicke (Oberbürgermeister 1890-1898) ging als Initiator des Baus des Stadtwasserwerks und der Kanalisation sowie der Elektrifizierung der Straßenbahn (1896) in die Stadtgeschichte ein.⁵⁴ Wichtig ist auch die Rolle, die im Kontext der Raumentwicklung Brombergs Alfred Knobloch als Oberbürgermeister von 1899 bis 1910 spielte. Mit seiner im öffentlichen Dienst gesammelten Erfahrung konnte er sich wirksam um die Unterstützung aus staatlichen Mitteln bemühen, die für die Initiierung vieler Investitionen unentbehrlich waren. Zu seinen Verdiensten gehörten der Ankauf der östlich des Zentrums gelegenen Gebiete, die Begrünungsprojekte und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft. Ein gelungenes Unternehmen Knoblochs war außerdem der Ausbau des Wasserleitungs- und Kanalisationsnetzes; schließlich spielte er eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Villenkolonie Bleichfelde.⁵⁵

Neben den Oberbürgermeistern waren die Stadtbauräte bedeutende Akteure. Die dieses Amt bekleidenden Personen beaufsichtigten alle Bautätigkeiten im Stadtgebiet. In der Zeit der intensivsten Stadtentwicklung waren drei Stadtbauräte tätig: Heinrich Grüder (1871-1877), Wilhelm Lincke (1878-1885) und Carl Meyer (1886-1912). Beim Antritt ihres jeweiligen Dienstes in Bromberg verfügten sie über eine ausgezeichnete Vorbereitung und Erfahrung: Grüder hatte 1860 in Wien gearbeitet,

⁵¹ Vgl. Marek Romaniuk, *Burmistrzowie miasta Bydgoszczy 1815-1919* [Die Bürgermeister von Bromberg 1815-1919], *Kronika Bydgoska* 11:1, 1989, S. 279-291, hier S. 285.

⁵² Stanisław Błazejewski/Janusz Kutta/Marek Romaniuk, *Bydgoski Słownik Biograficzny* [Das Bromberger biographische Lexikon], Bd. 1, Bydgoszcz 1994, S. 57-58.

⁵³ Ebd., S. 60-62.

⁵⁴ Ebd., Bd. 2, Bydgoszcz 1996, S. 44-46.

⁵⁵ Ebd., Bd. 5, S. 79-81.

Lincke hatte die Königliche Bauakademie in Berlin abgeschlossen und im dortigen Zentralen Bauamt gewirkt. Meyer hatte an der Technischen Hochschule in Hannover studiert, wo er später im dortigen Technischen Büro der Königlichen Eisenbahn-Commission beschäftigt war und dem Architektenverein angehörte. Den größten Einfluss auf die Architektur und Stadtplanung von Bromberg hatte sicherlich Meyer, der als Experte großes Ansehen im Magistrat genoss. Neuen Erscheinungen in Architektur und Stadtplanung stand Mayer aufgeschlossen gegenüber, in den Jahren 1885-1886 gehörte er zum Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hannover. 1908 nahm er an einem Kurs in Posen zum Thema der Stadtplanung teil, wo u.a. Stübben auftrat.⁵⁶ Man kann also vermuten, dass die Kontakte mit Stübben bei der Fortführung der Entwicklungspläne für Bromberg dank Mayer bestanden.

Auf die Entwicklung der Stadt, ihre Architektur und vor allem Ästhetik des Stadtraums hatten auch die Einwohner der Stadt einen beachtlichen Einfluss. Insbesondere galt dies für die Beamten, die aus allen Gebieten des Königreichs Preußen herbeiströmten, um eine Anstellung in den neuentstandenen staatlichen Institutionen zu finden. Ihre Gewohnheiten und Ansprüche beeinflussten die kulturelle Entwicklung der Stadt. Viele von ihnen gehörten dem 1832 bis 1898 tätigen *Verschönerungs-Verein zu Bromberg* an. Ziel des Vereins war die Sorge um das Aussehen der Stadt, das durch die Bepflanzung der Straßen mit Bäumen sowie Einrichtung von Parks, Gärten und Vorgärten erreicht werden sollte. Es war also nicht nur der Einfluss der Gartenstadtbewegung von außen, sondern auch lokale Initiative, die zur Belebung der Stadt führte. Im Zenit seiner Tätigkeit versammelte der Bromberger Verein ca. 180 Mitglieder, unter ihnen Mitglieder polnischer Abstammung sowie Vertreter der polnischen Besitzerfamilien. Eine solche ethnische Mischung war selten und bemerkenswert, hielten sich Polen und Deutsche doch gewöhnlich in ihren jeweils eigenen Vereinen getrennt auf.⁵⁷ Unter den Vorsitzenden des Vereins ragten die Regierungspräsidenten hervor: Carl von Wissmann, Hans von Schleinitz, Julius von Schleinitz sowie den hinsichtlich der Stadtbegrünung nach europäischen Maßstäben sehr aktiven Johann Naumann. Zu diesem Zwecke kam es zur Zusammenarbeit mit bekannten Spezialisten, u.a. mit Peter Joseph Lenné, dem

⁵⁶ Bogna Derkowska-Kostkowska, Miejscy radcy budowlani w Bydgoszczy w latach 1871-1912 [Die Bromberger Stadtbauräte in den Jahren 1871-1912], *Materiały do Dziejów Kultury i Sztuki Bydgoszczy i Regionu* 12:1, 2007, S. 11-22, hier S. 12-18.

⁵⁷ Vgl.: Witold Molik, *Przemiany w strukturze narodowosciowej i społecznej wielkich właścicieli ziemskich w Poznanskiem od konca XVIII do poczatku XX wieku* [Die Wandlungen in der nationalen und sozialen Struktur der Großgutsbesitzer im Posener Gebiet seit dem Ende des 18. Jh. bis zum Anfang des 20. Jh.], in: Włodzimierz Stepinski (Hrsg.), *Szlachta i ziemianstwo polskie oraz niemieckie w Prusach i Niemczech w XVIII – XX w.* [Der polnische und deutsche Landadel in Preußen und Deutschland im 18.-20. Jh.], Szczecin 1996, S. 162-175.

Direktor der Potsdamer Gärten und dortigem Königlichen Gärtnerlehranstalt, der die Funktion des Ehrenvorstands des Vereins innehatte. Lenné führte u.a. das Projekt der Gartenanlage in dem nahegelegenen Ostromecko aus. Absolvent der Potsdamer Schule war Johann Larass, der seit 1864 in Bromberg ansässig war, und einige Hundert Gärten und Stadtdekorationen im Raum Preußen gestaltete. Seine Tätigkeit in Bromberg setzten seine Söhne Georg und Ernst fort; der letzte war u.a. für die Grünplanung am Weltzienplatz (poln. plac Wolnosci) zuständig, d.h. an einem der repräsentativen Stadtplätze Brombergs.⁵⁸

Fazit

Im Jahre des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs war Bromberg eine moderne Stadt mit Großstadtcharakter, auch wegen des Anschlusses an das überregionale Eisenbahnnetz und der modernen Leistungsverwaltung. Mit ihren 58.000 Einwohnern im Jahre 1914 gehörte die Stadt zwar nicht zu den Metropolen, doch die Dynamik ihrer Entwicklung sowie das Tempo der Industrialisierung und des Bevölkerungswachstums bewegten sich auf hohem Niveau. Die Fortschrittlichkeit der Stadt zeigte sich in zahlreichen Kultur- und Bildungsinstitutionen, in seinen Theatern und Kinos, vor allem aber in seinen zeitgemäßen und örtlich fortentwickelten Städtebaukonzepten. Aufgrund der freien Baugelände konnten diese ohne Hindernisse verwirklicht werden, gleichzeitig konnten durch den überschaubaren Umfang der Stadt und die weniger drastische soziale Schichtung der Gesellschaft (u. a. Fehlen des großen Patriziats) Fehler vermieden werden, wie sie woanders auftraten. Sofern also in Paris oder Berlin die Pathologien der Städtebauprozesse des 19. Jahrhunderts als ein Ausgangspunkt für die Reformideen galten, ist die Anwendung dieser Ideen in Bromberg, wo der Entwicklungshöhepunkt erst auf die Jahrhundertwende fiel, zuvörderst als Ausdruck der Ambition der Stadeliten in Richtung großstädtischer Modernität zu betrachten. Davon zeugt u. a. die Vergabe von wesentlichen Aufgaben der Stadtplanung an eine der größten Autoritäten – Joseph Stübßen; außerdem betraute die Stadt bei vielen weiteren bedeutenden Projekten andere bekannte Berliner Architekten. Diese Entwicklung wäre unmöglich ohne das persönliche Engagement vieler einzelner Personen gewesen – Oberbürgermeister, Stadträte sowie Einwohner der Stadt, insbesondere die Mitglieder des Verschönerungs-Vereins zu Bromberg. Dank ihren Bemühungen wurden in großem Ausmaß neue Ideen eingeführt, etwa die Gartenstadtidee, die – nach dem Ersten Weltkrieg weiterentwickelt –

⁵⁸ Marek Badtke, Zielone miasto Bydgoszcz [Die grüne Stadt Bromberg], Bydgoszcz 2007; Rajmund Kuczma, Zielen w dawnej Bydgoszczy [Das Grün im alten Bromberg], Bydgoszcz 1995.

zur Folge hatte, dass Bromberg (Bydgoszcz) als die grünste Stadt der Zweiten Polnischen Republik galt.

Michał Pszczółkowski, Universität zu Zielona Góra, mipszcz@gmail.com

Abbildungsnachweis:

- 1) Karte aus den Sammlungen der Voivodschafts- und Stadtbibliotek Bydgoszcz, (Wojewódzka i Miejska Biblioteka Publiczna w Bydgoszczy)
- 2) Bearbeitung des Autors
- 3) Karte aus den Sammlungen der Voivodschafts- und Stadtbibliotek Bydgoszcz (Wojewódzka i Miejska Biblioteka Publiczna w Bydgoszczy)
- 4) in: Z. Hojka, Dawna Bydgoszcz w fotografii, Bydgoszcz 2002, s. 120.
- 5) in: Z. Hojka, Dawna Bydgoszcz w fotografii, Bydgoszcz 2002, s. 128.
- 6) in: Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft in Bromberg, Zeitschrift der Bauwesen 1907, Jahrg. LVII (Atlas), S. 44.
- 7) Postkarte aus den Sammlungen des Autors
- 8) Bearbeitung des Autors

Wolkenkratzer, Medien-Öffentlichkeiten und Amerikanismus im frühen 20. Jahrhundert

Gewiss, viel ist schon über die 377 amerikanischen Wolkenkratzer mit mehr als 20 Stockwerken (Stand 1929) geschrieben worden, wobei den 188 Hochhäusern, die damals allein in New York City standen, besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde.¹ Seltener im Rampenlicht der Forschung standen dagegen die Diskurse über Architektur in den damaligen über das ganze Land verbreiteten Medien, insbesondere den meinungsbildenden Zeitschriften (*journals of opinion*). Hierin sowie durch Ausstellungen, Fotografien, Filme und Bücher wurden die Wolkenkratzer Teil der für die Allgemeinheit geschaffenen Medien-Öffentlichkeiten (1). Die Qualitätsmagazine stellten vor allem Fragen danach, ob Wolkenkratzer als Kunst einzuschätzen seien, welche Bedeutung diesen Gebäudetypen für einen urban-nationalen Amerikanismus zukomme (2) und wie die neuen Großbauten unter transatlantischer Vergleichsperspektive bewertet werden sollten (3).²

¹ Zahlen in Hugh Ferriss, *The Metropolis of Tomorrow* [1929], Princeton 1986, S. 50. Zur Einführung siehe u.a. Carol Willis, *Skyscraper Utopias: Visionary Urbanism in the 1920s*, in: Joseph J. Corn, *Imaging Tomorrow. History, Technology, and the American Future*, Cambridge, Mass. 1988, S. 164-187; Thomas A.P. van Leeuwen, *The Skyward Trend of Thought. The Metaphysics of the American Skyscraper*, Cambridge, Mass. 1988. In den heutigen Architekturvisionen spielen Wolkenkratzer nach wie vor eine wichtige Rolle. Siehe James Holloway, *Envisioning the urban skyscraper of 2050*, <http://arstechnica.com/science/2013/02/envisioning-the-urban-skyscraper-of-2050/>, (Zugriff 18.2.2013); Rem Koolhaas, *Delirious New York. A Retroactive Manifesto for Manhattan*, London 1978. Auf die heutige und zukünftige Zunahme der globalen Bedeutung von Wolkenkratzern nicht nur als Machtsymbole, sondern auch als Komponenten eines ökologisch orientierten, wenig Raum beanspruchenden und kommunikativ ausgerichteten Urbanismus kann hier nicht näher eingegangen werden. Einführend: Inaki Abalos, *Verticalism (The Future of the Skyscraper)*, in: Mohsen Mostafavi (Hg. mit Gareth Doherty), *Ecological Urbanism*, Karlsruhe 2010, S. 610-615.

² Der zeitgenössische Begriff *Americanism* blieb immer vage und war nicht frei von Zirkelschlüssen dergestalt, dass all das als Amerikanismus bezeichnet wurde, was als typisch amerikanisch galt, wobei die politischen (teils religiös fundierten) Grundwerte verhaltenssteuernd wirken sollten. Einführend: Michael Kazin/Joseph A. McCartin, *Introduction*, in: Dies. (Hrsg.), *Americanism. New Perspectives on the History of an Ideal*, Chapel Hill 2006, 1-22.

„Still we miss the furniture style of today, but with the skyscraper, the modern car, and the correct appreciation of the materials as an accomplished fact, we have a right to be confident and to expect the new style's birth in America.“³ Johan Bull, der Verfasser dieser Zeilen aus dem Jahr 1925, war ein in den USA lebender Künstler norwegischer Herkunft. Und er ergänzte: „Let everything be genuine is the slogan of today“. Hierbei spielte die urbane Architektur, insbesondere die der Wolkenkratzer, eine namhafte Rolle: “[...] we hold them [the skyscrapers] to the world as our characteristic achievement in art [...]“.⁴

Zwar nahmen die USA in den Bereichen der Ökonomie und Weltpolitik spätestens nach dem Ersten Weltkrieg eine Spitzenposition ein, auf kulturell-künstlerischem Gebiet hinkten sie jedoch nach eigenen und fremden Einschätzungen hinterher. Während einige namhafte Schriftsteller und Künstler frustriert die Vereinigten Staaten verließen und als *Expatriates* in Europas Städten lebten und wirkten, verblieben andere Künstler und Intellektuelle trotz aller Selbstkritik und Selbstzweifel im Lande und diskutierten intensiv darüber, wie die USA ihr kulturell-künstlerisches Niveau heben und etwas ganz Eigenes, eben etwas Amerikanisches, schaffen könnten.⁵ Obwohl die Vorstellungen, wie ein solches Ziel zu erreichen war, zum Teil weit auseinanderklafften, bestand im *kulturellen Nationalismus* ein gemeinsamer Nenner.⁶ Und viele seiner Protagonisten landeten bei ihrer Suche nach national-kultureller Identität früher oder später bei den Wolkenkratzern und deren Eignung als weitläufige Projektionsflächen.⁷

Kultureller Nationalismus ist ein zeitgenössischer Begriff, der die national-amerikanische Identitätssuche auf Kultur und Kunst fokussiert. Er unterscheidet sich vom ethnisch-rassistischen Nationalismus ebenso wie vom nativistischen, politischen und patriotischen Nationalismus jener Zeit. Während der Begriff in der historiografischen Forschung zwar stets vorhanden, aber nicht besonders akzentuiert worden ist, spielt er in der Architekturforschung mittlerweile eine herausgehobene Rolle. Im Fokus steht die Bedeutungszunahme dieses Phänomens gerade in der globalisierten Welt. So wird in zahlreichen Ländern der Welt versucht, nationales Bewusstsein und nationale Besonderheiten durch ausgewählte Narrative und Bilder

³ Johan Bull, Has America a National Style, in: The Forum (April 1925), S. 552-554, hier S. 554. Das war auch die Ansicht des recht bekannten amerikanischen Historikers James Truslow Adams, Vgl. James Truslow Adams, Our Changing Characteristics, in: The Forum (Dez. 1930), S. 321-328, hier S. 323.

⁴ Bull, America.

⁵ Das ist ein Punkt, der zusammen mit der transatlantischen Kommunikationskultur im Mittelpunkt meines Buches über die USA steht: Amerikanismus. Kulturelle Abgrenzung von Europa und US-Nationalismus im frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 2013.

⁶ Dazu siehe ebd., 6. Kapitel.

⁷ Carol Willis, Drawing Towards Metropolis (= Nachwort in: Ferriss, Metropolis), S. 148-187, hier S. 164f.

über Geschichte, Traditionen und Artefakte des Landes wachzuhalten und zu stärken. Solche Tendenzen sind an sich zwar keineswegs neu und auch nicht auf eine bestimmte Nation bezogen, sie unterliegen aber in jedem Land einer anders zusammengesetzten Selektion; zudem werden sie jeweils nationsspezifisch kontextualisiert, historisiert und zeitspezifisch gewichtet.⁸

1. *Wolkenkratzer und urbane Medien-Öffentlichkeiten*

Diskussionen über Kunst und Architektur im Allgemeinen und über Wolkenkratzer im Besonderen spielten sich im frühen 20. Jahrhundert nicht mehr allein unter Architekten ab, sondern interessierten auch viele Menschen anderer Berufsgruppen.⁹ Leo Solon, der durch seine publizistische Tätigkeit in der Öffentlichkeit bekannt war, prognostizierte: „[...] the future of architecture has become a matter of public concern”.¹⁰ Rollo Walter Brown, bekannter Schriftsteller aus Ohio, konstatierte ebenfalls, dass die Architektur in der öffentlichen Meinung eine immer größere Rolle spiele, und zwar im ganzen Land: „Not only hundreds of thousands of readers, but millions see periodicals each month which print drawings and evaluations of all types of houses which might interest a prospective builder.”¹¹

Zwar führte das Interesse für die Architektur aller Haustypen nicht automatisch zu einem besonderen Interesse an Wolkenkratzern, doch diese waren bereits in den Köpfen der meisten Amerikaner und Amerikanerinnen fest verankert. Der überwältigende Eindruck, den die Bauten auf jeden Betrachter ausübten, machte diese zu einem außergewöhnlichen Anziehungspunkt, wie auch die Redaktion der Zeitschrift *The Nation* feststellte.¹² Insbesondere stachen Höhe und Größe der Gebäude sowie deren räumliche Konzentration ins Auge.¹³ Die Attraktion der Wolkenkratzer resultierte zudem aus deren reichhaltigen Deutungsmöglichkeiten. So ließen sich

⁸ Siehe Mark Jarzombek, *The Metaphysics of Performance – Curating Critical Impossibilities*, in: *Log* (2011), 125-135, hier S. 125. In diesem Zusammenhang sind auch die um 1900 gezielt vorgenommenen Bestrebungen zur Herausbildung einer *vernakularen Moderne* zu verorten.

⁹ Vgl. Warren I. Susman, *Culture as History. The Transformation of American Society in the Twentieth Century*, New York/Washington, D.C. 1985, S. 116; vgl. Charles C. Alexander, *Here the Country Lies. Nationalism and the Arts in Twentieth-Century America*, Bloomington, Indiana 1969, S. 70; Zona Gale, *The United States and the Artist*, in: *The Nation* (Juli 1925), S. 22-23, hier S. 23. Zu frühen Magazin-Artikeln aus den 1890er Jahre siehe die Hinweise bei van Leeuwen, *Skyward Trend*, S. 84.

¹⁰ Zit. nach Willis, *Drawing*, S. 161; vgl. auch Johann N. Schmidt, *Wolken-Kratzer. Ästhetik und Konstruktion*, Köln 1991, S. 19.

¹¹ Rollo Walter Brown, *The Creative Spirit and Art*, in: *Harper's Magazine* (Februar 1925), S. 343-350, hier S. 347.

¹² o.V., *Skyscrapers*, in: *The Nation* (Sept. 1931), S. 324.

¹³ Ferris, *Metropolis*, S. 62.

Assoziationen zum Streben nach Höherem, zu Mut, Energetik und einer Freude an Überschüssigem ziehen. Einige Bauwerke, vor allem das Woolworth-Gebäude, ähnelten Kathedralen, die auf Kommerz und Konsum ausgerichtet waren.¹⁴ Sie vermittelten den Glauben an wirtschaftlichen Fortschritt und nationale Größe. Wolkenkratzer waren ferner Symbole für die unbegrenzten Möglichkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, für den Aufstieg urbaner Angestellten-Bürokratie sowie für urbanisierte Demokratie und Individualität, die ihrerseits Kernelemente der politischen Kultur des Landes ausmachten. Phantasien bezogen sich sowohl auf moderne Märchenwelten als auch auf technikbezogene Bedrohungsszenarien. Hochhäuser galten schließlich auch als Ausdruck „viriler Kraft“ sowie „jugendlicher Vitalität“ des Landes.¹⁵ Und einige Betrachterinnen mögen manchen Wolkenkratzer zudem als einen übergroßen Phallus gedeutet haben.

Neben der Höhe und Größe der einzelnen Gebäude war es die Skyline, die beeindruckte und Bewunderung auslöste (*thrill of admiration*)¹⁶, zumal auch die weiterentwickelte Fotografie der Öffentlichkeit glanzvolle Bilder zur Verfügung stellte. Besonders faszinierte die nächtlich beleuchtete Skyline, vor allem wenn durch das Anstrahlen der Gebäude in verschiedenen Farben eine spezifische „Architektur der Nacht“ erzeugt wurde.¹⁷ Die Wolkenkratzer sollten allerdings nicht nur aus der Ferne, sondern auch von Nahem schön aussehen. Rollo Walter Brown bemerkte dazu in der Zeitschrift *Harper's Magazine*: „Men want buildings and they want them high; but they also want them good-looking. They intrust their ideas to an architect, who proposes a tower like skyscraper, which, despite all the scoffing of Europeans at the characteristic American skyline, must in the recent developments be regarded as an object of beauty and majesty.“¹⁸

Doch zur Faszination gesellte sich bei den Betrachtern der Wolkenkratzer nicht selten ein Unheimlichkeitsgefühl. Der Vergleich mit Babylon machte die Runde.

¹⁴ Das 1899 im historistischen Stil erbaute Woolworth-Gebäude erhielt aufgrund seiner Ästhetik und Funktion den Beinamen „Kathedrale des Konsums“.

¹⁵ Louis Sullivan, Edwin Avery Park und John Wellborn Root (1932), zit. nach Schmidt, *Ästhetik*, S. 51, 67. Typischerweise befand sich keine Frau im Kreise der Bauherren. Zur Bedeutung des Faktors *Größe* in der amerikanischen Gesellschaft siehe Michael Tavel Clarke, *These Days of Large Things. The Culture of Size in America, 1865-1930*, Ann Arbor 2007; vgl. auch Anke Köth, „America and Skyscrapers are Synonymous Terms“. Zur Bedeutung des amerikanischen Hochhausbaus in den 1920er Jahren, in: dies./Anna Minta/Andreas Schwarting (Hrsg. in Zusammenarbeit mit Georg Lippert), *Building America. Die Erschaffung einer neuen Welt*, Dresden 2005, S. 303-330.

¹⁶ So Wilbur Cortez Abbott, *Is America Civilized?*, in: *The Forum* (Oktober 1925), Kurzform in: *The Reader's Digest* (November 1925), S. 413-414, hier S. 413.

¹⁷ Ausdruck von Wassili Luckhardt, nach Dietrich Neumann, „Die Wolkenkratzer kommen!“ *Deutsche Hochhäuser der 1920er Jahre: Debatten, Projekte, Bauten*, Braunschweig 1995, S. 80.

¹⁸ Brown, *Creative Spirit*, S. 347.

War New York ein Neu-Babylon? D.W. Griffith verarbeitete 1916 dieses Unbehagen in seinem Film *Intolerance* und setzte den Fall von Babylon in eine bewegte Bildersprache um. Zwar war dieser Film kein besonders großer kommerzieller Erfolg, doch auffällig ist, dass damals eine Reihe von Drehbuchautoren biblische Themen wählte, in denen Dekadenz-Erscheinungen eine Rolle spielten. Derartige Gefühle steigerten sich auch durch Fritz Langs Film *Metropolis* (1925/1926), der 1927 einem großen New Yorker Publikum gezeigt wurde.¹⁹ Fritz Lang übersetzte die Spaltung der Bevölkerung in schwer schuftende Sklavenarbeiter und stark ausschweifende Unternehmer in die Zeichensprache einer städtisch-modernen, durch Wolkenkratzer geprägten Raumkonfiguration, die zudem von einer rationalisierten Zeitmessung durchdrungen war.²⁰ Und in der Werbung erschienen die Gebäude generell höher als sie in Wirklichkeit waren.²¹

Kein Wunder, dass auch Publizisten zusammen mit Architekten über die bauliche Entwicklung der amerikanischen Großstädte samt Wolkenkratzern in allgemein zugänglichen Magazinen diskutierten. Magazine nutzten nicht selten die Möglichkeiten, Neuerscheinungen zu rezensieren, nachdem sich seit der Gründung der *New York Times Book Review* im Jahr 1896 die Rezensionskultur im Lande schrittweise verbessert und ausgebreitet hatte.²² Zeitschriftenredaktionen, wie etwa in *The Nation* und *The New Republic*, baten immer häufiger angesehene Publizisten, nicht zuletzt Bücher über Architektur zu besprechen. Henry Hazlitt, Ökonom, Philosoph und Journalist, würdigte beispielsweise das Buch von Sheldon Cheney *The New World Architecture* (1930) in der Zeitschrift *The Nation* als das Werk, das die neue Weltarchitektur bislang am besten darstelle.²³

Nicht nur Bücher, auch Gebäude wurden in meinungsbildenden Zeitschriften einer Begutachtung unterworfen, so der News-Wolkenkratzer in New York, für den vor allem Raymond Hood verantwortlich zeichnete. Rezensent Douglas Haskell, von 1929 bis 1942 ständiger Architekturkritiker der Zeitschrift *The Nation*, war von dem Bau nicht gerade begeistert. Insbesondere behagten ihm die vertikalen Streifen nicht, die durch die Anlage der Fenster erzielt wurden. Zudem monierte er, dass das Gebäude weder über eine Mitte noch über eine Spitze verfüge. Ihm mangle es

¹⁹ Willis, Drawing, S. 164.

²⁰ Näheres auch bei Neumann, S. 147ff.

²¹ Roland Marchand, *Advertising the American Dream. Making Way for Modernity 1920-1940*, Berkeley u.a. 1985, S. 258.

²² Hierzu und zum Folgenden siehe Ian Tyrrell, *Historians in Public. The Practice of American History, 1890-1970*, Chicago/London, 2005, S. 46f., 52.

²³ Henry Hazlitt, *Modern Architecture*, in: *The Nation* (Dez. 1930), S. 652-653, hier S. 653.

überdies generell an Kontur (Silhouette) und ausreichenden Rückstufungen (*set-backs*).²⁴

Nicht nur Printmedien, sondern auch diverse Ausstellungen vermittelten der Öffentlichkeit die von Wolkenkratzern dominierte Architekturentwicklung. So zeigte die im Jahr 1925 eröffnete Ausstellung *The Titan City, a Pictorial Prophecy of New York 1926-2026* im New Yorker John Wanamaker Department Store, die in Zusammenarbeit mit dem Architekten Harvey Wiley Corbett zustande kam, futuristische Zeichnungen von Hugh Ferriss, auf denen Wolkenkratzer im Zentrum standen. Auf der *Machine Age Exposition* 1927 in New York dominierten in der Abteilung über amerikanische Kunst ebenfalls Wolkenkratzer in Form von Modellen, Zeichnungen und Fotos.²⁵

Ferriss spielte in der öffentlichen Architekturwahrnehmung nicht nur durch Ausstellungen seiner Zeichnungen, sondern auch durch seine 1929 erfolgte Buchveröffentlichung mit dem Titel *The Metropolis of Tomorrow* eine bedeutsame Rolle, weil er hierin in wagemutigen Entwürfen Gegenwart und Zukunft miteinander verband. Das Buch erhielt in der Folgezeit zahlreiche positive Rezensionen und Stellungnahmen in der Presse und in Magazinen, wobei bemerkenswerterweise die *Große Depression* noch keine Beachtung fand.²⁶ Ferriss' Zeichnungen sowie deren Wiedergabe und Kommentierung in der Presse²⁷ führten dem Publikum nicht nur urbane Entwicklungsmöglichkeiten vor Augen, sondern machten die Öffentlichkeit auch mit diversen zeitgenössischen Charakteristika der Wolkenkratzer vertraut. Das gilt vor allem für die *Setbacks* der jüngeren Hochhausbauten, die aufgrund der Bauzonenordnungen erforderlich geworden waren²⁸ und fortan die Ästhetik der Wolkenkratzer mitbestimmen sollten.

2. *Wolkenkratzer als Kennzeichen genuin amerikanischer Stadtarchitektur*

Worin genuin amerikanische Stadtarchitektur bestünde und welcher Architekt diese mit seinen Werken am besten repräsentiere, das gehörte zu den Kernfragen der meinungsbildenden Magazine.²⁹ Louis H. Sullivan, um die Jahrhundertwende Hauptre-

²⁴ Douglas Haskell, Are the Stripes of the News, in: *The Nation* (Dez. 1930), S. 713; vgl. auch die ebenfalls gemischte Bewertung des Chrysler-Gebäudes von Douglas Haskell, Chrysler's Pretty Bauble, in: *The Nation* (Okt. 1930), S. 450-451. Haskell distanzierte sich auch vom viel gepriesenen Radiator-Hochhaus. Ders., Monumental Masses, in: *The Nation* (Nov. 1930), S. 561.

²⁵ Willis, Drawing, S. 168.

²⁶ Ebd., S. 174.

²⁷ Ebd., S. 166.

²⁸ Für New York wurde die Bauzonenverordnung im Jahr 1916 erlassen.

²⁹ Dieser Aspekt wird in der transatlantisch ausgerichteten Literatur vielfach marginalisiert, nicht so von

präsentant der auch in Europa vielgepriesenen Chicagoer Hochhäuser, und Frank Lloyd Wright, der mit seinen modern konfigurierten Einzelwohnhäusern brillierte, betrachteten sich selbst als die einzigen und wichtigsten Vertreter moderner (amerikanischer) Architektur.³⁰ In ihrer Suche nach einem Nationalstil (*national style*, *American style*)³¹ wollten sie einer Baukunst zum Durchbruch verhelfen, die sich von derjenigen Europas abgrenzte.³² Sullivans Chicagoer Hoch-Bauten mit sichtbar gebliebenen Stahlrahmen (entworfen nach dem Motto *form follows function*) waren Vorbilder für viele andere Gebäude im Lande.³³ Beide Architekten zeigten sich davon überzeugt, dass der in den USA beliebte Historismus endgültig obsolet sei. Gleichzeitig stieß bei ihnen auch die europäische Architekten-Avantgarde auf Vorbehalte. Frank Lloyd Wright betonte, dass sich seine Werke vom radikalen, maschinenfixierten Formalismus eines Le Corbusier und eines Gropius abgrenzten. Seine Bauvorhaben würden sich stattdessen durch mehr Bodenhaftung und Rücksichtnahme auf Naturressourcen auszeichnen und eine „organische Moderne“ auf der Basis „natürlicher“ Einfachheit (*„natural“ simplicity*) generieren, die als genuiner Ausdruck amerikanischer Architektur im Maschinenzeitalter zu gelten habe.³⁴ Schon allein der mit dem Namen Wright verbundene, auf Einzelwohnhäuser bezogene Begriff *Prärie-Stil* offenbarte unter transatlantischer Perspektive unwillkürlich die amerikanische Besonderheit.³⁵

Erst recht wurde den weithin sichtbaren Wolkenkratzern der 1920er Jahre das Potenzial zugeschrieben, eine genuin amerikanische Moderne auszudrücken. Doch die historistische Ornamentik vieler Hochbauten passte nicht in ein solches Bild. Zahlreiche amerikanische Architekten waren zwar sicherlich über die ästhetischen Vorlieben ihrer Auftraggeber nicht gerade erbaut, folgten jedoch häufig deren Wün-

Köth, America,

³⁰ Vgl. Alexander, Country, S. 102. Zu Sullivans Fremdeinschätzung als Schöpfer amerikanischen Nationalstils in der Architektur und zu Wrights Vorliebe für das Horizontale siehe auch van Leeuwen, Skyward Trend, S. 128, hier S. 146.

³¹ Zum Begriff *American style* siehe u.a. Fiske Kimball, What is Modern Architecture, in: The Nation (Juli 1924), S. 128-129, hier S.128.

³² Leonardo Benevolo, Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1, München 1978, S. 274; Mario Gandelsonas, X-Urbanism. Architecture and the American City, New York 1999, S. 26 (hier das Zitat von Manieri Elia).

³³ Albert Kahn prägte in dieser Bauweise die moderne Fabrikarchitektur, insbesondere durch den Bau der Highland Park-Fabrik von Henry Ford. Allerdings war gerade bei Fabrikbauten der europäische Einfluss (z.B. Fagus-Werk in Alfeld 1911) unübersehbar.

³⁴ Vgl. Cecilia Tichi, Shifting Gears. Technology, Literature, Culture in Modernist America, Chapel Hill/London 1987, S. 17 f.

³⁵ Zu denken ist an das Frederic C. Robie House und an den Oak Park in bzw. nahe Chicago. Kennzeichen waren im Innern offene Räume; das Äußere des Hauses markierte eine niedrig wirkende horizontale Linienführung.

schen nach historistischen Formen und Dekor. Architekt Henry S. Churchill beispielsweise bedauerte in einem Artikel in der Zeitschrift *The Nation* den ausgeprägten Hang zum Eklektizismus vieler Bauherren. Die Gebäude seien zwar strukturell gesehen modern, doch nicht in ästhetischer Hinsicht, was sich nach seiner Ansicht ändern müsse.³⁶ Ungleich positiver als die Hochhäuser mit historistischen Aufsätzen und Verzierungen beurteilten Fachöffentlichkeit und Publizisten die Art déco-Wolkenkratzer. Als die amerikanischen Architekten John Mead Howell und Raymond Hood 1923/1924 das Radiator-Gebäude in New York erstellten, das vergoldete Art déco-Verzierungen aufwies, bezeichneten namhafte Publizisten und Architekten dieses Gebäude als ein kühnes Modell einer neuen amerikanischen Architektur (*bold model of the new American architecture*).³⁷ Im Vergleich zu den vielfach noch üblichen historistischen Formelementen, mit denen Wolkenkratzer häufig ‚ausgestattet‘ wurden, erschienen die Art déco-Formen vielen Beobachtern offenbar als erstrangiges Kennzeichen eines urbanen „American modernism“. ³⁸ So pries Corbett das Radiator-Gebäude als Beweis einer sich herausbildenden Architektur (*an architecture is envolving*), die mit Blick auf Design und Struktur originär (*original*) sei. Eine solche Architektur müsse als typisch amerikanisch angesehen werden (*characteristically American*), insofern diese [zwar] zuvörderst zweckdienlich, [aber] auch schön sei (*useful first, then beautiful*).³⁹ Henry-Russell Hitchcock und Philip Johnson übten hingegen an allen Arten von Verzierungen Kritik. Die Ornamentik der Wolkenkratzer verdecke die grundlegende Leere, die ihren Baukörpern oftmals anhaftete (*essential emptiness of skyscraper composition*).⁴⁰ Die beiden Architekten plädierten sowohl für eine gute Ästhetik als auch für funktionsgerechtes Bauen⁴¹ und lobten diesbezüglich das 1930 von Raymond Hood erstellte McGraw-Hill Gebäude, weil es ohne jegliche dekorative Formen an seiner Spitze ausgekommen sei.⁴²

Während in der medialen Öffentlichkeit die Antwort auf die Frage, ob Wolkenkratzer per se als eine Art von Kunst zu gelten hätten, strittig blieb⁴³, stieß die An-

³⁶ Henry S. Churchill, *The New Architecture. Temples of Mammon Supersede Those of Ammon*, in: *The Nation* (Nov. 1923), S. 552-553.

³⁷ Willis, *Drawing*, S. 166.

³⁸ Douglas Haskell, *Decorative Modernism*, in: *The Nation* (März 1929), S. 354. Art déco-Bauten wurden auch als *modernistic* bezeichnet.

³⁹ Harvey Wiley Corbett, *New Heights in American Architecture*, in: *Yale Review* (Juli 1928), Kurzform in: *The Reader's Digest* (August 1928), S. 13-14, hier S. 14.

⁴⁰ Henry-Russell Hitchcock/Philip Johnson, *International Style* [1922], o.O. 1966, S. 37.

⁴¹ Ebd. Außerdem müssten die Wolkenkratzer über genügend Freiraum verfügen, um Überfüllungen bzw. Verkehrsstaus (*congestion*) zu vermeiden.

⁴² Ebd., S. 42f.

⁴³ Auf diesen Diskurs kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe zum Beispiel: o.V., *Does America Discourage Art? A Socratic Dialogue*, in: *The Forum* (April 1929), S. 232-237.

sicht, wonach die Hochhäuser als eine erstrangige amerikanische Erfindung zu werten seien, auf breite Zustimmung. Und das war vielen Architekten und Intellektuellen in ihrer Suche nach amerikanischer Identität und im dadurch bedingten Wettstreit mit Europa das wichtigste. Die Riesenbauwerke schienen bestens geeignet zu sein, die amerikanische Moderne und die neuartigen kulturellen Leistungen des Landes zur Schau zu stellen und diese als Ausdruck amerikanischer Reife (*maturity*) zu deuten. Sie symbolisierten die städtebauliche Abgrenzung von Europa und signalisierten einen expansiven Führungsanspruch.⁴⁴ Dazu passte, dass das Empire State Building den Eiffelturm überragte. Architekt Thomas E. Tallmadge pries insbesondere die Beton-Stahl-Skelette der Wolkenkratzer und verglich sie mit Baustilen aus anderen Jahrhunderten.⁴⁵ Eine neue Ära sei angebrochen (*new era*), in der Amerika seinen vorbestimmten Platz an der Sonne einnehme (*destined place in the sun*).⁴⁶ Schließlich seien es amerikanische Architekten gewesen, die den Wolkenkratzer geschaffen (*created*) hätten, betonte auch der schon genannte Künstler Johan Bull.⁴⁷ Und die Redaktion der Zeitschrift *The Nation* konstatierte, die Wolkenkratzer müssten keineswegs vollkommen sein, das seien schließlich einst die Kathedralen auch nicht gewesen. Dessen ungeachtet hätten Wolkenkratzer als eindrucksvollster Baustil (*most impressive style*) des 20. Jahrhunderts zu gelten.⁴⁸

Mit Stolz wiesen die Protagonisten einer stadtprägenden US-Moderne darauf hin, dass eine solche Baukunst keine europäischen Wurzeln habe.⁴⁹ Für Hugh Ferriss hatten „amerikanischer Geist“ und „amerikanische Ideale“ die Bautechnologie in den USA bereits tief [genug] durchdrungen. Die dadurch erwachsene Ästhetik weise deshalb einen eigenständigen Charakter auf, die sich in Form einer genuinen „amerikanischen Architektur“ niederschlage.⁵⁰ Und der bekannte Schriftsteller und Publizist Stuart Chase, von Haus aus Ökonom und Ingenieur, ließ 1930 in *The Nation* und im *Reader's Digest* ebenfalls keinen Zweifel daran, welche Bautypen für ihn in Frage kamen, wenn es um die amerikanische moderne Architektur ging: „Architecture is searching for a thrilling new form of art in the skyscraper.“⁵¹ Kurzum, die Wolkenkratzer, vom *kulturellen Nationalismus* stark vereinnahmt, versinnbild-

⁴⁴ Gandelonas, *Urbanism*, S. 53; Willis, *Skyscraper*; Koolhaas, *Delirious New York*.

⁴⁵ Tallmadge, *Advance*.

⁴⁶ Ebd. Tallmadge bezog seine Vergleiche auf Frankreich, Italien und England.

⁴⁷ Bull, *America*, S. 554.

⁴⁸ o.V. *Skyscrapers*, S. 324.

⁴⁹ Vgl. Köth, *America*, insb. S. 308. Diese Behauptung blieb allerdings umstritten. Vgl. auch Willis, *Skyscraper*, S. 165.

⁵⁰ Thöner, *Deutschland*, 156. Ähnlich äußerte sich auch der bekannte Chicagoer Hochhausarchitekt John Wellborn Root; nach Schmidt, *Wolken-Kratzer*, S. 67.

⁵¹ Stuart Chase, *Prosperity – Believe It or Not*, in: *The Nation* (Jan. 1930), Kurzform in: *The Reader's Digest* (März 1930), S. 1018-1020, hier S. 1020.

lichten eine „vollkommen amerikanische Schöpfung“, ein Werk des menschlichen Genius'.⁵²

Darüber hinaus wurden die Wolkenkratzer sogar als Chance für eine neue Form städtischen Zusammenlebens gesehen, wie Carol Aronovici, ein engagierter Wohnungsreformer seiner Zeit, hoffte. „The whole basis for this new architecture rests upon the requirement of a social order in which a high type of community may develop.“⁵³ Der Blick fiel in solchem Zusammenhang auf das erste Wolkenkratzer-Ensemble, das Rockefeller Center mit seiner kommunikationsfördernden Gestaltung der Zwischenräume. Allerdings bezweifelten viele Beobachter gerade die Hoffnung auf neue Formen des Zusammenlebens. Sie betonten die Nachteile, die das Wohnen in Hochhäusern mit sich bringe. Die unteren Wohnungen bekämen zu wenig Licht und die oberen Stockwerke verlören den Kontakt zum Boden.⁵⁴ Auch würden sich dadurch die Straßen verdunkeln, die gesundheitlichen Beeinträchtigungen zunehmen, die Gefährlichkeit im Brandfalle anwachsen und die Verkehrsstaus zum Problem werden.⁵⁵ Die Eigentümer kleinerer Gebäude würden massiven Schaden erleiden, die historisch wertvollen Gebäude aus früheren Jahren ebenso. Das Verhältnis von Höhe und Freiraum sei jedenfalls schlecht bemessen⁵⁶, folglich müssten die Gebäudehöhen limitiert werden.⁵⁷ Grundsätzlichere Einwände gegen Wolkenkratzer erhob Lewis Mumford, seines Zeichens Architekturhistoriker, Regionalplaner und Sozialphilosoph.⁵⁸ Während Mumford die Brooklyn Brücke in New York durchaus als Kunstwerk würdigte (*a work of art*), brachte er die Wolkenkratzer in Zusammenhang mit dem brutalen Charakter modern-technisch orientierter Ordnung.⁵⁹ Mit

⁵² William A. Starrett (1928), zit. nach Schmidt, Wolken-Kratzer, S. 66; George E. Catlin, America under Fire. A European Defense of Our Civilization, in: Harper's Monthly Magazine (Juli 1927), S. 222-227, hier S. 225 f.

⁵³ Carol Aronovici, Architecture and the Art of Living, in: Survey (April 1932), S. 38-40, Zitat S. 40. Vgl. auch Thomas Bender/William R. Taylor, Culture and Architecture: Some Aesthetic Tensions in the Shaping of Modern New York City, in: William Sharpe/Leonard Wallowack (Hrsg.), Visions of Modern City. Essays in History, Art, and Literature, Baltimore u.a. 1987, S. 185-215.

⁵⁴ So Harold Cox, The Overgrowth of Cities, in: The Forum (Nov. 1922), S. 928-938, hier S. 932.

⁵⁵ Henry James, Is the Skyscraper a Nuisance?, in: The World's Work (Mai 1927), Kurzform in: The Reader's Digest (Juni 1927), S. 89-90. Koolhaas sprach von einer Kultur des Verkehrsstaus (*culture of congestion*). Koolhaas, Delirious New York, S. 242. Hood und Ferriss entwarfen allerdings auch Hochhäuser, die auf einer großen Fläche standen. Bender/Taylor, Culture, S. 209-211.

⁵⁶ So Albert W. Atwood, The Future City, in: The Saturday Evening Post (Sept. 1928), Kurzform in: The Reader's Digest (Nov. 1928), S. 439-440, hier S. 440.

⁵⁷ So Architekt E.H. Suydam in seinem Artikel Are Skyscrapers an Asset? The City Beautiful, in: The Forum (April 1927), S. 571-575.

⁵⁸ Allerdings akzeptierte Mumford das Hochhaus als Gebäude für Behörden und ähnlichen Einrichtungen, vgl. Köth, America, 313.

⁵⁹ Richard Haw, The Brooklyn Bridge. A Cultural History, New Brunswick/London 2005, S. 125f. Auch Louis

Vehemenz trat Mumford stattdessen für eine an humanen Werten orientierte (amerikanische) Architektur ein, die er als „organischen Funktionalismus“ bezeichnete. Er prangerte den Geschmacksverfall in Amerika samt angeblich vorherrschendem ‚Plagiatismus‘ europäischer Kunststile an und gab immer wieder der Hoffnung auf eine Neuorientierung amerikanischer Architektur und Stadtbauweise beredten Ausdruck.⁶⁰ Zwar hatte er keine Scheu zuzugeben, sich von einem Europäer, dem schottischen Biologen und Stadtplaner Patrick Geddes, beeinflussen zu lassen⁶¹, aber die utilitaristisch-funktionalistische Bauhaus-Formensprache lehnte er grundsätzlich ab.⁶² Mumfords eigene Vorstellung zielte auf eine regionalplanerisch fundierte Dezentralisierung des gesamten Siedlungswesens ab. Auf diese Weise sollte ein organischer Prozess des Zusammenlebens der Menschen in Gang gesetzt werden, aus der erst dann, wie er hoffte, eine adäquate (amerikanische) Architektur hervorgehen werde.

3. Transatlantizität: Wettstreit und Abgrenzung, Übersetzung und Anerkennung

„These gigantic works are in their way to be compared with Greek temples and Roman amphitheatres and Gothic cathedrals; and these are as peculiarly American as the Taj Mahal is Indian.“⁶³ In solchen Selbsteinschätzungen, wie sie der Harvard-Geschichtspräsident Wilbur Cortez Abbott 1925 in den Zeitschriften *Forum* und *Reader's Digest* vornahm, wurden die neuen US-Wolkenkratzer den großen historischen Architekturleistungen gleichgestellt, als nationale Symbole präsentiert und zur Weltklasse erhoben. In einigen Publikationen galten diese sogar schon als Zeichen einer US-Weltsuprematie auf dem Feld der Architektur.⁶⁴ Gelegentlich fiel zwar noch immer der Blick auf europäische Vorläufer des amerikantypischen Wolkenkratzers⁶⁵, doch das beeinträchtigte dessen Kennzeichnung als ein genuin amerikanisches Produkt nicht ernsthaft. Vielfach galt die Bauform überdies bereits als ausge-

H. Sullivan und Henry-Russell Hitchcock äußerten Vorbehalte gegenüber den Wolkenkratzern der 1920er Jahre.

⁶⁰ Lewis Mumford, „American Taste“, in: *Harper's Magazine* (Oktober 1927), 569-577, insb. 573, 575.

⁶¹ Der schottische Gelehrte Patrick Geddes (1854-1932) gilt als ein Pionier der Regionalplanung und benutzte für sein Konzept den Begriff *conurbation*. Einschlägig: Helen Meller, Patrick Geddes, *Social Evolutionist and City Planner*, London 1990. Mumford zeigte sich auch gegenüber Ebenezer Howards Gartenstadt-Idee sehr aufgeschlossen.

⁶² Alexander, *Country*, 122-125.

⁶³ Abbott, *America*, S. 413. Allg. siehe die Beiträge im Bulletin des German Historical Institute, Supplement 2, hrsg. von Cordula Grewe (Washington 2005) sowie Neumann, *Wolkenkratzer*.

⁶⁴ Köth, *America*, S. 306-312; siehe auch Brown, *Creative Spirit and Art*, S. 347; Alexander, *Country*, S. 121f.

⁶⁵ Köth, *America*, S. 307.

reift⁶⁶ und insgesamt hochwertiger als die zeitgenössische europäische Stadtarchitektur.⁶⁷ Der schon erwähnte Ökonom, Philosoph und Journalist Hazlitt kritisierte explizit die Europäer Oud, Gropius und Le Corbusier, weil sie Gegner allen dekorativen Beiwerks seien.⁶⁸ Verschiedentlich wurden die Wolkenkratzer wegen der markanten Stufungen (*setback form*) mit den Stufenpyramiden der Mayas verglichen, so vor allem von Hugh Ferriss, der damit den Blick von Europa weglenkte.⁶⁹ John Roosval, der gebeten worden war, in *The Forum* als schwedischer Architekt zum Thema Wolkenkratzer Stellung zu nehmen, sah in den Hochhäusern ebenfalls die Befreiung von griechisch-römischer Dominanz (*Greco-Roman dominance*). Stattdessen erkannte er Verbindungslinien, die zum einen zu prähistorisch-amerikanischen und orientalischen, zum anderen zu mittelalterlichen und nordeuropäischen Bauformen führten.⁷⁰ Roosval war demnach bestrebt, die amerikanischen Wolkenkratzer in diverse historische Kontinuitätslinien einzuordnen.⁷¹ Während er immerhin auch nicht-europäische Anleihen erwähnte, blieb für die meisten Zeitgenossen diesseits und jenseits des Atlantiks nach wie vor Europa die vorrangige Projektionsfläche. Europäer betonten mit Blick auf die amerikanischen Wolkenkratzer teils die Kontinuitätslinien zur europäischen Architekturgeschichte, teils sahen sie in diesen Gebilden den Ausdruck einer Wende.⁷²

Auf amerikanischer Seite gestanden Publizisten und Architekten häufig ein, dass die Moderne zwar in Europa entstanden sei. Sie habe aber erst in den USA richtig aufblühen und gedeihen können, sodass unter evolutionistischem Vorzeichen die amerikanische Moderne eine Höherwertigkeit erreicht habe, die als Ausdruck heimischer Kultur (*homemade*) zu gelten habe.⁷³ So müßig der diskursive Wettlauf um das Primat der Moderne auch war, so blieb die Frage, auf welchem Kontinent die Architektur-Moderne entstanden war, weiterhin virulent und strittig. Noch 1938 wies der Architekturkritiker und Bauhaus-Anhänger Douglas Haskell mit Nachdruck darauf hin, dass es die Amerikaner gewesen seien, die die Basis für die europäische

⁶⁶ Ebd., S. 308.

⁶⁷ Ebd., S. 310.

⁶⁸ Hazlitt, *Modern Architecture*, S. 653.

⁶⁹ Für New York wurde die Bauzonenordnung 1916 erlassen. Näheres bei Willis, *Drawing*, S. 158f.; Köth, *America*, S. 308; Vincent Scully, *American Architecture and Urbanism*, New York/Washington 1969, S. 152f. Das Interesse an der Maya-Architektur war zu dieser Zeit durchaus verbreitet, so auch in Betrachtungen von Wright.

⁷⁰ John Roosval, *Are Skyscrapers an Asset? The City Beautiful*, in: *The Forum* (April 1927), S. 575-577, hier S. 576.

⁷¹ Van Leeuwen, *The Skyward Trend*, S. 13, 91.

⁷² Vgl. Köth, *America*, S. 309.

⁷³ Ausdruck in Malcolm Bradbury, *The Nonhomemade World: European and American Modernism*, in: *American Quarterly* H. 39/1987, S. 27-36.

Architektur-Moderne, nicht zuletzt für die Werke Le Corbusiers, geschaffen hätten. Bedauerlicherweise sei dies sogar in den USA vergessen worden. Doch auch Le Corbusier mangle es, wie Haskell mit kritischem Ton feststellte, an Kenntnissen solcher Zusammenhänge.⁷⁴

Schon in den frühen 1920er Jahren hatte der Dauerdisput darüber, welchem Land die Architektur-Moderne hauptsächlich zuzurechnen sei, die internationale Ausschreibung des *Chicago Tribune Tower* (1922) begleitet. Bekanntlich gewann damals nicht der moderne Gebäudeentwurf der Europäer Walter Gropius und Adolf Meyer, sondern ein der Neugotik entlehnter Vorschlag der Amerikaner John Mead Howell und Raymond Hood.⁷⁵ Die Avantgarde unter den Architekten war in Europa über diese Entscheidung sehr erstaunt, und es fehlte nicht an Kommentaren, die diesbezüglich ein tiefes Unverständnis ausdrückten. „Studieren wir die amerikanischen Ingenieure – und hüten wir uns vor den amerikanischen Architekten“, meinte Le Corbusier im *Esprit Nouveau*.⁷⁶ Er legte es darauf an, das Image der amerikanischen Wolkenkratzer zu demolieren. Diese seien unreife Produkte und alles andere als modern.⁷⁷ Damit sprach er das aus, was auch in Deutschland nicht wenige Architekten dachten und dabei auf ihre kulturelle Überlegenheit in Architekturfragen rekurrierten.⁷⁸ Zwar waren die Dominanz der Maschine, die Leistungen der Ingenieure und der damit verbundene technische Fortschritt in den USA, etwa mit Blick auf die Aufzugstechnik, genauso unstrittig wie die wirtschaftliche Prosperität und die außerordentlich große Investitionsfreudigkeit des Landes⁷⁹, aber mit Blick auf die Architektur blieben die Positionen uneinheitlich. Neben Verlautbarungen, die (partielle) Bewunderung ausdrückten, waren Vorbehalte gegenüber den amerikanischen Wolkenkratzern unüberhörbar, auch wenn Le Corbusier und Hilberseimer sowie viele andere Architekten selbst Entwürfe von Hochhäusern und ganzen Hochhausstädten entwarfen.⁸⁰ Vor allem wurden immer wieder die mitunter als gestlos

⁷⁴ Douglas Haskell, *Architecture*, in: Harold E. Stearns. (Hrsg.), *America Now. An Inquiry into Civilization in the United States*, New York 1938, S. 104-116, hier S. 105, 116.

⁷⁵ Thöner, *Deutschland*, S. 158. Zu Gropius' Schwierigkeiten, in den USA Fuß zu fassen, siehe K.S. Domhardt, *Individuum und Stadtgemeinschaft: Die Nachbarschaftsidee in den amerikanischen Stadtentwürfen von Walter Gropius*, in: *IMS H.* 1/2012, S. 108-127; Raymond M. Hood, *The Spirit of Modern Art*, in: *The Architectural Forum* (Nov. 1929), Kurzform in: *The Reader's Digest* (Febr. 1930), S. 884-886.

⁷⁶ Zit. nach Adolf Behne, *Amerikanische Architektur*, *Vossische Zeitung* v. 14.4.1923.

⁷⁷ Koolhaas, *Delirious New York*, S. 208, 214.

⁷⁸ Vgl. Neumann, *Wolkenkratzer*, S. 123. Ausführlich und differenzierend: ebd., S. 62-84.

⁷⁹ Siehe u.a., *New Heights*, S. 13-14.

⁸⁰ Anfang der 1920er Jahr entbrannte in Deutschland sogar eine Art Hochhausfieber, vgl. Neumann, *Wolkenkratzer*, S. 13. Hilberseimer kritisierte allerdings in diesem Zusammenhang mit Blick auf die USA die Vernachlässigung der amerikanischen Stadtgestaltung, vor allem solange beliebig hoch gebaut werden könne. Siehe (auch zu Le Corbusier) Ludwig Hilberseimer, *Groszstadt Architektur*, Stuttgart 1927, S. 6,

bezeichneten historistischen Dekorationen an US-Wolkenkratzern abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil auf diese Weise, wie es hieß, autochthones Geisteserbe Europas missbraucht werde.⁸¹ Ungeachtet der Faszination, die etwa die New Yorker Skyline auch bei deutschen Architekten, etwa bei Adolf Rading, auslöste, wurden die den Wolkenkratzern angelasteten Negativwirkungen, wie dunkle Straßen, Heimatlosigkeit, Materialismus, Großsucht und Kulturarmut, herausgestellt und problematisiert.⁸²

Transatlantischer Wettstreit und Distanzbestimmung bewirkten allerdings keine Verminderung transatlantischer Beziehungen und transatlantischen Gedankenaustausches sowie der Bemühungen um kulturelle Übersetzungen zwecks größeren wechselseitigen Verstehens.⁸³ Im Gegenteil, der transatlantische Kommunikationsraum erweiterte und verdichtete sich, nicht zuletzt dank der verbesserten Reisemöglichkeiten und dem regen Austausch von Büchern und Zeitschriften. Beispielsweise erschien 1928 in den USA ein Bericht über europäische Hochhäuser.⁸⁴ Auf amerikanischer Seite richtete der Wolkenkratzer-Architekt Corbett sein 1932 erschienenes Buch *America as Americans See It* explizit an die Adresse der Europäer, um bei diesen mehr Verständnis für amerikanische Bauweisen zu erzielen. Umgekehrt gewann das amerikanische Lesepublikum Einblick in Le Corbusiers Vorstellungswelt, als dessen Buch *Urbanism* von 1925 vier Jahre später in englischer Sprache mit dem Titel *The City of Tomorrow* auch in den USA verkauft wurde – im selben Jahr wie Hugh Ferriss' *The Metropolis of Tomorrow*. Obwohl sich die Utopien der zwei Architekten in vielen Punkten unterschieden, waren beide gleichermaßen bestrebt, die Gesellschaft durch Architektur und den damit verbundenen Stadtumbau neu zu formieren.⁸⁵ Auch wurden 1927 in der *Machine Age Exposition* in New York Bilder von Gebäuden gezeigt, die Walter Gropius und andere europäische Avantgarde-Architekten errichtet hatten. Die Anerkennung der Bedeutung des Bauhauses wuchs

10, 13-21.

⁸¹ Stellungnahmen u.a. in Neumann, Wolkenkratzer, S. 67, 75.

⁸² Zu Rading siehe Neumann, Wolkenkratzer, S. 77. Zu den Kritiken siehe z.B. Edmund Schüler, Der Wolkenkratzer, in: Kunst und Künstler. Monatsschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe H. 6/1925, S. 228-239, hier S. 232, 238f.; Hans Zbinden, Im Kampf um ein neues Amerika, in: Erwachen. Zeitschrift für neue Wege der Erziehung und Seelenforschung 2:4, 1928, S. 204-216, hier S. 207, zit. nach Buchwald, S. 124; Martin Wagner, Amerikanischer Städtebau, in: Deutsche Tageszeitung v. 20.1.1930; o.V., Das größte Haus der Welt, in: Kulturwille 1:2, 1929, S. 31.

⁸³ So ist in diesem Zusammenhang auch auf die internationale Stuttgarter Weißenhof-Ausstellung von 1927 zu verweisen. Dazu Nicole Huber, Expo(rt)-Urbanismus. Multimediale Bauausstellungen und transatlantische Beziehungen – Stuttgart 1927 und Berlin 1957, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), Stadt und Medien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln u.a. 2012, S. 153-196.

⁸⁴ Nach Neumann, Wolkenkratzer, S. 81.

⁸⁵ Willis, Drawing, S. 178. Über die Unterschiede siehe ebd.

in den USA ebenfalls, wenn auch nur langsam. Bauhaus-Direktor Walter Gropius konnte 1928 infolge seiner Amerikareise den Bekanntheitsgrad dieser avantgardistischen Institution sicherlich erhöhen, zumal kein Geringerer als der international eingestellte und der Moderne verpflichtete Maler Louis Lozowick im selben Jahr in *The Nation* mit viel Empathie die elf „Bauhaus-Bücher“ aus dem Münchener Albert Langen Verlag rezensierte, die Gropius und Moholy-Nagy herausgegeben hatten. Lozowick beschrieb in einer allerdings nur recht kurzen Rezension die Einzigartigkeit dieser sowohl theorie- als auch praxisorientierten Kunstakademie. Er sprach sich auch anerkennend für die vom Bauhaus geprägte Moderne (*modernism*) aus und bezeichnete diese Phase als logische Folge der Kunstentwicklung (*logical phase in the evolution of art*).⁸⁶

Einen gewichtigen transatlantischen Brückenschlag bedeutete schließlich die Architekturausstellung des 1929 eröffneten New Yorker *Museum of Modern Art*. Henry-Russell Hitchcock und Philip Johnson, die beide das Dessauer Bauhaus aus eigener Anschauung kannten und sich um die Intensivierung transatlantischer Kommunikation sehr bemühten, organisierten im Auftrag der Museumsleitung 1932 die erste große Architekturausstellung, die vorrangig der europäischen Moderne gewidmet war.⁸⁷ Amerikaner sollten deshalb ursprünglich gar nicht berücksichtigt werden. Erst nachdem die Treuhänder des Museums Druck auf die Ausstellungsleitung ausgeübt hatten, berücksichtigte diese wenigstens einige Arbeiten amerikanischer Architekten.⁸⁸ Der Direktor des neuen Museums, Alfred H. Barr, Jr., selbst ein großer Bauhaus-Verehrer, räumte noch 1932 ein, dass amerikanische Architekten „erst kürzlich“ jene funktionalistische Formensprache der europäischen Moderne, die sich durch Selbstbeschränkung und Disziplin (*restraint and discipline*) auszeichne, zu akzeptieren begonnen hätten. Offensichtlich habe diese dem amerikanischen variationsreichen „Individualismus-Kult“ (bislang) nicht entsprochen. In dem Ausstellungsbegleitbuch plädierten Hitchcock und Johnson für die Einführung des Begriffs *International Style*, ein Begriff, den Le Corbusier indessen als Lüge bezeichnete⁸⁹ und auch andere europäische Architekten als unangemessen empfanden. Die beiden amerikanischen Architekten erkannten durchaus die Bedeutung der Werke europäischer Funktionalisten an, hoben allerdings auch die Schwierigkeiten heraus,

⁸⁶ Thöner, Deutschland, S. 155; Louis Lozowick, Modern Art in Germany, in: *The Nation* (Nov. 1928), S. 494.

⁸⁷ Thöner, Deutschland, S. 157. Im Jahr 1925 waren in den USA Entwürfe von Fritz Höger, Peter Behrens und Hans Poelzig zu sehen. Nach Neumann, Wolkenkratzer, S. 81. Im Jahre 1927 zeigte allerdings eine New Yorker Ausstellung Fotografien von Dessauer Bauhaus-Bauten.

⁸⁸ Näheres in Thöner, Deutschland, S. 160.

⁸⁹ Zit. nach Walter Dorwin Teague, Machines Give Birth to Beauty, in: *Advertizing and Selling* (April 1930), Kurzform in: *The Reader's Digest* (Dez. 1930), 746-748, 746.

die sich durch die unterschiedlichen Auffassungen über Ästhetik ergäben. Sie wollten deshalb den Begriff des *Internationalen Stils* so breit und elastisch gefasst wissen, dass dieser Raum für viele Entwicklungsvarianten bereithalte, ohne dass der Anspruch auf eine definierbare Ästhetik (*definable aesthetic*) aufgegeben werde.⁹⁰ Doch nicht nur unter den radikalen Funktionalisten Europas, sondern auch bei amerikanischen Architekturkritikern erhoben sich Bedenken gegen die Konstruktion eines allumfassenden, gemeinsamen Stils. So vertrat Douglas Haskell in der Zeitschrift *The Nation* die Auffassung, dass es eben zahlreiche Wege in die Moderne gebe: „You will even see diametric oppositions of attitude and character. All modern.“⁹¹ Auch Wright hielt nicht viel von der Proklamierung eines Stils und erst recht nicht eines „internationalen Stils“.⁹² Alfred Barr versuchte seinerseits ausgleichend zu wirken, indem er im Vorwort des Hitchcock/Johnson-Buches den Begriff des Post-Funktionalismus als eines der Kennzeichen des neuen *Internationalen Stils* vorschlug.⁹³ Obgleich die Wolkenkratzer bei solchen Überlegungen nicht explizit genannt wurden, waren sie aus ihnen nicht wegzudenken, weil gerade die Hochhäuser es waren, die die transatlantischen Auffassungsunterschiede über Funktion und Ästhetik symbolisierten und das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Identitätssuche und internationaler Moderne ausdrückten.

Zusammenfassung

Die Diskussionen über Wolkenkratzer gingen weit über die amerikanischen Architekturzeitschriften hinaus; sie durchdrangen und formten große Teile der Medienöffentlichkeiten. Die Debatten waren Teil des amerikanischen Diskurses über die Notwendigkeit, eine eigene Kunst und Kultur zu etablieren. Diese sollte die evolutionistisch bedingte Hochwertigkeit amerikanischer Architektur im transatlantischen Vergleich aufzeigen und die Anerkennung amerikanischer Spitzenstellung auf diesem Gebiet herbeiführen.⁹⁴ Deshalb wurde immer wieder betont, dass die Wolkenkratzer und damit die amerikanische Großstadtarchitektur keiner Leihgabe (*borrowed*) von Europa entsprungen, sondern auf einheimischen Boden erwachsen seien (*indigenous to the soil from whence they spring*), folglich als typisch amerikanisch (*as*

⁹⁰ Hitchcock/Johnson, *The International Style*, S. 95. Als Charakteristika des *International Style* galten Volumen statt Masse, Solidität und Regularität statt Symmetrie, technische Perfektion statt Ornamentik.

⁹¹ Douglas Haskell, *What the Man About Town Will Build*, in: *The Nation* (April 1932) 441-443, hier S. 442.

⁹² Frankfurter Zeitung v. 25.8.1931.

⁹³ Barr, Vorwort, in: Hitchcock/Johnson, *The International Style*, 14.

⁹⁴ So auch Köth, *America*, S. 310-312.

peculiarly American) gelten müssten.⁹⁵ Eine solche Behauptung verminderte zwar nicht den transatlantischen Gedankenaustausch und die wechselseitigen Übersetzungsanstrengungen, doch dominierten in den 1920er Jahren auf beiden Seiten des Atlantiks diesbezügliche Distanz- und Dissonanz-Bestimmungen und auf amerikanischer Seite zudem die ‚Amerikanisierung‘ und Nationalisierung des Wolkenkratzers. Darunter litt nicht selten das wechselseitige Interesse an Sachkenntnissen und an der Rekonstruktion der Komplexität wechselseitiger Aneignungsprozesse.⁹⁶ Als Hitchcock und Johnson schließlich 1932 den *International Style* als transatlantisches Dach proklamierten, blieben gleichwohl Einstellungsunterschiede insbesondere mit Blick auf den europäischen (rigiden) Funktionalismus bestehen – ebenso wie bei der Frage, ob der Stilbegriff überhaupt angebracht sei.⁹⁷ Eine Annäherung der Standpunkte erfolgte allmählich im Verlauf der 1930er Jahre, nicht zuletzt unter dem Einfluss der Bauhäusler, die wegen der NS-Herrschaft in die USA emigrieren mussten. Vor allem verfehlte das nachhaltige Eintreten für die künstlerische Moderne sowie das große transatlantische Engagement des *Museum of Modern Art* auf Dauer seine Wirkung auf die öffentliche Meinung in den USA nicht.⁹⁸ Das Museum setzte 1938 augenscheinlich einen vorläufigen Schlussstrich unter die bis dahin dominanten transatlantischen Profilierungs- und Anerkennungsdebatten im Architekturbereich, indem es das Bauhaus in den USA durch eine eigene Ausstellung würdigte und Walter Gropius einlud, die maßgebliche Rede vor amerikanischem Publikum zu halten.

Prof. Adelheid von Saldern, Leibniz Universität Hannover, asalder@gwdg.de

⁹⁵ Wilbur Cortez Abbott, *What is Civilization? The Answer of Modern America*, in: *The Forum* (Oktober 1925), S. 481-490, hier S. 484.

⁹⁶ Ähnlich Neumann, *Wolkenkratzer*, S. 77f.

⁹⁷ Auf die damit verbundenen Auseinandersetzungen kann hier aus Platzgründen nicht mehr eingegangen werden.

⁹⁸ Die wichtigsten Sonderausstellungen vor 1938 waren die Ausstellungen über *Machine Art* von 1934, *Cubism and Abstract Art* von 1936 und *Fantastic Art und Dada Surrealism* von 1936.

Stadt und Zeit. Zur Chronometrisierung des öffentlichen Raumes, Wien 1850–1914

„In unserer komplizierten und bis auf das äußerste ausgenützten oder mindestens auszunützenden Zeit ist es ... nicht mehr unwichtig, ob es fünf Minuten mehr oder weniger spät ist.“

(Neue Freie Presse, 12.12.1912)

Das Bedürfnis, sich möglichst exakt über die aktuelle Zeit informieren zu können, war im Lauf des 19. Jahrhunderts beständig gewachsen. Hatten Uhren noch zwei Jahrhunderte zuvor ausschließlich Stundenzeiger aufgewiesen, war der Minutenzeiger inzwischen unverzichtbar geworden. Industrialisierung, Urbanisierung, vor allem aber die rasante Entwicklung des Eisenbahnwesens hatten den Trend zur "Ver(uhr)zeitlichung der Gesellschaft"¹ vorangetrieben. Fahrplanerstellungen verlangten eine zunehmend größere Genauigkeit der Zeitangabe; Zirkulationen von Gütern und Personen waren aufeinander abzustimmen; berufliche wie private Aktivitäten wurden standardisiert, getaktet und dem abstrakten Rhythmus der Uhr angepasst. Den sozialen und ökonomischen Wert der Zeit zu erkennen, geriet zu einem zentralen Kriterium für den Zivilisationsgrad einer Bevölkerung.

Wie Jürgen Osterhammel in seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt, waren die Zeitreform und ein neues Zeitempfinden konstitutiv für diese Epoche.² Erstmals fand eine weltweite Vereinheitlichung der Zeitmessung statt. In die unübersehbare Vielfalt der lokalen und milieugebundenen Zeitkulturen wurde ordnend eingegriffen. Insbesondere die europäische Gesellschaft erfuhr eine bisher ungekannte „Chronometrisierung“. Uhren wurden allgegenwärtig und mit ihnen der Gehorsam ihrer Besitzer und Benutzer gegenüber einem mechanischen Zeitdiktat. Die Uhr fungierte, wie schon Lewis Mumford in seinem berühmten Diktum feststellte, zur

¹ Erhard Chvojka, Wie die Zeit der Uhr zu einem Symbol „guter Moral“ und „hoher Zivilisation“ wurde, in: Wolfgang Müller-Funk (Hrsg.), Zeit. Mythos – Phantom – Realität, Ausstellungskatalog, Wien 2000, S. 183-195, hier S. 184.

² Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2011, S. 118-126.

wichtigsten Apparatur des industriellen Zeitalters.³ Sie geriet zum Hauptvehikel der westlichen Zivilisation, zur Waffe der Modernisierung und zum potenten Symbol für Fortschritt und Modernität.

Vor allem in bürgerlichen Kreisen war der Gebrauch eines Chronometers bald selbstverständliche Praxis. Es galt als geschätzte Tugend, die vorhandene Zeit so gut wie möglich zu nutzen und keinesfalls zu vergeuden. Taschenuhren fanden weite Verbreitung und fungierten als prestigeträchtige Statussymbole; spezielle Kunstuhren entstanden, in Auftrag gegeben bei den renommiertesten Uhrmachern der Zeit. Versicherungen, Fabriken, Büros, Schulen sowie alle nach Fahrplan agierenden Verkehrsmittel taten ein Übriges, um die Bevölkerung an die neue Zeitdisziplin zu gewöhnen. Und auch die Anzahl der öffentlichen Uhren nahm kontinuierlich zu. Die immer komplexer organisierten Städte avancierten zu Vorreitern der öffentlichen Zeitanzeige. In ihnen etablierte sich ein Zeitregiment, das gleichförmiger war als die Zeiterfahrungen einer bäuerlichen Lebensweise. Beschleunigung und ‚Denaturalisierung‘ der Zeiterfahrung fanden von hier aus Eingang in breite gesellschaftliche Schichten.

Als einer der ersten Zeitgenossen analysierte Georg Simmel auch auf wissenschaftlicher Ebene, dass das metropolitane Leben untrennbar mit den Faktoren Pünktlichkeit, Berechenbarkeit und Exaktheit verbunden war. In seinem berühmten gewordenen Vortrag „Die Großstädte und das Geistesleben“ konstatierte er 1903: „Der moderne Geist ist mehr und mehr ein rechnender geworden. ... So ist die Technik des großstädtischen Lebens überhaupt nicht denkbar, ohne dass alle Tätigkeiten und Wechselbeziehungen aufs pünktlichste in ein festes, übersubjektives Zeitschema eingeordnet würden.“⁴

Doch während den großen kulturgeschichtlichen Veränderungen der Zeitmessung und Zeitwahrnehmung mittlerweile umfassende Studien gewidmet sind⁵, fand der spezifisch urbane Kontext mit seiner forcierten „Veröffentlichung“ der Zeit noch wenig Aufmerksamkeit in der historischen Forschung. Selbst ein jüngst erschienenenes, umfassendes und interdisziplinär angelegtes Handbuch zur Stadt streift das Thema Zeit und Stadt nur kurz.⁶

³ Lewis Mumford, *Technics and Civilization*, New York 1934, S. 14.

⁴ Georg Simmel, *Die Großstädte und das Geistesleben* [1903], Frankfurt a. M. 2006, S. 15, 17).

⁵ Vgl. dazu u. a. Norbert Elias, *Über die Zeit. Arbeiten zur Wissenssoziologie II*, Frankfurt a. M. 1988; Gerald J. Whitrow, *Die Erfindung der Zeit*, Hamburg 1991; Gerhard Dohrn-van Rossum, *Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitordnungen*, München 1992; Müller-Funk, *Zeit*; Erhard Chvojka/Andreas Schwarcz/Klaus Thien (Hrsg.), *Zeit und Geschichte. Kulturgeschichtliche Perspektiven*, Wien/München 2002; Peter Borscheid, *Das Tempo-Virus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung*, Frankfurt a. M./New York 2004.

⁶ Harald A. Mieg/Christoph Heyl (Hrsg.), *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart/Weimar 2013,

Die wenigen bis dato vorliegenden Arbeiten fokussieren vor allem das 14. bis 18. Jahrhundert, nur einige beziehen die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert mit ein.⁷ Hervorzuheben ist hier insbesondere eine von Igor A. Jenzen herausgegebene Studie über Frankfurt am Main, die im deutschen Sprachraum den wohl differenziertesten Überblick zur städtischen Uhrengeschichte bietet.⁸ Diesem Beispiel zu folgen und die Forschungslücken am Beispiel von Wien zu schließen, ist Ziel dieses Beitrages. Ausgehend von bereits existierenden Vorarbeiten – etwa von Erhard Chvojka, Robert Rotenberg und dem Autor selbst⁹ – werden die Anfänge der „Chronometrisierung“ des öffentlichen Raumes bis zum Ersten Weltkrieg untersucht. Dabei wird der Schwerpunkt auf die „äußere Chronometrisierung“ gelegt, also die sichtbare Verdichtung der Zeitinfrastruktur und die Entwicklung verschiedenster Uhrentypen. Stadträumliche, architektur- und designhistorische Aspekte werden dargelegt, technikhistorische Zusammenhänge, wie die Suche nach der idealen Antriebstechnik, vorgestellt. Die damit eng verwobenen Fragen der „inneren Chronometrisierung“, soziale, psychologische und mentalitätshistorische Aspekte der Zeitwahrnehmung und deren Einbettung in Phänomene der Normierung und Standardisierung auf lokaler, regionaler bis hin zur globalen Ebene, können aus Platzgründen nur angedeutet werden. Hierzu sei auf die geplante Publikation des Autors verwiesen, die der Synchronisierung des großstädtischen Alltagslebens in breiter kulturwissenschaftlicher Analyse gewidmet werden soll.¹⁰

S. 213.

⁷ Vgl. Hans-Werner Klünner, Normaluhren – Es kam auf die Sekunde an, in: Straßenmöbel in Berlin, Ausstellungskatalog, Berlin 1983, S. 38-45; Willibald Katzinger (Hrsg.), Zeitbegriff, Zeitmessung und Zeitverständnis im städtischen Kontext, Linz 2002; Wolfgang Kaschuba, Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne, Frankfurt a. M. 2004, S. 36-42; Martin H. Geyer, „Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“. Zeitemantik und die Suche nach Gegenwart in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933, München 2007, S. 165-187.

⁸ Igor A. Jenzen (Hrsg.), Uhrzeiten. Die Geschichte der Uhr und ihres Gebrauches, Frankfurt a. M. 1989.

⁹ Karl Uhlirz, Zur Geschichte der Uhren in Wien (1380–1699), in: Blätter des Vereins für Landeskunde von Niederösterreich 25/1891, S. 177-205; Ludwig Hammer, Die öffentlichen Uhren Wiens, in: Rudolf Tillmann (Hrsg.), Hundert Jahre Wiener Stadtbauamt 1835–1935, Wien 1935, S. 289-295; Robert Rotenberg, Time and Order in Metropolitan Vienna. A Seizure of Schedules, Washington/London 1992; Erhard Chvojka (Hrsg.), Dem Glücklichen schlägt keine Stunde ... oder Wie die Vorstellung von der „Wiener Gemütlichkeit“ entstand, Ausstellungskatalog, Wien 2001; Erhard Chvojka, Zeit der Städter, Zeit der Bauern. Ein Fallbeispiel für die gegenseitige Wahrnehmung der Zeitordnungen und Zeitmentalitäten von Städtern und Landbewohnern im Wien des frühen 18. Jahrhunderts, in: Ders./Schwarz/Thien, S. 192-202; Peter Payer, Zeit-Zeugen. Zur Geschichte der Wiener Würfeluhr, in: Lichterloh Kunsthandel (Hrsg.), Normalzeit. Ein österreichisches Kunstprojekt rund um das Wiener Wahrzeichen Würfeluhr, Wien 2011, S. 121-147.

¹⁰ Das Buch „Die synchronisierte Stadt. Zeitwahrnehmung und öffentliche Uhren in Wien, 1850 bis heu-

Turm- und Fassadenuhren

Die kommunale Uhrenoffensive des 19. Jahrhunderts zielte in Wien zunächst auf die Vermehrung und vor allem Verbesserung bestehender Kirchturmuhren ab. Sogenannte „transparente Uhren“, deren Zifferblatt durchscheinend war und in der Nacht beleuchtet werden konnte, sollten nunmehr bevorzugt installiert werden. Bereits 1862 hatte die auf der Freyung gelegene Schottenkirche eine solche „transparente Uhr“ erhalten, zwei Jahre später folgte die Paulanerkirche auf der Wieden.¹¹ In einem Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 1864 wurde bestimmt, dass sämtliche acht Vorstadtbezirke mit mindestens einer derartigen Uhr auszustatten seien, wofür man ein Budget von 9000 Gulden reservierte.¹² Ein Vorhaben, das in den folgenden Jahren umgesetzt und danach noch weitergeführt werden sollte. „Transparente Uhren“ entstanden etwa an der Mariahilfer Kirche (1867), der Rochuskirche auf der Landstraße (1867), der Minoritenkirche am Alsergrund (1872) oder der in der Innenstadt gelegenen Peterskirche (1873).¹³

Gewichtigstes kirchliches Zeit-Zentrum war jedoch nach wie vor der Stephansdom, der im Lauf der Jahrhunderte gleich mehrere Uhren verschiedenster Bauart erhalten hatte:¹⁴ Eine mechanischen Schlaguhr, in den Jahren um 1415 bis 1417 im Südturm eingebaut, in späteren Jahrhunderten mehrfach erneuert und seit 1699 mit vier Zifferblättern und erstmals neben Stunden- mit Minutenzeigern ausgestattet; zwei Sonnenuhren: Die erste wurde im Jahr 1451 am südlichen Strebebfeiler des Chores angebracht, eine zweite befand sich direkt unter der Türmerstube; eine Springziffernuhr sowie eine herkömmliche Zeigeruhr an der Westfassade, 1863 oberhalb des Riesentores in Betrieb genommen¹⁵; und schließlich gab es auch im Inneren des Domes von 1710 bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine an der Westempore angebrachte Uhr.

Die populärste all dieser Stephansdom-Uhren war die weithin sichtbare Turmuhr. Ihre Zifferblätter waren vier Meter hoch und dreieinhalb Meter breit, die Länge des Stundenzeigers betrug zwei Meter. Die in den 1860er Jahren erfolgte Demontage dieses mächtigsten Zeitanzeigers des Gotteshauses wurde dann auch von den Bewohnern mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen. Noch Jahre später erin-

te“ wird Ende 2014/Anfang 2015 im Wiener Holzhausen Verlag erscheinen.

¹¹ Die Presse, 4.9.1862, S. 4; 11.10.1864, S. 9.

¹² Neue Freie Presse, 3.12.1864, S. 4. Vgl. dazu Die Debatte, 7.9.1863, S. 3; Die Presse, 26.10.1864, S. 9.

¹³ Die Debatte, 10.4.1867, S. 2; Neues Fremden-Blatt, 25.9.1872, S. 4; Das Vaterland, 20.3.1873, S. 4.

¹⁴ Vgl. dazu Die Uhren von St. Stephan, in: Verein zur Erhaltung des Stephansdoms (Hrsg.), Unser Stephansdom, 85/2009, S. 1-4.

¹⁵ Vgl. Die Presse, 10.1.1863, S. 4; 2.8.1863, S. 4.



Abb 1: Stephansdom 1846.

nerte sich der Publizist August Silberstein: „Von diesem Thurme blickte früher eine Uhr weit ins Land und schlugen die Stunden für Freud und Leid mit markigem Tone. Die Uhr, deren Zeiger mehr als eine Klafter lang sich streckten und von unten beiläufig nur zwei Spannen lang schienen, war nächst der Thurmalerie; bei der letzten Wiederherstellung der einzelnen Giebel und der Thurmspitze mußte sie weichen, denn in den Plänen der alten Meister war leider ihr Platz nicht vorgesehen.“¹⁶

Das profane Pendant zum Stephansdom, die kaiserliche Hofburg, hatte im 17. Jahrhundert am Amalienstrakt eine große astronomische Turmuhr erhalten, die sogleich zur vielbesuchten Sehenswürdigkeit geriet. Sie war Ende des Jahrhunderts von einer Sonnenuhr ergänzt worden.

1863 wurde die astronomische Uhr durch eine normale Zeigeruhr ersetzt, lediglich der bewegliche Mondphasenglobus blieb erhalten.¹⁷ Überzeugend repräsentierte dieser zweite kumulative „Uhrenort“ der Stadt den monarchischen Anspruch der Herrschaft über die Zeit. Dies drückte sich auch in Schloss Schönbrunn aus, dem Sommersitz Kaiser Franz Josephs und seiner Familie. Hier waren bereits im 18. Jahrhundert insgesamt vier in jede Himmelsrichtung weisende Uhren installiert.

Das dritte Uhrenzentrum stellten die bürgerlichen Repräsentationsorte dar: Wiener Rathaus, niederösterreichisches Landhaus und Schranne. Das (alte) Rathaus in der Wipplingerstraße besaß eine Uhr in der inneren Ratstube, aufgestellt im 15. Jahrhundert und die ganzen und Viertelstunden zeigend.¹⁸ Ab Mitte des 18. Jahrhunderts folgte sodann eine für alle sichtbare Außenuhr. Das niederösterreichische

¹⁶ August Silberstein, Die Kaiserstadt am Donaustrand. Wien und die Wiener in Tag- und Nachbildern, Wien 1873, S. 49. Vgl. dazu auch Neue Freie Presse, 10.8.1875, S. 6.

¹⁷ Das Vaterland, 29.4.1863.

¹⁸ Uhlirz, S. 183.

Landhaus in der Herrengasse hatte im 16. Jahrhundert einen Quertrakt erhalten, der in der Folge mit einem Uhrturm versehen wurde (im 19. Jahrhundert abgetragen). Und auch die Schranne am Hohen Markt, das älteste Gerichtsgebäude der Stadt, besaß seit dem 18. Jahrhundert ein zwiebelbehelmtes Türmchen, an dessen Fuß sich eine Uhr befand, welche die bedeutungsvolle Inschrift trug „Diese Uhr schlägt keinem Glücklichen“.¹⁹ Der Nachfolgebau, das „k. k. Landesgericht in Strafsachen in Wien“, 1839 am Josefstädter Glacis errichtet und in der Folge mehrfach erweitert, wurde ebenfalls an seinen beiden Türmen mit einer Uhr ausgestattet. Beim neuen, in den Jahren 1872 bis 1883 im neugotischen Stil errichteten Rathaus wurde die Uhr bewusst ganz prominent, im oberen Bereich des knapp hundert Meter hohen Hauptturmes, installiert. Mit ihren großen Zifferblättern belegte sie eindrucksvoll die erstarkten Kräfte des liberalen Bürgertums. Der architektonisch dem Stephansdom angenäherte Bau drückte auch äußerlich jenen „Transfer des Sakralen“ aus, der im 19. Jahrhundert überall in Europa den zumindest partiellen Übergang ehemals kirchlicher Funktionen auf weltliche Machtzentren bezeichnete. Nicht zufällig hatte beim ausgeschriebenen Wettbewerb jener Entwurf von Friedrich Schmidt gewonnen, der den höchsten Turm vorsah und sich explizit mit dem Dom zu messen beabsichtigte.²⁰ Zeitlich wie symbolisch trat die Rathausuhr damit die Nachfolge der demontierten Stephansdomuhr an.

Die drei genannten politischen Machtbereiche bestimmten über Jahrhunderte hinweg die Wiener Zeitordnung. Mit der Kundgabe der Uhrzeit definierten sie sich selbst und markierten ihre Einflusssphären im Stadtgebiet. Der Blick der Menschen nach oben, in das jeweilige Hoheitsgebiet der öffentlichen Uhrenanzeige, geriet zu einer Geste, die sich somit deutlich unterschied vom nach unten gerichteten, mehr intimen und privaten Blick auf Taschen- oder später Armbanduhren.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kamen neue wichtige Zeit-Instanzen hinzu: Wissenschaft und Ökonomie. Sichtbaren Ausdruck fand dies 1855 mit der Errichtung einer Uhr am Gebäude der alten, von den Jesuiten errichteten Universität, deren Zifferblatt auf den belebten Universitätsplatz gerichtet war („Treitluhr“). Zweitere führte zur Entstehung von Orten, deren Zeitmanagement weitreichende Auswirkungen auf alle anderen Bereiche haben sollte: die Bahnhöfe. Wie Wolfgang Schivelbusch gezeigt hat, generierte die Eisenbahn nicht nur völlig neue Vorstellungen von Raum, sondern insbesondere auch von Zeit.²¹ Die bisher dominanten subjektivi-

¹⁹ Felix Czeike, *Historisches Lexikon Wien*, Bd. 5, Wien 1997, S. 142.

²⁰ Vgl. Stefan Spevak, *Neues Wiener Rathaus und Stephansdom. Divergenz und Kongruenz in Politik und Repräsentation (1870–1950)*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Rathäuser als multifunktionale Räume der Repräsentation, der Parteilungen und des Geheimnisses*, Innsbruck/Wien/Bozen 2012, S. 271-314.

²¹ Wolfgang Schivelbusch, *Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1989, S. 35-45. An neueren Arbeiten dazu vgl. Ralph Roth, *Das Jahr-*

ven und lokalen Zeitgebundenheiten wurden durch den Bahnverkehr eliminiert. Allgemein gültige, überregionale Zeitstandards traten an deren Stelle und mit ihnen eine mechanisch lineare Wahrnehmung der Zeit. Symbol dafür war die Uhr, die von Beginn an zur Grundausstattung eines jeden Bahnhofes gehörte.

Die in Wien zwischen 1858 und 1874 errichteten Kopfbahnhöfe waren mit schon von weitem sichtbaren Großuhren ausgestattet. Diese waren entweder an der Außenfassade der Bahnhofshalle, direkt über dem Haupteingang, oder im Vorraum zur Eingangshalle angebracht.²²

Ausgehend von diesem Grundmuster wurde die Zeitinfrastruktur gegen Ende des 19. Jahrhunderts weiter verdichtet: Neben den Pfarrkirchen und der wichtigen Feuerwehrezentrale „Am Hof“ folgten bald auch andere öffentliche Gebäude: die Amtshäuser in den Bezirken, Schulen, Kasernen und Spitäler, das Lagerhaus in der Engerthstraße, die große „Bürger-Versorgungs-Anstalt“, das Gebäude der „Freiwilligen Rettungsgesellschaft“, die Großmarkthalle, das Militärgeografische Institut sowie die Hauptgebäude der Post- und Telegraphenverwaltung. Als Turm- und Fassadenuhren waren all diese Uhren in die Architektur integriert und zum wichtigen Bestandteil zeitgenössischen Bauens geworden – und zu lokalen Zeitzentren in den jeweiligen Bezirken.

Auch private Unternehmen versahen – nicht zuletzt aus Prestige Gründen – ihre Gebäude immer häufiger mit Uhren. So hatte bereits das 1873 anlässlich der Wiener Weltausstellung errichtete Hotel Métropole am Franz-Josefs-Kai, mit mehr als dreihundert Zimmern eines der größten Häuser der Stadt, eine markante Uhr an der Fassade angebracht.²³ Große Geschäftshäuser sowie adelige Wohnsitze folgten dem Beispiel.

Topografisch gesehen waren die Uhren zumeist auf die innerstädtischen Bereiche konzentriert; weiter außerhalb, in den Vororten, war die Uhrendichte noch weit geringer. Hier stellten, neben den Kirchen und vereinzelt Verkehrsbauten, vor allem die Vergnügungsstätten wichtige lokale Zeitzentren dar.

hundert der Eisenbahn. Die Herrschaft über Raum und Zeit 1800–1914, Sigmaringen 2005; Günter Din-hobl, System Eisenbahn. Gedanken zur Struktur(ierung) der Eisenbahn, in: Anita Kuisle (Hrsg.), Kohle und Dampf, Ausstellungskatalog, Linz 2006, S. 189-201.

²² Zur Architektur der Bahnhöfe vgl. Renata Kassel-Mikula/Peter Haiko, Vom „Arsenalstil“ zur „Wiener Renaissance“. Wiens gründerzeitliche Bahnhöfe in baukünstlerischer Sicht, in: Wolfgang Kos (Hrsg.), Großer Bahnhof. Wien und die weite Welt, Ausstellungskatalog, Wien 2006, S. 86-101.

²³ Zur Baugeschichte vgl. Allgemeine Bauzeitung 1879, S. 76-77, 91-92; zur Eröffnung vgl. Neue Freie Presse, 20.4.1873, S. 7.

Pavillon- und Reklameuhren

Im Februar 1866 erhielt der Wiener Gemeinderat von der Stadterweiterungskommission die Genehmigung zur Errichtung von sechs Ankündigungspavillons an der Ringstraße, die dem Verkauf von Zeitungen, Theaterkarten oder Blumen dienen sowie Reklame und auch Uhren enthalten sollten.²⁴ In den folgenden Jahren wurden derartige Kioske als oktagonale Eisenpavillons am Burgring, Parkring, Schottenring und am Franz-Josefs-Kai aufgestellt. Neben Werbeflächen, die gemietet werden konnten, befand sich im oberen Bereich eine Uhr mit kleinem Zifferblatt, das in der Nacht beleuchtet werden konnte. Für die Passanten war die offizielle Zeitanzeige damit erstmals in unmittelbare Nähe gerückt. In aller Ruhe konnten sie die Uhrzeit ablesen. Ähnliche Reklamepavillons wurden auch in deutschen Städten aufgestellt, wo sie „Annoncen-Uhren“ oder, wie in Berlin, „Urania-Säulen“ genannt wurden.²⁵ In Wien bestanden die Pavillons nur für einige Jahrzehnte. Spätestens 1900 waren sie und damit auch diese Art der Zeitanzeige wieder verschwunden.

An ihre Stelle traten mancherorts spezielle „Straßenbahnuhren“, deren Errichtung mit der zur Jahrhundertwende begonnenen Kommunalisierung des öffentlichen Verkehrs einherging. Dabei handelte es sich um schlanke, knapp zwei Meter hohe Holzkästen, in denen sich eine von den Straßenbahnchauffeuren zu stechende Kontrolluhr befand, die zugleich für alle Passanten die Zeit verkündete.²⁶

Der kommerzialisierten Form der Zeitanzeige begegnete man schließlich auch immer öfter bei den Uhrmachergeschäften. Diese installierten in und über ihren Auslagen auffällige Reklameuhren. Ein frühes, viel beachtetes Exemplar befand sich seit den 1860er Jahren am Franz-Josefs-Kai, wo Wenzel Schönberger im bekannten Müller'schen Gebäude sein Geschäft hatte, über dem an der Ecke eine reichverzierte Reklameuhr prangte. Diese beeindruckte nicht nur aus ästhetischen Gründen, sondern vor allem durch ihre Genauigkeit.²⁷ Die nach dem Abbruch des Gebäudes im Jahr 1889 von vielen Passanten vermisste Uhr wurde später an einem anderen Standort transferiert, von wo sich dann allerdings ihre Spur verliert.²⁸ Vor allem in den Geschäftsstraßen sollten in der Folge noch zahlreiche Reklameuhren entste-

²⁴ Das Vaterland. Zeitung für die österreichische Monarchie, 25.2.1866, S. 3; Neue Freie Presse, 25.2.1866, S. 5.

²⁵ Vgl. Ulla Merle, Tempo! Tempo! Die Industrialisierung der Zeit im 19. Jahrhundert, in: Jenzen, S. 161-217, hier 192-196.

²⁶ Vgl. dazu die Abbildung in Wiener Monatshefte für Bauwesen und dekorative Kunst, XVII. Jg., 1911, S. 64.

²⁷ Illustriertes Wiener Extrablatt, 6.4.1890, S. 4.

²⁸ Ebd., 8.4.1890, S. 5.

hen. Für deren Anbringung war die Erlaubnis vom Magistrat einzuholen und ein jährlicher Pachtzins an die Gemeinde Wien zu bezahlen.

Ständeruhren

Öffentliche Uhren als eigenes, freistehendes Stadtmobiliar tauchten ebenfalls ab Mitte der 1860er Jahre in Wiens Straßenbild auf. Dabei handelte es sich um sogenannte Ständer- oder Säulenuhren, wobei sich die Antriebstechniken im Laufe der Jahrzehnte mehrmals wandelten: von rein mechanisch über pneumatisch bis hin zu autodynamisch und elektrisch betriebenen Uhren.

Die erste Ständeruhr wurde im September 1865 probeweise im Hof des Unterkammeramtes ausgestellt. Sie war vom Uhrmacher Ernst Resch konstruiert worden und bestand aus einem knapp vier Meter hohen Eisenkandelaber, der eine von drei Zifferblättern umschlossene Uhr trug.²⁹ Der Antrieb erfolgte durch eine kleine Mutteruhr, die sich im Sockel befand und von dort aus die einzelnen Uhrwerke steuerte. Nach erfolgreichem Probelauf sollte die Uhr in der Leopoldstadt, vor dem renommierten Carltheater installiert werden.³⁰

Als am 19. November 1865 ihre Inbetriebnahme am neuen Standort erfolgte, erregte dies Zeitungsberichten zufolge einiges Aufsehen: „bis spät in die Nacht wurde die Uhr ... von vielen Neugierigen angestaunt.“³¹ Ihr Betrieb war allerdings nicht unumstritten. Die vorbeiführende Straßenbahn beeinträchtigte mit ihren Erschütterungen die Genauigkeit der Zeitanzeige, sodass die Uhr in der Folge mehr durch ihre „ewigen Capriolen“ von sich reden machte.³² Nach langem Diskussionen wurde sie daher im Jahr 1906 demontiert und auf den nahen Karmelitermarkt im Werd versetzt.³³

Auch neue Techniken wurden ausprobiert: zunächst der Antrieb durch Druckluft. Konstruktionen nach pneumatischem Prinzip waren bislang beim Transport der Rohrpost angewandt worden³⁴, nun sollte auch der Betrieb von öffentlichen Uhren damit bewerkstelligt werden.

²⁹ Die Presse, 9.9.1865, S. 3.

³⁰ Vgl. Neue Freie Presse, 6.9.1865, S. 4; Wiener Zeitung, 7.11.1865, S. 4.

³¹ Neue Freie Presse, 20.11.1865, S. 1.

³² Illustriertes Wiener Extrablatt, 6.4.1890, S. 4.

³³ Die Gemeinde-Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im Jahr 1906. Bericht des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, Wien 1908, S. 164.

³⁴ Vgl. Hans Hajek, Geschichte der Wiener Rohrpost, Wien 1933; Walter Turner, Die Stadtrhrpost in Wien 1875-1956, Wien 1978; Christine Kainz, Österreichs Post. Vom Botenposten zum Postboten, Wien 1995, S. 113-117; Florian Bettel, „Der ‚vollkommenen‘ Welt um einen Schritt näher.“ Die Rohrpost am Arbeitsplatz in fünf Bildern, in: Blätter für Technikgeschichte, 73/2011, S. 127-148.

Energisch bemühte sich der Telegrafien-Ingenieur Carl Albert Mayrhofer beim Wiener Gemeinderat um Genehmigung zur Aufstellung von pneumatischen Uhren. Herzstück seines Projektes war die Errichtung einer Normaluhr, die mit der k. k. Sternwarte über eine Telegrafienleitung in Verbindung stehen und somit über eine genaue Zeit verfügen sollte. Von dieser aus sollten über ein Röhrensystem mehrere, im Stadtgebiet verteilte Ständeruhren durch regelmäßige Druckluftimpulse betrieben werden. 1876 erhielt er die Erlaubnis zur probeweisen Errichtung mehrerer pneumatischer Uhren.³⁵ Die erste davon wurde am 24. Februar 1877 am Schottenring, unweit der Votivkirche, feierlich in Betrieb genommen. Sie wies drei Zifferblätter auf, war von drei Gaskandelabern flankiert und auf einem Schilderhaus montiert. Zeitgleich wurden zwei weitere Uhren in Betrieb gesetzt. Als Konstrukteure des neuartigen Uhrensystems waren Mayrhofer Victor Popp sowie der bereits mit der Praterstraßenuhr in Erscheinung getretene Uhrenfabrikant Ernst Resch zur Seite gestanden.³⁶

Wien war, wie man stolz vermerkte, die weltweit erste Stadt, die öffentliche Uhren mit pneumatischen Antrieb installierte – deutlich vor Paris, das erst 1879 folgte. Ein bemerkenswertes Ereignis also, das demzufolge auch in der Fachpresse und in internationalen Medien seinen Niederschlag fand.³⁷

Dass der Wettkampf der Metropolen auch in diesem Sektor offenkundig war, bemerkten nicht zuletzt die nachfolgenden Inspizienten, unter ihnen Kaiser Franz Joseph höchstpersönlich, der sich im März des Jahres anerkennend über die neue Erfindung äußerte. Die Hoffnungen waren also groß, dass damit eine wichtige Etappe zur Verbesserung der öffentlichen Zeitanzeige Wiens erreicht war. Noch im selben Jahr wurden daher weitere pneumatische Uhren aufgestellt, allerdings in halböffentlichen Räumen und nicht als Ständer-, sondern als Fassadenuhren: am städtischen Zeughaus Am Hof, im Schweizerhof oberhalb der Botschafterstiege, in der Einfahrt des Palais Liechtenstein in der Bankgasse, im Telegrafienbüro der städtischen Feuerwehr und im großen Saal der Börse.³⁸ Die Erwartungen erfüllten sich nicht. Schon bald zeigte sich, dass sämtliche Uhren zu ungenau gingen, was auch durch Nachjustierungen nicht behoben werden konnte. Mayrhofers Vertrag wurde nicht mehr verlängert, das Projekt als gescheitert eingestuft.

³⁵ Josef Rathan-Haefelen, Denkschrift an den wohlhälllichen Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, anlässlich der am 24. Februar d. J. ablaufenden Probezeit der pneumatischen Uhren in Wien, Wien 1878, S. 14, S. 18.

³⁶ Neue Freie Presse, 25.2.1877, S. 6.

³⁷ Vgl. Pneumatic Town Clocks in Vienna. Designed by A. C. Mayrhofer, in: Scientific American Supplement, 84/1877, S. 1331; Pneumatische Uhren, in: Dingers Polytechnisches Journal, 233/1879, S. 256-257.

³⁸ Rathan-Haefelen, S. 21, 27 f..

Der Ingenieur und Erfinder Friedrich von Lössl (1817–1907) hatte eine andere Idee. Er konstruierte Uhren nach autodynamischem Prinzip, die als Energiequelle die Schwankungen von Luftdruck und Lufttemperatur nutzten. Große Aneroiddosen (Luftdruckmessgeräte) zogen Federn auf, die unter Verwendung eines rotierenden Pendelregulators die Zeiger antrieben. Dabei genügten die kleinsten Tagesschwankungen zwischen Tag und Nacht, um den Energiebedarf einer Uhr zu decken.³⁹

Die erste autodynamische Ständeruhr wurde am 18. September 1880 in der Sternwartestraße im Wiener Cottagegarten (heute Türkenschanzpark) aufgestellt, weitere folgten im Stadtpark (1881, nach einigen Jahren wegen technischer Probleme demontiert) und im Prater (1883), am Währinger Gürtel (1888, im Zuge des Stadtbahnbaus 1894 demontiert) und in der Hernalser Hauptstraße/Ecke Komeniusgasse (1891).⁴⁰ Sämtliche Uhren bestachen durch die gute Erkennbarkeit ihrer vier Zifferblätter, vor allem aber durch ihre genaue Gangweise. Nur selten waren kleine Nachjustierungen nötig, wie Lössl selbst betonte.⁴¹

Im Jahr 1904 übernahm der Uhrenfabrikant Alfons Schauer vom bereits betagten Lössl die Rechte auf das System der autodynamischen Uhren. Er baute weiterhin Modelle nach Lössls Patent und ließ sie beim Kinderspielplatz im Stadtpark (1904) und im Maria-Josefa-Park (1905, heute Schweizergarten) aufstellen. Voll Freude berichtete er Lössl in einem Brief: „Das Interesse, welchem die autodynamischen Uhren nunmehr im Magistrate allgemein begegnen, ist ein sehr großes.“⁴² Im Jahr 1905 wurde die Uhr auf der Hernalser Hauptstraße von der Stadt Wien angekauft.⁴³ Und auch in anderen Städten zeigte man sich an Lössls Erfindung interessiert. Seine Uhren wurden nach Linz, Paris, Hamburg und Marburg exportiert.

Den endgültigen Durchbruch der relativ aufwändigen und demzufolge teuren autodynamischen Uhren verhinderte schließlich eine neue Antriebskraft: die elektrische. Die sich immer mehr verbreitenden elektrischen Uhren hatten wie jene von Lössl den Vorteil, nie aufgezogen werden zu müssen, waren aber – im Unterschied zu diesen – weit kostengünstiger herzustellen. So war Lössls Erfindung letzt-

³⁹ Zu Lössls Erfindung und Biografie vgl. Josef H. Schröer, *Die autodynamische Uhr des Friedrich Ritter von Lössl, die Uhr mit selbsttätigem Luftdruckaufzug*, Georgsmarienhütte 2003; Martin Gschwandtner, *Friedrich Ritter von Lössl (1817-1907). Unermüdlicher Technik-Pionier, Visionär, Tüftler und U(h)rgroßvater*, München 2009.

⁴⁰ Vgl. dazu Nachlass Friedrich von Lössl, Biografische Notizen über technische Erlebnisse, Technisches Museum Wien, Archiv, BPA-015368. Die Uhr vom Währinger Gürtel wurde 1897 nach Bad Aussee, Lössls Alterswohnsitz, transferiert, wo sie bis heute, allerdings umgerüstet auf elektrischen Antrieb, steht.

⁴¹ Friedrich v. Lössl, *Von den autodynamischen Uhren*, in: *Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines*, 40/1895, S. 469-471, hier S. 471.

⁴² Brief vom 21.8.1904. Zit. nach Schröer, S. 21.

⁴³ Die Gemeinde-Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im Jahr 1905. Bericht des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, Wien 1907, S. 190.

lich zu spät gekommen und vom technischen Fortschritt überholt worden.

Doch zunächst wurden noch weitere Uhren mit herkömmlicher Antriebstechnik errichtet. Die traditionsreiche, 1839 gegründete Uhrenfabrik Schauer gehörte zu den Pionieren auf diesem Gebiet.⁴⁴ Mitte der 1880er Jahre entwickelte die Firma zwei bemerkenswerte, mechanisch betriebene Ständeruhren, die am Naschmarkt (1895) sowie am Währinger Gürtel vor der Volksoper (1898, nach Fertigstellung der Stadtbahn als Ersatz für Lössls entfernte Uhr) aufgestellt wurden. Die beiden baugleichen Modelle waren mehr als zehn Meter hoch und enthielten in ihrem Schaft eine Mutteruhr, die jeweils drei Zifferblätter mit einem Durchmesser von 125 Zentimeter antrieb. Öffentliche Uhren von derartiger Größe waren bislang eine Novität in Wien. Vor allem die Uhr am Naschmarkt avancierte zu einem weithin sichtbaren „Eyecatcher“.



Abb. 9: Ständeruhr am Währinger Gürtel, um 1900.

Die Tage derart großer Monumentaluhren waren jedoch bereits gezählt. Die Zukunft gehörte den elektrischen Uhren. Ihre Errichtung wurde nunmehr auch von der Firma Schauer forciert. Mit zahlreichen Patenten, darunter der elektrische Turmuhraufzug und die mechanische Zeitspeicherung, konnte man zur Jahrhundertwende richtungsweisende Erfindungen vorweisen.⁴⁵ Gleichsam als spezielle

⁴⁴ Zur Firmengeschichte vgl. The Schauer History. Unveröffentlichte Firmengeschichte (Manuskript), o. J. (um 1988).

⁴⁵ Vgl. dazu Emil Schauer, Elektrisches Uhrensystem, in: Österreichisch-Ungarische Uhrmacher-Zeitung,

Ständeruhr produzierte die Firma Schauer dann für den Arthaber-Brunnen Wiens erste elektrisch betriebene öffentliche Uhr.

Der Brunnen wurde im Oktober 1906 im Arbeiterbezirk Favoriten enthüllt, zur Erinnerung an den bedeutenden Industriellen und Kunstsammler Rudolf von Arthaber (1795–1867). Das vom Wiener Architekten Theodor Bach entworfene Denkmal im Park des Arthaberplatzes wies als zentralen Blickfang eine sechs Meter hohe Steinpyramide auf, an deren Spitze eine Uhr thronte. Diese besaß vier Zifferblätter, war in einem Bronzegehäuse montiert und in der Nacht durchgehend beleuchtet. Bei der feierlichen Eröffnung waren zahlreiche prominente Gäste anwesend, die Arthaber als Pionier des Fortschritts priesen.⁴⁶ Ausdruck dieses Fortschrittsdenkens war die nunmehr zu jederzeit sichtbare Uhr, die auf das Deutlichste die Wertschätzung des bürgerlichen Unternehmertums für die neue Zeitordnung symbolisierte.

Würfeluhren

Nach den positiven Erfahrungen mit der Arthaber-Uhr verstärkte die Stadt Wien ihre diesbezüglichen chronometrischen Anstrengungen. Das Uhrenreferat des Stadtbauamtes wurde angewiesen, gemeinsam mit der Firma Schauer eine elektrisch betriebene Straßenuhr zu entwickeln, die eine genaue Zeitangabe garantierte und von allen Seiten gut sichtbar war.

Ende August 1907 war es soweit: Der erste Prototyp wurde an einem Lichtmast an der Kreuzung Opernring/Kärntnerstraße in etwa sieben Meter Höhe installiert. Neben dem elektrischen Antrieb konnte man noch auf eine weitere Innovation verweisen: Vier runde Zifferblätter, die statt Ziffern lediglich Striche zur Markierung der Fünf-Minuten-Einheiten aufwiesen. Versuche des Uhrenreferats hatten ergeben, dass diese Abstrahierung auf die Entfernung hin absolut ausreiche. Die Mutteruhr war in der nächstgelegenen Plakatsäule an der Ringstraße untergebracht, von wo sie die vier Zeigerwerke steuerte. Bei Stromausfall war eine zwölfstündige Gangreserve vorgesehen.⁴⁷

Die Reaktion der Öffentlichkeit war durchaus wohlwollend. Stolz wiesen die Tageszeitungen auf die „erste elektrische Straßenuhr in Wien“ hin. Sie lobten ihren geringen Platzbedarf und dass sie „keinen separaten Raum in den Straßen“ einnehme. Das neue Zifferblatt wurde den Lesern genauestens erklärt und die Zuversicht ausgesprochen, dass „man trotzdem leicht die Stunde bei Tag sowohl als in der

10/1907, S. 1-2.

⁴⁶ Neue Freie Presse, 10.10.1906, S. 4. Vgl. auch Wiener Bilder, 42/1906, S. 7.

⁴⁷ Hammer, S. 292-293 (Das hier genannte Eröffnungsdatum Sommer 1908 ist nicht richtig).

Nacht ablesen wird können“.⁴⁸

Der Prototyp überzeugte derart, dass die Kommune schon bald weitere Uhren aufstellen ließ: am Neubaugürtel nahe dem Westbahnhof (1911), am Schottenring (1913) und am Rudolfsheimer Markt (Schwendermarkt, 1915).⁴⁹

Das Design dieser Folgemodelle war nochmals modifiziert und zur so genannten Würfeluhr weiterentwickelt worden: Die Uhren hatten ein würfelförmiges, an den Ecken abgeschrägtes Gehäuse bekommen. Die abgeschrägten Ecken hatten nicht nur ästhetische, sondern auch handfeste praktische Gründe, sorgten sie doch für den optimalen Ablauf des Regenwassers; das Zifferblatt wurde leicht verändert und künftig semitransparent ausgeführt, sodass es auch bei nächtlicher Hinterleuchtung gut lesbar war; und schließlich wurden die Minuteneinteilungen ebenso wie die beiden Zeiger noch etwas deutlicher, d. h. breiter gestaltet.

Die Stadt Wien hatte damit gemeinsam mit ihrer langjährigen Partnerfirma Schauer den Typus einer Kommunaluhr geschaffen, der auch für die folgenden Jahrzehnte richtungweisend sein sollte. Die exzellente Ausführung der Schauer-Uhren und ihre präzise Gangweise waren zu anerkannten Markenzeichen geworden. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg expandierte das auch international erfolgreiche Unternehmen. Der Firmensitz wurde nach Wien-Döbling verlegt.⁵⁰

Wetterhäusenuhren

Initiiert von lokalen naturwissenschaftlichen Gesellschaften, Kur- und Fremdenverkehrsvereinen, breiteten sich Wetterhäuschen, auch Wettersäulen genannt, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ganz Europa aus. Ihre Standardausstattung umfasste neben Thermometer, Barometer und Hygrometer auch eine Zeitanzeige, wobei es sich im Regelfall um herkömmliche Zeigeruhren handelte.⁵¹

In Wien wurde im August 1883 das erste Wetterhäuschen eröffnet. Der achteckige Holzbau stand im Stadtpark vor dem Kurhaus. Neben den üblichen Messinstrumenten inklusive Windfahne befanden sich direkt unter dem Dach runde Fenster, die in jeder der acht Seitenflächen mit Uhren bestückt waren.⁵²

⁴⁸ Wiener Abendpost, 30.8.1907, S. 2; Neuigkeits-Welt-Blatt, 31.8.1907, S. 10; 1.9.1907, S. 9; Illustriertes Wiener Extrablatt, 1.9.1907, S. 5.

⁴⁹ Archiv der Magistratsabteilung 33 – Wien Leuchtet, Karteiblättersammlung; Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Nr. 104 vom 28.12.1909, S. 3252; Nr. 19 vom 7.3.1911, S. 651.

⁵⁰ Schauer History, o. S. (S. 4).

⁵¹ Zur Geschichte der Wetterhäuschen in Europa vgl. www.wettersaeulen-in-europa.de sowie www.baechtigerhorgen.ch/wetters.html (Zugriff 19.6.2014).

⁵² Neue Freie Presse, 9.8.1883, S. 6.

Die Messinstrumente stammten von dem Mechaniker Heinrich Kappeller, der in Wien-Margareten eine Werkstätte führte. Diese war bereits in den 1830er-Jahren von seinem Vater gegründet worden und auf die Erzeugung von physikalischen und meteorologischen Instrumenten spezialisiert.

Kappeller erkannte die steigende Nachfrage nach seinen Erzeugnissen. Umsichtig bot er interessierten Kommunen fortan Wetterhäuschen als Gesamtpaket an. Im Jahr 1890 schenkte er ein solches der Gemeinde Wien. Es war für den Rathauspark bestimmt, der – ähnlich dem Stadtpark – mit Versatzstücken bürgerlicher Repräsentationskultur ausgestattet werden sollte. In stilistischer Anlehnung an das Rathaus wurde das fünfeinhalb Meter hohe, dreiseitige Häuschen in neugotischer Manier ausgeführt und mit drei Uhren bestückt. Das zeitgenössische Urteil darüber war einstimmig positiv: „Das Wetterhäuschen ... repräsentirt einen bedeutenden Werth und gereicht der Stadt zur Zierde, dem Widmer zur Ehre.“⁵³

Kappeller avancierte in der Folge zum führenden Wetterhäuschen-Anbieter Wiens. Ausgezeichnet mit zahlreichen Ehrendiplomen und Medaillen, offerierte er Modelle in unterschiedlichen Größen, zumeist im gotischen oder Renaissance-Stil.⁵⁴ Damit nahm er eine herausragende Stellung in Österreich ein, vergleichbar in Deutschland mit Wilhelm Lambrecht.⁵⁵

In den kommenden Jahren entstanden noch weitere Anlagen in Wien. Im Maria-Josefa-Park war eine spezielle Uhrenanlage implementiert: Eine Pendeluhr mit einem Acht-Tage-Gehwerk – entworfen vom ehemaligen Leitmeritzer Realschuldirektor Theodor Lauda, konstruiert vom Wiener Uhrmacher Anton Rapf – betätigte ein Läutwerk mit zwei Glocken, die frei sichtbar in der Kuppel des Häuschens hingen und zu jeder Viertel- und vollen Stunde ertönten. Ein großes Zifferblatt zeigte die Uhrzeit in Wien und – über einen drehbaren Ring – in anderen Städten der Welt. Doch nicht nur die ausgeklügelte Zeitanzeige, auch die Präzision dieser „Weltuhr“ beeindruckte. Ihre Ungenauigkeit betrug maximal eine Sekunde pro Tag.⁵⁶

Nach zwei weiteren dekorativen Wetterhäuschen erfolgte schließlich 1913 im Stadtpark der Bau der größten Anlage in der gesamten Monarchie. Das alte Wetterhäuschen war baufällig geworden, die Instrumente waren veraltet und desolat. Die Kommune hatte sich daher zur Errichtung eines modernen „Observationspa-vil-

⁵³ Wochenschrift des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, 1/1891, S. 8.

⁵⁴ Vgl. Heinrich Kappeller, Preis-Verzeichnis und Abbildungen physikalischer und meteorologischer Instrumente zum wissenschaftlichen, allgemeinen und Fabriks-Gebrauch, Wien 1895.

⁵⁵ Vgl. Wilhelm Lambrecht, Wo und Wie soll man Wettersäulen bauen? Eine Mahnung an Kur- und Städteteilverwaltungen, Verschönerungs-Vereine, Vereine zur Hebung des Fremdenverkehrs sowie ein Wink für Gönner der Wissenschaft, Göttingen o. J. (um 1910); Ders, Illustrierte Preisliste von Wettersäulen nebst Beschreibung der Instrumente, Göttingen o. J. (um 1895).

⁵⁶ N. N., Weltuhr, in: Österreichisch-Ungarische Uhrmacher-Zeitung, 2/1906, S. 1-3.

lons“ entschlossen, der nicht zuletzt durch seine weithin sichtbare Zeitanzeige beeindruckend sollte.⁵⁷ Die Eröffnung, die am 19. November des Jahres erfolgte, offenbarte ein elegant gestaltetes Bauwerk, direkt am Ufer des großen Teichs gelegen: „Der neue Wetterpavillon bildet eine Zierde des Stadtparks. Eine hohe blendend weiße Säule auf einem Stufenplateau hebt sich auf das Vorteilhafteste von einem grünpatinierten Kupferdache ab, das vier Uhren in jeder Himmelsrichtung, eine Wetterfahne und reiche architektonische Gliederung aufweist.“⁵⁸

Das alte Wetterhäuschen wurde abgetragen. Die Wartung und Instandhaltung fast aller Wetterhäuschenuhren in Wien besorgte in den folgenden Jahren die Firma Schauer, ein weiterer Beleg für die enge Beziehung, die diese mittlerweile zur Stadtverwaltung aufgebaut hatte.⁵⁹

Die „Ankeruhr“

Im Jahr 1911 legte die Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft „Der Anker“ Pläne für eine völlig neuartige öffentliche Uhr an ihrem Firmensitz am Hohen Markt vor. Unter der Leitung von Franz Matsch (1861–1942), einem renommierten Maler, Bildhauer und ehemaligen Professor an der Kunstgewerbeschule⁶⁰, sollte die Uhr als Brücke zwischen den zwei gerade neu errichteten Gebäuden des Ankerhofes entstehen, mit einer Spannweite von zehn und einer Höhe von siebeneinhalb Metern, die Uhr selbst mit einem Durchmesser von vier Metern. Die Entwürfe dafür stammten von Matsch selbst, das Uhrwerk konstruierte k. u. k. Hof-Uhrmacher Franz Morawetz (1872–1924). Zwei Ziele galt es miteinander zu vereinen, wie eine Begleitbroschüre informierte. So wollte man sowohl „die große historische Vergangenheit Wiens in Erinnerung bringen“, als auch den Intentionen der Anker-Versicherung entsprechen, „denn die Uhr, die uns zeigt, wie die Zeit rasch dahinflieht, weist auf den Wert der Lebensversicherung hin“.⁶¹

Gestaltung und Konstruktion der Uhr folgen dieser Programmatik: An ihrer Vorderseite sind zwölf Personen der Wiener Geschichte zu sehen, Berühmtheiten aus Kunst und Politik, die unter musikalischer Begleitung beim Betrachter vorbeiziehen: von Marc Aurel und Karl dem Großen über Rudolf von Habsburg und Prinz

⁵⁷ Reichspost, 20.7.1913, S. 8.

⁵⁸ Neue Freie Presse, 20.11.1913, S. 10. Vgl. dazu auch Fremden-Blatt, 20.11.1913, S. 13; Wiener Bilder, 47/1913, S. 9; Die Woche, 49/1913, S. 2100.

⁵⁹ Archiv der Magistratsabteilung 33 – Wien Leuchtet, Karteiblättersammlung.

⁶⁰ Zur Person vgl. Renata Kassal-Mikula, Franz von Matsch. Ein Wiener Maler der Jahrhundertwende, Ausstellungskatalog, Wien 1981.

⁶¹ N.N., Die Kunstuhr des Anker in Wien. Erdacht und ausgeführt von Franz von Matsch, Wien/Leipzig o. J. (1915), S. 3.

Eugen bis zu Maria Theresia und Joseph Haydn. Jeder Person ist eine bestimmte Melodie zugeordnet, vom Nibelungenlied über „Prinz Eugen, der edle Ritter“ bis zu Haydns „Kaiserhymne“. Letztere sollte stets genau um zwölf Uhr mittags erklingen, hervorgebracht, wie auch die anderen Musikstücke, von einer 800 Pfeifen starken Orgel im Inneren der Brücke.

Der Hintergrund der Figuren wird von einem kunstvoll gefertigten runden Mosaik gebildet, in der Mitte das Wappen der Stadt Wien und den Doppeladler darstellend, begrenzt von goldenen Herzen und zwölf Wappenschilden. Gerahmt wird die zentrale Zeitanzeige von weiteren symbolischen Darstellungen: an der Basis ein von einem prächtigen Teppich überdeckter Lindwurm (Basilisk), seitwärts je ein vergoldeter Rosenstock, an der Spitze ein Kind mit Schmetterling als Allegorie für das Leben, daneben der Tod mit Sanduhr sowie – ganz zentral – die strahlende Sonne.

Die Prunkuhr war als Gesamtkunstwerk konzipiert, im Jugendstil, dem sich Matsch, vom Historismus her kommend, zugewandt hatte. Betrieben wurde die Anlage von Beginn an elektrisch, für die Nachtstunden war eine Beleuchtung mit zwölf Scheinwerfern vorgesehen.

Die Errichtung der Uhr nahm mehrere Jahre in Anspruch, ihre Eröffnung war für Herbst 1914 geplant.

Doch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam dazwischen. Der Mangel an Rohstoffen und vor allem Arbeitskräften bei den beteiligten Firmen verzögerte die Eröffnung. Dem schon mit Neugier wartenden Wiener Publikum konnte aber immerhin ein erster Musikeindruck gegeben werden. Am 2. Dezember wurde die schon fertiggestellte Orgel eingeweiht. Man bot eine Stunde lang „patriotische Tonstücke“ dar, die von den Wienern geradezu euphorisch aufgenommen wurden.⁶²

Anders als ursprünglich vorgesehen, war die Ankeruhr zu einem brandaktuellen Symbol für die Monarchie geworden. Und ungewollt spiegelte sie den Auflösungs-zustand, in dem sich diese befand. Denn so wie der Krieg sich stets aufs Neue um Wochen und Monate verlängerte, musste auch die offizielle Eröffnung der Uhr „auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden“.⁶³ Eine feierliche Einweihung sollte letztlich nie mehr stattfinden. Nach Kriegsende wurde die Uhr ohne großen Pomp in Betrieb genommen. Nichtsdestoweniger fungierte sie von Beginn an als besonderer Anziehungspunkt. Wien war um eine Sehenswürdigkeit reicher, die letzte prunkvolle Manifestation des alten Österreich.

Die chronometrische Grundausstattung des öffentlichen Raumes hatte mit der Ankeruhr einen vorläufigen Höhe- und Endpunkt erreicht. Der mittlerweile beeindruckenden Vielzahl und Vielfalt an öffentlichen Uhren – es gab insgesamt bereits

⁶² Reichspost, 3.12.1914, S. 8; Österreichische Volks-Zeitung, 3.12.1914, S. 6.

⁶³ Österreichische Volks-Zeitung, 22.12.1914, S. 4.

mehr als hundert Stück – entsprach eine zunehmend heftigere Diskussion über die Ungenauigkeit ihrer Zeitanzeigen. Die „Wiener Uhrenmisere“ wurde geradezu sprichwörtlich.⁶⁴ Daran änderte weder die Einführung von sogenannten „Mittagszeichen“, die exakte akustische und visuelle Signale zur Regulierung der Uhren anboten⁶⁵, etwas, noch die im Jahr 1910 erfolgte Einführung der Mitteleuropäischen Zeit, mit der Wien, deutlich später als andere Großstädte, an die internationale Zeitordnung angebunden wurde.⁶⁶ Der Alltag der Bevölkerung blieb durch die vorgenommene Zeitkorrektur – die Uhren waren um 5 Minuten und 21 Sekunden zurückgestellt worden – relativ unbeeindruckt. Das Satireblatt „Wiener Luft“ bemerkte dazu ironisch: „Jedenfalls werden sich unsere öffentlichen Uhren nicht genieren, auch nach mitteleuropäischer Zeit nach wie vor falsch zu gehen.“⁶⁷

All dies entsprach nur allzu deutlich dem seit langem tradierten Klischee der „Wiener Gemütlichkeit“, das – wie die Historiker Erhard Chvojka und Lutz Musner zeigten – zum Habitus einer Stadt geworden war, in der die Uhren sprichwörtlich langsamer gingen also anderswo.⁶⁸ Dessen ungeachtet waren mit der Implementierung der Uhren, verstreut im ganzen Stadtgebiet, zentrale Aufmerksamkeitsobjekte entstanden, die die psychischen und mentalen Dispositionen der Bevölkerung *à la longue* entscheidend prägen sollten. Dies ist wohl letztlich mit ein Grund dafür, dass Wien bis heute zu den zeitlich am stärksten durchstrukturierten Großstädten der Welt gehört.⁶⁹

Dr. Peter Payer, Technisches Museum Wien, payer@stadt-forschung.at

Abbildungsnachweis:

Abb. 1 u. 2: © Sammlung Peter Payer

⁶⁴ Neue Freie Presse, 22.2.1912, S. 9.

⁶⁵ Seit 1880 gab es am Dach des Militärgeographischen Instituts ein tägliches Mittagszeichen, das – gesteuert durch die hauseigene Sternwarte – akustisch (Glockenschläge) und visuell (Zeitball, Uhr) verkündet wurde. Drei Jahre später wurde Am Hof das „Mittagszeichen der Stadt Wien“ eingerichtet. Die dortige Feuerwehrzentrale stand mit der Universitätssternwarte in telegrafischer Verbindung und verkündete den exakten Mittag ebenfalls durch Glockenschläge. Ab September 1911 ertönte noch zusätzlich der sogenannte „Mittagsschuss“, abgefeuert von einer Kanone am Dach der neu errichteten Volkshochschule Urania, die ebenfalls eine eigene Sternwarte besaß.

⁶⁶ Die Gemeinde-Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im Jahr 1910. Bericht des Bürgermeisters Dr. Josef Neumayer, Wien 1911, S. 186.

⁶⁷ Wiener Luft. Beiblatt zum humoristischen Wochenblatt Figaro, 13/1909, S. 202.

⁶⁸ Chvojka, 2001, S. 8-15; Lutz Musner, Der Geschmack von Wien. Kultur und Habitus einer Stadt, Frankfurt a. Main/New York 2009, S. 173-204.

⁶⁹ Vgl. Rotenberg, S. 7.

**Tagungsbericht: Stadt und Gewalt,
veranstaltet von dem Österreichischen
Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung,
dem Österreichischen Staatsarchiv
und der Historisch-kulturwissenschaftliche
Fakultät der Universität Wien
am 5. und 6. Juni 2014 in Wien**

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Mit dem Attentat auf das Habsburgische Thronfolger-Ehepaar in Sarajevo wurde eine Kettenreaktion militärischer Interventionen ausgelöst, deren Wirkkraft weit über den europäischen Kontinent ausstrahlte und sich zum globalen Flächenbrand des Ersten Weltkriegs ausbreitete. Diese neue Dimension der Kriegsführung beeinflusste viele Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens und veränderte diese nachhaltig.

Gewalt begegnet uns jedoch nicht nur in Kriegszeiten. Als Zeichen von Herrschaft, als Begleiterscheinung von Unruhen, legitimiert oder illegitim, normal oder exzessiv: die Formen der Gewalt und deren Bewertung sind vielfältig. Diese Feststellung legte nahe, grundsätzlicher nach Formen, Verständnis, Rahmenbedingungen und Kontextualisierung von Gewalt zu fragen. Die Erforschung des Phänomens Gewalt hat eine lange Tradition und nimmt einen nicht unwesentlichen Stellenwert im gesellschaftlichen Denken und Handeln ein. Das historische Interesse galt zunächst dem Wandel von Gewalt-Phänomenen vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Dem Prozess der Zivilisation wurde eine zunehmende Affektkontrolle im zwischenmenschlichen Handeln und damit verbunden eine Abnahme der Gewalt zugeschrieben. Inzwischen übt die historische Forschung an diesem Modell Kritik und fordert nun eine stärkere historische Kontextualisierung von Phänomenen der Gewalt. Mit der Ermittlung spezifischer Erfahrungs- und Wahrnehmungsformen von

Gewalt und der Analyse symbolischer Vermittlungen rückt immer mehr die Frage nach dem „Wie?“ anstelle des „Warum?“ in den Mittelpunkt.

In der Tagung stand die Stadt als Ort von Gewalt im Mittelpunkt. Wie wird Gewalt in der Stadt ausgeübt – und unter welchen Vorzeichen? Unter welchen Umständen wurden und werden Formen von Gewalt besonders in der Stadt wirksam und nutzbar gemacht? Gibt es eine spezifisch städtische Gewalt im Sinne der *potestas* oder *violentia*? Im historischen Überblick diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung verschiedene Formen von „Nutzbarmachung“ öffentlicher Gewalt. Die Hauptstadt der Habsburgermonarchie Wien bot den regionalen Referenzrahmen, um nach den Formen von Gewalt im Krieg und durch Krieg und ihre besonderen Erscheinungsformen in der Stadt zu fragen. Verändern sich Ursachen, Wirksamkeiten Folgen von kriegerischer Gewalt im Lebensraum Stadt? Und wie verändern sie diesen?

Wie sehr sich die Begrifflichkeiten und Definitionen von Gewalt im historischen Längsschnitt verändern können, veranschaulichte MARTIN SCHEUTZ (Wien) in einem eindrucksvollen Überblick über unterschiedliche Formen von Gewalt. Er stellte dabei die Stadt als Gewaltraum in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Das Wirtshaus werde dabei ebenso wie das Rathaus und der Marktplatz zu Räumen der positiv oder negativ konnotierten Gewalt. Beispielhaft führte dies GERHARD AMMERER (Salzburg) an der Praxis öffentlicher Hinrichtungen in mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten aus. Bei dieser Art öffentlicher Veranstaltung in Form eines kommerziellen Massenspektakels diente die Stadt als Bühne, als *theatrum poenarum*, für eine nachhaltige Vermittlung zeitspezifischer Wertvorstellungen. Disziplinierung, Unterhaltung und Unterweisung thematisierte auch SUSANA ZAPKE (Wien) in ihrem Beitrag und verwies auf die Vermittlung von autorisierter Gewalt durch die ‚sonoren‘ Elemente der Stadt. Fronleichnamsprozessionen, Gedenkfeiern oder Imagefilme: Die zeitgenössischen Inhaber des Gewaltmonopols nutzten die Wirkkraft städtischer „soundscapes“.

KATHARINA MIKO (Wien) lenkte den Blick auf aktuelle Sicherheitsdiskurse und jene Elemente, die das subjektive Sicherheitsempfinden beeinflussen. Sie fragte dabei, wie öffentlicher Raum genutzt werden dürfe. Durch Institutionalisierung des Raumes mithilfe der Etablierung von Schutzzonen und Toleranzonen werde subjektive Sicherheit vermittelt und kriminelles Gewaltpotenzial ausgegrenzt.

Nach diesem breiten Blick in Geschichte und Gegenwart widmete sich der zweite Teil der Tagung verstärkt den Geschehnissen während des Ersten Weltkriegs.

Mit staatlicher Gewalt vor und während des Ersten Weltkriegs setzte sich PETER BECKER (Wien) auseinander. Er analysierte die Möglichkeiten des Ausnahmezustandes als erweiterte Raumzuteilung für staatliches Handeln besonders im urbanen

Raum. Der Einsatz von Militär zur Durchsetzung staatlicher Autorität werde legitimiert, um die innere Ordnung wieder herzustellen. Der Aufrechterhaltung von Ordnung diene auch das Kriegsüberwachungsamt, das auf rechtlicher Grundlage des Ausnahmezustandes eingerichtet worden war. TAMARA SCHEER (Wien) setzte sich intensiv mit der inneren Kontrolle der Monarchie, die durch das Kriegsüberwachungsamt einen institutionellen Rahmen fand, auseinander.

Mit fortschreitenden Kampfhandlungen erreichte der Krieg schließlich auch den städtischen Raum, wenn auch nicht zwingend in Form von Kampfhandlungen.. Psychische Belastungen durch die extremen Kriegserfahrungen an der Front sowie Hunger verdrängten die Kriegshysterie, die im Sommer 1914 in der Hauptstadt der Monarchie, Wien, spürbar gewesen war. WOLFGANG MADERTHANER (Wien) ging der Frage nach den Reaktionen Wiener Intellektueller auf den Krieg, ihren Kriegserfahrungen und deren Verarbeitung im literarischen Schaffen nach. Auch Sigmund Freud, Robert Musil und Ludwig Wittgenstein seien – zumindest zeitweise – der herrschenden Kriegseuphorie erlegen. ALFRED PFOSER (Wien) äußerte sich skeptisch gegenüber der Meinung, im Sommer 1914 sei eine allgemeine Kriegsbegeisterung spürbar gewesen. Eher sei von einer Kriegshysterie zu sprechen, die zudem keinesfalls alle Bewohner der Stadt geteilt hätten, etwa jene, die in den Wiener Arbeiterbezirken zunehmend unter Mangelerscheinungen litten. Dass Hunger und Hungerrevolten den städtischen Alltag prägten, führte ANDREAS WEIGL (Wien) aus. Mit den medizinischen Folgen der Kriegserfahrungen beschäftigte sich HANS-GEORG HOFER (Bonn). Die Soldaten mit Zittererscheinungen als Folge der psychischen Belastung wurden mit damals modernen Therapien behandelt, etwa mit Elektroschocks. Auch hier bot die Stadt den Rahmen für eine zentralisierte Beherbergung und Behandlung, etwa in der „Gesundungsfabrik“ Grinzing, wo 6.000 Patienten in 60 Baracken versorgt wurden.

Ein weiteres Versorgungsproblem stellten die Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs dar, die in Wien untergebracht waren. Als wichtige Arbeitskräfte in den Wiener Betrieben entschärften sie zwar den akuten Mangel, der in der Stadt herrschte. Doch gleichzeitig verschärfte sich das Problem der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, so VERENA MORITZ (Wien). Der Überlegenheitsanspruch der Monarchie kam in der letzten großen Ausstellung zur Geltung. Mit ihrem enormen Unterhaltungsangebot sollte diese die Stimmung der Bevölkerung steuern, führte MONIKA SOMMER (Wien) aus. Den Krieg an der Front erfahr- und erlebbar zu machen, sei erklärtes Ziel dieses gemeinsamen Projektes von Kriegsministerium, Rotem Kreuz, Heeresmuseum und Kriegsfürsorgeamt gewesen. Disziplinierung durch Unterhaltung war auch hier ein probates Instrument der obrigkeitlichen Gewalt im urbanen Raum.

HELMUT KONRAD (Graz) schließlich resümierte die Frage nach dem Zusammenhang von Stadt und Gewalt am Ende des Ersten Weltkriegs. Er konstatierte eine allgemeine Zunahme der Akzeptanz von Brutalität in der Gesellschaft, die sich jedoch besonders im urbanen Raum gezeigt habe. Der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, traumatische Fronterfahrungen und die Kriegsniederlage, die Suche nach nationalen Identitäten nach dem Zerfall der Großreiche sowie die Angst vor drohenden sozialen Revolten und revolutionären Umstürzen förderten diese Entwicklung nachhaltig.

**Elisabeth Gruber, Institut für Geschichte der Universität Wien,
gruber.elisabeth@univie.ac.at**

E S Z T E R G A N T N E R / H E I D I H E I N - K I R C H E R

Tagungsbericht: Wissenstransfer und urbaner Raum. Formate, Modi und Akteure des Wissenstransfers in den Städten Ostmittel- und Osteuropas am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg vom 4. bis 7. März 2014

Die in Städten vorhandene Kommunikationsdichte wird in der neueren Stadt- und Urbanitätsforschung als wesentliches Signum von Urbanität gesehen. Damit sind Städte als Orte verdichteter Kommunikation auch Orte des Wissenstransfers und spezieller Experten- und Wissenskulturen: Sie sind ein Forum der Wissensproduktion und -distribution.

In Bezug auf das östliche Europa werden diese Prozesse oft als Rezeption dargestellt, die sich bisweilen, verglichen mit Städten in Westeuropa, zeitlich verzögert

durchsetzten. Der Wissenstransfer fand zwischen und innerhalb von Städten statt, wobei dieses von den verschiedenen lokalen Akteuren unterschiedlich rezipiert wurde. Bei einer genaueren Analyse von Wissenstransfers wird deutlich, dass auf diese Weise erlangtes Wissen aufgrund ostmitteleuropa-spezifischer sozioökonomischer und kultureller Faktoren wie Multiethnizität, konfessioneller Vielfalt und Nationalisierungsprozesse eigene, für die Region spezifische Ausprägungen annahm. An diesem Befund setzte die von ESZTER GANTNER und HEIDI HEIN-KIRCHER konzipierte, vergleichend angelegte, internationale und interdisziplinäre Frühjahrsakademie des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft an, indem sie spezifisch urbane Formate des Wissenstransfers und der Wissensvermittlung zur Diskussion stellte und insbesondere nach den spezifischen urbanen Modi, Formaten, Akteuren, Medien und Diskursen der Wissensproduktion und des Wissenstransfers fragte.

In ihren einführenden Keynotes diskutierten HEIDI HEIN-KIRCHER und ANNA VERONIKA WENDLAND (beide Marburg) den Stand aktueller Stadt- und Urbanitätsgeschichte zu Ostmitteleuropa. Ausgehend von den bisherigen thematischen Schwerpunkten fächerte HEIN-KIRCHER Desiderate künftiger Forschungen auf und plädierte zusammenfassend für vertiefende, alle ethnischen bzw. konfessionellen Bevölkerungsgruppen integrierende Ansätze sowie für eine stärkere Analyse von *bottom up*-Prozessen. Darauf aufbauend spezifizierte WENDLAND die Probleme urbanitätsgeschichtlicher Forschungen zu ostmitteleuropäischen Städten, indem sie diejenigen Herausforderungen thematisierte, die sich aus der multiethnischen und -konfessionellen Bevölkerungsstruktur und der dortigen Herrschaft der Imperien ergaben. Aufgrund dieser Aspekte fragte sie auch nach einer Möglichkeit der Entwicklung und Ausarbeitung eines „osteuropäischen Stadtmodells“.

In der ersten Sektion diskutierten drei Beiträge die Stadt als Wissensraum aus unterschiedlicher Perspektive. NISHANT NARAYANAN (Hyderabad) diskutierte anhand von Günther Grass' Reflexionen über seine Aufenthalte in Kalkutta das Verhältnis „zwischen Stadt-Raum und Welt-Wissen – Dritte Welt als Erkenntnisort“ und damit Stadt als Ausdruck der Moderne am Beispiel der „modernen Urbanität“ Kalkuttas. Der anschließende Beitrag von THOMAS MARTIN (Saarbrücken) zeigte am Beispiel Athens die Generierung von Altertumswissen im 19. Jahrhundert auf, indem er die Gründung von wissenschaftlichen Instituten verschiedener Staaten analysierte. Nicht nur in diesem Beitrag, sondern auch in dem von FRIEDRICH CAIN (Konstanz) wurden die im städtischen Raum anzutreffenden Austausch- und Transfermöglichkeiten für die dort arbeitenden Wissenschaftler diskutiert, wobei Cain diese Frage anhand der wissenschaftlichen Biografie des Warschauer Soziologen Stanisław Ossowski (1897-1963) diskutierte und zeigte, wie sehr die Beziehung

zur sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen (urbanen) Umwelt Forschungen prägt.

Die drei Beiträge der folgenden Sektion fokussierten auf die Transformation der Stadt durch Wissen, indem sie auch nach der Realisierung von Wissen im städtischen Raum fragten. NADJA WECK (Wien) diskutierte am Beispiel des Werkes von Ignacy Drexler „Wielki Lwów“ (Groß-Lemberg) von 1920 den Zusammenhang von Eisenbahnbau und der Entwicklung Lembergs sowie die Reflexion des Stadtentwicklungsprozesses. KRYŠTOF DRNEK (Prag) stellte städtebauliche Wettbewerbe der Zwischenkriegszeit vor und diskutierte deren nicht vollständige Umsetzung in dieser Zeit. Damit machten beide Vorträge deutlich, dass zwischen theoretischen Überlegungen und deren Realisierung durchaus erhebliche Diskrepanzen zu finden sind, die aber auf spezifische Weise den städtischen Raum prägen. Anschließend zeigte FELIX HEINERT (Köln/Marburg) anhand der Aushandlung des Schlachtzwanges im städtischen Schlachthaus in Riga um 1900 die Anforderungen auf, die sich aus dem modernen hygienischen Wissen und zugleich aus dem Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung ergaben, und die wiederum zu einem spezifischen Handlungsfeld städtischer Politik in einem multiethnischen Umfeld wurden.

Die drei anschließenden Vorträge diskutierten den Wissenstransfer in und zwischen den Städten, also die jeweiligen Netzwerke des Austausches. Zunächst zeichnete IRINA NASTASA-MATEI (Bukarest) am Beispiel der rumänischen Studenten im Dritten Reich den Kultur-, Ideologie- und Wissenstransfer nach, um insbesondere den Einfluss auf den rumänischen Antisemitismus unter den Akademikern herauszuarbeiten. VICTORIA SOLOSCHENKO (Kiew) erläuterte die Rolle der Universität des Heiligen Wladimir und der orthodoxen Mohyla Akademie in Kiew am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, indem sie zeigte, wie deutsche Professoren Impulse aus dem westlichen Europa adaptierten. ZUZANA POLÁCKOVÁ und PETER VAN DUIN (beide Bratislava) diskutierten anschließend Transferprozesse zwischen Sozialdemokraten anhand von Kommunikationsprozessen zwischen Wien und Pressburg vor dem Ersten Weltkrieg.

In den anschließenden Keynotes diskutierten ESZTER GANTNER (Marburg) und LÁSZLÓ SZÖGI (Budapest) die diversen Aspekte des Wissenstransfers am Beispiel Budapests. SZÖGI veranschaulichte diverse Phasen und Strukturen der studentischen Mobilität während des 19. Jahrhunderts und analysierte eine der bedeutendsten Akteursgruppe des Wissenstransfers, indem er deren soziale und konfessionelle Hintergründe genauso erfasste wie Studienfächer und -orte. GANTNER versuchte anhand dreier Fallbeispiele, unter anderem der Budapester Urania, die diversen „urbanen“ Wissensformate in Budapest darzustellen und damit die Wechselwirkung zwischen Wissenstransfer und Urbanisierung zu vergegenständlichen.

In der abschließenden Sektion zeigten RIKAKO SHINDO (Berlin) am Beispiel der Messe in Königsberg und MAŁGORZATA POPIOŁEK (Danzig) am Beispiel des Wiederaufbaus Danzig aus denkmalpflegerischer Perspektive Formate und Strategien des Wissenstransfers in und zwischen den Städten auf. So war nach SHINDO die Königsberger Ostmesse in den 1920er Jahren nicht nur als Umschlagort für Waren, sondern auch für Wissen explizit vom Magistrat gefördert worden, um als Schaufenster für Kultur und Technik nach Osten zu dienen, während POPIOŁEK aufzeigte, dass es während der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg in zahlreichen europäischen Städten einen fachlichen, politisch unbeeinflussten Austausch zwischen den Denkmalpflegern gab. Im anschließenden Impulsvortrag von CSONGOR LÖRINCZ (Berlin) wurde erneut am Beispiel Budapests verdeutlicht, auf welcher vielfältigen Weise das intellektuelle und wissenschaftliche Leben dieser Stadt in den damaligen europäischen geistigen und kulturellen Raum eingebettet war.

Mit einem kurzen Bericht über ihr aktuelles Forschungsprojekt zu den Atomstädten in der Sowjetunion leitete ANNA VERONIKA WENDLAND zur Schlussdiskussion über. Hier, wie in allen Vorträgen, wurde deutlich, dass die komplexe und noch kaum erforschte *Wechselbeziehung* von Stadt, Wissen und sozialen Akteuren sowohl eine methodische als auch eine theoretische Herausforderung für die nicht nur auf Ostmitteleuropa bezogene Stadtgeschichte bedeutet.

Eszter Gantner, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg, eszter.gantner@herder-institut.de

Dr. Heidi Hein-Kircher, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg, heidi.hein-kircher@herder-institut.de

Eszter Gantner, eszter.gantner@herder-institut.de

Tagungsbericht: Visible and Invisible Urban Boundaries in the Ottoman and Post-Ottoman World from a Comparative Perspective am Zentrum Moderner Orient in Berlin vom 22. bis 23. Mai 2014

Viele aktuelle Beispiele geteilter Städte wie Jerusalem, Beirut, Sarajevo oder Nikosia sind Städte mit einer osmanischen Vergangenheit. Der von Ulrike Freitag, Nora Lafi und Florian Riedler im Rahmen des Kompetenznetzwerks ‚Phantomgrenzen‘ in Ostmitteleuropa (www.phantomgrenzen.eu) organisierte Workshop hatte innerstädtische Grenzlinien und Abgrenzungen politischer, aber auch kultureller und sozialer Art in Städten des erweiterten osmanischen und post-osmanischen Raums zum Thema. Die elf Beiträge der Tagung gingen der Frage nach, wie Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwohnern das städtische Leben strukturierten, wie Grenzen Ausdruck im Stadtraum fanden und welche Vorstellungen vom urbanen Raum auf diese Weise bei unterschiedlichen Akteuren entstanden. Grenzen wurden dabei in verschiedenen Formen untersucht: Einerseits als implizite, unsichtbare Trennlinien zwischen verschiedenen Gruppen, die in der Vergangenheit vor allem durch die historische Anthropologie thematisiert wurden. Andererseits als morphologische Strukturen im Sinne einer historischen Stadtgeographie, die besonders an symbolischen Orten markiert wurden. Durch die lange historische Perspektive vom 18. bis ins 20. Jahrhundert sollten vergangene mit gegenwärtigen Mechanismen der Grenzziehung kontrastiert und die Möglichkeit einer historischen Kontinuität ausgelotet werden. Viele der Beiträge trugen der dynamischen sozialen Entwicklung und den historischen Brüchen in der osmanischen Welt Rechnung, indem sie den Übergang vom imperialen zum post-imperialen Zeitalter untersuchten.

JAMES A. REILLY stellte in seinem Vortrag ‚Ottoman Hama: Visible and Invisible Boundaries in the Eighteenth Century‘ die internen Hierarchien und die daraus resultierenden räumlichen Strukturen der syrischen Kleinstadt Hama in den Vorder-

grund. Seine Hauptquelle, islamische Gerichtsakten, ließ besonders das frühmoderne Raumverständnis der Akteure deutlich werden, das sich ausschließlich auf lokale Begriffe und Referenzpunkte bezog. Grenzen zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinschaften wichen deutlich von den modernen Vorstellungen über die Aufteilung des städtischen Raumes ab.

In ihrem Beitrag 'Factional Boundaries in Late Ottoman Gaza, c. 1875–1914' suchten YUVAL BEN-BASSAT und JOHANN BÜSSOW nach politischen Grenzen im Stadtraum. Zwei Gruppierungen beherrschten die spätosmanische Politik in Gaza, die in der Lage waren, eine große Anzahl von Anhängern zu mobilisieren, wie Massenpetitionen zeigten. Dagegen vermochten es diese ‚Faktionen‘ nicht, bleibende Grenzen in der Stadt zu etablieren, wie es zum Beispiel in Damaskus der Fall war.

Der Beitrag 'Boundary Within Boundary in the 'Ottoman City': The Jewish Space Between the Ottoman mahalle and the Jewish qahal in Early Modern Edirne' von GÜRER KARAGEDIKLI thematisierte das Verhältnis von städtischem Raum und Identität. Die jüdische Gemeinschaft im osmanischen Edirne teilte sich auf dreizehn Kongregationen mit den dazugehörigen Stadtvierteln (qahal) auf, die parallel zur osmanischen administrativen Struktur existierten. Wie aus ihren Aussagen in islamischen Gerichtsakten hervorgeht, benutzen Juden räumliche Referenz- und Identifikationspunkte aus beiden Systemen, was als ein Hinweis auf den situationsbezogenen Charakter frühneuzeitlicher Identität bewertet wurde.

SINAN DINÇER beschrieb in 'Extramural Istanbul: A Space for Social Mobility' die Entstehung und das Wachstum der Vorstädte Istanbuls, die von der osmanischen Regierung zur Kontrolle ländlicher Migration geschaffen und mit einem speziellen rechtlichen Status ausgestattet wurden. Als am Anfang des 19. Jahrhunderts Gruppen aus diesen Vorstädten heraus die Macht und Legitimität der Regierung herausforderten, wurden sie verstärkten Überwachungsmaßnahmen unterworfen.

In ihrer Präsentation 'Rabbinical Rulings, Rental Sub-Lease, and Confessional Urban Boundaries in Ottoman Jerusalem' thematisierte MICHELLE CAMPOS die Entmischung der städtischen Lebenswelt in der späten osmanischen und frühen Mandatsperiode. Im untersuchten Kontext versuchte die jüdische religiöse Führung ihre Gemeinschaft dahingehend zu beeinflussen, nicht mit Muslimen oder Christen in einem Haus zusammenzuleben. Dieser Wunsch nach Segregation konnte aber nicht durchgesetzt werden, da er nicht der etablierten Lebenswirklichkeit in der Jerusalemer Altstadt entsprach.

Der Beitrag 'Changing Neighbors and Neighborhoods in Ankara, Bursa and Salonia from the Ottoman Empire to Nation States: Urban Fabrics Compared Across Time and Space, 1845–1945' von M. ERDEM KABADAYI basierte auf einer detaillierten Auswertung osmanischer und post-osmanischer Bevölkerungsregister. Durch

die Kartierung von Informationen wie Beruf und Religionszugehörigkeit konnte Kabadayi Strukturen von Segregation und Kohabitation verschiedener Gruppen sowie den Grad der sogenannten 'ethnischen Arbeitsteilung' in den drei untersuchten Städten deutlich machen.

STEFAN ROHDEWALD untersuchte unter dem Titel 'Constitution in Competition: Celebrations of National Saints in Plurireligious Urban Spaces of Ottoman Europe in the Long 19th Century' Prozessionen für die Heiligen Kyrill und Methodius im osmanischen Saloniki. Mithilfe dieser Prozessionen konnte sich die bulgarische Gemeinschaft der Stadt einen nationalen öffentlichen Raum schaffen, der von demjenigen anderer im Entstehen begriffener nationaler Gruppen symbolisch abgegrenzt wurde.

ARIS ANAGNOSTOPOULOS verdeutlichte in seinem Beitrag "Tourkopolis' to 'Metropolis': Transforming Urban Boundaries in Late 19th Century Iraklio, Crete", wie nach dem Ende der osmanischen Herrschaft in Iraklio ethnische Gemeinschaften 'erschaffen' und im städtischen Raum fixiert wurden. Die britische bzw. griechische Regierung Kretas benutzte 'Technologien' wie Kartierungen, um der untersuchten Stadt eine neue Struktur zu geben. Verschiedenen Stadtvierteln wurde ein griechischer oder muslimischer Charakter zugeschrieben und die als muslimisch eingestuft Viertel wurden als unhygienisch und unsicher stigmatisiert.

GUILLAUME VAREILLES und VINCENT LEMIRE gingen in ihrem Vortrag 'Jerusalem in the 20th Century: A History of Borders?' auf die unterschiedlichen Arten von historischen Grenzen in der Stadt ein. Schon das osmanische Jerusalem war von verschiedenen Grenzen durchzogen, die sogar bis in den Untergrund reichten, wenn Wassernutzungsrechte betroffen waren. Seit den 1920er Jahren wurden in der Stadt immer wieder administrative Grenzen gezogen, um die Konfliktparteien auseinanderzuhalten. Die Mauer, die Jerusalem heute teilt, ist jedoch in ihrer trennenden Wirkung mit keiner der vorherigen Grenzlinien vergleichbar.

In 'Urban and Historiographical Boundary-Breaking: Geography of Urban Integration and the Investment of 18th-century Vienna by the Ottoman Merchants' demonstrierte DAVID DO PAÇO den Beitrag osmanischer Kaufleute zur Urbanisierung des frühneuzeitlichen Wien. Diese Kaufleute, zu denen Mitglieder aller osmanischen religiösen Gruppen zählten, waren schwerpunktmäßig in drei Gebieten der Stadt ansässig, wo sie ihr Wohn- und Arbeitsumfeld prägten.

Im letzten Beitrag 'Boundaries Drawn, Boundaries Crossed. Refugees, Relief Work, and the Nationalization of an Ottoman Port-City' untersuchte PARIS PAPAMICHOS CHRONAKIS, wie Flüchtlinge die Grenzen im post-osmanischen Saloniki neu definierten. Während muslimische Flüchtlinge, die die Region nach den Balkankriegen verließen, allgemeines Mitleid erregten, verstärkten einwandernde

orthodoxe Flüchtlinge das nationalistische Klima. Sie waren der Grund, warum der griechische Staat die Hilfsmaßnahmen übernahm, und gleichzeitig drängten sie die verbleibende jüdische Gemeinschaft der Stadt an den Rand.

Die einzelnen Beiträge wurden von MALTE FUHRMANN, ALI SIPAHI, HANNES GRANDITS und AXEL HAVEMANN kommentiert.

Insgesamt konnte die Tagung viele der unterschiedlichen Grenzlinien und Mechanismen der Abgrenzung, die das Leben in den untersuchten Städten strukturierten, veranschaulichen. Diese Grenzen waren, wie in den Beiträgen deutlich wurde, flexibel genug, um einen Austausch zwischen Einwohnergruppen zu ermöglichen. Wenn Gruppen in Konflikt gerieten, konnten solche Grenzen aber auch verhärten und sich in Mauern verwandeln. Darüber hinaus veränderten neue ‚Technologien‘ zur Regulierung des städtischen Raums, wie Kartierung und Registrierung, die städtischen Grenzen. Die durch diesen Prozess entstehenden neuen Quellenbestände (Zensus, Kataster, Karte), die von vielen der Beitragenden genutzt wurden, gaben Anstoß zu methodologischen Reflexionen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass im osmanischen Kontext viele Mechanismen der Grenzziehung im städtischen Raum immer noch unbekannt sind. Besonders für die Städte jenseits der großen Zentren fehlt noch ein Vergleichsrahmen, der nur durch zusätzliche Forschungsanstrengungen hergestellt werden kann.

In naher Zukunft sollen die Beiträge in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

Florian Riedler, Zentrum Moderner Orient, Florian.Riedler@zmo.de

Tagungsbericht: Seaports in Transition. Global Change and the Role of Seaports since the 1950s an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) vom 13. bis 15. März 2014

Von Seehäfen und Hafenstädten geht eine besondere Faszination aus: Sie stehen für unbegrenzte Mobilität von Menschen und Waren, für Offenheit und Internationalität. Die Projekte der Stadterneuerung, in deren Vollzug in vielen Städten Teile der seit dem Siegeszug der Container für die Häfen nicht mehr benötigten „Waterfront“ für eine neue Nutzung als Wohn- und Dienstleistungsstandort freigegeben wurden – darunter in Hamburg die 1997 der Öffentlichkeit vorgestellte „HafenCity“, in Bremerhaven die „Havenwelten“ –, schließen an diese positiven Bezüge an. Traditionelle Vorstellungen von Hafenstädten als Orten von Lärm, Schmutz und Kriminalität wurden vom modernen Stadt-Marketing in den Hintergrund gedrängt.

Fragen nach dem Image und der Identität von Hafenstädten sowie ihrer kulturellen und architektonischen Neuerfindung haben parallel dazu auch in der stadtgeschichtlichen Forschung eine große Rolle gespielt. Zwar existiert zu Hafenthemen im engeren Sinn auch eine umfangreiche verkehrswissenschaftliche, wirtschaftsgeografische oder organisationssoziologische Literatur, aber darin geht es in der Regel kaum um historische Bezüge, sondern es dominiert die Analyse allerjüngster und zukünftiger Entwicklungen und der Fokus liegt auf dem Hafen selbst, nicht auf der Hafenstadt.

Geschichtswissenschaftliche Studien zu Häfen und Hafenstädten haben sich bisher auf die erste Hochphase der Globalisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert konzentriert. Für die jüngere Zeitgeschichte bestehen dagegen noch erhebliche Lücken, obwohl sich in der Geschichte der Hafenstädte und dem Funktionswandel der Seehäfen nicht nur zentrale weltwirtschaftliche Entwicklungen der letzten fünfzig Jahre widerspiegeln, sondern auch politische und gesellschaftliche Entwicklungen – vom Kalten Krieg und der Teilung Europas bis zur Umweltbewegung – unmittelbar auf sie einwirkten.

Die von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) mit Unterstützung der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg veranstaltete internationale Konferenz über „Seaports in Transition“ ging diesen Prozessen und ihren Auswirkungen seit den 1950er Jahren nach. Dabei konnte selbstverständlich kein vollständiger Überblick angestrebt werden; vielmehr ging es darum, anhand von Fallstudien aus Europa, Asien und den USA, die jeweils mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen arbeiteten, Themen und Perspektiven der Forschung möglichst breit zu beleuchten.

In seinem Eröffnungsvortrag über „Ports in the Global Ages“ skizzierte der US-amerikanische Historiker MICHAEL B. MILLER (University of Miami) zunächst den grundlegenden Wandel der maritimen Welt im 20. Jahrhundert: Bis in die 1960er Jahre war diese Welt durch von Europa ausgehende Netzwerke der Reedereien und Handelsfirmen geprägt und verbunden mit kulturellen Praktiken, die auf Traditionen, gemeinsamen Werten und persönlichen Kontakten in den Häfen vor Ort beruhten. Die Dynamik, die auch dieses „globale Zeitalter“ bereits kennzeichnete, beschleunigte und veränderte sich durch den Aufstieg des Öls und das Wachstum der Schiffsgrößen, die Container, die Europa um 1965 erreichten und den Seegütertransport revolutionierten, sowie die Etablierung neuer transnationaler Schifffahrts- und Handelsunternehmen ohne die herkömmliche Bindung an ein Land und überkommene maritime Traditionen.

In den ersten beiden Panels standen dann unterschiedliche Aspekte des Wandels der Beziehungen zwischen Hafenstädten und ihren Seehäfen im Mittelpunkt. ALICE A. MAH (University of Warwick) beschrieb die an wirtschaftlichen Interessen orientierte Reintegration von aufgelassenen Hafenumflächen in die Stadt an den Beispielen Liverpool, Marseilles und New Orleans. JANINE SCHEMMER (Udine / Hamburg) diskutierte auf der Grundlage von Interviews mit Hamburger Hafentarbeitern den Wandel der Arbeitswelt durch die Containerisierung und dessen Reflexion durch die unmittelbar Betroffenen, und GRZEGORZ SKRUKWA (Adam Mickiewicz Universität Poznan) skizzierte die bis heute andauernden Auswirkungen des Zerfalls der Sowjetunion auf die Hafenstadt Odessa.

Die beiden folgenden Sektionen machten mit unterschiedlichen Themen deutlich, dass die Entwicklung von Häfen eng mit externen und von ihnen selbst kaum zu beeinflussenden Faktoren verknüpft ist: CHRISTOPH STRUPP (FZH) legte dar, wie weitgehend die Wirtschaftspolitik Hamburgs seit den 1950er Jahren davon bestimmt war, die durch den Eisernen Vorhang und die EWG bedingte geografische Randlage des Hamburger Hafens zu überwinden. DIRK M. KOPPENOL (Erasmus Universität Rotterdam) beschrieb die erfolgreiche Einbindung von Umweltgruppen in die Planung der Hafenerweiterung in Rotterdam (Maasvlakte II) in den 1980er

und 1990er Jahren. Stärker wirtschaftlich ausgerichtet waren die folgenden zwei Vorträge. INGO HEIDBRINK (Old Dominion University) referierte über den engen Zusammenhang wirtschafts- und konsumgeschichtlicher Entwicklungen mit dem Auf- und Abstieg europäischer Fischereihäfen; JIYOUNG PARK (University at Buffalo, SUNY) stellte seine mit HARRY W. RICHARDSON erarbeiteten Forschungsergebnisse über die Auswirkungen der Erweiterung des Panama-Kanals vor, nach denen diese zu einer deutlichen Verschiebung der Ladungsmengen von Häfen an der US-Westküste zur Ostküste führen dürfte.

Das für die Hafententwicklung seit den 1960er Jahren weltweit zentrale Thema der Containerisierung wurde in zwei Vorträgen von CATARINA CAETANO DA ROSA (TU Darmstadt) sowie DANIEL CASTILLO HIDALGO und MIGUEL SUÁREZ BOSA (Universidad de Las Palmas, Gran Canaria) behandelt, die sich am Beispiel Lissabons und Las Palmas' mit zwei bisher noch weniger erforschten Standorten beschäftigten. Bei beiden setzte der Containerverkehr spät ein und wird in Portugal seit 2004 über einen neuen Hafen (Sines) abgewickelt, während sich Las Palmas seit den 1990er Jahren als Umschlagplatz für Westafrika etabliert hat.

Mit jüngsten Herausforderungen für Städte und ihre Häfen beschäftigte sich am Beispiel der asiatischen Metropolen Mumbai und Shanghai auch das letzte Panel. In beiden Städten reicht die Hafenfunktion Jahrhunderte zurück, aber in Mumbai ist seit den 1970er Jahren eine bemerkenswerte Auseinanderentwicklung von wirtschaftlichem Aufstieg der Stadt und Bedeutungsverlust des Hafens zu beobachten, wie HEMALATA C. DANDEKAR (California State University San Luis Obispo) und SULAKSHANA MAHAJAN (Mumbai) darlegten, was unter anderem auf den ursprünglich im Rahmen einer Sonderwirtschaftszone eingerichteten Containerhafen JNPT zurückzuführen ist, den MEGAN M. CAMPBELL (Universität Leipzig) vorstellte. CHI-KONG LAI (University of Queensland) skizzierte die Geschichte des Hafens von Shanghai, der seit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas und den damit verbundenen Reformen zu den Gewinnern der Globalisierung gehört.

Zudem berichteten im Rahmen der Konferenz BÉATRICE TOUCHELAY (Université Lille 3) und PIERRE TILLY (Université Catholique de Louvain) über das internationale Vilport-Forschungsprojekt, das sich vergleichend mit europäischen Hafenstädten als Orten kulturellen und ökonomischen Austauschs in längeren Zeithorizonten beschäftigt.

Als Fazit der Präsentationen und intensiven Diskussionen der Konferenz bleibt festzuhalten, dass die thematische Verknüpfung von Häfen mit allgemeinen zeit- und stadtgeschichtlichen Fragestellungen und der Sprung von Fallstudien zu einzelnen Häfen hin zu übergeordneten Erkenntnissen eine Herausforderung bleibt. In der Gesamtschau haben die einzelnen Beiträge zudem unterstrichen, dass histori-

sche Prozesse in den Häfen selbst und in der globalen maritimen Wirtschaft in unterschiedlich enger Beziehung zu den Hafestädten stehen: Die Geschichte Hamburgs, Liverpools oder Mumbais lässt sich ohne den Blick auf ihre Häfen nicht erzählen, aber sie lässt sich auch nicht auf deren Geschichte reduzieren. Schließlich sollten politische, wirtschaftliche und technologische Prozesse in den Häfen nicht losgelöst von den konkreten Akteuren – auf der lokalen Ebene ebenso wie auf übergeordneten Ebenen – und ihren unterschiedlichen Interessen betrachtet werden. So war die Containerisierung der 1960er Jahre kein unvermeidlich ablaufendes Naturereignis, auch wenn sie in der Rückschau auf den ersten Blick so wirkt und schon zeitgenössisch so empfunden und beschrieben wurde.

**Dr. Christoph Strupp, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH),
strupp@zeitgeschichte-hamburg.de**

A L O I S W O L D A N

**Tagungsbericht: Cities as Cultural Spaces.
Ukraine: History, Legacy, Literature
vom 3. bis 5. April 2014
am Institut für Osteuropäische
Geschichte der Universität Wien**

In den letzten beiden Jahrzehnten hielt der sogenannte „spatial turn“ in die Geistes- und Sozialwissenschaften Einzug. So intensivierte sich auch das Interesse an Konzepten von Raum, die jene Vorstellungen von nationalen Kulturen und Geschichtsschreibungen hinterfragen, wie sie Osteuropa bis heute dominieren. Die Ukraine ist auf der politischen Landkarte Europas ungefähr ebenso lang präsent wie der „spatial turn“ in der Wissenschaft. Ausgangspunkt für die Konferenz war die Frage, wie sich Ansätze des „spatial turn“ auf die Forschung zur Ukraine auswirken.

Indem die Konferenz urbane statt nationale Räume in den Blick nahm, wurde erörtert, wie kritische Konzepte von Raum und Kultur die kulturwissenschaftlich-historische Forschung zur Ukraine bereichern können.

In seinem Auftaktvortrag zu der von Birgit Kuch, Alois Woldan und Philipp Ther als Kooperation der Institute für Slawistik und für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien organisierten Konferenz setzte sich YAROSLAV HRYTSAK (Lemberg) kritisch mit dem Stand der Stadtgeschichtsforschung zur Ukraine auseinander. Indem er eine vergleichende Perspektive auf Sphären von Öffentlichkeit, vor allem dem Pressewesen, in unterschiedlichen Städten auf heutigem ukrainischen Territorium präsentierte, plädierte Hrytsak auch für eine wissenschaftliche Wiederaneignung quantitativer Daten.

Die Tagung behandelte in einem ersten Panel unter Moderation von GIULIA LAMI (Mailand) und kommentiert von JACEK PURCHLA (Krakau) historische Entstehungsprozesse von urbanen, mehrsprachigen, multi-konfessionellen und -kulturellen Räumen in der Ukraine, die Bildung und Entwicklung kultureller Institutionen wie Oper und Theater sowie deren Rolle bei der Herausbildung eines öffentlichen Raums sowie die Auswirkungen von Kulturtransfers auf die jeweiligen städtischen Kulturen und Gesellschaften. OSTAP SEREDA (Lemberg) sprach über die Rolle des Kiewer Stadttheaters in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als urbanem kulturellem Raum. BIRGIT KUCH (Wien) diskutierte die kollektive Begeisterung für italienische Oper und die mediale Berichterstattung darüber in Odessa der 1820er bis 1840er Jahre. JAN FELLERER (Oxford) zeigte anhand von Gerichtsakten Fälle von alltäglicher Mehrsprachigkeit im Habsburgischen Lemberg auf.

In Panel zwei, moderiert von ANDREAS KAPPELER (Wien) und kommentiert von HARALD BINDER (Wien / Lemberg) wurde der zeitgenössische Umgang mit dem imperialen Erbe in verschiedenen ukrainischen Städten thematisiert. Dabei wurde unter anderem diskutiert, wie in der heutigen Ukraine urbane Geschichte repräsentiert wird. OLHA MARTYNYUK (Kiew) zeigte in ihrem Vortrag symbolische Repräsentationen des imperialen Kiew in der gegenwärtigen Stadtlandschaft auf, darunter Abbildungen von religiösen Gebäuden auf Baustellenzäunen. TANYA RICHARDSON (Waterloo, Kanada) diskutierte außeruniversitäre Praktiken der Geschichtskonstruktion am Beispiel von Sammlern odessitischer Artefakte in Odessa und Brighton Beach. MARKIAN PROKOPOVYCH (Wien) machte am Lemberger Beispiel die Schwierigkeiten bei der städtischen Selbstdarstellung klar, wenn es darum geht, den öffentlichen Raum, der aufgrund gewaltvoller historischer Prozesse fundamentale symbolische Transformationen erfahren hat, als multikulturell und tolerant darzustellen. VIKTORIYA SEREDA (Lemberg) schließlich referierte über die jüngsten Veränderungen im Bereich Erinnerungspolitik am Beispiel der fünf sym-

bolträchtigsten ukrainischen Städte Kiew, Odessa, Lemberg, Donezk und Charkiw.

In dritten Panel der Tagung, moderiert von KERSTIN JOBST (Wien) und mit einem Kommentar von ALEXANDER KRATOCHVIL (Prag / St Gallen), wurde die imaginäre Konstruktion urbaner Räume in literarischen Texten diskutiert, die auf dem Gebiet der heutigen Ukraine entstanden sind. KATARZYNA KOTYNSKA (Krakau) präsentierte Darstellungen der Stadt Lemberg in der Populärliteratur der letzten 20 Jahre. NATALKA RYMSKA (Warschau) analysierte die Repräsentation urbaner Räume in den Werken des Autors Andrzej Chciuk. DOMINIKA RANK (Lemberg) sprach über die Darstellung städtischen Raumes im Schreiben jüdischer Autoren und Autorinnen aus Brody und ihre jeweils sehr unterschiedliche Bezugnahme auf physisch-räumliche Gegebenheiten der Stadt.

In einer Multi-Media-Präsentation schilderte BOHDAN SHUMYLOVYCH (Lemberg) anhand von historischem audio-visuellen Material, wie in der Sowjetunion und insbesondere der ukrainischen SSR der Städtebau medial vermittelt wurde.

Da sich seit Herbst 2013 die politischen Ereignisse in der Ukraine regelrecht überschlagen haben und die Resultate dieser Entwicklungen noch längst nicht abzusehen sind, widmete sich im Rahmen der Tagung eine von PHILIPP THER moderierte Podiumsdiskussion den urbanen Räumen und politischen Idealen des *Euro-maidan*. Es sprachen YAROSLAV HRYTSAK, TATIANA ZHURZHENKO (Wien), VIKTORIYA SEREDA sowie BOHDAN SHUMYLOVYCH.

Die Konferenz wurde im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes "Region, Nation and Beyond. An Interdisciplinary and Transcultural Reconceptualization of Ukraine" organisiert, das gemeinsam durch die staatlichen deutschen, Schweizer und österreichischen Wissenschaftsfonds (DFG, Nationalfonds, FWF) finanziert wird.

**Alois Woldan, Institut für Slawistik der Universität Wien,
alois.woldan@univie.ac.at**

Tagungsbericht: Authentifizierung von StadtLandschaften, Tagung des Leibniz- Forschungsverbunds Historische Authentizität am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam am 20. und 21. Juni 2014

In vielen geschichtskulturellen Debatten und Inszenierungen nimmt derzeit die Auseinandersetzung mit dem „Echten“ und „Originalen“ innerhalb der historischen Überlieferung zu. Die Wertschätzung der „Tradition“, des „Zeitzeugen“, des „authentischen Orts“ oder „authentischen Objekts“ drückt vielfach eine personen- und objektbezogene Sehnsucht nach „Authentizität“ aus. Seit Anfang 2013 beschäftigt sich einer der großen Forschungsverbände der Leibniz-Gemeinschaft, in dem ca. 20 außeruniversitäre Forschungsinstitute unter dem Titel „Historische Authentizität“ zusammenarbeiten, mit diesem Thema (<http://www.leibniz-gemeinschaft.de/forschung/leibniz-forschungsverbunde/historische-authentizitaet/>). Die am 20. und 21. Juni am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam von der Arbeitsgruppe „Historische Überlieferungsräume“ des Forschungsverbundes veranstaltete Tagung galt dem Umgang mit dem Authentischen und den Strategien der Authentifizierung in städtischen Kontexten.

In seinem einleitenden Vortrag näherte sich CHRISTOPH BERNHARDT (Erkner) diesem Begriff aus der Perspektive der historischen Stadtforschung. Er verwies vor allem auf die soziale Konstruktion historischer Authentizität, die stets eine Zuschreibungskategorie sei, und leitete daraus das besondere Interesse an Prozessen der Authentifizierung von Objekten oder historischen Sachverhalten in städtischen Diskursen ab. KLAUS RHEIDT (Cottbus) stellte in seinem Beitrag heraus, dass Authentizität im Sinne von „Echtheit“ in der Baugeschichtsforschung keine große Rolle spiele und plädierte für eine eingehendere Erforschung des Wandels von Authentizitätsvorstellungen. HARALD BODENSCHATZ (Berlin) schloss das erste Panel mit seinem Beitrag zur Umwertung der „historischen“ Stadt seit den 1970er Jahren ab. Er betonte, dass die Auffassung dessen, was als das Authentische gelte, in den unterschiedlichen Fachdisziplinen divergiere. In der kritischen Rekonstruktion von

Stadtteilen spiele der Begriff keine große Rolle. Die anschließende Diskussion problematisierte die Tatsache, dass der Begriff der Authentizität in den Quellen und zeitgenössischen Diskursen selten anzutreffen sei und eher die Potenziale und Grenzen einer analytischen Forschungskategorie aufweise.

Einen überaus bereichernden Blick über Europa hinaus lieferte ULRIKE FREITAG (Berlin) zu Beginn des zweiten Panels. An den Beispielen Dubais und der jemenitischen Stadt Sana'a fragte sie nach den Zusammenhängen von Erinnerungszyklen, Geschichtskonstruktionen, lokalen Identitäten und Tourismus. Die gezielte Vermarktung von Moderne und Tradition, die vor allem in Rekonstruktionsvorhaben im Bereich der Altstädte ihren Ausdruck findet, trage zu ihrer „Touristifizierung“ bei. ARNOLD BARTETZKY (Leipzig) lenkte den Blick auf Rekonstruktionsprojekte im östlichen Europa nach 1945. Er betonte, dass Rekonstruktionen von Bauwerken in der Regel nicht behaupteten, Originale zu präsentieren, und vielfach eine wichtige Rolle in Prozessen der Nationenbildung spielten. Dabei dominiere zumeist eine idealisierende Imagination der Vergangenheit die Fragen von Authentizität. In der Diskussion wurde die Klärung der Frage angemahnt, an welche Vergangenheiten im öffentlichen Raum im Einzelfall jeweils erinnert werde und inwieweit Authentifizierungen dabei legitimierende Funktionen übernähmen.

Ein markantes Beispiel des Umgangs mit Kontinuitäten, Brüchen sowie bauhistorischen Inklusionen und Exklusionen in der städtischen Erinnerungskultur skizzierte ANDREAS BUTTER (Erkner) am Beispiel Dessaus. Vorrangig entlang der Konstruktion der Erinnerungsorte Bauhaus, Flugzeugwerke Hugo Junkers und der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg analysierte er die Inwertsetzung und Kanonisierung des lokalen Bauerbes nach 1945. Dass auch die Ränder der Städte und die Übergänge zwischen Stadt und Land sowie die Benennung von Räumen Prozessen der Authentifizierung unterworfen sind, zeigte CELINA KRESS am Beispiel des semiurbanen Wanderwegs in der Metropolregion Marseille/Aix-en-Provence in Südfrankreich. Mit der „Zwischenstadt“ nahm sie die ansonsten im Tagungsprogramm kaum vertretenen rand- oder außerstädtischen Landschaften in den Blick.

Am zweiten Tag der Konferenz stand zunächst die Position der Denkmalpflege, vertreten durch FRANK P. HESSE (Hamburg), im Mittelpunkt. Er betonte das substanzgebundene Authentizitätsverständnis innerhalb der Denkmalpflege. Die Echtheit der Substanz sei unersetzlich, da ihr Verlust gleichsam den Verlust der Denkmaleigenschaften bedeute. Den Umgang mit Altstädten im Rahmen des UNESCO-Weltkulturerbes stellte ANDREA REHLING (Mainz) vor. Sie verdeutlichte die Bedeutung des Begriffs der Authentizität für die „operational guidelines“ der UNESCO und stellte heraus, dass dieser Begriff als ein Fahnenwort für die Bewertung historischer Stätten als Weltkulturerbe verwandt würde. Nach der Bedeutung des Authen-

tischen vor dem Hintergrund des Weltkulturerbestatus für die heutige Stadtentwicklung fragte CAROLA S. NEUGEBAUER (Leipzig). Sie kam zu dem Schluss, dass für die verschiedenen städtischen Akteursgruppen Authentizität von unterschiedlicher Relevanz sei. Vielfach befänden sich mehrere Wertekanons zur Begründung von Authentizität im Widerstreit, und sowohl Authentisierungs- als auch Authentifizierungshandeln sei stets stark situations- und kontextabhängig. In der anschließenden Diskussion wurde die Spannweite zwischen symbolischen und substanzbezogenen Perspektiven bei der Untersuchung historischer Authentizität deutlich.

Die Bedeutung von Authentizitätszuschreibungen und Erwartungen für den Geschichtstourismus wurde von den Referenten des fünften Panels zur Diskussion gestellt. ANGELA SCHWARZ (Siegen) verwies am Beispiel der „Touristifizierung“ des Ruhrgebietes als gezielt beworbener Marke auf die Konstruktion des Authentischen zu Marketing-Zwecken. Dabei stünden die Akteure vor Ort mit ihren Identitätskonstruktionen und Touristen von außen mit ihren jeweiligen Authentizitätserwartungen in einem Wechselverhältnis. Dass die Aura des Authentischen und die Forderung nach Authentizität wesentlicher Bestandteil geschichtstouristischer Settings sei, unterstrich HANNO HOCHMUTH (Potsdam) in seinem Beitrag. Am Beispiel Berlins lotete er den Wandel des Verständnisses von Authentizität im alternativen Geschichtstourismus aus. Verschiedene Anbieter von Busreisen suggerierten Authentizität durch die Herstellung einer scheinbaren Unmittelbarkeit und Nähe zu Orten und Personen, wobei Erwartungshaltungen der Kunden gezielt bedient würden. An diese Feststellungen schloss die von HASSO SPODE (Berlin) vorgenommene Tour d’Horizon zum Begriff des Authentischen in der historischen Anthropologie an. Der Wandel und die Konjunktur des Authentizitätsdiskurses im Tourismus sowie mögliche Gründe und Kausalitäten für die Hinwendung zum Authentischen waren Gegenstand der anschließenden Diskussion.

Die Abschlussdiskussion rankte sich u.a. um die Frage nach den Stärken und Schwächen des Begriffs der Authentizität. Es wurde betont, dass die Untersuchung unterschiedlicher Authentizitätszuschreibungen und deren Wandel notwendig sei, um die Frage nach dem Gehalt und der Relevanz von historischer Authentizität für die Gegenwart beantworten zu können. Die Frage, inwiefern der Begriff der Aura des Authentischen hierbei helfen könne, blieb offen; die prozessuale Kategorie der Authentifizierung wurde hingegen als sehr tragfähig bewertet. Einig waren sich die Beteiligten über die starke Wirkmächtigkeit von Authentizitätsvorstellungen in Städten sowie über die großen Forschungsdesiderate in diesem Feld, dem sich der übergeordnete Leibniz-Forschungsverbund noch mehrere Jahre lang widmen wird.

Kathrin Zöller, MA Univ. Potsdam, Kathrin_Zoeller@gmx.de

Berichte von der 12. Konferenz der European Association for Urban History, Lissabon, 3.-6.9.2014

Bericht vom International Committee der European Association for Urban History

Trotz der seit Jahren andauernden schweren wirtschaftlichen Krise in Portugal Jahre war es der Präsidentin Amelia Aguiar Andrade und ihrem lokalen Organisationskomitee gelungen, die 12. EAUH-Konferenz in Lissabon an der Universidade Nova erfolgreich zu organisieren. Die Zusammensetzung des International Committee änderte sich in Lissabon nur wenig: Für Luda Klusakova, die die letzte Konferenz in Prag organisiert hatte, wurde Andrea Pokludova (Ostrava) aufgenommen. Außerdem ist nunmehr auch Spanien durch die Mediävistin Isabel del Val Valdivieso (Valladolid) vertreten. Die Konferenz von Lissabon war mit knapp 600 Teilnehmern etwas kleiner als die letzte Konferenz in Prag 2012, was aber vonseiten des International Committee durchaus intendiert war. Aus Deutschland kamen 46 Teilnehmer 13 von 69 Sektionen wurden von deutschen Teilnehmern organisiert oder mitorganisiert. Gegenüber Prag (50) lag die deutsche Beteiligung fast gleichauf und damit nur wenig hinter dem am stärksten vertretenen Belgien (51) und fast gleichauf mit den USA, Frankreich, Großbritannien und Italien. Erneut zeigte sich, dass die EAUH-Konferenzen eine deutlich über Europa hinausreichende Anziehungskraft haben: 44 Länder waren vertreten, so auch Japan, Australien und Neuseeland. Et was erstaunlich war, dass angesichts der imperialen Vergangenheit Portugals das Interesse aus ehemals portugiesischen Kolonien mit Ausnahme von Brasilien offensichtlich gering war. Thematisch galt Hafenstädten mit insgesamt drei Main Sessions ein besonderer Fokus (s. Berichte v. Dirk Schubert und von Catarina Caetano), auch dies eine gut begründete Konzession an die historische Rolle Lissabons. Konzeptionelle Debatten in Form von „Round Tables“ spielten eine größere Rolle, einmal in der Vorstellung eines größeren, von den Stadtgeschichtszentren in Antwerpen und Leicester koordinierten internationalen Kooperationsprojekts unter dem Rahmentitel „Urban Agency“ (s. Bericht von Bert De Munck), zum anderen als Abschluss der Tagung in Form kürzerer Statements prominenter Stadthistoriker und

Stadthistorikerinnen über zukünftige Entwicklungsperspektiven der Stadtgeschichte. Mit ihrem Plädoyer nach globaler Orientierung provozierten sie allerdings teilweise auch heftigen Widerspruch aus dem Publikum, wo gefordert wurde, nicht die Stärke der Stadtgeschichte in genauer Kenntnis des lokalen und nationalen Kontexts und linguistischer Quellenkompetenz leichtfertig preiszugeben.

Die Lissaboner Konferenz war gut organisiert und die gemeinsamen Abendveranstaltungen boten in schönem Ambiente vielfach Gelegenheit zum Austausch und zum Kennenlernen. Die EAUH hatte 29 Bursaries (Erlass der Registrationsgebühr) und fünf Reisetipendien vergeben. Neu war auch ein Engagement der EAUH im Rahmen europäischer Wissenschafts-Lobbyverbände mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung von Geisteswissenschaften in der EU-Wissenschaftsförderung. Die Website der EAUH wird als internationale Informationsquelle zur Anbahnung von Forschungskontakten weiter entwickelt und dokumentiert auch Informationen zum EU-Programm „Horizon 2020“, über das eine kurzfristige angesetzte Sektion mit Posters zu Forschungszentren zur Stadtgeschichte informierte (<http://www.eauh.eu/>). Die nächste EAUH-Konferenz wird vom 24. bis 27.8.2016 in Helsinki stattfinden, weshalb die finnische Vertreterin Marjaana Niemi (Tampere / Helsinki) zur neuen Präsidentin der EAUH gewählt wurde. Ihre vormalige Funktion als Kassier der EAUH übernimmt Mats Eklund (Stockholm). Das Thema der nächsten Konferenz wird „Reinterpreting Cities. Urban Europe in Comparative Perspective“ sein. Für 2018 wurde die Kandidatur von Rom begrüßt und akzeptiert.

**Dieter Schott (deutscher Vertreter im International Committee der EAUH),
schott@pg.tu-darmstadt.de**

Berichte zu einzelnen Sektionen

Die von NICOLAS KENNY (Simon Fraser University), DANIEL MORAT (Freie Universität Berlin) und MAARTEN WALRAVEN (University of Manchester) organisierte **Sektion M02 “The Senses and Urban Public Space”** fragte danach, wie der öffentliche Stadtraum durch sinnliche Praktiken hergestellt und erfahren wird und wie dieser umgekehrt die sinnliche Wahrnehmung strukturiert. Die drei ersten Paper von ELAINE TIERNY (Paul Mellon Centre/Victoria & Albert Museum London), JAN-FRIEDRICH MISSFELDER (Universität Zürich) und ULRIK LANGEN (University of Copenhagen) widmeten sich der frühneuzeitlichen Stadt und zeigten besonders, in welcher Weise die öffentliche Ordnung der Stadt – als ‚Ruhe‘ – durch sinnliche Praktiken gesichert oder aber gefährdet werden konnte. Die folgenden fünf Paper von ESTELLE MURAIL (Université Paris Diderot), MARIA PIROGOVSKAYA (European University at St. Petersburg), XIMENA ARIZAGA (Pontificia Universidad Católica

lica de Chile), LAUREN ANNE PIKO (University of Melbourne) und DIMITRA KANELLOPOULOU (Université de Paris 1) behandelten das 19. und 20. Jahrhundert und wandten sich stärker der individuellen Erfahrung des öffentlichen Stadtraums zu. Ein Fokus lag dabei auf der Frage, wie die sinnliche Erfahrung durch Stadtplanung und Stadtmarketing vorgeformt wurde – etwa in Fußgängerzonen oder Einkaufszentren –, wie sie sich zum Teil aber auch gegen diese Vorstrukturierungen ‚von oben‘ in eigensinniger Weise ausformen konnte. Insgesamt machte die gut besuchte Sektion mit regen Diskussionen die Fruchtbarkeit einer sinnesgeschichtlichen Perspektive für die Erforschung der öffentlichen Ordnung und Erfahrung des Stadtraums deutlich – über Epochen- und regionale Grenzen hinweg.

Daniel Morat (FU Berlin), daniel.morat@fu-berlin.de

Die **Sektion M25 „Urban ‘Wastelands’: Patterns of Emergence and Appropriation“**, geleitet von CHRISTOPH BERNHARDT (Erkner) und MICHÈLE DAGENAI (Montreal), diskutierte Wahrnehmungen und Aneignungen von städtischen „Wastelands“ und problematisierte unter anderem den Gehalt des Begriffs in Abgrenzung etwa zu „terrains vagues“ und „Brache“. Die einzelnen Beiträge thematisierten Fragen gescheiterter Stadtplanung und Formen zivilgesellschaftlicher Aneignung zwischen offizieller Institutionalisierung und informellen Inbesitznahmen. GIACOMO PARRINELLO (Louisiana) beschrieb den Wiederaufbau von Messina nach dem Erdbeben 1908 im Spannungsfeld zwischen offiziellen Aufbauplänen und selbstorganisierten Bauarbeiten seitens der Stadtbevölkerung. Am Beispiel der Translokation zweier Bergbaustädte in Nordschweden hob HÅKAN FORSELL (Stockholm) die Vorstellung von Leere als Bedingung und Stimulus der Transformation peripherer Siedlungsnetze hervor. Der Vortrag von GENEVIÈVE MASSARD-GUILBAUD (Paris) unterstrich das technische, planerische und finanzielle Dilemma der Stadtverwaltung der französischen Stadt Nantes bei zentrumsnahen Stadtf lächen. KRISTA COWMAN (Lincolnshire) wandte sich am Beispiel der Nutzung von Schuttbergen als Spielplätzen in Großbritannien nach 1945 der kindlichen Stadtraumaneignung zu. Im Fokus der vergleichenden Studie zu Hamburg und Montreal von ULRICH UFER (Karlsruhe) standen Aspekte der Informalität, Zwischennutzung und Kommerzialisierung von Hafengebieten in jüngerer Zeit. In einer stadträumlichen Langzeitbetrachtung der Medina in Tunis verwies NORA LAFI (Berlin) auf Namensgebungen als eine Form der Aneignung im Konflikt zwischen offizieller Planung und tatsächlicher Raumnutzung. ARNOLD BARTETZKY (Leipzig) schließlich stellte Re-Urbanisierungsprojekte in Leipzig nach 1989 am Beispiel von Stadthäusern vor und diskutierte ihre Architektur als ins Stadtzentrum versetzte Modelle suburbaner Lebensweisen. **Katharina Sebold (BTU Cottbus), euv08375@europa-uni.de**

Im Fokus der von DIETER SCHOTT (Darmstadt) und MARTIN MELOSI (Houston) organisierten **Sektion M 26 „Cities – Environment – Sustainability“** standen Überlegungen zur zentralen Rolle von Städten im Diskurs und bei der praktischen Ausformung von städtischer Nachhaltigkeitspolitik in den vergangenen Jahrzehnten. Diesen Bemühungen der Städte um nachhaltige Entwicklung nachzuspüren und diese in Relation zueinander zu setzen, waren die erklärten Ziele der Sektion.

Die Vorträge von CYRIA EMILIANOFF (Le Mans) und FEDERICO PAOLINI (Neapel) behandelten die häufig divergenten Positionen städtischer Administrationen auf der einen und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite bei der Umstellung der Stromerzeugung auf alternative Energien. Perspektiven auf verschiedene Ebenen von Stadt-Natur-Beziehungen boten TOBIAH HORTON (Rutgers, USA) und CAROLINA CASTRO OSORIO (Bogota), wobei Vorannahmen und Paradigmen, die die Sicht- und Aktionsweisen der Akteure prägten, im Zentrum standen. MICHAEL TOYKA-SEID und MATTHIAS LIEB (Darmstadt) präsentierten Ergebnisse aus ihren Forschungsprojekten zu den Nachbarstädten Mainz und Wiesbaden. Dabei wiesen sie zum einen auf unterschiedliche Strategien im Umgang mit Oberflächengewässern innerhalb der Städte und zum anderen auf die wichtige Rolle bürgerschaftlicher Akteure und deren Strategien im Umweltschutz hin. Abschließend referierte ANDREAS WESENER (Christchurch, NZ) über die temporäre Aneignung und Nutzung städtischen Raumes nach dem Erdbeben in Christchurch durch NGO-Gruppen. In der angeregten abschließenden Gesprächsrunde wurden insbesondere die Fragen nach der Verfügung über den städtischen Raum und unterschiedliche Wert- und Prioritätensetzung in der städtischen Nachhaltigkeitspolitik kontrovers diskutiert.

Matthias Lieb (TU Darmstadt), lieb@pg.tu-darmstadt.de

Die von BARRY DOYLE (Huddersfield) und FRITZ DROSS (Erlangen/Magdeburg) konzipierte **Sektion M32 „Urban Health Systems before Welfare States – European Cities since 1800“** hatte sich vorgenommen, das Konzept einer chronologischen Reihung von der Wohlfahrtsstadt zum Wohlfahrtsstaat international vergleichend in den Blick zu nehmen. Ausgehend von Forschungen zur Krankenhausgeschichte stand die Beobachtung zur Debatte, dass im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend als nationale Problemfelder diskutierte Fragen der Fürsorge gleichwohl ihre Antwort im Wesentlichen auf kommunaler Ebene erfuhren. Basierend auf in das (späte) Mittelalter zurückreichende Strukturen etablierten im 19. und 20. Jahrhundert insbesondere die europäischen Städte Strukturen der (nicht nur gesundheitlichen) Fürsorge, die in mancherlei Hinsicht als Basis und Vorläufer von staatlichen Strukturen im Sinne des „Wohlfahrtsstaates“ zu gelten haben.

Die Sektion musste mit der erschütternden Nachricht eröffnet werden, dass ANNE BORSAY (Swansea), die mit einem Vortrag über „Disability, Friendly Societies and the British Coal Industry, c.1800-1914“ ihre aktuellen Forschungen vorstellen wollte, kurz vor der Lissabonner Konferenz verstorben war.

Die Vorträge von JÖRG VÖGELE (Düsseldorf), LYDIA SAPOUNAKI-DRAKAKI (Athen) und MARIA-LUIZA TZOYA MOATSOU (Volos), SEAN LUCEY (Belfast), BERNARD HARRIS (Strathclyde), HENDRIK MOEYS (Leuven), VALERIA RAINOLDI (Verona) und MARI TANNINEN (Turku) sowie die lebhaften Diskussionen zu diesen machten erneut deutlich, dass die historische Analyse des Zusammenhangs von Stadt und Gesundheit nicht allein auf eine inzwischen reiche Tradition, vielfältige methodische Zugänge und nach wie vor die Diskussionen anregende Hypothesen verfügt, sondern auch weiterhin großen Erkenntnisgewinn erwarten lässt. Sowohl hinsichtlich der historischen Erkenntnis von städtischer Gesellschaft, kommunaler Politik und urbaner Kultur auf der einen, als auch hinsichtlich von Fürsorge, Gesundheitssystemen und -diskursen sowie medikalen Kulturen auf der anderen Seite bleibt die interdisziplinär und über die historischen Epochengrenzen hinweg geführte Debatte lebendig und ertragreich.

Fritz Dross, Erlangen/Magdeburg, fritz.dross@fau.de

Die von CAROLA HEIN (Bryn Mawr/Delft), PEDRO GARCIA (Lusofana University Lisbon) und DIRK SCHUBERT (HafenCity Universität Hamburg) organisierte **Session M 38 „Disaster and Rebuilding in Modern Port Cities“** eröffnete mit elf Vorträgen ein weites geographisches Feld. Ausgangspunkt war die Fragestellung, ob Hafenstädte aufgrund ihrer internationalen Vernetzungen „besser“ auf Katastrophen reagieren konnten als andere Städte im Hinterland. Während ROGÉRIO GONCALVES über die mentalitätsgeschichtliche Bedeutung der Waterfront von Lissabon als „Seele der Stadt“ referierte, ging TERESA COLLETTA auf Zerstörungen durch Erdbeben und Wiederaufbaupläne von Pozzuoli ein. Stadtbrände in Izmir und Saloniki bildeten dagegen gemäß EMILIANO BUGATTI den Anlass für dortige Stadt- und Hafenmodernisierungen. LUCIJA MOMIRSKI skizzierte anhand eines Vergleiches der Städte Koper, Rijeka und Triest politische und ökonomische Verwerfungen, auf die (miteinander konkurrierende) Häfen zu reagieren hatten und CHRISTOPH STRUPP analysierte die „Katastrophe“ des Wegbrechens großer Teile des Hamburger Hinterlandes nach dem Zweiten Weltkrieg. PIOTR LORENS referierte über die geopolitischen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die Stadtregion Danzig und KIRILL NARAZENKO und MARIA SMIRNOWA reflektierten am Beispiel von St. Petersburg durch Hochwasser und spätere Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg verursachte Katastrophen. Während es

in Bombay (SHUBHANKITA OJHA) eine Explosion war, die eine Modernisierung der Hafeninfrastrukturen und der Dockarbeit einleitete, waren es externe Faktoren – wie der Rückgang der Baumwollproduktion – in der Region um Savannah, die gravierende Folgen für Hafen und Region (STEPHEN RAMOS) zeitigten. RODRIGO DIAS wiederum ging auf Probleme des Ausbaus von Macao zur Spielerstadt vor dem Hintergrund von Tsunami- und Hochwassergefahren ein. Erdbeben und Tsunami in Japan 2011, die dadurch verursachte Zerstörung des Fischerortes Kesenumma und die anschließenden Wiederaufbauprojekte wurden von IZUMI KUROISHI als „Katastrophe nach der Katastrophe“ bewertet.

Die Unterscheidung zwischen natürlichen („nature made“) und menschengemachten („human made“) Katastrophen (basierend auf Vale/Campanella) erwies sich bei der komparativen Bewertung als hilfreich, das Konzept der Resilienz bedarf allerdings noch weiterer empirischer und theoretischer Konkretisierungen. Eine Veröffentlichung von einzelnen Vorträgen ist intendiert.

Dirk Schubert (HafenCity Universität Hamburg),
dirk.schubert@hcu-hamburg.de

M50 „Urban Design for Mussolini, Stalin, Salazar, Hitler and Franco during the Interwar Period“ war eine besondere Session – in der Auswahlkommission umstritten gewesen, wurde sie von den Nicht-Historikern HARALD BODENSCHATZ (TU Berlin), CHRISTIAN VON OPPEN und MAX WELCH GUERRA (beide Bauhaus-Universität Weimar) geleitet. Sechs ausgezeichnete Beiträge zu sechs Ländern machten deutlich, dass der Städtebau der Diktaturen in Europa nicht national erforscht werden kann. Die mächtigsten Diktaturen – Sowjetunion, Nazi-Deutschland und das faschistische Italien – nahmen durch Eroberung und Repression, aber auch durch politische und kulturelle Dominanz einen unmittelbaren Einfluss auf andere Länder wie Estland, die Slowakei und Portugal. Schon aus diesem Grund ist eine internationale, europäische Herangehensweise für unseren Gegenstand unverzichtbar. Anhand der Beiträge aus der Slowakei und Estland wurde erkennbar, dass das Verständnis der gemeinsamen europäischen Geschichte unter den Diktaturen durch divergierende historische Erfahrungen und wissenschaftspolitische Konstellationen national geprägt ist. Hinzu kommt eine unterschiedliche Aufmerksamkeit für einzelne Perioden sowie inkongruente Begriffsapparate aufgrund des vorherrschenden nationalen Tunnelblicks, der wiederum hohe Anforderungen an die internationale Forschung stellt. Überwindung einer westlichen Orientierung, Einbezug sozialwissenschaftlicher Perspektiven, internationale Vernetzung, Betonung der aktuellen Bedeutung der Stadt(bau)geschichte – diese Herausforderungen wurden nicht nur

in unserer Session angenommen, sondern auch in der Abschlussdiskussion der Konferenz als künftige Aufgaben formuliert.

Harald Bodenschatz (TU Berlin), harald.bodenschatz@tu-berlin.de

The **Round Table I "Urban Agency: Debating the Aims and Limits of Urban History"**, organized by BERT DE MUNCK (Antwerpen) and SIMON GUNN (Leicester), set out to discuss the old question of the city as an 'independent variable', asking whether cities either have an agency of their own or are rather to be seen as conveying agency of actors and historical transformations within or beyond cities.

After a short introduction by Simon Gunn, the discussion started with brief statements of all participants separately. Bert De Munck set out to defend the use of Actor Network Theory beyond the niches to which it is mostly confined in order to understand the city as a hybrid assemblage of human and non-human elements, because this would enable to decompose the city in different elements while simultaneously understanding how agency emerges from the assemblage. CHRIS OTTER (Ohio State, USA) criticized seeing the city as a reified reality in the opposite direction, pleading instead in favour of a focus on the technosphere, which contemporary cities are themselves a part of and which is itself to be explained by the introduction of fossil fuel. In addition, he called for a more variegated terminology, in which agency would for example be distinguished from reactivity. ROBERT LEWIS (Toronto) addressed the question from a geographical perspective, arguing that cities do have agency but not under their own making. Similar to the first two speakers, he urged to look for what is beyond the city. However, he did so from a somewhat different conceptual approach, namely urban political ecology (focusing on the urban metabolism) and he invited to address also the issue of intentionality. The latter was also brought up by DOROTHEE BRANTZ (TU Berlin), whose plea was in favour of thinking about human responsibility. In addition, she linked up with the issue of terminology, among other things distinguishing agents (humans) from actors (e.g. animals). WILLIAM T. ROWE (Johns Hopkins Univ., USA) eventually introduced a non-European view, launching a critical discussion about the extent to which our Western concepts and models are adequate for understanding Chinese history.

Subsequently, MICHÈLE DAGENAIS (Montreal) in her role as discussant critically addressed the different statements while simultaneously identifying some common themes. In addition to the conceptual issues she brought up the problem of European narratives of modernity, which are at risk of being reproduced even when they are addressed critically and are deconstructed on the surface. Her comments proved to be an excellent leg up for a discussion with large parts of the audience,

which centred on the issues of human responsibility and the usefulness of such concepts as 'technosphere'.

Bert De Munck (Antwerpen), bert.demunck@uantwerpen.be

C H R I S T O P H B E R N H A R D T

Mitgliederversammlung der GSU am 24.9. 2014 in Göttingen

Am 24.9.2014 fand die ordentliche Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) statt, dieses Mal am Rande des Historikertages in Göttingen. Die von Clemens Zimmermann geleitete und von ca. 25 Teilnehmern besuchte Versammlung begann mit dem Bericht des Vorsitzenden Dieter Schott. Er hob als wichtige Aktivitäten der GSU im abgelaufenen Jahr die Ausrichtung von drei Workshops zu Theoriefragen wie z.B. „Actor-Network-Theory“ und „Pfadkonzepten“, einer Nachwuchstagung zu den „Farben der Stadt“ in Hamburg sowie die Beteiligung an einer Reihe weiterer Tagungen hervor. Auch die Vergabe von Reisestipendien zur EAUH-Tagung in Lissabon Anfang September 2014 sowie die Auslobung des Nachwuchspreises dienten der Förderung junger Forscher.

Die Schatzmeisterin Gisela Mettele konnte berichten, dass sich die Mitgliederzahl bei gut 210 eingependelt habe, unter denen die 1970er-Jahrgänge die stärkste Altersgruppe bildeten – die Mitgliedschaft der GSU sei also durchaus überwiegend vergleichsweise jung. Aus den Mitgliedsbeiträgen seien vorrangig Tagungen, die Zeitschrift IMS sowie Reisestipendien und der Nachwuchspreis finanziert worden. Da der Kassenprüfer Michael Toyka-Seid, auch im Namen des zweiten Kassenprüfers Ralf Roth, eine einwandfreie Rechnungsführung und Dokumentation der Einnahmen und Ausgaben attestierte, beantragte der Versammlungsleiter Clemens Zimmermann die Entlastung des Vorstands, der die anwesenden Mitglieder einstimmig bei fünf Enthaltungen zustimmten.

Im folgenden gab Dieter Schott einen kurzen Überblick über die Entwicklung bei der Zeitschrift IMS sowie die nächsten geplanten Hefte (Stadt und technische Infrastruktur; Stadt und Jugendbewegungen), der sich eine Aussprache über die Konzepte für diese und weitere mögliche Themenschwerpunkte anschloss. Christoph Bernhardt berichtete kurz über die Buchreihe der GSU mit dem Titel „Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“, in der 2014 die Bände 15 bis 17 erschienen sind: Georg Wagner-Kyora (Hrsg.), Wiederaufbau europäischer Städte / Rebuilding European Cities, Stuttgart 2014; Martina Heßler (Hrsg.)/Günter Riederer (Hrsg.), Autostädte im 20. Jahrhundert. Wachstums- und Schrumpfungsprozesse in globaler Perspektive, Stuttgart 2014; Dirk Schubert, Jane Jacobs und die Zukunft der Stadt. Diskurse – Perspektiven – Paradigmenwechsel, Stuttgart 2014. Auf Nachfrage betonte er, dass der GSU-Vorstand stets den Grundsatz vertreten habe und weiter vertrete, dass die Gesellschaft keine Unterstützung von Druckkosten leisten könne, da dies ihre finanziellen Möglichkeiten übersteige.

Es folgte ein Kurzbericht von Dieter Schott über die europäische Stadthistorikerkonferenz der EAUH in Lissabon (s. gesonderten Bericht in diesem Heft). Er verband die Ankündigung, dass Vorschläge für Sektionen auf der nächsten Konferenz 2016 in Helsinki bis zum 1.12.2014 einzureichen seien, mit Hinweisen auf das weitere Verfahren. In ihrem Bericht über die Sektion Städtebau und Planungsgeschichte der GSU stellte Celina Kress unter anderem die Website der Sektion vor und verwies auf eine Reihe von Tagungen zu Themen der Sektion mit Beteiligung der GSU. Sie machte auch aufmerksam auf die Aktivitäten der International Planning History Society (IPHS) und deren neuen Präsidenten Dirk Schubert (Hamburg) sowie die nächste internationale Konferenz der Vereinigung vom 17. bis 20.7.2016 in Delft.

Zur Vorstandswahl trat der amtierende Vorstand (Schott, Mettele, Baumeister, Brantz, Kress, Bernhardt, Necker) wieder an; als zusätzliches neues Mitglied kandidierte Prof. Rainer Liedtke (Regensburg) als Beisitzer. Im Ergebnis der von Clemens Zimmermann geleiteten Wahl wurde der Vorstand in dieser Zusammensetzung einstimmig bei sechs Enthaltungen gewählt. Bei der Wahl der Kassenprüfer wurde Michael Toyka-Seid bestätigt und als neuer Kassenprüfer Clemens Wischermann gewählt. Der Vorsitzende dankte Ralf Roth für langjährige Dienste als Kassenprüfer.

Nachdem Sylvia Necker eine Vorschau auf die neue Website der GSU gegeben hatte, die in den nächsten Wochen online gehen solle, stellte Dieter Schott die derzeit geplanten zukünftigen Aktivitäten vor. Er hob vor allem die mit dem Deutschen Historischen Institut in Rom für den Juni 2015 geplante Konferenz zur deutschen und italienischen (Stadt-)Geschichte in den 1970er Jahren hervor. Für weitere Konferenzen, darunter eine Nachwuchskonferenz 2015, liegen Planungen vor. Nach Schließung der förmlichen Mitgliederversammlung folgte als Höhepunkt des

Abends die Vergabe der Nachwuchspreise (s. gesonderten Bericht in diesem Heft), die mit einem kleinen Empfang ausklang.

Christoph Bernhardt, IRS Erkner/Berlin, bernhardt@irs-net.de

G I S E L A M E T T E L E / D I E T E R S C H O T T

Nachwuchspreis 2014

Der Nachwuchspreis der GSU wurde 2014 geteilt. Der GSU-Vorstand als Preisgericht hielt sowohl die Arbeit von Stefan Höhne: **Maschinensubjekte. Metamorphosen des Passagiers in der New York City Subway 1904 – 1968 (Diss. TU Berlin, 2013)** als auch die Arbeit von Leonie Treber: **„Trümmerfrauen“: Die Geschichte eines deutsch-deutschen Erinnerungsortes. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines Mythos (Diss. Universität Duisburg-Essen 2013)** für gleichermaßen preiswürdig. Zudem repräsentieren beide Arbeiten wichtige, aber sehr unterschiedliche Felder und Perspektiven der aktuellen Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung.

Die Arbeit von **Stefan Höhne**, die im September 2013 an der Technischen Universität Berlin als Promotionsschrift angenommen und mit ‚summa cum laude‘ bewertet wurde, ist eine beeindruckende Studie zur Bedeutung städtischer Infrastrukturen für den Alltag, das Selbstverständnis und die Zuschreibungen der Subjekte. Der Verfasser setzt sich intensiv mit aktuellen Diskussionen in der Urbanisierungsforschung auseinander und eignet sich verschiedenste methodische Zugänge und theoretische Konzepte in origineller und innovativer Weise an. Wichtige konzeptionelle Einflüsse für Höhne sind unter anderem Michel Foucault und Bruno Latour, aber ebenso Wolfgang Schivelbusch. So verbindet die Arbeit Ansätze, die meist nicht unbedingt zusammen gedacht werden: Auf der einen Seite Strukturalismus und Actor-Network Theory (ANT), deren Möglichkeiten und Grenzen Höhne genau

auslotet, auf der anderen Seite ein kulturgeschichtlich informierter Blick auf die Erfahrungsräume und Wahrnehmungen der Subjekte.

Einer der Vorzüge der Arbeit besteht darin, dass sie den zu Beginn entwickelten konzeptuellen Überlegungen im Verlauf der Untersuchung treu bleibt. Dabei argumentiert Höhne analytisch durchgängig auf hohem Niveau. Bei aller Fundierung in theoretischen Konzepten ist der Text außergewöhnlich gut und spannend geschrieben. Nicht zuletzt besticht die Arbeit durch eine ausgesprochen solide historisch-kritische Quellenarbeit. Höhne hat eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen und Materialien herangezogen, zumeist aus dem Archiv des New York Transit Museums. Neben klassischen Verwaltungsakten, Zeitungsartikeln und Beschwerdebriefen hat Höhne auch Photographien und anderes Bildmaterial souverän für seine Fragestellung ausgewertet und so bestehende Forschungsansätze in neues Licht gerückt.

Die Arbeit beginnt mit der Antizipation des Passagiers im Zuge der Planung und Konstruktion der Subway. So wurde bereits in den 1860er Jahren offenkundig, dass eine neue Form von Massenmobilität dringend erforderlich sein würde, um die zahlreichen Krisen der massiv überfüllten Stadt zu lösen. Damit koppeln sich an die entstehende Subway enorme Erwartungen auf eine glorreiche Zukunft New Yorks, die als ‚Stadt der Passagiere‘ ihre Apotheose erleben sollte. Im Zuge dieser euphorischen Antizipationen propagieren die politischen und ökonomischen Eliten die zukünftigen Benutzer der Subway als heroische Subjekte, welche ökonomisch erfolgreich, moralisch gefasst und kulturell integriert sein würden. In einer detaillierten Rekonstruktion der turbulenten und spektakulären Ereignisse bei der Eröffnung des Systems am 27. Oktober 1904 wird jedoch deutlich, dass sich diese Hoffnungen in genau jenem Augenblick zerschlagen, als die Bewohner New Yorks ihre ersten Passagiererfahrungen machen.

Die überwältigende Erfahrung rasanter Beschleunigung und einer bis dato ungekannten Verdichtung der Körper in den hochgradig technisierten Umwelten unter der Stadt evozierte massive Widerstände, Ängste und Konflikte. Um diese zu bewältigen, mussten einerseits die Passagiere neue Verhaltensnormen, Wahrnehmungspraktiken und Körpertechniken entwickeln. Andererseits machen sie zugleich die Etablierung neuer Regierungs- und Steuerungstechniken notwendig, um die Passagiermassen regulieren und ihr Verhalten disziplinieren zu können.

Am Beispiel der Implementierung zahlreicher Zeichen- und Symbolsysteme in der Subway macht Höhne deutlich, wie die Infrastrukturen dabei als "Agenten des Sozialen" operieren. Die visuellen Regime der Hinweisschilder, Warnungen und Transitkarten zielen zunächst auf eine funktionsgerechte Zirkulation der Massen im System ab und versuchen, nicht erwünschte Praktiken, wie Rauchen, Spucken oder Drängeln, zu unterbinden. In den Imperativen der Werbung wie auch den Aushän-

gen der Betreiber werden die Passagiere zudem mit konsumistischen Appellen konfrontiert sowie als Patrioten, Steuerzahler oder zivilisierte Bürger adressiert.

Die Analyse Höhnes zeigt, dass es hier um weit mehr geht als um den ordnungsgemäßen Umgang der Passagiere mit den Maschinerien des Systems; gleichzeitig werden gesamtgesellschaftliche Normen und Leitideen, zu denen sich die Subjekte verhalten müssen, propagiert. Weitere Beispiele zeigen, wie die maschinelle Funktionslogik des Systems Verhaltensskripte vorzeichnet, etwa mit Drehkreuzen, Stationsinterieurs und Waggonen, die darauf abzielen, die Passagiere als normierte und rationale Containersubjekte mit für die Maschinen kompatiblen Praktiken zu codieren. Deutlich wird aber auch, wie nonkonformes Verhalten die Funktionslogik des seit seiner Eröffnung massiv überlasteten Systems immer wieder an den Rand des Kollaps bringt.

In den frühen 1950er Jahren mehren sich die Stimmen derer, die die einst so euphorisch bejubelten neuen Zirkulationsmaschinen nun als Instrumente der Entfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung beschreiben. Während es nun das Automobil ist, an das sich die Utopien individueller Freiheit und einer neuen Gesellschaftsordnung heften, wird die New Yorker Subway in den Schriften Herbert Marcuses, David Riesmans und anderen zu einer symptomatischen Zurichtungsanstalt der modernen Massengesellschaft. Auch in den künstlerischen Arbeiten dieser Zeit werden die Passagiere der Subway als gleichgeschaltete, fragile und erschöpfte Subjekte portraitiert, die den Anforderungen fordistischer Arbeitsorganisation und den Strapazen des Transits wehrlos ausgeliefert sind.

Vor allem sind es die Bewohner New Yorks, die nun beginnen, nicht nur die Subway, sondern oftmals auch gleich die Stadt selbst zu verlassen. Infolge dessen zeichnet sich in den 1950er Jahren eine zunehmende Erosion der Passagierkultur ab, die zu einer Verwahrlosung des Systems wie einer rasant ansteigenden Kriminalitätsrate führt.

Wie sich diese Krise in den Augen der Subjekte darstellt, rekonstruiert Höhne anhand von Beschwerdebriefen der Passagiere aus den Jahren zwischen 1954 und 1968. Dieser außergewöhnliche, etwa 7000 Briefe umfassende Quellenkorpus, der hier zum ersten Mal akademisch bearbeitet wird, erlaubt einen intimen Blick in die Erfahrungswelten der Passagiere. So berichten die Autorinnen und Autoren von ihren Ängsten und Gewalterfahrungen, fordern die Exklusion spezifischer Passagiergruppen oder skandalisieren den um sich greifenden Vandalismus und den Niedergang des Systems. Die Passagiere begegnen uns in diesen Briefen als verängstigte Subjekte, empörte Bürger, besorgte Eltern sowie als Denunzianten. Vor allem aber zeichnen die Quellen ein dramatisches Bild von den zunehmenden Konflikten und

Auseinandersetzungen in der Subway, die oftmals entlang den Kategorien von Geschlecht, Klasse, Alter und Hautfarbe verlaufen.

Mit der Konsolidierung aller New York Transitsysteme unter dem Dach der Metropolitan Transportation Authority im Jahr 1968 endet die Untersuchung, nachdem sie ihren Gegenstand nach allen Regeln unserer Kunst vermessen hat.

Noch einige Worte zur Person: Stefan Höhne ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Metropolitan Studies an der Technischen Universität Berlin. Über die Qualität seiner Dissertation hinaus zeichnet er sich als ein sehr aktiver, international orientierter Wissenschaftler aus. Er ist Mitglied in mehreren Arbeitskreisen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von verschiedenen europäischen und US-amerikanischen Universitäten. In diesem Zusammenhang hat er bereits mehrere Tagungen und Workshops organisiert zu Themen, die auch für die gegenwärtige Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung aktuell und weiterführend sind, wie etwa den 2013 mit Alexander Friedrich in Darmstadt durchgeführten Workshop "Infrastrukturen der Frische". Die Publikation der Dissertation ist in Vorbereitung.

Gisela Mettele, (Jena), gisela.mettele@uni-jena.de

Die Dissertation von Frau **Leonie Treber** wurde 2013 an der Universität Duisburg-Essen im Fach Geschichte bei Ute Schneider als Erstgutachterin eingereicht und im September des Jahres im Rahmen der Disputation mit ‚magna cum laude‘ abgeschlossen. Mittlerweile hat Frau Treber die Arbeit unter dem Titel „Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes“ beim Klartext-Verlag veröffentlicht.

Einige Worte zur Person: Frau Treber wurde 1980 in Frankfurt geboren und studierte von 2001-2007 an der TU Darmstadt Geschichte, Soziologie und Sprach- und Literaturwissenschaften im Magister, den sie im Sommer 2007 mit der Note ‚sehr gut‘ abschloss. Parallel zu ihrem Studium war Frau Treber als studentische Hilfskraft an der TU Darmstadt tätig. Nach Abschluss ihres Studiums war sie von 2009-2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Uni Duisburg-Essen. Seit Oktober 2012 ist sie Referentin für Internationales und Interdisziplinarität am Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der TU Darmstadt.

Was unternimmt Frau Treber in ihrer Dissertation? Der rote Faden ist die Frage nach der historischen Realität der ‚Trümmerfrauen‘, die sie als „bundesdeutschen Erinnerungsort“ charakterisiert. Frau Treber zeigt an verschiedenen Quellen zur jüngeren bundesdeutschen Geschichtspolitik, dass es allgemein verbreiteter Kon-

sens in der Öffentlichkeit sei, Frauen hätten die deutschen Städte enttrümmert und so die wesentlichen Grundlagen für Wiederaufbau und Wirtschaftswunder geschaffen. Allerdings gibt es in der Wissenschaft durchaus Zweifel an dieser Auffassung; so verweist Frau Treber etwa auf Axels Schildts Darstellung zur Sozialgeschichte der Bundesrepublik. In drei großen Schritten geht Frau Treber der Frage nach der historischen Realität der Trümmerfrauen nach und weist letztlich die Entstehung eines Mythos nach. Der erste Schritt und Hauptteil setzt sich mit dem Vorgang der Trümmerbeseitigung insgesamt in deutschen Städten auseinander. Frau Treber weist – zu meinem anfänglichen Erstaunen, aber durchaus überzeugend – nach, dass die Geschichte der Enttrümmerung trotz der hohen Dichte an Forschung zum Wiederaufbau letztlich ein Desiderat ist, noch nie systematisch untersucht wurde. Sie füllt dieses Desiderat in überzeugender Weise, indem sie anhand eines geschickt ausgewählten Sample von elf deutschen Großstädten (Berlin, Dresden, Magdeburg, Frankfurt/Oder, Kiel, Duisburg, Jülich, Saarbrücken, Freiburg i.Br., Nürnberg und Frankfurt am Main) den Vorgang der Trümmerbeseitigung auf städtischer Ebene untersucht. Kriterien für die Wahl dieser Städte sind der hohe Zerstörungsgrad, die Berücksichtigung aller vier Besatzungszonen, eine breite geografische Streuung, strukturelle Unterschiede der Städte sowie das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Trümmerfrauen-Denkmal. In diesen Städten führte Frau Treber umfangreiche Quellenarbeiten vor allem in den Akten der Bau- und Arbeitämter durch, außerdem noch im Landesarchiv Düsseldorf und im Bundesarchiv in Berlin. Sie stellt dabei fest, dass es Trümmerfrauen in nennenswertem Umfang in erster Linie in den Städten der SBZ sowie in allen vier Sektoren Berlins gegeben hat, sie dagegen in den meisten westdeutschen Städten eine Ausnahmeerscheinung bildeten. In letzteren war Trümmerbeseitigung stärker durch Professionalisierung und den Einsatz technischen Großgeräts, in Ostdeutschland und Berlin durch vermehrten Arbeitskräfteeinsatz, insbesondere von Frauen, charakterisiert.

Der zweite Schritt ist die Rekonstruktion der Entstehung des Mythos „Trümmerfrau“ in der Nachkriegszeit, eine Untersuchung, für die sich Frau Treber auf die bewährten Konzepte der Koselleckschen Begriffsgeschichte stützt. Sie zeichnet hier vor allem anhand der Tagespresse und den Printmedien der Nachkriegszeit und der frühen 1950er Jahre nach, wie der Begriff ‘Trümmerfrau’ überhaupt geprägt und kanonisiert wurde – ein Prozess, der im Wesentlichen in der SBZ/DDR und in Berlin stattfand – und geht komplettierend auf die Darstellung der Trümmerräumung auch in der Presse der westlichen Besatzungszonen bzw. der frühen Bundesrepublik ein, wo die „Trümmerfrau“ zu diesem Zeitpunkt keineswegs ein positiv besetzter Topos war.

Der dritte Schritt ist eine kulturgeschichtliche Analyse unterschiedlicher mentaler Bilder von 'Trümmerfrauen' vor allem in der SBZ und der DDR, die Frau Treber geschickt mit der allgemeinen Frauen- und Arbeitsmarktpolitik in der DDR kontextualisiert. Sie zeigt hier, wie der Topos der 'Trümmerfrau' von der Partei- und Staatsführung zur ideologischen Aufladung und positiven Besetzung weiblicher Erwerbstätigkeit in nicht-traditionellen Frauenberufen instrumentalisiert wurde. Letztlich wurde die 'Trümmerfrau' so zur „Erbauerin des Sozialismus“ und „Vorreiterin für die Gleichberechtigung der Frau“ überhöht und anhand spezifisch sozialistischer Rituale wie dem „Internationalen Frauentag“ gefeiert. Die 'Trümmerfrau' wurde so zu einer Ikone des kommunalen Gedächtnisses, für die in vielen Städten spezielle Denkmäler errichtet wurden. In der westdeutschen Öffentlichkeit wurde erst in den 1980er Jahren die Bezeichnung 'Trümmerfrau' im Zuge einer frauenbewegten, die historischen Leistungen von Frauen akzentuierenden Geschichtsschreibung einerseits, im Hinblick auf aktuelle sozialpolitische Debatten über ein „Babyjahr“ für die Frauenrenten andererseits auch zu einer „bundesrepublikanischen Gedenkikone“. Im Zuge der Wende 1989/90 mutierte die 'Trümmerfrau' dann zu einem gesamtdeutschen Mythos, in dem ihre ohnehin positive Besetzung in Ostdeutschland von dem Aspekt des Aufbaus des Sozialismus entkleidet und entpolitisiert und zum Symbol eines allgemeinen Durchhalte- und Wiederaufbauwillens stilisiert wurde. Daher konnten die beiden Projektionen in Ost und West in ein harmonisiertes gesamtdeutsches Geschichtsbild verschmelzen, was Frau Treber überzeugend und schlüssig demonstriert.

Was fand der GSU-Vorstand als Preiskomitee nun so preiswürdig an der Arbeit von Frau Treber? Besonders lobenswert ist, wie sie ausgehend von einer eigentlich kulturgeschichtlichen bzw. geschichtspolitischen Frage – nämlich der nach der Realität der 'Trümmerfrauen' – eine empirisch gesättigte und auf breiter stadthistorisch vergleichender Quellenbasis erarbeitete historische Tatsachenüberprüfung vorlegt, die ganz nebenbei und gewissermaßen unabhängig vom Thema „Trümmerfrau“ eine bemerkenswerte Lücke in der Forschung zur Stadtgeschichte nach 1945 schließt. Sie kann dabei einerseits zeigen, dass Stadtverwaltungen in diesen Jahren durchaus unterschiedliche Wege gingen. Zugleich identifiziert sie aber auch ideologisch geprägte Muster, die im Westen zunächst von einer Kontinuität der Trümmerbeseitigung als ‚Strafarbeit‘ geprägt war und häufig in Technisierungsstrategien mündeten. Im Osten und bemerkenswerterweise auch in den Westsektoren Berlins, wo der Einsatz von Frauen bereits in der sowjetischen Anfangsphase eingeleitet worden war und auch nachher, unter westalliiertem Kontrolle fortgesetzt wurde, setzte man im Gegensatz dazu auf eine Um- und Aufwertung der Trümmerbeseitigung als positive Aufbauarbeit und auf eine Veränderung der Leitbilder von

Frauenarbeit. Spannend ist in stadtgeschichtlicher Perspektive zudem, wie seit den 1980er Jahren mit der positiven Bewertung von Trümmerfrauen auch im Westen in geschichtspolitischer Intention von lokalen Initiativen Denkmale für Trümmerfrauen gefordert und teilweise im Gegensatz zur Erkenntnislage der Stadtarchive auch durchgesetzt wurden. Damit vermag Frau Treber eindrucksvoll zu demonstrieren, wie Geschichtsbilder sich binnen weniger Jahrzehnte vom ursprünglichen Entstehungskontext lösen und aus sich wandelnden Motiven so gesamtgesellschaftlich hegemonial werden können, dass sich lokale Aktivisten kaum durch historische Fakten beeindrucken lassen. Damit unterstreicht Frau Treber das Potential wissenschaftlicher Geschichtsschreibung und hier insbesondere auch von Stadtgeschichte als kritische und aufklärerische Instanz.

Dieter Schott (TU Darmstadt), schott@pg.tu-darmstadt.de

MITTEILUNGEN

Termine

1. Halbjahr 2015

15. – 16. Januar Kolloquium: *Comparing Apples and Oranges?*
Hospitalhof Stuttgart
Stuttgart
<http://www.ils-forschung.de/cms25/down/150115.pdf>
20. – 21. März Konferenz: *London and the First World War*
Centre for Metropolitan History / Imperial War Museums
London, Großbritannien
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/april2014/london-and-the-first-world-war>
26. – 27. März Konferenz: *Urban Knowledge*
Urban History Group 2015 / University of
Wolverhampton
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/Aug2014/urban-knowledge>
9. – 11. April Konferenz: *AAH Annual Conference*
Association of Art Historians / University of East Anglia,
Norwich
Norwich, Großbritannien
<http://www.aah.org.uk/annual-conference/2015-conference>
15. – 19. April Konferenz: *SAH 68th Annual Conference*
Society of Architectural Historians
Chicago, USA
<http://www.sah.org/conferences-and-programs/2015-conference-chicago>

16. – 17. April Konferenz: *(Re)Creating Historical Towns and Cities. Nation, Politics, Society in Post 1914 Urban Restorations*
Faculty of Pedagogy and Fine Arts Adam Mickiewicz University in Poznan / Kalisz Society of Friends of Sciences
Kalisz, Polen
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/-id=24266&count=62&recno=8&sort=datum&order=down¤t=1&search=city>
7. – 9. Mai Tagung: *Produkt Altstadt – The Making of the Old Town: Versuch einer Bestandsaufnahme*
Universität Bamberg, Lehrstuhl für Denkmalpflege / Heritage Sciences (IADK)
Bamberg
<http://planungsgeschichte.de/image/90442149396>
8. – 9. Mai Symposium: *River Cities: Historical and Contemporary*
Dumbarton Oaks Garden and Landscape Studies / Andrew W. Mellon Foundation
Washington, D. C., USA
<http://arthist.net/archive/8115>
14. – 15. Mai Workshop: *The Global City, Past and Present*
University of St. Andrews
St. Andrews, Schottland
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/July2014/the-global-city-past-and-present>
27. – 29. Mai Konferenz: *Urban Planning and Social Mobilization from the Middle Ages to the Present (Europe and the Colonial World)*
EHES
Paris and Marne-la-Vallée, France
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/mar2014/urban-planning>

28. – 29. Mai Konferenz: *Migration policies and the materiality of identification in European cities, 1500-2000*
Centre for Urban History, University of Antwerp /
University of Leicester
Antwerpen, Belgien
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/July2014/migration-policies>
26. – 27. Juni CfP: *Twin Cities in Past and Present*
Manchester Centre for Regional History / Manchester
Metropolitan University
Manchester, Großbritannien
Deadline: 12. Dezember 2014
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/newsletter/Sept2014/twin-cities>
5. – 10. Juli Konferenz: *16th International Conference of Historical Geographers*
Royal Geographical Society / Institute of British
Geographers
London, Großbritannien
<http://www.ichg2015.org/>

2. Halbjahr 2015

12. – 14. September CfP: *Transiti – Transite – Transits – Tranziti. Infrastrukturen und Gesellschaft in den Alpen von der Antike bis heute*
Internationale Gesellschaft für Historische Alpenforschung
Freie Universität Bozen
Deadline: 31. Januar 2015
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=25821&count=64&recno=5&sort=anfang&order=down¤t=1&geschichte=162>

5. – 8. November CfP: *16th National Conference on Planning History*
Society for American City and Regional Planning History
(SACRPH)
Los Angeles, USA
Deadline: 15. Februar 2015
<http://www.sacrph.org/conferences>